

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung

**Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien
2015 und 2016**



Margarete Jäger und Regina Wamper (Hg.)
30.01.2017

Copyright DISS 2017
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Siegstraße 15, 47051 Duisburg
0203-20249
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
www.disskursiv.de

Diese Publikation wurde im Februar 2017 auf der Website des DISS zum
kostenlosen Download bereitgestellt.

Inhalt

Einführende Worte.....	7
Zielstellung der Analyse.....	7
Theoretisches und methodisches Konzept.....	9
Ereignisse in Verbindung mit Flucht und Migration seit dem August 2015 bis zum Juni 2016.....	12
Forschungsdesign.....	18
Kontexte: Der Fluchtdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland.....	21
Phase 1: Nach dem Zweiten Weltkrieg: Flüchtlinge aus Osteuropa.....	21
Phase 2: 1955 bis 1973: Von Fremdarbeitern zu Gastarbeitern.....	22
Phase 3: Die Gastarbeiter bleiben: Rassismus gegenüber Türk_innen.....	23
Phase 4: Verkopplung von Nationalismus bzw. nationaler Identität und Rassismus.....	24
Phase 5: Nach der deutschen Vereinigung: Die Debatte um das Asylrecht.....	26
Phase 6: Nach 1993: Verkopplung von Rassismus und Kriminalität.....	27
Phase 7: Zuwanderungsland Deutschland und antimuslimischer Rassismus..	28
Phase 8: Die Verkopplung von Rassismus mit egalitären Elementen.....	30
Phase 9: Verkopplung von Rassismus und Ökonomie.....	31
Und heute?.....	32
Der Fluchtdiskurs 2015.....	33
Vom Abnehmen der Kritik. Eine Strukturanalyse der Berichterstattung der taz im Sommer und Herbst 2015.....	35
Inhaltliche Aussagen zu den einzelnen Themen.....	36
Stimmung in der Bevölkerung.....	37
Asyl- und Migrationspolitik und die Diskussion um die Belastungs- und Obergrenze der Aufnahme von Flüchtlingen.....	45
Europa.....	51
Fluchtwege.....	54
Unterbringung, soziale Bedingungen der Flüchtlinge.....	55
Machtpolitische Reflektionen.....	57
Integrations- und Kulturpolitik.....	59
Fluchtursachen.....	62
Fazit – Entwicklungen und Verschiebungen im Feld des Sagbaren der taz.....	65
„Deutschland muss Deutschland bleiben“. Eine Strukturanalyse der Berichterstattung der FAZ im Sommer und Herbst 2015.....	68
Fluchtursachen.....	69

Europa.....	72
Stimmung in der Bevölkerung.....	73
Asyl- und Migrationspolitik.....	76
Versorgung und Unterbringung.....	78
Integration und Kulturpolitik.....	79
Fluchtwege.....	81
Zusammenfassung und Fazit.....	82
Der bedrohte Wohlstand. Eine Strukturanalyse der Berichterstattung der SZ im Sommer und Herbst 2015.....	83
Das Materialkorpus.....	83
Vor den Ausschreitungen in Heidenau.....	84
Nach den Ausschreitungen in Heidenau.....	87
Die Aussetzung Dublin-Abkommen.....	88
71 Tote in einem Kühllaster.....	89
Die Sommerpressekonferenz der Kanzlerin.....	91
Das tote Flüchtlingskind Ailan Kurdi.....	91
Die Aufhebung Dublin-Abkommen.....	92
Die Wiedereinführung Grenzkontrollen.....	95
Die Schließung der ungarischen Grenze.....	96
Das Asylpaket 1.....	96
Das Attentat auf Henriette Reker.....	98
Die Anschläge in Paris.....	100
Fazit.....	101
Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Eine synoptische Analyse von FAZ, taz und SZ.....	103
Willkommenskultur.....	103
Asyl- und Migrationspolitik.....	105
Polarisierung.....	106
Unterbringung in Deutschland: Versorgung, Unterkünfte etc.....	107
Fluchtursachen.....	108
Fluchtwege.....	108
Europapolitik.....	109
Integration und Kulturpolitik.....	110
Denormalisierungen.....	111
Rassismus / Bewertung der extremen Rechten.....	112

Fazit – Entwicklungen und Verschiebungen im Feld des Sagbaren.....	114
Vertiefungen.....	115
„Das Kontingent ist voll“. Eine Feinanalyse eines FAZ-Artikels.....	116
Textoberfläche.....	117
Überschrift und Hervorhebungen.....	117
Angesprochene Themen und Diskurse.....	117
Aufbau des Artikels in Sinneinheiten.....	118
Sprachliche und rhetorische Mittel.....	120
Argumentationsweise: Ziele und Zwischenziele.....	120
Kollektivsymbolik.....	121
Implikate.....	122
Akteurinnen und Akteure.....	123
Ironisierungen und Anspielungen.....	123
Zusammenfassung der Analyse.....	124
Von den Obergrenzen einer Willkommenskultur in Deutschland: Eine Feinanalyse einer Bild-Zeitungs-Ausgabe.....	125
„Ein ganz normaler Flüchtlings-Tag“ in der Bild-Zeitung. Eine Feinanalyse...128	
Institutioneller Rahmen.....	128
Grafische Darstellung und Anordnung von Artikeln.....	130
Sprachlich-rhetorische Mittel und Argumentationsstrategien.....	135
Zum Einsatz Symbolen, insbesondere Kollektivsymbolen.....	140
Naturkatastrophen.....	140
Symbole aus dem Bereich der Technik.....	141
Symbole aus dem militärischen Sektor.....	142
Normalismus als Regulationstechnik.....	142
Fazit.....	143
Denormalisierungen, Verschiebungen, Brüche. Ein Zwischenfazit.....	144
Ereignisse. Der weitere Verlauf des Fluchtdiskurses 2016.....	146
Die Silvesternacht2015 in Köln. Eine Ereignisanalyse.....	147
Einleitung.....	147
Ereigniskonstruktion in lokalen Medien.....	148
Analyse der Kommentare in FAZ, SZ und taz.....	152
Fazit.....	156
Kritisiert und doch legitimiert. Das Türkei-EU-Abkommen. Eine Ereignisanalyse	157

Allgemeine Tendenzen der Berichterstattung.....	158
Diskursverschränkungen.....	159
Pakt oder Deal?.....	161
Das alternativlose Abkommen.....	161
Kategorisierungen der Geflüchteten.....	163
Türkei-EU-Beitritt.....	164
Die Rolle der Helfenden.....	166
Kollektivsymbolik.....	166
Auslassungen.....	168
Fazit.....	168
Ein ganz normales „Bootsunglück“. Eine Ereignisanalyse.....	170
Das Ereignis.....	170
Informationslage und Auffälligkeiten der Berichterstattung.....	171
Das ‚Bootsunglück‘ als unabwendbarer Schicksalsschlag.....	172
Kategorisierung Geflüchteter.....	173
Das Problem ist: Die Flüchtlinge erreichen Europa.....	174
„Schlepper“ als das Hauptproblem.....	175
Fazit.....	176
Von einer Willkommenskultur zu einer Abschiebekultur. Eine synoptische Analyse zum Fluchtdiskurs 2015/2016.....	178
Abschließende Worte.....	181
Literatur und Dossiers.....	185
Literatur.....	185
Dossiers.....	189
Strukturanalyse taz.....	189
Strukturanalyse FAZ.....	192
Strukturanalyse SZ.....	194
Feinanalyse Bild.....	196
Feinanalyse FAZ.....	196
Ereignisanalyse: Silvesternacht.....	196
Ereignisanalyse: Das EU-Türkei-Abkommen.....	198
Ereignisanalyse: Ein Bootsunglück.....	199
Anhang.....	201
Herausgeberinnen, Autorinnen und Autoren.....	206

Einführende Worte

*Der Pass ist der edelste Teil
von einem Menschen.
Er kommt auch nicht
auf so eine einfache Weise zustande
wie ein Mensch.
Ein Mensch kann überall
zustande kommen,
auf die leichtsinnigste Art
und ohne gescheiterten Grund,
aber ein Pass niemals.
Dafür wird er auch anerkannt,
wenn er gut ist,
während ein Mensch
noch so gut sein kann
und doch nicht anerkannt wird.*

*Bertolt Brecht,
Flüchtlingsgespräche 1940/41*

Zielstellung der Analyse

Spätestens im Sommer 2015 kam es in Deutschland zu einer massiven medialen Debatte um Flucht und Migration, die vor allem durch die Fluchtbewegungen ausgelöst wurde, welche hunderttausende Flüchtende nach Europa brachte.¹

¹ Diese Fluchtbewegungen werden von der mediopolitischen Klasse als ‚Flüchtlingsskrise‘ begriffen, eine Krise, die die zuvor in den deutschen Leitmedien zentral verhandelte Griechenlandkrise ablöste. Dieser abrupte Übergang vom Griechenland- zum Fluchtdiskurs ist aus unserer Sicht keineswegs zufällig erfolgt. Vielmehr scheint es so zu sein, dass die deutsche Politik darauf aus war, zunächst die Tsipras-Regierung in die Knie zu zwingen – was auch gelang – bevor man sich der bereits im Frühjahr ‚explodierenden‘ Massenflucht widmen wollte. (Vgl. dazu Link 2016)

Gleichzeitig gab es vermehrte Anschläge und Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, die in Deutschland ein Klima entstehen ließen, das fatal an die Zustände in den frühen 1990er Jahren erinnert. Und tatsächlich gibt es Parallelen: Auch damals wurde die Debatte durch Äußerungen der mediopolitischen Klasse rassistisch aufgeheizt; damals wie heute ist von ‚massenhaftem Asylmissbrauch‘ die Rede. Damals wie heute wird durch eine Verschärfung der Asylgesetzgebung der Auffassung Vorschub geleistet, es seien die Geflüchteten selbst, die rassistische Ausschreitungen provozierten. Damals wie heute werden Flüchtlinge als Gefahr für den ‚inneren Frieden‘ angesehen, weshalb die Bevölkerung vor ihnen geschützt werden muss. Doch es gibt auch markante Unterschiede. So bemühten sich große Teile der deutschen Bevölkerung, die Flüchtenden bei ihrer Ankunft in Deutschland willkommen zu heißen und engagieren sich auch darüber hinaus in der Flüchtlingshilfe. Insofern haben wir es mit gegenläufigen Tendenzen zu tun.

Eine solche Offenheit gegenüber Migration und Flucht ist natürlich nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis eines Umdenkungsprozesses, der seit einigen Jahren in Politik und Medien stattfindet. Markant war dabei sicherlich der Wandel des Selbstverständnisses von Deutschland als ein Zuwanderungsland, der im Zuge der rot-grünen Koalition stattgefunden hat.² Aber auch hinsichtlich der restriktiven Asylpolitik wurden in den letzten Jahren Kritik formuliert. So titelte die WAZ am 20. Oktober 2014 mit der Überschrift „Flüchtlinge könnten den deutschen Arbeitsmarkt entlasten“. Im Kommentar wurde herausgestellt, dass es nicht um die Frage gehen könne, *ob* Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden, sondern dass es nur um das *wie* der Aufnahme gehen kann. (WAZ, 20.10.2014) Es sei zwar auch für ein reiches Land wie Deutschland schwierig, Zehntausende Flüchtlinge zu integrieren, doch viele Bürger seien zu tatkräftiger Solidarität bereit. Allerdings müsse die Politik die „Integration der Neuankommenden [...] als große Aufgabe definieren“ und „Handlungspläne entwerfen. Und sie muss den Deutschen ehrlich sagen, dass sie hier nicht ungestört auf einer Insel der Glückseligen leben können.“

Insofern stellt sich die Frage, ob sich dieser Umdenkungsprozess durch die massenhafte Aufnahme von Flüchtlingen, die 2015 stattfand, weiter fortsetzt oder ob wir es heute mit einer Rücknahme dieses Umdenkens zu tun haben, bei der sich das Sagbarkeitsfeld des Diskurses wieder verengt.

Das ist eine der Leitfragen, denen wir im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung mit einer Diskursanalyse der Medien zum Fluchtdiskurs nachgegangen sind und deren Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden.

² In diesem Zusammenhang ist übrigens bereits seit einigen Jahren der Begriff der ‚Willkommenskultur‘ in der Diskussion. Diese Willkommenskultur richtet sich vor allem an Fachkräfte, die der deutsche Arbeitsmarkt jetzt und in Zukunft benötige. In einer Bundestagsdebatte vom 15.1.2014 wurde diese Deutung von Lothar de Maizière herausgehoben. Er sagte: „Wir brauchen eine Willkommenskultur in Deutschland für alle, die hier wirklich willkommen sind“ (zitiert nach Lina-Sophie Jacobs, „Deutungskämpfe“ um Integration im 18. Deutschen Bundestag, Magisterarbeit, vorgelegt am 16. März 2016, Philosophische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, MS)

Theoretisches und methodisches Konzept

Zuvor wollen wir einige kurze Bemerkungen zum theoretischen Konzept unserer Untersuchung machen. Sie sollen dazu beitragen, die Analyseergebnisse in ihrer Bedeutung einzuordnen.

Wenn wir die Berichterstattung, Kommentierung etc. der Print-Medien diskursanalytisch untersuchen, so betrachten wir diese als einen Teil des *Medien-Diskurses*. Das bedeutet, nicht die einzelne Zeitung steht im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern das, was in den Medien insgesamt sagbar ist. Dieses Sagbarkeitsfeld zu beschreiben und zu kritisieren bedeutet nicht, nur die Sprache, also die Vermittlungsform zu betrachten. Das mag zwar in Einzelfällen durchaus berechtigt sein, etwa wenn es um bestimmte Ausdrücke etc. geht. Mit einer Diskursanalyse wird diese Sprachkritik ausgeweitet und zu einer Kritik diskursiver *Aussagen*, die den Zusammenhang von Form und Inhalt von Äußerungen berücksichtigt.

Dabei verstehen wir unter Diskursen gesellschaftliche Redeweisen, die institutionalisiert sind, also (durchaus veränderbaren) Regeln unterliegen. Diskurse sind mit Machtwirkungen ausgestattet, weil und sofern sie das Handeln von Menschen bestimmen. (Vgl. Link 1982a, 1983.)

Siegfried Jäger hat bei seiner Diskursdefinition ein Bild aus der Natur bemüht. Er vergleicht den Diskurs mit einem „Fluss des Wissens durch Zeit und Raum“. (Jäger 2012: 29)

Unter Diskursen lassen sich somit immer Form *und* Inhalt von Äußerungen verstehen; ihre Analyse beantwortet, grob gesagt, die Frage danach, *was zu einem bestimmten Zeitpunkt von wem wie sagbar war bzw. sagbar ist*. Das bedeutet, dass immer auch die Frage danach gestellt ist, *was nicht sagbar war bzw. ist*.

Aussagen vermitteln sich auch über Kollektivsymbole. Der Einsatz solcher Symbole zeitigt enorme Effekte, weil sie auf ein System zurückgreifen, das als Sinnbildungsgitter der Diskurse begriffen werden kann. Kollektivsymbole entfalten ihre Wirkungen innerhalb eines interdiskursiv wirkenden Regelwerkes, das für die Produktion und Formierung gesellschaftlicher Wirklichkeiten zentral ist.³ Unter Kollektivsymbolen versteht man „kulturelle Stereotypen, die kollektiv tradiert und benutzt werden.“ (Drews/Gerhard/Link 1985: 265) Das können Bilder im Wortsinne sein, also Fotos und Karikaturen, das können aber auch Sprachbilder, also z.B. Metaphern sein.

„Wichtig ist, dass diese Symbole von einem großen Teil der Gesellschaft sofort verstanden werden und ‚sinnvoll‘ sind. Kollektivsymbole entfalten ihre Wirkung innerhalb eines *topischen* Systems, das für westliche moderne Industriegesellschaften folgendermaßen skizziert werden kann. Die Grundstruktur lässt sich als ein kreisförmiges Gebilde vorstellen, dessen Grenzen gleichzeitig auch die Grenzen des sozialen Systems symbolisieren. Dieses soziale System lässt sich

³ Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch Jäger/Jäger 2007, 39-59.

weiter horizontal, vertikal und diagonal dualistisch zweiteilen. Dadurch ergibt sich zum einen eine Rechts-Mitte-Links-Achse, die vor allem für eine Verortung politischer Positionen, Parteien, Gruppierungen etc. zum Einsatz kommt. Es handelt sich um eine Achse, „die vor allem die Symbolik der 'Waage' und damit den – wegen seiner 'Stabilität' besonders positiv gewerteten – Ort der 'Mitte' favorisiert.“ (Disselnkötter/Parr 1994, 52)

Die vertikale Oben-Unten-Achse hebt nicht nur die hierarchische Gliederung des Symbol-Systems hervor. Sie kann auch als Körper topografiert werden, dessen Kopf im oberen Teil, dessen Herz in der Mitte und dessen Genitalien unten lokalisiert werden. Schließlich lässt sich durch die diagonale Achse Fortschritt bzw. Rückschritt des Systems markieren. Rund um dieses Kreissystem existieren verschiedene gestaffelte Grenzen, die das System nach außen hin abgrenzen. Störung liegt der Mitte am nächsten und kann schnell wieder behoben werden. Sie wird gefolgt von der Extremismusgrenze, der dann die Fanatismus- und Gewaltgrenze folgt. Schließlich markiert die Terrorgrenze eine absolute Grenze, die nur noch durch die Front gesteigert wird. Diese Grenzen zeigen gleichzeitig an, das und wann durch die symbolische Codierung von Ereignissen Handlungsbedarf angesagt ist. Spätestens bei der Grenze des Terrorismus ist die Gesellschaft aufgerufen, wieder einen Zustand von „Normalität“ herbeizuführen.

Diese Grundtopik wird nun durch verschiedene Symbolserien konkret ‚aufgefüllt‘ und damit ‚sprechend‘ gemacht. Für Konfliktdiskurse, wie der Migrations- und Fluchtdiskurs zweifelsohne einen darstellt, sind die Symbole besonders wichtig, mit denen die Innen- und Außen-Bereiche codiert werden (können). Mit diesen Symbolen bzw. Symbolserien kann markiert werden, wer zur eigenen Gruppe gehört und bei wem dies nicht der Fall ist, wer Freund und wer Feind ist. Und hier lassen sich bei den Symbolen bzw. Symbolserien entscheidende Unterschiede festhalten. Die Innenwelt, also ‚der Westen‘ oder ‚Deutschland‘, wird in der Regel als Flugzeug, Auto, Körper, Schiff, Haus etc. codiert. Für die Außenwelt gelten solche Symbole wie etwa Ungeziefer, Stürme, Fluten, Krankheiten, Gifte etc.

Das eigene System wird durch Symbole codiert, die mit Ordnung und Rationalität verbunden sind, das Außensystem durch solche, die Chaos und Unberechenbarkeit signalisieren.

Die Flut- und Wetter-Metaphern sind im Fluchtdiskurs besonders vorherrschend. Die Rede ist dann von der „Asylantenflut“ oder auch vom „Flüchtlingsstrom“, den es „einzudämmen“ gelte. Wir lesen von „brechenden Dämmen“ oder von der Gefahr, Deutschland werde von Flüchtlingen „überflutet“. Die Wirkung kollektivsymbolischer Codierungen ist nun deshalb besonders eindringlich, weil ihre bildliche Logik auch Handlungsanweisungen nahelegt:

Wenn argumentiert wird, dass das Boot, mit dem unsere Gesellschaft symbolisiert wird, voll sei, so lautet die Schlussfolgerung: Es darf keiner mehr hinein. Die Schotten müssen dichtgemacht werden. Diese Eigenschaft der Kollektivsymbolik, bestimmte Logiken zu entfalten, verdankt sie ihrer grundsätzlichen *Bildhaftigkeit*. Die bildliche Vorstellbarkeit der Symbolik lässt weitere Relationen aufrufen, zu denen das Symbol ins Verhältnis gesetzt werden kann. Mit dem

Symbol der Eisenbahn z.B. können gleichzeitig die dazugehörige Lokomotive, ihre Waggon, Schienenstränge, Weichen, Haltepunkte mitgedacht werden.⁴

Das System kollektiver Symbolik legt so Logiken nahe, innerhalb derer in einer Gesellschaft über Problemzusammenhänge nachgedacht wird, ohne dass diese Probleme dadurch restlos determiniert würden. Doch Kollektivsymbole entfalten nicht nur bestimmte handlungsleitende Schlussfolgerungen. Sie sind deshalb auch so wirksam, weil die verschiedenen Kollektivsymbole durch *Bildbrüche* miteinander verkoppelt werden können, ohne dass dabei die Verständlichkeit des Gesagten beeinträchtigt wird. Es ist ohne weiteres möglich, innerhalb einer thematischen Abhandlung das Symbol des Hauses mit dem des Flugzeugs oder der Eisenbahn zu verbinden. Das ist deshalb möglich, weil diese Symbole innerhalb des Systems der Kollektivsymbolik ähnliche Positionen einnehmen und daher semantisch äquivalent funktionieren. (Vgl. Link/Link-Heer 1994, S. 46.)

Ein zentraler Vermittler dieser Sagbarkeiten sind heutzutage die Medien. Sie haben zum einen die Funktion, über Ereignisse, Zusammenhänge und Begebenheiten zu berichten. Doch sind Medien weit mehr als nur diese Vermittlungsinstanz. Denn die Art und Weise der Produktion von Nachrichten, Meldungen, Features und Dokumentationen liefert Leitideen und Vorbilder, die für die Wahrnehmung und Gestaltung von Wirklichkeit maßgebend sind.

Man kann sagen, ein wichtiges Charakteristikum aller Mediendiskurse ist es deshalb, dass diese nicht nur und nicht einmal in erster Linie Realitäten *abbilden*, sondern dass sie vielmehr selbst Realität *sind* und Applikations- bzw. Anwendungsvorgaben liefern für zukünftiges Handeln. Eine weitere Funktion der Medien ist, dass sie als Markierer von Normalität auftreten, indem sie mit darüber bestimmen, was in unserer Gesellschaft als normal und was als nicht normal zu gelten hat.

Und Normalität ist in Deutschland wie auch in anderen (westlichen) Industriegesellschaften ein wichtiger Zustand. Mit Jürgen Link sprechen wir davon, dass wir es in Deutschland vorherrschend mit einer normalistischen Kultur zu tun haben. (Vgl. Link 2006.) D.h. es besteht die Tendenz, alle Fakten und Ereignisse hinsichtlich ihrer Normalität zu befragen und – sofern sie davon abweichen – zu normalisieren. Dies vollzieht sich zum Beispiel dadurch, dass Durchschnitte errechnet werden, dass Richtwerte, Toleranzgrößen und Grenzwerte ermittelt werden, innerhalb dessen eine Entwicklung als normal angesehen wird. Alles, was noch in diesen Bereich hineinfällt, ist okay und normal, außerhalb dieser Bereiche beginnt jedoch „Denormalität“. Es wird damit ein Handlungsbedarf kenntlich gemacht, der darauf ausgerichtet ist, die Normalität wieder herzustellen.

Es ist evident, dass die Fluchtbewegungen von 2015 und 2016 und die daraus resultierenden politischen Maßnahmen in Deutschland im Sektor von Migration und Flucht als nicht normal empfunden werden und wir uns zurzeit in einer Pha-

⁴ „Das Symbol ist also eine komplexe semantische Kette. Aus diesem Kriterium der syntagmatischen Expansion erklärt sich die häufige Tendenz, Symbole narrativ auszuspinnen.“ (Link/Link-Heer 1994, S. 45)

se befinden, in der die hegemonialen Kräfte sich darum bemühen, wieder zu einer Normalität zu gelangen. Der Ruf nach der Ober- bzw. Belastungsgrenze ist in diesem Zusammenhang deshalb nicht nur erwartbar gewesen, sondern kennzeichnet eine Strategie, mit der wieder normale Zustände hergestellt werden sollen. Ziemlich sicher ist, dass es keine Rückkehr zur alten Normalität geben wird, es geht darum, die Bedingungen einer neuen Normalität auszuhandeln. Welche Strategien dabei eingeschlagen werden und wie die Medien diese Prozesse bewerten, auch das ist eine Frage, die wir mit der hier vorgestellten Diskursanalyse beantworten wollen.

Bevor das konkrete Forschungsdesign und die Analyseergebnisse vorgestellt werden, sollen kurz die Ereignisse in Erinnerung gerufen werden, die vom August 2015 bis zum Juni 2016, dem Zeitpunkt, an dem unsere Analyse zum Abschluss kam, die Öffentlichkeit in Verbindung mit Flucht und Migration beschäftigten.

Ereignisse in Verbindung mit Flucht und Migration seit dem August 2015 bis zum Juni 2016⁵

5. August 2015	Ein Flüchtlingsboot kentert vor der libyschen Küste. Etwa 400 von etwa 600 Menschen werden gerettet.
19. August 2015	In Suhl kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Geflüchteten in einer Unterkunft.
19. bis 23. August 2015	In Heidenau kommt es zu rassistischen Ausschreitungen vor der dortigen Flüchtlingsunterkunft.
25. August 2015	Das Bundesamt für Migration setzt das Dublin-Verfahren für Syrer_innen aus, das bedeutet, dass diese in Deutschland einen Asylantrag stellen können.
27. August 2015	In Österreich werden in einem an der Autobahn A4

⁵ Die rassistischen Anschläge und Attacken gegen Geflüchtete wurden hier nur dann berücksichtigt, wenn sie in Verbindung mit Flucht und Migration zum Thema gemacht wurden. Damit wollen wir uns nicht an der Dethematisierung dieser Attacken beteiligen. Deshalb soll hier darauf hingewiesen werden, dass im Jahr 2015 1071 Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen stattfanden, davon 135 Brandanschläge und 936 Stein-/Böllerwürfe, Schüsse, rechte Schmiereien etc. Es wurden 183 Körperverletzungen gezählt und 288 rassistische Kundgebungen und Demonstrationen. Dies sind die offiziellen Zahlen; die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Eine Aufstellung aller rassistischen Übergriffe ist unter [http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?&&field_date_value\[value\]&page=1](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?&&field_date_value[value]&page=1) einzusehen. Sie wurde von der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL erstellt. Bei den hier berücksichtigten Übergriffen handelt es sich vor allem um die Vorfälle in Heidenau im August 2015 und das Attentat auf Henriette Reker in Köln vom 15.10.2015.

	abgestellten Lastwagen 71 tote Flüchtlinge entdeckt. Am gleichen Tag findet in Wien die Westbalkankonferenz statt.
28. August 2016	Angela Merkel besucht erstmals eine Flüchtlingsunterkunft in Heidenau. Dort wird sie von Neonazis als „Volksverräterin“ beschimpft.
31. August 2015	Auf ihrer jährlich stattfindenden Sommerpressekonferenz sagt Angela Merkel mit Blick auf die Fluchtbewegungen: „Wir schaffen das“.
3. September 2015	In der internationalen Presse erscheint ein Foto des ertrunkenen kurdischen Flüchtlings Aylan Kurdi.
4. September 2015	Das Dublin Abkommen wird von Deutschland, Österreich und Ungarn ausgesetzt.
9. September 2015	Dänemark stoppt den Zugverkehr mit Deutschland.
13. September 2015	Deutschland führt wieder Grenzkontrollen ein. Kurz darauf kündigten auch Österreich, die Slowakei und die Niederlande die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an. Das Schengener Abkommen wird ausgesetzt. Zuvor erklärten die Innenminister der Länder die Aufnahmekapazitäten für weitgehend erschöpft.
15. September 2015	Angela Merkel sagt in einem Interview: „Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“
17. September 2015.	Es kommt zu Krawallen an Ungarns Grenzen, nachdem Ungarn die Grenze nach Rumänien und Kroatien geschlossen hat
22. September 2015	Die Innenminister der EU-Staaten einigen sich auf eine Aufnahmequote. Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien stimmen gegen die Verteilungsquote von 120.000 Flüchtlingen.
29. September 2015	Das Bundeskabinett beschließt das Asylpaket I. Es tritt am 23. Oktober in Kraft. Die Änderungen sehen einen längeren Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen vor, sowie Arbeitsverbote für diese Dauer. Die Residenzpflicht wird auf bis zu sechs Monate erhöht. Das soziokulturelle Existenzminimum soll als Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Zudem kann es weiter gekürzt werden. Außerdem werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt.

	<p>ten“ erklärt. Menschen, die aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ kommen, müssen fortan bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens oder ihrer Abschiebung in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben. Abschiebungen dürfen mit dem Asylpaket I nur noch ohne Ankündigung vollzogen werden. Asylbewerber_innen aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea, bei denen ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, dürfen fortan an Integrationskursen teilnehmen. Dies gilt allerdings nur im Rahmen verfügbarer Kursplätze. Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien können von 2016 bis 2020 dann eine Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung erhalten, wenn sie den Antrag auf Zustimmung zur Beschäftigung in der deutschen Auslandsvertretung in ihrem Herkunftsstaat gestellt haben und wenn sie nicht in den letzten 24 Monaten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden bundesweit auf Kommunen verteilt und müssen nicht mehr durch das Jugendamt am Ort ihrer Einreise in Obhut genommen werden. Ab 2016 erhalten geduldete Menschen schneller einen Zugang zu Studienförderungen des BAföG und für eine Bankkontoeröffnung sollen fortan bereits Papiere der Ausländerbehörde ausreichen.</p>
29. September 2015	<p>14 Flüchtlinge werden festgenommen. Sie gelten als tatverdächtig im August in einer Flüchtlingsunterkunft in Suhl randaliert und 17 Personen verletzt zu haben, unter ihnen sechs Polizeibeamte. Nachdem ein Heimbewohner einige Seiten aus einem Koran herausgerissen haben soll, war es zu einem Streit gekommen, bei dem Flüchtlinge die Beamten mit Steinen und Eisenstangen angriffen und Mobiliar und Streifenwagen beschädigten.</p>
7. Oktober 2015	<p>Ein offener Brief von CDU-Mitgliedern an Angela Merkel wird bekannt, in dem sie fordern, dass die Zahl der Geflüchteten verringert werden müsse. Am gleichen Tag nimmt Angela Merkel in der Talkshow „Anne Will“ unter dem Titel „Die Kanzlerin in der Flüchtlingskrise - Können wir es wirklich schaffen, Frau Merkel?“ Stellung zur Ausrichtung ihrer Flüchtlingspolitik.</p>
12. Oktober 2015	<p>CDU/CSU-Politiker_innen fordern die Einrichtung von so genannten Transitzonen. Dort sollen die Flüchtlinge solange festgehalten werden, bis geklärt ist, ob ihr Antrag auf Asyl erfolgreich sein kann. Damit sind vor al-</p>

	lem Flüchtlinge gemeint, die aus einem „sicheren Drittland“ ⁶ eingereist sind oder aus einem „sicheren Herkunftsstaat“ stammen.
15. Oktober 2015	Der Bundestag stimmt dem Asylpaket 1 zu.
17. Oktober 2015	Auf die Kölner OB-Kandidatin Henriette Reker wird ein Attentat verübt. Henriette Reker war bisher in Köln für die kommunale Unterbringung von Flüchtlingen zuständig. Der Täter entstammte aus einem rechtsextremen Milieu und gibt an, dass er Reker töten wollte, „um Deutschland und auch der Polizei einen Gefallen zu tun“ und „nicht in einer muslimisch geprägten Gesellschaft leben“ wollte (Kölner Stadt-Anzeiger; http://www.ksta.de/koeln/-sote-reker-attentaeter-wuenscht-ihr-den-tod-koeln-ob-wahl-23032098 Abruf: 16.1.2017)
19. Oktober 2015	Anlässlich des Pegida-Jahrestags versammeln sich in Dresden bis zu 20.000 Personen. Etwa 14.000 Gegen-demonstrant_innen treten ihnen entgegnetreten.
23. Oktober 2015	Das Asylpaket I tritt in Kraft.
25. Oktober 2015	In Brüssel findet ein „Flüchtlingsgipfel“ statt, bei dem sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf einen 17-Punkte-Plan einigen. Dieser sieht unter anderem vor, dass andere EU-Staaten zusätzliche Grenzschrützer_innen in das vom Flüchtlingsandrang überforderte Slowenien schicken sollten und dass Frontex die Grenzen zwischen Griechenland, Mazedonien und Albanien sowie an der kroatisch-serbischen Grenze besser absichern sollte.
29. Oktober 2015	Die Leiche des Anfang Oktober vor dem Lageso in Berlin verschwundenen vierjährigen Mohamed wird in einem Kofferraum gefunden. Ein 32-Jähriger gesteht den Mord, wie auch den an Elias, einem Jungen, der im Sommer in Potsdam verschwunden war.
30. Oktober 2015	22 Flüchtlinge sterben in der Ägäis, unter ihnen 13 Kinder.
3. November 2015	Die österreichische Koalition einigt sich auf eine Verschärfung des Asylrechts. Es soll nur noch ‚Asyl auf Zeit‘ gewährt werden.
10. November 2015	Das Innenministerium gibt bekannt, dass Deutschland syrische Flüchtlinge wieder gemäß des Dublin-Verfah-

⁶ In Deutschland sind dies alle angrenzenden Staaten.

	rens in die EU-Länder zurückschicken will, über die sie in die EU eingereist sind.
12. November 2015	Die Staats- und Regierungschefs der EU erklären, dass sie einen Aktionsplan mit afrikanischen Staaten beschließen wollen. Ziel ist es, dass weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Ein Vertrag für einen Treuhandfonds soll unterzeichnet werden, der 1,8 Milliarden Euro als EU-Hilfen nach Afrika fließen lässt. Staaten, die besonders gut Migration bekämpfen, sollen mehr Geld bekommen.
13. November 2015	In Paris explodieren fast zeitgleich an sechs Orten Bomben. Der französische Präsident Holland spricht von einem „Kriegsakt einer feindlichen Armee, des Islamischen Staates“. (http://www.nnn.de/deutschland-welt/politik/wir-befinden-uns-im-krieg-id11218871.html , Abruf 30.9.2016)
16. November 2015	Auf dem G 20-Gipfel in Antalya wird in einer Erklärung die Entschlossenheit zum „Kampf gegen den Terrorismus“ bekräftigt und gleichzeitig vereinbart, die Hilfe für Flüchtlinge zu verstärken.
20. November 2015	Auf dem Parteitag der CSU kritisiert Horst Seehofer Angela Merkel wegen ihres Flüchtlingskurses.
1. Dezember 2015	Die UN gibt bekannt, dass die Zahlen der Geflüchteten im Vergleich zu einem Vormonat erstmals zurückgehen.
31. Dezember 2015 / 1. Januar 2016	In der Nacht vom 31.12.2015 auf den 01.01.2016 kam es in Köln und weiteren Städten Deutschlands während der Silvesterfeierlichkeiten in Menschenmengen zu sexualisierten Übergriffen in Verbindung mit Taschendiebstahl.
5. Januar 2016	Mindestens 19 Flüchtlinge ertrinken in der Türkischen Ägäis. Nach Medienberichten hatten die Menschen bei stürmischer See versucht, in einem Schlauchboot die griechische Insel Lesbos zu erreichen.
28. Januar 2016	Das BAMF beginnt mit der Ausgabe von Flüchtlingsausweisen, die ab Mitte Februar deutschlandweit ausgegeben werden sollen.
8. Februar 2016	27 Flüchtlinge ertrinken bei dem Kentern eines Bootes in der Ägäis.
11. Februar 2016	Die NATO beschließt, ihren Marineverband gegen

	„Schlepper“ einzusetzen.
24. Februar 2016	In Wien findet erneut eine Westbalkan-Konferenz statt. Ziel der Anrainer-Staaten der Balkanroute ist es, Wege zu finden, um die Zahl von Flüchtlingen nach Europa zu verringern.
7. März 2016	Auf einer informellen Tagung des Europäischen Rates einigen sich 28 Staats- und Regierungschefs der EU darauf, zur uneingeschränkten Anwendung des Schengener Grenzkodex zurückzukehren. Am gleichen Tag beraten Spitzenvertreter_innen von EU und Türkei auf dem Brüsseler EU-Türkei-Gipfel über die Umsetzung eines gemeinsamen Aktionsplans zur „Begrenzung der Zuwanderung“ über die Türkei, der auf einem Sondergipfel am 30. November 2015 beschlossen worden war. Es werden Vorschläge erarbeitet, die die Basis eines EU-Türkei-Abkommens bilden.
8. März 2016	Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien schließen ihre Grenzen für Einreisende ohne Visum. Für Flüchtlinge ist es damit praktisch unmöglich, auf der Balkanroute nach Zentraleuropa zu gelangen.
15. März 2016	Vom Flüchtlingscamp im griechischen Idomeni aus versuchen 1000 Flüchtlinge über einen reißenden Fluss von Griechenland nach Mazedonien zu gelangen.
18. März 2016	Das EU-Türkei-Abkommen tritt in Kraft.
21. März 2016	Tausend Flüchtlinge erreichen Lampedusa und Sizilien.
11. April 2016	Österreich lässt Kontrollposten an Brennerpass errichten. Wien will damit die Einreise von „Hunderttausenden“ Flüchtlingen verhindern.
12. April 2016	Im Flüchtlingslager Idomeni findet eine Eskalation statt. Mazedonien hindert Flüchtlinge mit Tränengas am Grenzübertritt. Am gleichen Tag meldet Italien einen deutlichen Zuwachs der Zahl der dort ankommenden Geflüchteten.
17. April 2016	Hunderte Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer auf dem Weg nach Italien.
20. Mai 2016	Es erscheint eine BAMF- Studie, die Aufschluss über die Qualifikationen von Flüchtlingen gibt.
26. Mai 2016	Vor der libyschen Küste ertrinken bis zu 100 Men-

	schen.
2. Juni 2016	Die Medien berichten erneut von über 100 Ertrunkenen vor Libyen.

Im Laufe der Debatten um Migration, Flucht und Rassismus vollzogen sich von 2015 bis 2016 etliche Verschiebungen, Ausweitungen und Einengungen des Sagbarkeitsfeldes. Je nach Diskursposition sprach man bereits 2015 von einem Rechtsruck im öffentlichen Diskurs. Andere konstatierten eine „linke Medienhoheit“. Wie sich die mediale Debatte 2015 bis 2016 veränderte, welche diskursiven Mechanismen zum Tragen kamen, welches *Wissen* über Flucht und Geflüchtete, über Asyl und Rassismus transportiert wurde, darüber sollen folgende Analysen Aufschluss geben. Dabei orientieren sich alle Analysen methodisch an der Kritischen Diskursanalyse. (Vgl. Jäger 2012.)

Forschungsdesign

Das Herzstück unserer Untersuchung basiert auf drei Strukturanalysen, die den Mediendiskurs der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG (FAZ), der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG (SZ) und der TAGESZEITUNG (TAZ) erfassen. Mit der Auswahl dieser Zeitungen kann ein breites Spektrum des hegemonialen Diskurses dargestellt werden, denn es enthält zentrale Diskurspositionen, die auch in anderen Medien zum Tragen kommen. Dabei steht die FAZ für eine konservative, die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG für eine liberale und die TAZ für eine eher ‚linke‘ Diskursposition.⁷ Da es uns um die Analyse des Mediendiskurses geht, wurden in die Untersuchungsdossiers lediglich alle Kommentare und Leitartikel aufgenommen.⁸

Die Strukturanalysen umfassen den Zeitraum vom 1. August bis 31. Oktober 2015. Um mögliche diskursive Verschiebungen erfassen zu können, die sich durch die Anschläge in Paris einstellen könnten, wurde der Zeitraum noch einmal vom 13. November bis 20. November 2015 ausgeweitet. Daraus ergibt sich ein Untersuchungsdossier von insgesamt 414 Artikeln⁹. Mit den drei Strukturanalysen, deren Ergebnisse einer synoptischen Analyse unterzogen wurden, kann der mediale Fluchtdiskurs ab dem Sommer 2015 beschrieben werden und es können dabei seine inhaltlichen Änderungen herausgearbeitet werden.¹⁰

⁷ Unter einer Diskursposition wird hier der Ort verstanden werden, von dem aus eine Beteiligung am Diskurs und seine Bewertung für den Einzelnen und die Einzelne bzw. für Gruppen und Institutionen erfolgt. (Vgl. M. Jäger 1996, 47.)

⁸ Diese Reduktion kann bedingen, dass nicht das *gesamte* Sagbarkeitsfeld erschlossen wird, wohl aber die wichtigsten Positionen, die diesen Diskurs bestimmen.

⁹ Diese verteilen sich auf die drei Zeitungen wie folgt: FAZ 145 Artikel, SZ 141 Artikel und TAZ 128 Artikel.

Es zeigte sich, dass in den Zeitungen folgende Themen und Unterthemen angesprochen wurden:

- Asyl- und Migrationspolitik
- Europa und europäische Politik
- Fluchtwege: Balkanroute, Mittelmeer etc.
- Fluchtursachen
- Unterbringung in Deutschland: Versorgung, Unterkünfte etc.
- Stimmung in der Bevölkerung
 - ◆ Rassismus
 - ◆ extreme Rechte
 - ◆ Unterstützerszene / „Willkommenskultur“
 - ◆ Übergriffe gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte

Diese Themen des Fluchtdiskurses wurden weitere Diskursen verschränkt:

- Sozialpolitik
- Geschlechterverhältnisse
- Europapolitik
- Krieg
- Kriminalität
- Terrorismus
- Deutsche Geschichte: NS-Vergangenheit, Flucht nach dem 2. Weltkrieg, 1990er Jahre

Die Berücksichtigung und Analyse dieser Diskursverschränkungen zum Fluchtdiskurs bilden den Horizont, vor dem sich der Fluchtdiskurs situiert und es lassen sich Aussagen darüber treffen, wie sich der Diskurs inhaltlich weiterentwickeln kann.

Im Anschluss an die Strukturanalyse von von FAZ, SZ und TAZ werden die Ergebnisse weiterer Analysen vorgestellt, die v. a. auf den weiteren Verlauf des Fluchtdiskurses wie auch auf seine Tiefenstruktur abzielen.

So gibt eine Feinanalyse des Artikels „Das Kontingent ist voll“ von Jasper von Altenbockum, der am 26.11.2015 in der FAZ erschien, Aufschluss über die Art der Wissensvermittlung. Während die Strukturanalyse danach fragen, *was* vermittelt wird, liegt hier der Fokus darauf, *wie* die Inhalte vermittelt werden.¹¹

Diese Feinanalyse wird ergänzt durch die Feinanalyse von Artikeln einer Ausgabe der BILD-ZEITUNG 16.10.2015. Sie wird kontextualisiert durch die Zusammenfassung einer Strukturanalyse dieser Zeitung, die den Zeitraum vom 1. August

¹⁰ Im Rahmen der Kritischen Diskursanalyse zielen Strukturanalysen und synoptische Analysen darauf ab, das Sagbarkeitsfeld des Diskurses zu erfassen, in dem seine zentralen alle Aussagen herausgearbeitet werden. Unter einer Aussage wird dabei ein „Atom des Diskurses“ (Foucault 1988, 117) verstanden, auf den Äußerungen auf der Textoberfläche verweisen.

¹¹ Die Auswahl dieses Artikels für eine Feinanalyse ist dabei auf der Grundlage der Strukturanalysen vorgenommen worden, da die in ihm angesprochenen Themen und Unterthemen sich mit denen des Sagbarkeitsfeldes weitgehend deckten. Insofern handelt es sich dabei im Sinne der Kritischen Diskursanalyse um einen typischen Artikel des gegenwärtigen Fluchtdiskurses.

bis 31. Oktober 2015, sowie vom 13. November bis 20. November 2015 umfasst.¹²

Der weitere Verlauf des medialen Fluchtdiskurses wird für das Jahr 2016 durch eine Analyse der Berichte und Kommentare rund um die Silvesterereignisse in Köln erfasst. Diese Analyse gliedert sich in zwei Teile. Zum einen handelt es sich um eine Tag-für-Tag-Analyse von Onlineportalen der Kölner Tages- bzw. Boulevardzeitungen KÖLNER STADTANZEIGER (KSTA) und EXPRESS, DIE ZEITUNG wie das Ereignis ‚vor Ort‘ allmählich mit Informationen ausgestattet wurde bis es schließlich auf einer Pressekonferenz am 5. Januar 2016 eine erste offizielle Problematisierung erfährt. Zum anderen wird die mit diesem Ereignis einsetzende bundesweite Berichterstattung und Kommentierung analysiert, die die Kölner Silvesternacht und ihre Begleitumstände zu einem diskursiven Ereignis fixierte. Dies geschieht durch die Analyse von Kommentaren aus SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (14 Artikel), TAGESZEITUNG (11 Artikel) und FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (29 Artikel). Es wird ihre mediendiskursive Bearbeitung nachgezeichnet sowie dessen massive Verschränkung mit dem Geschlechterdiskurs.

Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei vom 20. März 2016 ist Gegenstand einer weiteren Analyse. Auch hier werden Artikel der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, der TAGESZEITUNG und der BILD-ZEITUNG der Untersuchung zugrunde gelegt.¹³

Abgeschlossen wird unsere Analyse des medialen Diskurses durch die Analyse der Berichterstattung über ein „Bootsunglück“ im Mittelmeer, bei dem 469 Personen zu Tode kamen und über das in den Medien nur sehr spärlich berichtet wurde.¹⁴

Die Ergebnisse aller Analysen werden abschließend in einer synoptischen Analyse reflektiert. Es kann so der Verlauf der Debatte rekonstruiert werden wie auch inhaltliche Verschiebungen in den Positionen verdeutlicht werden.

Allen Analysen vorangestellt ist eine Skizze des diskursiven Kontextes seit den 1950er Jahren, vor deren Hintergrund die aktuelle Debatte zu gewichten ist.¹⁵

¹² Das Untersuchungsdossier dieser Analyse bestand aus insgesamt 183 Artikeln.

¹³ Das Untersuchungsdossier umfasst insgesamt 69 Zeitungsartikel und Kommentare. Der analysierte Zeitraum erstreckt sich vom 10. März bis zum 10. April 2016.

¹⁴ Das Untersuchungsdossier umfasst 32 Artikel, die sowohl Print- als auch Onlinequellen beinhalten. Die Artikel stammen aus unterschiedlichen regionalen sowie überregionalen Zeitungen und Nachrichtenportalen. Darunter befinden sich die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, die TAGESZEITUNG, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, BILD, FRANKFURTER RUNDSCHAU, TAGESSPIEGEL, SPIEGEL ONLINE, das HANDELSBLATT, NEUES DEUTSCHLAND, die TAGESSCHAU, FRANKFURTER NEUE PRESSE, AACHENER NACHRICHTEN, BERLINER ZEITUNG, KÖLNER EXPRESS und das WIRTSCHAFTSBLATT.

¹⁵ Herzlich bedanken möchten wir uns bei Martin Dietzsch, Zakaria Rahmani, Tobias Wallmeyer und Stephan Daibler für die Mitarbeit. Alle Texte, die nicht namentlich gekennzeichnet sind, wurden von Margarete Jäger und Regina Wamper verfasst.

Kontexte: Der Fluchtdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland¹⁶

Vor dem Hintergrund des Wissens, dass Diskurse nicht einfach beginnen, abbrechen und/oder ganz verschwinden, scheint es angebracht, sich die gesellschaftlichen Kontexte des aktuellen Flucht- und Einwanderungsdiskurses zu vergegenwärtigen, sich also die Frage danach zu stellen, wie sich das Sagbarkeitsfeld dieses Diskurses entwickelt hat. Innerhalb dieses Sagbarkeitsfeld wurden und werden kontinuierlich Fremd- und Selbstbilder produziert, die mit erheblichen ein- oder ausgrenzenden Effekten verbunden sind.

Bei der Nachzeichnung des Diskurses können verschiedene Phasen unterschieden werden, die jedoch nicht als abgeschlossene Einheiten zu verstehen sind. Sie markieren allein die Schwerpunkte der *Aussagen* im Einwanderungsdiskurs zu diesem Zeitpunkt.

Phase 1: Nach dem Zweiten Weltkrieg: Flüchtlinge aus Osteuropa

In Deutschland steht die Entwicklung und Etablierung von Rassismus in einem engen Zusammenhang mit Migrationsprozessen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren davon vor allem die Flüchtlinge betroffen, die aus Osteuropa nach Westdeutschland kamen. Sie waren nicht willkommen, obwohl es sich bei ihnen zu einem großen Teil um deutsche Staatsbürger_innen handelte. Doch sprachen sie häufig nur schlecht Deutsch und pflegten teilweise auch andere kulturelle Praxen. Darüber hinaus waren sie für die Einheimischen auf dem sich damals neu formierenden Arbeitsmarkt eine direkte Konkurrenz. Auch deshalb stießen sie bei der ansässigen Bevölkerung anfänglich auf herbe Ablehnung. (Pieper, 2008, S. 26) Es war sicherlich auch die wirtschaftliche Prosperität seit Beginn der 1950er Jahre, die die Bedingung dafür schuf, dass sich die Integration dieser Personen relativ rasch vollziehen konnte. Dennoch gab es bis in die

¹⁶ Der Text orientiert sich an einem Beitrag von Margarete Jäger: Skandal und doch normal. Verschiebungen und Kontinuitäten rassistischer Deutungsmuster im deutschen Einwanderungsdiskurs, in: Sebastian Friedrich, Regina Wamper und Jens Zimmermann 2015 (Hg.): *Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Rassismus. Neonazismus und Staat*, Münster.

1960er Jahre massive Vorurteile gegenüber diesen Flüchtlingen in der Bevölkerung.

Phase 2: 1955 bis 1973: Von Fremdarbeitern zu Gastarbeitern

Mit Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ab 1955 setzte in Westdeutschland dann die Diskussion darüber ein, ob Migrant_innen und Deutsche überhaupt miteinander leben und arbeiten können. Wohl auch deshalb wurden die ersten Gastarbeiter zunächst mit dem Terminus des ‚Fremdarbeiters‘ belegt.¹⁷ Unbestritten ist, dass große Teile der ‚Eingeborenen‘ diesen Personen von Beginn an mit Geringschätzung und Hochmut begegneten. (Pieper, 2008, S. 23-39)

Doch war dies die Zeit des so genannten Wirtschaftswunders und der Vollbeschäftigung und die Gastarbeiter_innen leisteten vielfach Arbeiten, die Deutsche nicht (mehr) übernehmen wollten. Wohl auch deshalb wurden die Vorurteile und Ressentiments zu dieser Zeit nicht so aggressiv artikuliert, sondern verbargen sich teilweise hinter einem vorgetragenen Paternalismus. Die angeworbenen Personen wurden in erster Linie als Arbeitskräfte angesehen.

In einer Broschüre, die 1971 unter dem Titel *Warum brauchen wir Gastarbeiter?* erschien, wird diese Perspektive in aller Deutlichkeit ausgebreitet und gleichzeitig werden die Vorurteile gegenüber diesen Personen reproduziert. Der Verfasser, der Wirtschaftspsychologe Lutz von Rosenstiel (1971), wirbt darin um Verständnis für die ausländischen Kolleg_innen mit folgenden Argumenten:

„Unsere Wohnungen sind selbstverständlich sauber und aufgeräumt; wir legen Wert auf eine gewisse Gemütlichkeit. Dies aber ist dem Südländer völlig fremd; warum? Weil eine Wohnung für ihn eine viel geringere Rolle spielt, weil er – das hängt natürlich auch mit dem Klima zusammen – viel lieber draußen ist, vor der Tür. Dort spielt sich sein Leben ab, auf dem Marktplatz, im Dorf, wo er alle seine Freunde trifft, dort ist seine Wohnung.“ (Rosenstiel, 1971, S. 24)¹⁸

Mit dem Anwerbestopp, der im November 1973 von der damaligen Bundesregierung erlassen wurde, wurde die Gastarbeiterphase offiziell beendet. Er war

¹⁷ Dass diese Personen zunächst als ‚Fremdarbeiter‘ bezeichnet wurden, erklärt sich auch durch den Umstand, dass sie nicht selten in Barackenlagern wohnten, die während des Krieges von ‚Fremdarbeitern‘, später von so genannten displaced persons und von Vertriebenen bewohnt worden waren. Auf diese Weise stellte sich bei den Einheimischen eine Kontinuität in der Wahrnehmung der Lagerbewohner_innen ein (Herbert, 2001, S. 197). Mitte der 1960er Jahre half der WDR durch ein Preisausschreiben mit, den neuen Begriff des ‚Gastarbeiters‘ bei der Bevölkerung zu verankern (Meinhardt, 1984, S. 16f.).

¹⁸ Die Zitate aus der Broschüre von Lutz von Rosenstiel habe sind dem Beitrag von Friedrich und Pierdicca (2014, S. 129, 131) entnommen.

eine Reaktion auf die Ölkrise und die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die in Deutschland das Ende des Wirtschaftswunders markierte. (Bade, 2013)¹⁹

Phase 3: Die Gastarbeiter bleiben: Rassismus gegenüber Türk_innen

Seit Anfang der 1970er Jahre konzentrierten sich die rassistischen Vorbehalte dann auf Türk_innen, die damals bereits den größten Anteil ausländischer Einwohner_innen in der Bundesrepublik stellten.

„Türken wecken bei vielen Deutschen besonders negative Assoziationen. Wie bei keiner anderen Minderheit toben sich an ihnen diffuse eigene Ängste, Aggressionen, Wahnideen aus. Türken werden mit mörderischen Vernichtungsphantasien („Türkenwitzen“) verfolgt, die Frauen Opfer eines wüsten und brutalen Sexismus.“ (Meinhardt, 1984, 18)

So beschrieb es Rolf Meinhardt in seinem 1984 herausgegebenen Rowohlt-Band mit dem bezeichnenden Titel *Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden*.

Die Gründe dafür, weshalb sich die rassistischen Vorbehalte vor allem an Türk_innen festmachten und festmachen, sind vielfältig. Rolf Meinhardt weist z.B. daraufhin, dass „auch eine konservative deutsche Bildungstradition das ihrige beigetragen“ habe und nennt als Beispiele Karl May oder auch das Kinderlied *Trink nicht so viel Kaffee*. (Meinhardt, 1984, S. 18) Auf die Tradition dessen, was heute in der Rassismusforschung als *antimuslimischer Rassismus* bezeichnet wird, hat u. a. Yasemin Shooman hingewiesen, wenn sie diese Ausgrenzung als ein Produkt europäisch-christlicher Erzählungen und Mythen begreift. (Shooman, 2012, S. 162-167)

Dass solche Mythenbildungen bis in amtliche Verlautbarungen Einzug hielten, demonstriert der Verfassungsschutzbericht 1980. Dort wurde festgestellt, Türk_innen besäßen einen „heftigen, schwer disziplinierbaren Volkscharakter“.²⁰ Dass der Verfassungsschutzbericht sich mit Türk_innen und ihrem Charakter beschäftigt, verweist auf den Beginn einer diskursiven Verschiebung. So wurde in Verbindung mit den wilden Streiks, die im August 1973 bei den Kölner Ford-Werken stattfanden, von Seiten der Geschäftsleitung, aber auch von Seiten des Betriebsrats nicht nur eine massive Spaltung der Belegschaft betrieben und die türkischen Streikenden von deutschen Arbeiter_innen isoliert. Darüber hinaus ist in den Medien damals von „politischem Extremismus“, „kommunistischen

¹⁹ Bade (2013) weist darauf hin, dass der Anwerbestopp das genaue Gegenteil dessen bewirkte, was mit ihm intendiert war. So wurde „Deutschland zum Einwanderungsland ohne Einwanderungsbewusstsein“.

²⁰ Zitiert nach Meinhardt (1984, S. 19), der dies wiederum der Zeitschrift *Konkret* (4/1982, S. 50) entnommen hat (s. auch Shooman, 2012, S. 163f).

Türken“ und sogar vom „Türken-Terror bei Ford“ die Rede gewesen. (Karakayali, o.J.)

Im Resultat ist festzustellen, dass sich seit den 1970er Jahren in den Diskussionen um Einwanderung und die Anwesenheit von Migrant_innen in der (alten) Bundesrepublik immer stärker rassistische Vorbehalte zur Geltung brachten, die teilweise biologistisch, teilweise kulturalistisch begründet wurden. Solche Ablehnungen waren – wie gesagt – zuvor zwar auch vorhanden; und die „Gastarbeiter“ waren in ihrer alltäglichen Situation auch ständig mit ihnen konfrontiert. Aufgrund der ökonomischen Situation jedoch wurden diese Vorbehalte öffentlich nicht so offensiv zur Geltung gebracht.

Phase 4: Verkopplung von Nationalismus bzw. nationaler Identität und Rassismus

Mit einer konservativen Wende, die in der Bildung der Kohl-Regierung 1982 ihren politischen Ausdruck fand, wurde das nationale Element stärker in den Diskurs gebracht. Auf welche Weise zu dieser Zeit in der Bundesrepublik rassistische Vorstellungen artikuliert werden konnten, wird in einer Rede des damaligen Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger (CDU/CSU) deutlich.²¹ Am 4. Februar 1982 debattierte der Bundestag über Migrationspolitik. Im Rahmen dieser Debatte stellte Alfred Dregger fest, dass jedes Volk, so auch das Deutsche, seine „nationale Identität“ bewahren wolle.²² Deshalb könne Deutschland nur eine begrenzte Zahl von Migrant_innen aufnehmen. Doch: „Je näher die Ausländer dem aufnehmenden Volk stehen, um so mehr können es sein.“ Alfred Dregger unterscheidet hier vier Gruppen:

„Menschen mit einer fremden Staatsangehörigkeit, aber deutscher Sprache und Kultur verursachen keinerlei Integrationsprobleme, ob sie nun aus Südtirol, aus Österreich oder aus der Schweiz kommen. Wir nehmen sie gern auf.“

„Der zweite Kreis von Ausländern entstammt nicht dem deutschen, aber doch dem europäischen Kulturkreis. Ihre Muttersprache ist zwar nicht die unsere, aber die kulturellen Gemeinsamkeiten sind groß. [...] Diese Ausländer aus dem

²¹ Alfred Dregger (1920-2002) gehörte von 1972 bis 1998 dem Deutschen Bundestag an. Zum damaligen Zeitpunkt war er Mitglied im Vorstand der der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Oktober 1982 wurde er als Nachfolger von Helmut Kohl zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt und blieb in dieser Funktion bis November 1991. Von 1977 bis 1983 war Alfred Dregger stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU.

²² Die folgenden Zitate entstammen den Protokollen des Deutschen Bundestages, 9. Wahlperiode, 83. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 4. Februar 1982, S. 4891-4895. Frank Wichert hat sich mit dieser Rede von Alfred Dregger ausführlich befasst und dabei herausgearbeitet, dass sie „einen ‚Meilenstein‘ auf einem Weg [...] (präsentiert), an dessen Ende einerseits die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl steht, andererseits eine Kette von rassistisch motivierten Übergriffen auf Asylbewerber und Ausländer.“ (Wichert, 1994, S. 61)

europäischen Kulturkreis zu integrieren und schließlich zu assimilieren, ist möglich.“

Die dritte und „größte Ausländergruppe in Deutschland sind die Türken.“ Das Problem bei dieser Gruppe sei zum einen, dass der Anteil von Türk_innen infolge einer hohen Geburtenrate und durch weitere Zuwanderung weiter anwachsen. Doch dies sei nicht das alleinige Problem: „Kulturelle und Mentalitätsunterschiede“ kämen hinzu.

„Das türkische Volk wurde nicht vom Christentum, sondern vom Islam [...] geprägt. [...] Das trägt neben einem ausgeprägten Nationalstolz der Türken dazu bei, dass sie – von Ausnahmen abgesehen – nicht zu assimilieren sind. Sie wollen bleiben, was sie sind, nämlich Türken. Und das sollten wir respektieren. Türken sind aber – von Ausnahmen abgesehen – nicht nur nicht zu assimilieren, sie sind auch nur schwer zu integrieren.“

Schließlich macht er als vierte Gruppe „Menschen aus den asiatischen und den afrikanischen Ländern“ aus.

„Auch diese Menschen entstammen anderen Kulturkreisen. Auch sie werfen bei weiterer Zunahme nicht lösbare Integrationsprobleme auf. Ein Blick auf Großbritannien und die Niederlande genügt, um zu erkennen, was das für Folgen haben kann.“

Diese Rede von Alfred Dregger löste im Bundestag damals keinen Widerspruch aus. Der ethnopluralistische bzw. kulturrassistische Gehalt seiner Rede war offenbar kein Stein des Anstoßes. Mit dieser Rede erhielten kulturrassistische Vorbehalte gegenüber hier lebenden Türk_innen sozusagen die höheren politischen Weihen. Interessant ist, dass Alfred Dregger in seinen Ausführungen einen Unterschied zwischen Assimilation und Integration macht und Assimilation für ihn offenbar das erstrebenswerte Ziel darstellt. Mittlerweile können wir hier eine Bedeutungsverschiebung beobachten. Wenn heute von Integration die Rede ist, ist in der Regel Assimilation gemeint.

Noch in einer anderen Hinsicht markiert diese Rede von Alfred Dregger eine wichtige Diskursentwicklung: Seit dieser Zeit wurde es zur erklärten Politik der Bundesregierung, einen weiteren Zuzug von Migrant_innen zu unterbinden. Die damalige Bundesregierung wollte erreichen, dass bis 1990 die Hälfte aller Migrant_innen „den Boden der Bundesrepublik Deutschland (zu) verlassen“ hat. (Meinhardt, 1984, S. 19) Spätestens seit dieser Zeit wird also eine Aufspaltung eingeleitet, mit der wir es bis heute zu tun haben: Es wird unterschieden in solche Einwander_innen, die als Arbeitskräfte in Land gerne gesehen und somit willkommen sind, und solche, die, von Arbeitslosigkeit betroffen oder mit Arbeitsverbot belegt, das soziale Netz belasten können. Vom Selbstverständnis eines Zuwanderungslandes war Deutschland damals auf der politischen Ebene aber noch weit entfernt.

Der Diskurs über Einwander_innen hat sich somit spätestens seit Beginn der 1980er Jahre auch öffentlich als „Problem-Diskurs“ konstituiert. Die Anwesenheit migrantischer Menschen wurde als ein gesellschaftliches Problem definiert – mit der Folge einer Verschärfung auch vorher vorhandener rassistischer Ein-

stellungen bei großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung. Die Ablehnungen bezogen sich nicht nur darauf, dass angenommen wurde, Einwander_innen plünderten die deutschen Sozialkassen und nähmen den Deutschen gleichzeitig Arbeit und Wohnungen weg, womit ihnen auch tendenziell eine größere Affinität zur Kriminalität unterstellt wurde. (Lanz, 2007) Sie wurden vielmehr kultur-rassistisch unterfüttert, und die Einwander_innen wurden als eine Bedrohung der nationalen Identität der Deutschen angesehen.

Phase 5: Nach der deutschen Vereinigung: Die Debatte um das Asylrecht

Nach 1989 und der deutschen Vereinigung nahm die Betonung dieser nationalen Identität weiter zu. Der Vorwurf, Flüchtlinge missbrauchten den Asylartikel des Grundgesetzes, wurde in der bereits angesprochenen rassistisch aufgeladenen Asyldebatte gebetsmühlenartig vorgetragen. In dieser Debatte wurden Bilder von imaginierten „Asylantenfluten“ gezeichnet, die Deutschland zu „überschwemmen“ drohten und darüber hinaus das Land mit Kriminalität überzögen. Diese herbei geredete bzw. geschriebene Gefahr von „brechenden Dämmen“ hatte die Bevölkerung aufgeputscht und bei Teilen ein Bedrohungsgefühl entstehen lassen, das sich gewaltsam entlud. Die Städtenamen Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mölln markieren hier nur die markantesten Orte rassistischer Gewalt. Die Reaktion der Politik war die faktische Abschaffung des Asylartikels im Grundgesetz, die dann am 26. Mai 1993 mit Zustimmung von 521 Abgeordneten des Deutschen Bundestages vollzogen wurde – übrigens wenige Tage bevor dann am 29. Mai 1993 der Brandanschlag in Solingen geschah, bei dem fünf Menschen starben. Der Fluchtdiskurs der 1990er Jahre war auch kollektivsymbolisch aufgeladen. Ute Gerhard stellte diese Kollektivsymbole wie folgt heraus:

„Deutschland ist gegenüber dem ‚Strom‘ von Flüchtlingen und Einwanderern, Insel‘, ein ‚Land‘ ohne ‚Damm‘, das durch riesige ‚Fluten‘ in der Gefahr steht ‚überschwemmt‘ zu werden. Deutschland ist mit einem ‚Boot‘ zu vergleichen, das diesen ‚Fluten‘, ausgeliefert ist. Es ist ein ‚Haus‘, in dem die Türe weit offen stehen und in dem Fremde einen ‚Sprengsatz‘ deponiert haben. Schließlich kann Deutschland auch als ein ‚Körper‘ gelesen werden, der von ‚Krankheiten‘, ‚Giften‘, vor allem ‚Drogen‘ bedroht ist. Insgesamt ist diese Welt eine ‚Oase der Ordnung‘, die bedrängt wird von der ‚Wüste‘ des ‚Chaos‘.“ (Gerhard, 1992, S. 170)

Doch es ist auch hervorzuheben, dass sich gleichzeitig ein breiter Protest in der Bevölkerung in Gestalt von Gegendemonstrationen und Lichterketten erhob. Rassistische Klischees wurden unter dem Terminus von „Ausländerfeindlichkeit“ kritisiert. Der Terminus „Rassismus“ war allerdings zu dieser Zeit in der deutschen Öffentlichkeit verpönt. Bemerkenswert ist jedoch, dass breiterer Protest

gegen die Übergriffe erst einsetzte, nachdem in Mölln Einwander_innen zu Tode kamen, die seit Jahren in Deutschland lebten und dort ihren Lebensmittelpunkt hatten. (Räthzel, 1997)

Phase 6: Nach 1993: Verkopplung von Rassismus und Kriminalität

Nach der Grundgesetzänderung verlagerten sich die rassistischen Aussagen auf das im Diskurs seit den 1970er Jahren latent vorhandene Thema Kriminalität und Innere Sicherheit. In den Medien häuften sich Berichte über eine so genannte „Ausländerkriminalität“, bei der vor allem *männliche jugendliche Einwanderer* in den Mittelpunkt gestellt wurden. Fast kampagnenartig wurde durch ein Zusammenspiel von Wissenschaft, Medien und Politik die Kriminalität von Einwandern angeprangert. Einen gewissen Höhepunkt dieser Diskursverschiebung stellt das Jahr 1997 dar. Im April erschien eine Studie von Wilhelm Heitmeyer und seinen Mitarbeitern mit dem spektakulären Titel „Verlockender Fundamentalismus“, in dem ein Zusammenhang von mangelnder Integration, Fundamentalismus und Gewaltbereitschaft von türkischen Jugendlichen hergestellt wird. (Heitmeyer, Schröder & Müller, 1997) In seiner Titelstory *Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft* vom 14. April 1997 verarbeitete der SPIEGEL die Ergebnisse dieser Studie und entwickelte dabei ein Szenario, das Deutschland durch Bandenkriege zwischen jugendlichen Aussiedlern und Türken elementar bedroht sah. Andere Zeitungen legten nach und favorisierten das Konzept der „Null Toleranz“ als Reaktion auf derartige Verhältnisse. Die politische Klasse meldete sich dann im Juli zu Wort.

Der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, erklärte am 20. Juli 1997 in der *Bild am Sonntag*: „Kriminelle Ausländer raus!“ und im September schloss sich im Vorfeld der Hamburger Senatswahl auch der damalige regierende Bürgermeister Henning Voscherau einem restriktiven Vorgehen gegen kriminelle Ausländer an. (Zum Verlauf dieser „Debatte“ s. Jäger & Jäger, 1999, S. 126-138.) Insofern wunderte das Ergebnis einer Untersuchung zur Kriminalitätsberichterstattung nicht, die das DISS 1997 durchführte. Es wurde deutlich, dass durch die unterschiedliche Darstellung deutscher und ausländischer Straftäter oder Beschuldigte in den Medien der Eindruck hergestellt und verfestigt wird, von Ausländern gehe eine besondere Gefährdung für die deutsche Gesellschaft aus. Diese Studie haben wir unter dem Titel *Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden* veröffentlicht, wobei dieser Titel auf ein zentrales Resultat der Studie hinweist. (Jäger, Cleve, Ruth & Jäger, 1998)

Zur gleichen Zeit konnte allerdings durch Studien zum Alltagsdiskurs auch festgestellt werden, dass sich die Wahrnehmung von in Deutschland lebenden Türk_innen differenzierte. (Jäger, 1996, S. 148-149)

Phase 7: Zuwanderungsland Deutschland und antimuslimischer Rassismus

Mit der rot-grünen Koalition fanden dann einschneidende Veränderungen in der Migrationspolitik statt, die zu einer Einfriedung des öffentlich artikulierten Rassismus führten. Mit der Einführung einer Green Card für hochqualifizierte Computerspezialist_innen zum 1. August 2000 leitete die rot-grüne Bundesregierung diese grundsätzliche Veränderung ein. Seit dieser Zeit gilt Deutschland wenn nicht als Einwanderungs-, so aber doch als ein Zuwanderungsland. Damit hat sich der Diskurs in Deutschland grundsätzlich verschoben. Nicht mehr diejenigen, die Einwanderung befürworteten und eine rechtliche Gleichstellung der Einwander_innen forderten, sind in der Erklärungspflicht, vielmehr sind es diejenigen, die dies ablehnen. Das Staatsbürgerschaftsrecht wurde verändert und ermöglichte eine leichtere Einbürgerung von Einwander_innen.

Diese Klimaveränderung führte schließlich dazu, dass nach einem Anschlag auf jüdische Einwanderer im Juni 2000 und auf die jüdische Synagoge in Düsseldorf im Oktober 2000 die politische Klasse zum „Aufstand der Anständigen“ gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aufrief. Von der Bundesregierung wurden eine Reihe antirassistischer Programme wie *Civitas*, *Entimon* und *Xenos* aufgelegt, mit denen zahlreiche zivil-gesellschaftliche Projekte angeregt und gefördert wurden; es gründete sich eine Vielzahl von antirassistischen Initiativen und auch die Rassismusforschung konnte sich in dieser Zeit weiterentwickeln.

Die rot-grüne Regierung gründete eine unabhängige Kommission mit dem Titel „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ – die so genannte „Süssmuth-Kommission“, die Vorschläge für eine zukünftige Migrationspolitik erarbeitete, aus denen schließlich ein Zuwanderungsgesetz resultierte. Insgesamt entspannte sich das gesellschaftliche Klima, was sich auch in der Medienberichterstattung niederschlug. Rassistische Elemente und dramatisierende Darstellungen in Verbindung mit Einwanderung waren deutlich seltener anzutreffen, ohne dass sie allerdings restlos verschwunden gewesen wären. Heute wissen wir, dass in dieser Zeit die NSU-Mordserie ihren Anfang nahm.

Und wir wissen auch, dass die Zurückdrängung des medialen Rassismus einen Preis hatte. Es konnte gleichzeitig ein in der Öffentlichkeit nicht sichtbarer institutioneller Rassismus wirken, der mit dazu beitrug, dass die Morde vom NSU von den Ermittlungsbehörden nicht nur nicht als rechtsterroristische Morde er-

kannt, sondern darüber hinaus als „Döner-Morde“ angesehen wurden. Die Mordopfer wurden in ein kriminelles Milieu verortet und ihr soziales Umfeld wurde zu potentiellen Täter_innen gemacht.

So trägt das angesprochene Zuwanderungsgesetz von 2005 bezeichnenderweise den Titel: „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“. Es schränkt Einwanderung eben auch ein und kann mit dieser Einschränkung vorhandene rassistische Ressentiments latent aufrechterhalten.²³ Im Resultat konnte das Einwanderungs-Thema ein Stück weit neutralisiert werden²⁴, indem Rassismus im öffentlichen Diskurs zurückgedrängt wurde, sich dafür aber in der ‚Mitte‘ der Gesellschaft institutionell verfestigte.

Hinzu kommt, dass seit dem 11. September 2001 in Deutschland das Feindbild Islam weiter ausbuchstabiert wurde. Dazu gehört, dass Personen türkischer Herkunft vornehmlich als Muslim_innen wahrgenommen werden. Nora Rätzzel hat die Wandlungen bei den Benennungen von Eingewanderten untersucht. Wurden diese zu Beginn der 1980er Jahre vornehmlich als „Ausländer“ bezeichnet, so werden sie später zu „Personen mit Migrationshintergrund“. Ab 2001 häuft sich dann die Bezeichnung Moslems, und es wird oftmals ein Zusammenhang mit terroristischen Ereignissen hergestellt. (Rätzzel, 2012, S. 190f.) Das bedeutet: Nach dem 11. September 2001 tritt zu den bekannten Konstruktionen der „integrationsunwilligen Einwanderer“, die in Parallelgesellschaften leben und die deutsche Leitkultur nicht akzeptieren, eine neue und unsichtbare Gefahr in Gestalt des „Schläfers“ hinzu. Sie erlaubt es, alle Einwander_innen unter Generalverdacht zu stellen: Diejenigen, die sich an hiesige Verhältnisse anpassen sind ebenso eine Gefahr wie die, die dies sichtbar nicht tun.

Insofern hat sich seit den Anschlägen das Thema Terror mit dem bereits bekannten Thema der ‚Ausländerkriminalität‘ verknüpft, was nicht unerheblich zur Legitimation eines verschärften Ausländerrechts beigetragen hat.

Gestärkt wurde ein institutioneller Rassismus, dem in der antirassistischen und sonstigen politischen Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde und wird.²⁵

²³ In seiner Analyse des Berichts der „Süßmuth-Kommission“ und der sich daran anschließenden medialen Debatte stellte Björn Carius heraus, dass diese einen „weitreichenden Konsens“ produzierte, in dem das nationale Selbstverständnis „unter veränderten Vorzeichen einer offiziell anerkannten arbeitsmarktorientierten Zuwanderung nach Deutschland“ neu definiert wurde (Carius, 2004, S. 130)

²⁴ So konnte Pro Asyl in seinem Mitgliederrundbrief vom 14.2.2003 notieren: „Der Bundestagswahlkampf [2002, M.J.] blieb weitgehend frei von fremdenfeindlichen Parolen“. (Pro Asyl, 2003).

²⁵ Zum Institutionellen Rassismus s. Jäger & Kauffmann (2002, 2012) sowie insbesondere Kauffmann (2012a, 2012b), Riedelsheimer (2012) und Gössner (2003).

Phase 8: Die Verkopplung von Rassismus mit egalitären Elementen

Im November 2004 entfachte die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh in Deutschland eine Debatte über die Möglichkeiten und Grenzen multikultureller Gesellschaft, bei der vor allem deren Grenzen in den Mittelpunkt gestellt oder gar ihr Scheitern konstatiert wurde. Spätestens seit diesem diskursiven Ereignis lässt sich eine weitere diskursive Verschiebung rassistischer Deutungsmuster erkennen: Vassilis Tsianos und Marianne Pieper schlagen hierfür den Begriff des *postliberalen Rassismus* vor. Darunter verstehen sie eine Form von Rassismus, der sich gegen die Rechte von Einwander_innen richtet. Es handelt sich dabei um die Ausweitung des Sagbarkeitsfeldes, bei dem zum Beispiel das muslimische Kopftuch nicht mehr als eine Abweichung von der deutschen Leitkultur begriffen und skandalisiert wird, sondern als der „sichtbare Beweis für eine Schläferbereitschaft innerhalb der angenommenen deutschen Staatsangehörigkeit“ gilt. (Tsianos & Pieper, 2011, S. 115f.) Dieser Rassismus ist sozusagen eine Antwort auf die juristischen Veränderungen, die in der Phase der rot-grünen Koalition stattgefunden haben. Offenbar verstehen Tsianos und Pieper diese Phase als eine liberale Phase der Migrationspolitik in Deutschland.

Entsprechend verschärfte sich der Ton gegenüber den eingewanderten Personen. Auch die durch den CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble einberufene Islamkonferenz im Jahr 2006 konnte diesbezüglich keine Entlastung bringen. Im Gegenteil. Die Islamkonferenz wirkte als eine Machttechnologie, mit der der Imperativ der Anpassung an die Leitkultur umgesetzt werden sollte.

So feierte die Islamkonferenz noch im Mai 2012 auf ihrer Homepage als ein zentrales Ergebnis ihrer ersten Phase (2006–2009) die Erzielung eines „Wertekonsens in Form eines Bekenntnisses zur Verbindlichkeit der deutschen Rechtsordnung und darüber hinaus der Werteordnung des Grundgesetzes“. (DIK, 2012) Dieser Deutungsrahmen erweckt den Eindruck, dass dieser Konsens notwendig sei, dass also Muslim_innen im Unterschied zu Nicht-Muslim_innen dieses Bekenntnis zu dokumentieren hätten. So zumindest wurde dies auch im Mediendiskurs gesehen, wie Yasemin Shooman bei ihrer Auswertung der ersten Phase der DIK feststellte. Sie analysierte die kommentierenden Berichte aus *Die Welt* und *FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG* und konstatierte außerdem eine Fokussierung auf „Fragen nach kultureller Anpassung von Muslim_innen an eine wahlweise als deutsch oder europäisch-westlich konstruierte Werteordnung“. (Shooman, 2010, S. 48)

Der Streit um die Mohammed-Karikaturen von 2006 zeitigte gleichfalls die bereits oben angesprochene Verschiebung der Deutungsmuster in Richtung eines postliberalen Rassismus. Die Veröffentlichung dieser Karikaturen wurde vor allem mit Hinweis auf die Freiheit von Presse und Kunst als hohes Gut freier Ge-

sellschaften verteidigt, zu deren Akzeptanz Muslime offenbar nicht in der Lage seien. (Jäger, 2007; Link, 2007)

Phase 9: Verkopplung von Rassismus und Ökonomie

In die gleiche Richtung müssen auch die Auseinandersetzungen um die Auslassungen von Thilo Sarrazin interpretiert werden. Mit seinem Buch *Deutschland schafft sich ab* beschäftigten sich 2010 wochenlang die Talkshows des deutschen Fernsehens, wobei seine Polemik nicht nur auf Zustimmung stieß. Doch die Sarrazin-Debatte läutete noch eine weitere diskursive Verschiebung ein. Sie verkoppelte den Einwanderungsdiskurs mit dem ökonomischen Diskurs und produzierte im Resultat das Konstrukt einer Ethnisierung der ‚Unterschicht‘.²⁶

Eine solche Ethnisierung beruht auf einem Konstrukt von Unterschicht, bei dem der Unterschicht eine eigene abgeschlossene Kultur unterstellt wird, die sich durch bestimmte Codes zum Ausdruck bringe. Begriffe vom ‚abgehängten Prekariat‘, das ständig ‚Unterschichtenfernsehen‘ konsumiere, spitzen diese Sichtweise zu. In diesem Diskurs wird eine Ungleichheit postuliert, die mit kulturalistischen Zuschreibungen legitimiert wird. (Friedrich, 2011a, S. 9f.)

Auch Thilo Sarrazin bediente diesen Unterschichtendiskurs, wenn er in einem Gespräch mit dem *Stern* Hartz-IV-Empfänger_innen vorwarf, sie würden auf Kosten der Gesellschaft Energie verschwenden, denn sie seien „erstens mehr zu Hause, zweitens haben sie es gerne warm, und drittens regulieren viele die Temperatur mit dem Fenster“. (Hoffmann, 2009)

Eine Analyse der Sarrazin-Debatte, die Sebastian Friedrich und Hannah Schultes vorgenommen haben, kommt zu dem Ergebnis, dass in der Diskussion über Sarrazins Thesen vor allem der als migrantisch markierte Teil der Unterschicht eine Rolle spielte, obwohl sich seine Ausgrenzungen gegen die gesamte, also auch die deutsche Unterschicht richteten. Dies galt sowohl für die Kritik an Sarrazin, wenn sein Rassismus kritisiert wurde oder ein Bekenntnis zum Islam als Teil Deutschlands vorgenommen wurde. Dies galt ebenso für die Befürwortung seiner Thesen, wenn Integration und Anpassung an die Leitkultur gefordert wurde. Es wurde über Migrant_innen gesprochen, die als Markierende für die Unterschicht galten. (Friedrich & Schultes, 2011; Friedrich, 2012, S. 102f.)

Sarrazin selbst verknüpft aber nicht nur Migration und Ökonomie. Hinzu kommt der nationale Diskurs, wenn er z.B. seine Befürchtungen bzw. seine Wünsche formulierte:

²⁶ Ausführlich dazu s. die Beiträge in Friedrich (2011b) sowie insbesondere Friedrich (2011a; 2012).

„Ich möchte aber, dass meine Nachfahren in 50 und auch in 100 Jahren noch in einem Deutschland leben, in dem die Verkehrssprache Deutsch ist und die Menschen sich als Deutsche fühlen, in einem Land, das seine kulturelle und geistige Leistungsfähigkeit bewahrt und weiterentwickelt hat, in einem Land, das eingebettet ist in ein Europa der Vaterländer. Ich finde das – mit Verlaub – wichtiger als die Frage, ob der Wasserspiegel der Nordsee in den nächsten 100 Jahren um 10 oder 20 Zentimeter steigen.“ (Sarrazin, 2010, S. 392)²⁷

Und heute?

Es ist insgesamt festzustellen, dass die kontroversen Diskussionen um Einwanderung in Deutschland in den letzten Jahren dramatisch zugenommen haben. Im medienpolitischen Diskurs wird (wieder) zunehmend einer restriktiven Ausrichtung der Asyl- und Einwanderungspolitik das Wort geredet. Dies geschieht z. B. durch eine sukzessive Differenzierung in legitime und illegitime Geflüchtete. Noch im Sommer 2015 wurde z.B. der Antiziganismus, dem Roma nicht nur auf dem Balkan ausgesetzt sind, in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG als ein möglicher Fluchtgrund angesehen. (Prantl, SZ, 17.8.2015) Im Laufe der Monate wurde dann jedoch die Gruppe der ‚echten Flüchtlinge‘, die häufig als die „wirklich Schutzbedürftigen“ titulierte wurden, immer kleiner und die Liste der sicheren Herkunftsländer immer länger. Wie sich der Flucht- und Migrationsdiskurs vor diesen Hintergründen seit 2015 entwickelt hat, ist Gegenstand dieser Studie.

²⁷ Den Aspekt der Verknüpfung von Sarrazins Thesen mit Nationalismus hat Jürgen Link (2011; 2012) in seiner Analyse besonders hervorgehoben.

Der Fluchtdiskurs 2015

Die Ereignisse, mit denen wir es in Deutschland in Verbindung mit Migration und Flucht 2015 zu tun hatten, waren nicht nur turbulent, sondern zumindest auf den ersten Blick in ihrer inhaltlichen Ausrichtung auch sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite war (und ist) ein Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen zu verzeichnen, die massiv Stimmung gegen Einwander_innen und Geflüchtete machten und das gesellschaftliche Klima vergifteten. Ein Ausdruck dieser Stimmung war die verheerende Anzahl von Gewalttaten gegenüber Geflüchteten und ihrer Unterkünfte.²⁸ Gleichzeitig führte die vermehrte Einwanderung von Personen aus Bulgarien und Rumänien in einigen Städten, z.B. auch in Duisburg, zu einer aufgeheizten Situation. All dies erinnerte fatal an die gewaltsamen Übergriffe auf Einwander_innen und Flüchtlinge Anfang der 1990er Jahre. Nicht zuletzt deuteten die Wahlerfolge von AfD bei den Landtagswahlen darauf hin, dass wir es infolge dieser Stimmungen mit einer Neustrukturierung im deutschen Parteiensystem zu tun haben, also mit einer Entwicklung, die uns über Jahre beschäftigen wird und die uns aktuell politisch einen Rechtsruck beschert.

Wenn auch die aufgeheizte Stimmung gegen Flüchtlinge und die damit verbundenen gewalttätigen Übergriffe an die Situation in den 1990er Jahren erinnerte, so konnten wir aber auch beobachten, dass die politische Klasse 2015 anders agierte. Während damals Politik und Medien nahezu kampagnenartig diese Entwicklung forciert hatten, in deren Folge der Asylartikel des Grundgesetzes 1993 bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt wurde, wurde diese Stimmung von politischer und medialer Seite 2015 durchaus mit Sorge wahrgenommen: Man distanzierte sich von Pegida und AfD und warnte vor den Folgen für das gesellschaftliche Klima. Angela Merkel sprach sogar von der Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus. (Vgl. O.A. Zeit-Online, 05.09.2015.) Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass vor allem in der Union mit unterschiedlichen Zungen gesprochen wurde, wenn sich z.B. die CSU um die Stimmen am rechten Rand kümmerte und darauf mit restriktiven Forderungen zur Flüchtlingspolitik parierte, die dann von der Großen Koalition als Ganze umgesetzt wurden, also auch von denen, die das „freundliche Gesicht“ von Deutschland präsentieren wollten.

Auf dieses freundliche Gesicht stützte sich auch das enorme zivilgesellschaftliche Engagement, mit denen die nach Deutschland kommenden Geflüchteten aufgenommen und betreut wurden und das mit dem Begriff der „Willkommenskultur“ belegt ist.

²⁸Anfang Oktober 2015 sprach Bundesinnenminister de Maizière von 490 Angriffen auf Asylunterkünfte. (tagesschau, 2016) Die Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert zusammen mit PRO ASYL Übergriffe und Demonstrationen gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte und kommt für das Jahr 2015 auf insgesamt 1.245 Vorkommnisse (Mut gegen rechte Gewalt, 2016).

Auch um diese gegenläufigen Tendenzen wird es in den folgenden Diskursanalysen gehen.

Vom Abnehmen der Kritik. Eine Strukturanalyse der Berichterstattung der TAZ im Sommer und Herbst 2015

von Margarete Jäger und Regina Wamper

In der Analyse der TAGESZEITUNG wurden insgesamt 128 Artikel analysiert, 33 aus dem August, 48 aus dem September, 41 aus dem Oktober und 6 aus dem Novemberzeitraum.

Es handelte sich dabei vorwiegend um Kommentare (97) und nur um 30 Meldungen, sowie einer Ankündigung. 60 der Kommentare erschienen in der Rubrik "Meinung und Diskussion", 44 waren auf der Seite 1 zu lesen, einer in „TAZ ZWEI“ und einer in der Rubrik „Schwerpunkt“. Alle Meldungen stammen von der Titelseite der TAZ.

44 Artikel stammen von außerhalb der TAZ-Redaktion. Es gab 26 Agenturmeldungen und 18 Kommentare (Essays) von Fremdautor_innen. D.h. der weitaus größte Teil der Kommentare stammt aus der TAZ-Redaktion. Ein großes Spektrum aus der TAZ-Redaktion hat sich an der Bewertung der Ereignisse beteiligt.

Die angesprochenen *Themen* verteilen sich wie folgt:

1. Die Stimmung in der Bevölkerung wird insgesamt 74mal angesprochen.
2. 40mal wird die Europapolitik bzw. die Situation und Auseinandersetzung innerhalb der europäischen Gemeinschaft zum Thema gemacht.
3. Die Asyl- und Migrationspolitik wird in 34 Artikeln angesprochen. In dieses Thema fallen auch Reflektionen zum Asylrecht.
4. In 29 Artikeln werden die Fluchtwege zum Thema gemacht.
5. In 20 Artikeln werden die Bedingungen der Unterbringung der Geflüchteten thematisiert und in 8 die Versorgungslage
6. In 15 Artikeln werden machtpolitische Gesichtspunkte der Flüchtlingspolitik thematisiert.
7. 18mal werden integrations- und kulturpolitische Vorstellungen zum Thema.

8. Schließlich werden in 14 Artikeln die Fluchtursachen direkt angesprochen.

Im Rahmen der Kommentierungen werden folgende *Verschränkungen* zu anderen Diskursen hergestellt

1. Eine Verschränkung findet zum Diskurs über Menschenrechte statt (19).
2. Weiterhin häufig wird auch eine Verschränkung zur deutschen Geschichte sowohl auf die NS-Zeit, wie auch die der DDR und der Geschehnisse in den 1990er hergestellt (13).
3. In 13 Kommentaren findet eine Verschränkung zum Kriegsdiskurs statt.
4. Auch verschränkt sich die Kommentierung mit dem Mediendiskurs, sprich mit der Rolle der Medien in der aktuellen Krise (13).
5. Eine Verschränkung mit dem Sozial- und Ökonomiediskurs ist mit 20 Verschränkungen sehr ausgeprägt.
6. Der Europadiskurs wird 12 Mal mit dem Fluchtdiskurs verschränkt.
7. Eine Verschränkung von Terror und Flucht findet in 7 Kommentaren statt.
8. Schließlich wird 5 Mal eine Verschränkung um Entwicklungspolitik vorgenommen.
9. Der Demographiediskurs wird dreimal mit dem Fluchtdiskurs verknüpft
10. Einmal findet eine Verknüpfung mit dem Geschlechterdiskurs statt.

Inhaltliche Aussagen zu den einzelnen Themen

Im Kontext der Ereignisse im Sommer 2015, die keineswegs alle in der TAZ kommentiert wurden, sind die Aussagen zu den einzelnen Themen zu setzen.

Stimmung in der Bevölkerung

Rassismus

In der TAZ wird der in der Bevölkerung artikulierte massive Rassismus gegenüber Flüchtlingen in Deutschland nahezu durchgängig scharf kritisiert, auch wenn mitunter sich so artikulierende Personen euphemistisch als „Asylkritiker“ bezeichnet werden. (Biermann, 15.9.2015 und Bax, 29.8.2015) Dabei wird das Entstehen dieser rassistischen Stimmung durchaus Politik und Medien angelastet, die diese dadurch schüren würden, indem sie z.B. mit horrenden Zahlen ankommender Geflüchtete jonglierten. Angesichts dieser Dramatisierungen „soll einem schon angst und bange werden. [...] Ängste gibt es längst in der Bevölkerung“. (Asmuth, 6.10.2015, vgl. auch Gaus, 5.10.2015.) Es sei verwerflich, „den Unmut jener Bürger, die sich auf mitunter absurde Weise beeinträchtigt fühlen vom Elend anderer Leute, auf eben diese zu kanalisieren.“ (Maier, 8.10.2015)

In diesem Zusammenhang wird auch die im Fluchtdiskurs vorherrschende Wortwahl kritisiert.

„Schon ein oberflächlicher Blick auf die Wortwahl in Bezug auf die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge offenbart die geradezu paranoide Angst des deutschen Bürgers und seiner politischen Vertreter vor dem Unbekannten. Dem nicht Geplanten. Denn derlei kennt man hier nicht.“ (Maier, 15.8.2015)

Allerdings finden sich auch in der TAZ nicht selten Kollektivsymbole, die Flüchtlinge als Gefahr und Last vermitteln wie „Migrationsströme“ (Dribbusch, 4.8.2015), „Flüchtlingsstrom“ (Johnson 24.8.2015), „Fluchtwelle“ (Rathfelder, 13.8.2015) und „Hauptlast“ (Bonse, 20.8.2015), auch wenn an anderer Stelle darauf hingewiesen wird, dass die „angebliche Asylantenflut [...] eine Flut der Bilder in unserem Kopf“ sei. (Dribbusch, 4.8.2015)

Rassismus wird in einigen Artikeln als ‚Mitte‘-Problem beschrieben. „Was gegenwärtig in Deutschland passiert, ist hässlich, aber eben kein Ausnahmezustand, sondern ein deutsches Kontinuum, das gerade mal wieder eskaliert und an die Oberfläche tritt.“ (Biermann, 15.9.2015) Das wird insofern präzisiert, als dass auf bereits vorhandene rassistische Diskurse hingewiesen wird. Sybille Biermann stellt fest, dass „Rassismus in der deutschen Gesellschaft fest verankert ist“ und verweist beispielhaft auf die Sarrazin-Debatte: „Die Rechte ist in der bequemen Situation, sich in ihren Diskursen aus der sarrazinischen Mitte bedienen zu können. Auch das ist nicht neu.“ (Biermann, 15.9.2015)

Und auch „die Islam-Paranoia“ beschränke sich nicht

„auf den rechten Rand. Jahrelang haben Mainstream-Medien und prominente Publizisten wie Alice Schwarzer oder Heinz Buschkowsky die Furcht vor Muslimen geschürt und vor einer islamischen Landnahme und einer Unterwanderung durch Muslime gewarnt. Man darf sich nicht wundern, dass solche Angstpropaganda Wirkung zeigt.“ (Bax, 22.8.2015)

Einen Stimmungsumschwung allerdings sieht man in der TAZ aber weder im August noch im September. Aber es müsse etwas getan werden, damit „Deutschland ein ziviles, hilfsbereites und weltoffenes Land bleibt“ (Schulte, 25.8.2015), was freilich voraussetzt, dass es ein solches sei. Im Oktober werden allerdings Anzeichen für einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung gesehen. Dieser sei „herbeigeschrieben“ worden, in dem Gefühle gegen den Verstand gesetzt wurde. Die „Leitmedien“ hätten bereits vor Seehofer ihre Skepsis gegenüber der Merkelschen Politik geäußert und ihr „quasi Unzurechnungsfähigkeit“ unterstellt. (Bax, 19.10.2015) Zunehmende Ablehnung gegenüber den Geflüchteten könne aber auch durch die Politik der Regierung hervorgerufen werden, die insbesondere durch Angela Merkel gestaltet werde. Merkel gehe ein „beachtliches Risiko“ ein. Denn wenn weiter die „Zahl der Flüchtlinge [...] anschwell[e.]“, könne sich eine Mehrheit der Deutschen doch überfordert fühlen. Es werde sich zeigen, ob es gelingt „die besorgten Bürger bei der Stange zu halten, die sich vor zu viel Flüchtlingen fürchten“. (Bax, 9.10.2015) Diese Annahme, dass hohe Zahlen von ankommenden Flüchtlingen zu Rassismus führen würden, wird nicht durchgängig geteilt. In einigen Artikeln wird ein umgekehrter Zusammenhang festgestellt. Gerade Restriktionen, Ressentiments und Schikanen gegen Geflüchtete sowie eine weitere Aushöhlung des Asylrechtes bestärke Rassist_innen.

„Die Flüchtlingsfeinde können sich bestätigt fühlen, wenn sogar der Innenminister suggeriert, Flüchtlinge würden hierzulande unberechtigt in Saus und Braus leben. Das ist verantwortungslos und falsch, denn das Gegenteil ist der Fall.“ (Bax, 17.8.2015)

Nur selten findet sich eine Aussage, dass die durch die Bundesregierung vorgenommenen Asylrechtsverschärfungen nicht aus „Fremdenhass“ heraus geschähen, „sondern aus dem Wunsch heraus, weiter Platz zu haben für die Menschen, die am dringendsten Schutz brauchen.“ (Wallraff, 1.10.2015) Hier wird das Vorhandensein von Rassismus auch unterstellt, jedoch nicht als Motiv ausgrenzender Praktiken angesehen.

Alle diesen Äußerungen weisen trotz ihrer unterschiedlichen Gewichtungen der rassistischen Stimmung jedoch eine Gemeinsamkeit auf. Es wird davon ausgegangen, dass es einen Zusammenhang zwischen rassistischen Vorbehalten und der Anwesenheit von Flüchtlingen gibt. Ausgeblendet wird dabei allerdings, wie sich dieser Zusammenhang herstellt bzw. ob dieser überhaupt existiert. Allein in einem Artikel wird darauf hingewiesen, dass Rassismus vor allem dort verbreitet ist, wo es wenig Migration gebe:

„Vorbehalte gegen Muslime sind dort besonders ausgeprägt, wo besonders wenig Muslime leben also nicht in den Metropolen und urbanen Zentren, sondern in Ostdeutschland und in den ländlichen Regionen Europas, aus denen die rechtspopulistischen Parteien Westeuropas die meisten Wähler beziehen.“ (Bax, 22.8.2015)

Ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen der Anwesenheit von Geflüchteten und Rassismus wird auch hergestellt, wenn davor gewarnt wird, dass die Politik den Forderungen der Fremdfeinde nachgebe:

„Wer glaubt, ein paar weniger Asylsuchende in Pirna, Heidenau oder Dresden würden deeskalierend wirken, verkennt, dass es den Fremdenfeinden nicht um Kompromisse geht. Weder wollen diese einen Kompromiss noch sind deren Ansichten kompromissfähig.“ (Hillenbrand, 15.10.2015)

Extreme Rechte / Rechtspopulismus

Auch hinsichtlich der Kritik an rechtspopulistischen Parolen bzw. an dem Agieren der extremen Rechten ist die TAZ in ihren Aussagen eindeutig. Dabei verläuft die Grenze zwischen der Bewertung rassistischer Einstellungen als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit oder organisiertem Rechtsextremismus zuweilen fließend: Während im Westen der Republik die Fremdenfeinde agierten, die „ihren Rassismus hinter vorgezogenen Gardinen verborgen halten“, träten sie im Osten öffentlich auf und verbreiten „Hassparolen“. Sie zeigten immer weniger „Berührungsängste gegenüber bekennenden Rechtsradikalen.“ Eingeräumt wird, dass es natürlich „legitim [sei], die Problematik der hohen Flüchtlingszahl zu diskutieren. Was aber ganz gewiss nichts nützt, ist [...] ihren Forderungen [der Fremdenfeinde, d.V.] auch nur ein Jota nachzugeben.“ (Hillenbrand, 15.10.2015) Genau dieser Vorgang wird aber festgestellt und einer Kritik unterzogen.

„Rechtspopulisten fordern in ihren Ländern deshalb ein strikteres Einwanderungs- und Asylrecht, das zwischen erwünschten und nicht erwünschten Einwanderern unterscheidet, die Rückkehr zu nationalen Grenzkontrollen und die Rückerlangung nationalstaatlicher Souveränität von Brüssel.“ (Bax, 22.8.2015)

Sie hätten „in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielt nicht zuletzt, weil mehrere europäische Regierungen ihre Forderungen ganz einfach übernommen haben, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen.“ (Bax, 22.8.2015) Wer in der derzeitigen Situation mit der Grenze der Belastbarkeit der einheimischen Bevölkerung argumentiere, mache sich „rechtspopulistischen Zündern anheischig“. (Maier, 8.10.2015) Zu diesen Zündern werden auch „Promipublizisten“ gerechnet, die „als Stichwortgeber für rechte bis rechtsextreme Kreise“ fungierten. Vor allem nach dem Attentat auf die Kölner OB-Kandidatin Henriette Reker wird dieser Zusammenhang gesehen: Es füge sich ein in einer „Logik der Eskalation. Dass solche Täter glauben können, sie agierten als Vertreter eines heimlichen Volkswillens, liegt auch an der Radikalisierung in manchen Feuilletons.“ (Bax, 19.10.2015) Die Verantwortlichen werden auch namentlich genannt: Björn Höcke, Thilo Sarrazin, Udo Ulfkotte, Jürgen Elsässer trügen eine Mitverantwortung an der Messerattacke auf Henriette Reker. „Die Grenze zwischen Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus ist allzu offen.“ (Beucker, 19.10.2015) Die Politiker_innen, die in Reaktion auf Erfolge extrem Rechter das Asylrecht einschränken wollen, würden fleißig daran arbeiten,

„die Lücke zwischen Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus zu schließen: De Maizière, der den Flüchtlingen ihr Taschengeld nehmen will, Kretschmann mit seinem Faible für sichere Herkunftsländer, die CSU mit ihren Sonderlagern für Balkanflüchtlinge, der Pegida-Versteher Gabriel, sein Parteikollege Andreas Bausewein, der ein Schulverbot fordert – die Kolumne ist zu kurz, um jede Bösartigkeit aufzuschreiben. [...] Kein Wunder, dass in Deutschland keine Rechtsex-

tremen im Bundestag sitzen, wenn die etablierten Parteien den Job so gut machen“. (Vogel, 1.9.2015)

Den Vorschlag von Armin Laschet (CDU) nach dem Kölner Attentat, der Verfassungsschutz solle sich zukünftig Pegida und AfD annehmen, findet Konrad Litschko geradezu „abstrus“, weil diese Institution bei den NSU-Morden kläglich versagt habe. Stattdessen helfe nur „ein klares Benennen und Ausgrenzen des Rassismus, ein offensives Verteidigen demokratischer Werte[...], ein steter Gegenprotest auf den Straßen, um den Pegida- und AfD-Anhängern das Gefühl von Macht und Volkes Stimme zu nehmen.“ (Litschko, 27.10.2016) Zudem sei, in Bezug auf die Ereignisse in Heidenau, die Benennung als Terrorismus falsch. Diese würde Rassismus und Rechtsextremismus externalisieren und Sicherheitspolitiken bestärken. (Biermann, 15.9.2015)

Die 400 Strafanzeigen gegen Angela Merkel, mit denen juristisch gegen ihre Flüchtlingspolitik vorgegangen werden soll, werden als eine offensichtlich „orchestrierte Kampagne“ gewertet. So finde sich ein Musterschreiben „zum Beispiel auf der Webseite des rechtspopulistischen Magazins compact.“ (Rath, 29.10.2015) Deshalb wäre auch eine kurzzeitig diskutierte und dann verworfene Solidaritätsabgabe für Flüchtlinge kontraproduktiv. Sie hätte die „Mär verfestigt, dass die Fremden eine ökonomische Belastung sind, und zwar für jeden einzelnen Einheimischen. Gratis wäre den Nationalisten ein falsches Argument geliefert worden, um ihre Das Boot ist voll-Rhetorik zu bestücken.“ (Herrmann, 12.10.2015)

Andererseits wird aber auch darauf insistiert, dass die soziale Situation der einheimischen Bevölkerung berücksichtigt werden sollte:

„[...] mit Moral bezahlt man keine Renten, Humanität ist keine buchhalterische Kategorie und Stiefelnazis werden nicht durch eine paar schöne Worte der Kanzlerin zu Blumenkindern. Ohne Moral, Humanität, Recht und Menschlichkeit aber bleibt allen nur die Angst.“ (Kretschmar, 15.10.2015)

Nach einer Wahl in Österreich wird eine gängige Analyse des Mediendiskurses als Unsinn zurückgewiesen:

„Der Flüchtlingsstrom und die damit verbundene Angst der Wähler vor Chaos und zu vielen Ausländern hätten der FPÖ die Stimmen nur so zugetrieben. Dagegen hätten die konservative ÖVP und die Sozialdemokraten einfach keine Chancen gehabt, und die Grünen seien irgendwie einfach untergegangen. Aber das ist natürlich Unsinn: Auch wenn kein einziger Flüchtling gekommen wäre, die Wahlen wären nicht sehr viel anders ausgegangen.“ (Misik, 28.9.2015)

So wird der oftmals suggerierte direkte Zusammenhang zwischen der Flüchtlingsbewegung und dem Erstarken der extremen Rechten zurückgewiesen. Es sei das Missmanagement, das der Rechten helfe, nicht die Anwesenheit von Geflüchteten. Nach einer Wahl in Kanada, bei der der rechts-konservative Regierungschef eine Niederlage erlitten hat, wird hervorgehoben, dass dieses Ergebnis zeige, dass populistische Parolen durch die Bevölkerung auch anders beantwortet werden können. „Viele Kanadier fragten sich: [...] Wollen wir wirklich in

einem Land leben, in dem die Mehrheit die Rechte von Minderheiten mit Füßen tritt, nur um eines kurzfristigen politischen Vorteils willen?“ (Michel, 21.10.2015)

Nach den Anschlägen von Paris am 13.11.2015 wird die in Politik und Medien teilweise vorgenommene Kopplung der Thematiken Flucht und Terror in der TAZ zurückgewiesen und als einer rechtspopulistischen Politik förderlich angesehen:

„Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich müssen Geflüchtete, die nach Deutschland kommen, registriert und überprüft werden. [...] Die Menschen, die aus Syrien zu uns kommen, wollen keinen Terror, sie flüchten vor ihm. Sie sind Opfer, nicht Täter. Wer Paris als Beleg dafür nimmt, dass die Grenzen geschlossen werden müssen, spielt aber mit der Vorstellung, dass in jedem Flüchtling ein Terrorist stecken könnte. Das ist ein gefährliches Fahrwasser. [...] Wer jetzt noch aus den Flüchtlingen potenzielle Terroristen macht, der zündelt. Als ob nicht jetzt schon immer mehr Menschen zur rechtspopulistischen AfD und Pegida überlaufen und fast täglich Flüchtlingsheime angegriffen werden.“ (am Orde, 16.11.2015)

Und auch schon im September, nach Kretschmanns Verknüpfung von Flucht und Terrorismus, erntet der grüne Politiker deutliche Kritik:

„Bisher waren es vor allem rechtspopulistische Parteien und Publizisten wie Roger Köppel, die das Angstbild von islamistischen Schläfern an die Wand malten, die sich unter friedfertige Flüchtlinge mischen und in Deutschland einen Anschlag begehen könnten.“ (Bax, 2.9.2015)

Zwei Positionen scheinen in der TAZ einander gegenüberzustehen, geht es um die extreme Rechte. Auf der einen Seite wird vertreten, dass die deutsche Bevölkerung hilfsbereit sei und „Nazis und AfD-Anhänger [...] außerhalb des nationalen Konsenses“ stünden. (Reeh, 7.9.2015) Auf der anderen Seite erscheint die „deutsche Mitte [...] im Rechtspopulismus vereint.“ (Vogel, 1.9.2015)

Bei der Bewertung der rechtspopulistischen und extrem rechten Politikbemühungen wird in der TAZ der Fluchtdiskurs in den Kontext einer umfassenderen politischen Entwicklung in Deutschland eingeordnet.

Dies erklärt auch, dass in der TAZ im Oktober die Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte eher am Rande kommentiert werden, was nicht unbedingt als angemessen angesehen wird:

„An die nahezu täglichen Anschläge auf bewohnte oder unbewohnte Flüchtlingsunterkünfte [...] scheint sich die Republik in erschreckender Weise gewöhnt zu haben. Der Mordversuch auf die parteilose Kölner OB-Kandidatin und Sozialdezernentin sollte ein Fanal sein, jetzt endlich mit aller Macht und Entschlossenheit den Feinden eines friedlichen Zusammenlebens entgegenzutreten.“ (Beucker, 19.10.2015)

In den Monaten zuvor fanden sich ebenso oftmals Aufzählungen von Brandanschlägen und Übergriffen. Den Ereignissen in Heidenau allerdings widmen sich etliche Autor_innen. Hier stehen sich zwei Positionen diametral gegenüber.

Sonja Vogel vertritt die Position, dass die Ursachen der Brandanschläge im in Deutschland weit verbreiteten Rassismus liegen würden, der von den Regierungshandelnden durch ihre restriktive Politik bestärkt werde:

„Es gibt offensichtlich ein Übersetzungsproblem. Unterkünfte brennen täglich. Aber trotz aller Verurteilungen, scheint der Brandanschlag als Teil der politischen Willensbildung akzeptiert zu sein. Eine so engagierte Bevölkerung darf man nicht enttäuschen: Und so will de Maizière das Asylrecht weiter einschränken, den Zuzug beschränken. [...] Wenn man diesen menschlichen Wracks auf der politischen Bühne zusieht, nach Worten ringend und mit ernsten Gesichtern, meint man, sie hätten die letzten Jahre auf einem anderen Stern gelebt und kämen jetzt nach Rostock, dem NSU, Pegida zurück.“ (Vogel, 1.9.2015)

In Deutschland habe man nichts gelernt aus extrem rechten Entwicklungen in den letzten 20 Jahren. Ulrike Fokken sieht eine gegenteilige Entwicklung, wenn sie schreibt:

„Wir sind das Pack!, rufen Leute vor dem Flüchtlingsheim von Heidenau, und sie haben recht, denn das Volk sind sie nicht. Das Volk, um mal diesen etwas antiquierten Begriff zu benutzen, das sind die Menschen, die sich in der als Krise empfundenen Situation einer Demokratie würdig erweisen. Das Volk, das ist die Gemeinschaft in diesem Land, das sind die Menschen, die ihr Wohnzimmer verlassen und völlig fremden Menschen aus Syrien, aus Eritrea, Somalia, Albanien, dem Irak eine Unterkunft anbieten.“ (Fokken, 27.8.2015)

Diese Menschen seien diejenigen, die die Gemeinschaft aufrechterhielten „und zeigen, dass Deutschland ein freundliches, liberales und wahrhaft reiches Land ist. Reich an Materiellem und reich an Mitgefühl. Die Deutschen beweisen gerade mal wieder, dass sie super organisieren können.“ (Fokken, 27.8.2015) Und Eberhard Seidel geht noch einen Schritt weiter, wenn er in einer Abgrenzung zu den 1990er Jahren meint, dass sich bei den Ereignissen in Heidenau zwar viele an die Pogrome von Hoyerswerda und Lichtenhagen erinnert gefühlt hätten, jedoch sei nur wenige Wochen nach Heidenau „alles anders“ gekommen:

„An Stelle eines heißen Sommer (!) völkischer Gewalt erlebt die Republik einen Sommer der Solidarität. Statt Angst vor Überfremdung herrscht Mitgefühl. Während die Regierungen Polens, Großbritanniens, Tschechiens und anderer europäischer Staaten Flüchtlinge aus Syrien mit der Parole No Moslems, please! die kalte Schulter zeigen, heißen Zehntausende von freiwilligen Helfern die Schutzsuchenden in Berlin, München, Dresden, Hamburg, und andernorts willkommen.“ (Seidel, 12.9.2015)

Die anhaltenden Anschläge gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte werden von Seidel hier jedoch dethematisiert. Er sieht eine deutsche Willkommenskultur *statt* Rassismus. Dies sei „das Ergebnis eines 25 Jahre langen gesellschaftlichen Reifungsprozesses.“ (Seidel, 12.9.2015) Historisierend und im Gegensatz zur aktuellen politischen Situation meint er:

„Deutschland erlebte Jahre des Hasses. Teile der Presse hetzten gegen Asylanten, wie sie die Schutzsuchenden abwertend bezeichnete. Und Teile der Politik schürten die Ressentiments der Verwirrten, Orientierungslosen und Wendever-

lierer. [...] Täglich kam es zu rassistischen Attacken auf Flüchtlinge, zu Überfällen auf Andersaussehende und auf Punks. [...] Dieses Deutschland gibt es nicht mehr.“ (Seidel, 12.9.2015)

Zwar seien die „hässlichen Deutschen nicht verschwunden“, sie würden aber an Bedeutung verlieren. „Nur noch wenige bedauern die Metamorphose des alten, völkischen Deutschland in eine offene, kosmopolitische Republik.“ (Seidel, 12.9.2015) In Deutschland sei man, anders „als in der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden oder Finnland“, heute „erfreulich resistent gegenüber Parteien wie der NPD und Zusammenschlüssen wie der Pegida-Bewegung oder Parteien wie die AfD“. Es könne sich keine „Partei in der Mitte der Gesellschaft etablieren, die auf Flüchtlingshetze, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit setzt“. (Seidel, 12.9.2015) So wird in der TAZ auf der einen Seite Rassismus als deutsches Kontinuum gesehen, auf der anderen Seite Rassismus historisiert und für die aktuelle Gesellschaft dethematisiert. Die sogenannte Willkommenskultur wird hier genutzt, um Deutschland gegenüber den 1990er Jahren zu rehabilitieren, auch in expliziter Abgrenzung zu anderen europäischen Gesellschaften.

Unterstützerszene / Willkommenskultur

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung wird in der TAZ durchgängig positiv gesehen und es wird mehrfach betont, dass diese nicht nachlassen dürfe. Anfang September noch sieht Andreas Rüttenauer die „die Stimmung im Land“ als „von den zahllosen ehrenamtlichen Helfern überall in Deutschland geprägt“. (Rüttenauer, 2.9.2015) Zeitgleich sieht man die Willkommenskultur aber auch als fragil und gefährdet an (vgl. Wallraff, 17.9.2015) und verweist so auf die Gefahr des Kippens der Stimmung. Diese vollziehe sich vor allem durch ein Bröckeln der „politische[n] Hilfsbereitschaft“. (Wallraff, 7.9.2015) „Wer die aktuelle Aufnahmebereitschaft aufrechterhalten will“, so Wallraff, müsse nun „auch auf unangenehme Fragen Antworten finden“. Der Autor konstatiert, dass die Forderung nach offenen Grenzen „nie mehrheitsfähig“ sein werde und regt eine Debatte auch um Abschiebungen an, denn: „Die Diskussionen über harte Seiten der Migrationspolitik müssen auch Linke führen. Sonst übernehmen die ganz Rechten die Debatte.“ (Wallraff, 7.9.2015) Einem Stimmungsumschwung, so heißt es in einem anderen Artikel, könne gegengesteuert werden, indem „BürgermeisterInnen der Städte, die MinisterpräsidentInnen der Länder und allen voran die Kanzlerin [...] ihre uneingeschränkte Solidarität mit allen Engagierten auf allen Ebenen erklären“. (Asmuth, 24.8.2015) Die Hilfe wird als hochpolitischer Akt der spontanen Solidarität verstanden und mitunter in Opposition zum Handeln des Staates gesetzt. Zu beklagen, dass der Staat sich nicht ausreichend um die Versorgung der Geflüchteten kümmere, heiße, so meint es Hilal Sezgin, noch zu viel Vertrauen in ihn zu haben. Denn „[d]iese Wochen zeigen uns, wer der Herr im Hause solidarischer Wohlfahrtsstaat ist. Der Staat selbst hat dieses Haus längst verlassen, Teile der Bevölkerung haben es besetzt, instand gesetzt und erfüllen es mit Leben“. (Sezgin, 30.9.2015) Auch Bettina Gaus lobt die Helfenden und kritisiert zugleich den Rückzug der europäischen Staaten aus der Versorgung:

„Ohne die eindrucksvolle Hilfe erstaunlich großer Teile der Bevölkerung müssten noch mehr Notleidende im Freien übernachten oder ohne warme Mahlzeit auskommen. Deshalb ist die Hilfe notwendig. Was nichts daran ändert, dass sie es nicht sein dürfte. Es ist absurd, dass die Erstversorgung von Kriegsvertriebenen in Europa mancherorts schlechter ist als in den ärmsten Regionen dieser Welt.“ (Gaus, 4.9.2015)

Eine Gefahr der ehrenamtlichen Hilfe liege darin, dass der deutsche Staat sich zum „Nachtwächterstaat“ entwickle. Zudem müsse, so Ines Kappert die Hilfe mit politischen Forderungen verbunden sein:

„Zu Recht weist etwa Jochen Schwarz vom Projekt Flüchtlingslotsen Pankow darauf hin, dass die so wichtige private Hilfe mit einer Skandalisierung der fatalen jahrelangen Fehlpolitik auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene verbunden werden muss. Nur so kann die soziale Verwahrlosung der verantwortlichen Behörden gebremst werden.“ (Kappert, 12.8.2015)

Jedenfalls sollten angesichts der Asylrechtsverschärfungen weiterhin „Tausende Bürger große Hilfsbereitschaft [zeigen], und es wäre doch gelacht, wenn sie sich davon durch ein paar Gesetzesänderungen abbringen ließen.“ (Wallraff, 1.10.2015)

„Wer sich für Flüchtlinge einsetzen will, muss das schon selber tun [...] ohne Support von CDU/CSU. [...] Es bleibt also jetzt erst recht klassisches Engagement. Das ist mal großartig, mal anstrengend, manchmal auch ermüdend. Aber offensichtlich keine Überforderung. Denn es findet weiter statt, landauf, landab. Trotz der Verweigerungshaltung in der Union. Zum großen Teil sogar genau deswegen.“ (Asmuth, 16.10.2015)

Ab Oktober lassen sich aber auch Stimmen finden, die den Helfenden eine gewisse Naivität unterstellen. Mit Blick auf die Vorfälle in Suhl und anderen gewaltförmigen Ausbrüchen in Flüchtlingsheimen seien die „Tage der Kuschtiere zu Ende“ gegangen, womit den ehrenamtlichen Helfer_innen eine gewisse Naivität unterstellt wird. Gleichzeitig wird aber an die „Standfestigkeit“ der Bevölkerung appelliert: „Sie soll einfach auch künftig den Wunsch deutlich machen, dass Notleidenden geholfen werden möge.“ (Gaus, 5.10.2015)

Eine ähnliche Bewertung nimmt auch Daniel Kretschmar vor und präzisiert, was künftig zu tun sei:

„Es war bestimmt ganz famos, besoffen vor der eigenen Barmherzigkeit auf Bahnhöfen noch jedem Ankommenden ein da capo zuzurufen. Jetzt aber ist es höchste Zeit, die Herausforderung anzunehmen, aus dem positiven Impuls der Willkommenskultur Mechanismen demokratischer Teilhabe zu entwickeln.“ (Kretschmar, 15.10.2015)

Die Unterstützerszene wird somit einerseits als erfreulich und zur Bewältigung der Herausforderungen unverzichtbar charakterisiert. Andererseits wird sie mit ironischen Bemerkungen aber auch abgewertet.

Asyl- und Migrationspolitik und die Diskussion um die Belastungs- und Obergrenze der Aufnahme von Flüchtlingen

Bei der Kommentierung der Asylrechtsverschärfungen, die vor allem von der Union angestrebt werden, überwiegen die Äußerungen, die diese kritisieren bzw. ablehnen. Begründet wird dies mit unterschiedlichen Argumenten: Da findet sich zum einen die Argumentation, dass das damit bezweckte Ziel, durch eine Reduzierung der Anzahl der Geflüchteten die rassistische Stimmung in der Bevölkerung zu reduzieren, nicht erreicht werde. Gereon Asmuth bewertet die rechtlichen Einschränkungen als „die härteste Asylrechtsverschärfung seit den xenophoben Aufständen Anfang der 1990er“, die zudem von SPD und Grüne auch noch unterstützt werde,

„weil sie sich irgendwie erhoffen, das würde was verbessern. Aber das wird es nicht. Weil die Überforderten weiter krakeelen werden, dass sie ach so überfordert sind, solange noch irgendeine Grenze offen ist. Weil sie es eben anders nicht wollen.“ (Asmuth, 16.10.2015)

Hier wird zumindest in Ansätzen von der Unterstellung Abstand genommen, Rassismus und die Anwesenheit von Flüchtlingen stünden in einem ursächlichen Zusammenhang.

Dieser Zusammenhang wird von Daniel Bax jedoch unterstellt, wenn er Merkel anerkennt, dass sie sich in ihrer Partei und Unionsfraktion gegen eine Obergrenze der Aufnahme von Flüchtlingen stelle, dass sie aber gleichzeitig auch für „raschere Abschiebungen, eine stärkere Abschottung der EU-Außengrenzen und [...]mehr Geld für die Flüchtlingscamps in der Türkei [will], damit weniger Menschen von dort nach Europa wollen.“ Damit gehe sie das Risiko ein, die AfD zu stärken, weil sie „die besorgten Bürger“ und „die Unzufriedenen“ einsammeln, „die sich von der Merkel-CDU nicht mehr vertreten fühlen.“ (Bax, 9.10.2015)

Ilija Trojanow weist in seiner Kritik an den Verschärfungen des Asylrechts auf die „inneren Widersprüche unseres globalen Systems, [hin], die sich seit Jahren und Jahrzehnten zuspitzen“ und benennt die Gründe für die Fluchtbewegungen, an denen der westliche Welt z.B. durch Waffenlieferungen enormen Anteil habe. Vor diesem Hintergrund bewertet er den deutschen Versuch, den „unkontrollierten, unregulierten Strom“ durch eine militärische Bekämpfung der sogenannten Schlepper in den Griff zu kriegen, „damit die Flüchtlinge möglichst keine Chance haben, zu uns zu gelangen.“ Doch die Einräumung eines Rechts auf Asyl bei gleichzeitiger Abschottung hält er für „absurd“. (Vgl. Trojanow, 7.10.2015.)²⁹

Kritik an der Abschreckungsideologie wird auch von Ulrich Schulte artikuliert.

„So ein Wort können sich wirklich nur Bürokraten ausdenken. Kalt, technisch und unpersönlich klingt es, aber irgendwie auch präzise und scheinbar wahr. Dieses Wort war der Kanzlerin, dem Grünen Winfried Kretschmann und den

²⁹ Trojanow weist übrigens auch auf die Bedeutungsverschiebung hin, die mit dem Terminus des Schleppers einhergeht. In Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ seien diese Personen als „Fluchthelfer“ titulierte und durchaus positiv bewertet worden.

anderen Ministerpräsidenten bei ihrem großen Asylkompromiss sehr wichtig, es fällt gleich mehrfach in ihrem Beschluss. Fehlanreize. Fehlanreize also gelte es für Asylbewerber tunlichst zu vermeiden, was übersetzt bedeutet: Wir müssen Deutschland einfach unfreundlicher und härter machen, dann kommen weniger Hilfesuchende zu uns.“ (Schulte, 26.9.2015)

Der Autor kritisiert, dass genau diese Ansicht offenbar Konsens zwischen CDU/CSU, SPD und Grünen war und sie so „ein paar Schikanen in Gesetzestexte gegossen, die das bisher geltende Asylrecht drastisch verschärfen“. (Schulte, 26.9.2015) „Merkels Koalition der Willigen“ habe nicht den Mut gehabt, rechtsstaatliche Prinzipien „in einer schwierigen und aufgeheizten Situation hochzuhalten, weil sie sie für nicht mehrheitsfähig halten.“ (Schulte, 26.9.2015) Bezüglich der Restriktionen fragt Schulte: „Ist das alles nicht etwas irre?“ (Schulte, 26.9.2015)

Eine eher pragmatische Sichtweise nimmt Christian Rath ein, wenn er konstatiert, dass der Plan, Asylanträge mit geringen Erfolgsaussichten künftig in einem beschleunigten Verfahren abzuwickeln, nicht greifen werde, weil das BAMF „gar kein Interesse am zusätzlichen Erledigungsdruck habe[.] und deshalb die Zahlen im Eilverfahren letztlich doch eher klein halten“ werde. (Rath, 20.11.2015)

Dieser Pragmatismus, der die Notwendigkeit der Reduktion impliziert, zeigt sich auch bereits in den Monaten zuvor:

„Um die steigende Zahl von Asylbewerbern zu bewältigen, sind Abstriche nötig. Manche davon schmerzen und sind trotzdem unausweichlich. Maßnahmen aber, die ausschließlich auf Kosten der Flüchtlinge gehen, ohne Kosten und Asylbewerberzahlen spürbar zu senken, muss die Opposition mit aller Kraft verhindern notfalls über den Bundesrat.“ (Schulze, 8.9.2015)

Als Marker für eine gute Asylpolitik nimmt Schulze die tatsächliche Senkung der Kosten und Zahlen an. Wenn dies gegeben sei, dann dürfen „Abstriche“ auch „schmerzen“. Darauf zu achten, sei Job der Opposition, die dies aber verfehlt habe, „denn die Hardliner aus der CSU haben eine Reihe von Forderungen durchgedrückt, so wollen sie teils hart erkämpfte Rechte von Asylbewerbern wieder kassieren“. (Schulze, 8.9.2015) Und auch in einer abgedruckten Agenturmeldung werden die Einschränkungen des Asylrechts als „Paket zur Flüchtlingshilfe“ bezeichnet. (O.A., 8.9.2015) In der TAZ wird aber auch Kritik am Pragmatismus laut: Während das ursprüngliche Asylrecht in Deutschland einst als das „Leuchtfeuer der Verfassung“ angesehen wurde,³⁰ werde es heute „im Namen von pragmatischem Humanismus“ ausgehebelt. Besonders verwerflich sei, dass sich an dieser „bigotten Schandtät“ der Tübinger OB Boris Palmer und Wilfried Kretschmann beteiligten. Dabei sei dieses Asylrecht bereits 1993 kastriert worden. Vorbild für die aktuelle Politik in Deutschland sei offenbar die Schweiz, die eine „buchhalterisch-monetaristische Lösung humanitärer Probleme“ praktiziere, die ganz zur derzeitigen neoliberalen und rechtspopulistischen Verfassung des Landes passe. (Walther, 24.10.2015)

³⁰ Dabei wird sich auf Burkhard Hirsch (FDP) bezogen, der von 1975 bis 1980 Innenminister in NRW war.

Ähnlich sieht dies Anja Maier, wenn sie betont, dass mit der Asylrechtsverschärfung die „Große Koalition staatliche Repression in eine Rechtsform gegossen“ und damit die Forderungen all jeder gefüllt habe, „die dieses Land seit Monaten am Limit oder darüber hinaus sehen“. (Maier, 8.10.2015)

In einem Streitgespräch darüber, ob die Grünen dem Asylpaket und vor allem der Erklärung der Westbalkanländer zu ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ zustimmen sollen, verdeutlicht sich die Breite der Positionierungen in der TAZ. Martin Reeh bemüht zum Einstieg das medizinische Bild einer Triage, einem

„Verfahren in der Medizin, wenn bei einem Katastrophenfall oder in der Notaufnahme entschieden werden muss, welchen Patienten zuerst geholfen werden kann. Und welchen erst einmal nicht, weil für die vielen Behandlungsbedürftigen zu wenig Ressourcen zur Verfügung stehen“. (Reeh/Hecht, 9.9.2015)

So ähnlich müsse man „sich die Situation in der Asylfrage vorstellen“. Als prioritär beschreibt er die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und konstatiert, dass die Aufnahme derer nur funktionieren könne, wenn nicht auch „unbegrenzt“ Menschen in „wirtschaftlich schwierigen Situationen“ aufgenommen würden. (Reeh/Hecht, 9.9.2015) Die Spaltung der Geflüchteten in die Kategorien Wirtschaftsflüchtling und Kriegsflüchtling trägt der Autor so mit. Als Begründung für seine These gibt er an, dass schon die Aufnahme der Geflüchteten aus Syrien „vor allem Menschen mit geringem Einkommen belasten“ würde und macht so eine weitere Spaltung auf, die in eine deutsche Unterschicht und eine migrantische Unterschicht. (Reeh/Hecht, 9.9.2015) In diesem Zusammenhang spricht er davon, dass die Aufnahmebereitschaft nicht überstrapaziert werden dürfe und legt die Möglichkeit für eine Überstrapazierung so in die deutsche Unterschicht. Deswegen, so der Autor, sei „es richtig, das Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären“. (Reeh/Hecht, 9.9.2015) Der „Abschreckungseffekt“ sei positiv anzusehen: „Die Ressourcen, die dadurch frei werden, können für die Flüchtlinge benutzt werden, die die Hilfe am dringendsten benötigen: die aus Syrien.“ (Reeh/Hecht, 9.9.2015) Patricia Hecht nimmt die Gegenposition ein, allerdings mit einem pragmatischen Argument:

„Vor knapp einem Jahr wurden die ersten drei Balkanstaaten zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Mittlerweile ist klar: In der Praxis hat der Schachzug, das Grundrecht auf Asyl auszuhebeln, kaum Auswirkungen die Anzahl der Menschen aus diesen Ländern, die Asylanträge stellen, ist fast gleich geblieben“. (Reeh/Hecht, 9.9.2015)

Die Regelung sei also nicht effektiv gewesen, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Die Autorin hält dies für nicht verwunderlich, da „die Situation in den Herkunftsländern eben keine sichere ist“. (Reeh/Hecht, 9.9.2015) Der Effekt einer Erklärung zu sicheren Herkunftsländern sei vor allem das Signal. „Wir lassen die rein, denen es wirklich schlecht geht, wird damit suggeriert, die Syrer etwa und wir lassen die draußen, die Asylmissbrauch begehen“. (Reeh/Hecht, 9.9.2015) So werde „eine Stigmatisierung ganzer Nationalitäten betrieben was darin gipfelt, dass Bayern zwei Sonderlager einrichtet, in die nur Menschen aus dem Balkan sortiert werden“. (Reeh/Hecht, 9.9.2015) Statt „Kontingente für gute und schlechte Geflüchtete zu diskutieren“ und so „immer weiter Ressenti-

ments zu schüren“, müsse es um „Fragen der Verteilung und des Zusammenlebens“ gehen. (Reeh/Hecht, 9.9.2015)

Bezüglich der Debatte um sichere Herkunftsländer wird in der TAZ Kritik am Pragmatismus geübt. Lukas Wallraff schreibt im August mit Blick auf die Rolle der Grünen, dass diese der Regelung bezüglich des Westbalkans nicht zustimmen wollen, da es keine Erkenntnisse gebe, dass dies die Zahl der Asylanträge auch wirklich reduziere. Der Autor kommentiert: „Das heißt: Wenn diese Abschottungsmaßnahme funktionieren würde, wenn sie also Serben richtig abschreckt oder abschiebt, könnten die Grünen auch bei Albanien zustimmen. Das ist absurd bis zynisch.“ (Wallraff, 20.8.2015) Auch Christian Jakob kritisiert die Grünen für die Zustimmung eines „Zwei-Klassen-Asylrecht[s], das die Union gerade mit Hochdruck auf die politische Agenda drückt“. (Jakob, 1.8.2015) Schulte übt ebenso Kritik an der Debatte um sichere Herkunftsländer und meint, die Differenzierung der Geflüchteten sei schlicht falsch:

„Es stimmt, viele Menschen kommen nach Europa, weil sie zu Hause keine Perspektive haben. Aber die Fluchtgründe sind sehr komplex, oft gehen Armut und Diskriminierung Hand in Hand. Ebenso erzeugt echte wirtschaftliche Not einen solchen Leidensdruck, dass die Flucht mehr als legitim ist. Wer sich also abfällig über sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge äußert – noch so ein fürchterlicher Begriff –, der sollte sich vor Augen führen, wie tief empfunden Not sein muss, wenn Menschen freiwillig ihre Familie, ihre Freunde und ihre Heimat zurücklassen, um auf eine lebensgefährliche Reise mit unsicherem Ausgang zu gehen.“ (Schulte, 26.9.2015)

Stefan Müller wirft einen Blick darauf, welche Auswirkungen die Verschärfungen für die Geflüchteten haben werden. Die Entscheidung, den Kosovo zukünftig als ein sicheres Herkunftsland einzustufen, werde die Situation der Roma, die in Deutschland als Wirtschaftsflüchtlinge eingestuft werden, nicht verbessern. Er beklagt, dass seit „gut 15 Jahren Zehntausende Roma aus dem Kosovo zwischen Kosovo, Serbien und Westeuropa hin und her geschoben werden, ohne dass sie irgendwo ein Leben in Würde führen können.“ (Müller, 10.10.2015) Auf die Situation der Roma in ihren Herkunftsländern geht auch Patricia Hecht ein. Viele von ihnen würden dort „diskriminiert, leben häufig in Slums, haben kaum Zugriff auf medizinische Versorgung, die Kindersterblichkeit ist höher und ihre Lebenserwartung deutlich niedriger als im Durchschnitt.“ (Reeh/Hecht, 9.9.2015) Und auch Rathfelder beschreibt die Ausgrenzung der Roma „aus den Gesellschaften des Balkans“. (Rathfelder, 13.8.2015)

In der TAZ stehen sich auch in der Frage der Kategorisierung der Geflüchteten zwei Positionen gegenüber, selbst wenn die Kategorisierung mitgetragen wird: Zum einen besteht die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz für „Armutsfüchtlinge“ (etwa Rathfelder, 13.8.2015 und Fanizadeh, 1.9.2015), zum anderen die Betonung der Notwendigkeit von Abschiebungen (etwa Bax, 17.8.2015 und Wallraff, 7.9.2015), auch wenn diese an anderen Stellen kritisiert werden. (etwa Jakob, 1.8.2015) Babara Dribbusch schlägt im Oktober vor, dass Deutschland „das Grundrecht für alle auf ein Asylverfahren“ abschafft und Flüchtlinge zukünftig nach einem EU-Schlüssel aufnimmt. „Wer nicht unter ein bestimmtes Kontingent fällt und ohne Anerkennung einreist, wird zwar nicht ab-

geschoben, bekommt hier aber keine Sozialleistungen[...].“ Dadurch entstünden „Kapazitätsgrenzen, die Planungs- und Handlungssicherheit schafften“ (Dribbusch, 9.10.2015) Im September hingegen wurde noch – mit Bezug auf die Ereignisse in Heidenau – konstatiert: „Wer das Grundrecht auf Asyl angreift, verstößt gegen das Strafgesetz.“ (Biermann, 15.9.2015)

Bei der ab Oktober einsetzenden Diskussion um Obergrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen bzw. der Frage der Belastungsgrenze von Deutschland werden in der TAZ kontroverse Positionen eingenommen. „Uneingeschränkte Aufnahmebereitschaft? Die gibt es nur im Märchen.“ So sieht dies Lukas Wallraff. (1.10.2016) Barbara Dribbusch polemisiert gegen diejenigen, die eine Obergrenze ablehnen und nimmt dabei die Pose ein, als dürfe diese Diskussion nicht geführt werden:

„Es ist linker Größenwahn, zu glauben, ein so ‚reiches Land‘ könne einfach mal so jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen und ihnen menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten. [...] In jedem Solidarsystem, das die Flüchtlingshilfe am Ende ja auch ist, sind die Kapazitäten begrenzt. Man muss über Obergrenzen streiten dürfen. [...] [D]as ‚O-Wort‘ darf kein Tabu mehr sein.“ (Dribbusch, 9.10.2015)

Ihr widerspricht jedoch Daniel Kretschmar, wenn er schreibt, es fehle eine schlüssige Begründung, „warum jetzt [...] unter Linken unbedingt noch darüber debattiert werden sollte, wie man Menschen am besten daran hindert, Armut, Krieg und Verfolgung zu entkommen und sich eine neue, sichere und ganz allgemein angenehmere Heimstatt zu suchen.“ Man könne ja mal ganz „tabulos“ ausrechnen, „ob es die Sozialsysteme mehr belasten würde, die Flüchtlinge aufzunehmen oder die Grenzsicherungsmaßnahmen auszubauen. Auch Stacheldraht fällt schließlich nicht vom Himmel.“ Es sei eine Frage, „wie viel wir es uns noch kosten lassen wollen, Hunderttausende auf ihrem Weg nach Europa aufzuhalten und gegebenenfalls verrecken zu lassen.“ (Kretschmar, 15.10.2015)

Und Anja Maier fragt: „[...] wo genau liegt bitte diese Belastungsgrenze in einem Land, in dem Bus und Bahn fahren, der Geldverkehr reibungslos läuft und abends die Lokale voll sind mit Leuten, die ihr Dasein genießen? Die Belastungsgrenze scheint für viele exakt da zu verlaufen, wo die neue Herausforderung ihren Alltag zu verändern droht.“ Wenn Angela Merkel, als „Frau aus der ehemaligen DDR [...]“ die Grenzen dicht machen würde, ruiniere sie „das Ansehen ihres Landes, das in den zurückliegenden Jahrzehnten gut an den Krisen der anderen verdient hat.“ (Maier, 8.10.2015)

In der Debatte um deutsche Asylpolitik kommt Angela Merkel eine zwiespältige Rolle in der TAZ zu. Kritik an Merkels restriktiver Asylpolitik äußert Anja Maier (25.8.2015) und Charlotte Wiedemann übt Kritik an der Annahme, Merkel habe im Namen der Menschenrechte gehandelt, als sie Dublin 2 für wenige Tage außer Kraft setzte:

„Über den Sommer 2015 werden die Historiker der Zukunft sagen: Merkel hat beherzt zugegriffen, als sich dem alternden Deutschland eine neue Generation

qualifizierter Einwanderer bot. Und sie hätte, jeder weiß es, die Grenzen nicht für eine halbe Million Afrikaner geöffnet?“ (Wiedemann, 16.9.2015)

Daniel Bax sieht Merkel in der Rolle, eine Balance zwischen Restriktion und Humanismus zu finden:

„Es knirscht in der Großen Koalition. Die setzen auf Abschottung und mehr Restriktionen, die anderen wollen an humanitären Standards festhalten und das Asylrecht nicht weiter einschränken. Dazwischen versucht nicht nur die Kanzlerin die richtige Balance zu finden. Einfach ist das nicht. Den einen zu hart, den anderen zu weich.“ (Bax, 18.9.2015)

Während Adrian Schulz bezüglich ihrer Rhetorik meint, dass Merkel „über Flüchtlinge Dinge sagt, die ausnahmsweise mal nicht am Rechtsextremismus vorbeischrappen“ (Schulz, 30.9.2015), findet Wallraff es „bemerkenswert, dass eine CDU-Kanzlerin inzwischen flüchtlingspolitisch europaweit links außen steht“. (Wallraff, 7.9.2015) Ein Streitgespräch zwischen Ulrike Herrmann und Martin Leeh zur Rolle der Bundeskanzlerin bringt die Verwirrungen in der Einordnung von Rhetorik und Politik auf den Punkt. Herrmann verteidigt Merkel. Ihr Zickzack von Grenzöffnung und -schließung sei richtig gewesen. Sie gestehe „ein, dass es in der Flüchtlingsfrage keine fertigen Lösungen gibt.“ (Herrmann/Reeh, 15.9.2015) Der Kanzlerin sei es gelungen, „den Diskurs in Deutschland und Europa zu verschieben“. (Herrmann/Reeh, 15.9.2015) Trotzdem sei es richtig gewesen, „die Grenzen vorübergehend wieder zu schließen. Deutschland kann zwar viel mehr Flüchtlinge aufnehmen, als Konservative meinen. Aber das Land wäre überfordert, wenn die Grenzen unkontrolliert offen blieben“. (Herrmann/Reeh, 15.9.2015)

Martin Reeh hingegen kritisiert Merkel, allerdings nicht aus einer Position, die links von Merkel anzusiedeln wäre. Sie habe mit der Grenzöffnung „außenpolitischen Schaden“ angerichtet, weil sie „unilateral beschlossen [habe], alle aufzunehmen“. (Herrmann/Reeh, 15.9.2015) Es sei „keine Lösung, sämtliche syrischen Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien und dem Libanon nach Deutschland zu verlagern. Wer das versucht, destabilisiert die sozialen Sicherungssysteme“. (Herrmann/Reeh, 15.9.2015) Reeh kritisiert, dass Merkel „in schweren Krisen auf Idealismus statt Realpolitik setzt“ und lässt so die restriktive Asylpolitik Merkels außen vor. (Herrmann/Reeh, 15.9.2015) In anderen Kommentaren allerdings wird das von vielen angesprochene freundliche Gesicht, dass Deutschland in Europa zur Geltung bringe, durchaus hinterfragt. Angesichts der Verantwortung, die Deutschland für die Entstehung der Fluchtursachen trage, sei das „Gesicht Deutschlands [...] so freundlich wie das eines Mafioso, der einem erst zwischen die Beine tritt, um einem dann lächelnd die Hand zum Aufstehen zu reichen. Und Angela Merkel ist sozusagen die Patin.“ (Werning/Bax, 9.10.2015)

Europa

Die Kommentator_innen der TAZ sehen die EU in einer ausgesprochen schlechten Verfassung. Gefordert wird, dass „endlich eine koordinierte, humane und solidarische Lösung für die Probleme [gefunden wird], die durch die große Fluchtbewegung entstehen.“ Anderenfalls werde sich der Druck auf die bisherigen Transitstaaten erhöhen mit der Folge, dass „Geflüchtete, die in Kälte und Regen stehen, Manövriermasse einer erratischen Politik der Staaten [werden], die sie durchqueren.“ (Kretschmar, 22.10.2015) Deutschland könne hierzu dann einen Beitrag beisteuern: „Gäbe es in Deutschland eine Debatte über die Abschaffung des Asylrechts in der bisherigen Form und über selbst gesetzte Obergrenzen, wären die anderen EU-Länder wohl kooperationsbereiter.“ (Dribbusch, 9.10.2015) Das was man an anderen Ländern kritisiert, wird hier für Deutschland selbst als ein möglicher und sinnvoller Weg angesehen.

Insgesamt wird der EU jedoch in Bezug auf eine koordinierte Flüchtlingspolitik Handlungsfähigkeit abgesprochen. Vielmehr sei es so, dass die angespannte Flüchtlingssituation z.B. zwischen einzelnen Balkanstaaten „alte Wunden“ aufbrechen lasse und die EU könne hier nicht oder nur kaum integrieren. (Rathfelder, 29.10.2015)³¹

Handlungsfähig zeigte sich die EU allein darin, afrikanische Staaten unter Druck zu setzen und von ihnen „Mithilfe bei der Wiederherstellung der Sicherung der europäischen Außengrenzen“ zu verlangen, indem sie ihre Grenzkontrollen effektivieren und sich verpflichten, „‘illegale‘ Migranten aus Europa zurückzunehmen.“ Dabei hätten die „afrikanischen ‚Partner‘ [...] kaum eine Wahl. Zu viel Geld steht auf dem Spiel, das für Entwicklungsprojekte gebraucht wird.“ (Maas-Albert, 13.11.2015)

Im August und September wurde in der TAZ über die Grenzöffnung Deutschlands und die dann folgende erneute Schließung debattiert und meist auf Soforthilfe insistiert. Martin Kaul fordert diese ein und meint zugleich, es wäre nicht die Zeit, um über abstrakte Verteilungsfragen in Europa zu sprechen sondern man müsse nun „die Menschen in eine Situation bringen, die ihrer würdig ist: menschenwürdig“. (Kaul, 3.9.2015) Dennoch nimmt die Debatte um eine europäische Verteilung der Geflüchteten und vor allem um das Dublin2 Abkommen großen Raum ein. Daniel Bax sieht Deutschland im Rahmen der EU als vorbildlich an. Das Dublin-System sei gescheitert und zwar vor allem an Italien und Griechenland, die „die Flüchtlinge nur noch durch[winken]“. (Bax, 26.8.2015) Aber auch Ungarns, Bulgariens und Mazedoniens Umgang mit den Geflüchteten wird von Bax kritisiert. All dies zeige: „Jeder Staat ist sich derzeit selbst der Nächste.“ (Bax, 26.8.2015) So sei die „Stimmung anderswo in Europa“. (Bax,

³¹ Mangelnde Integrationskraft wird der EU auch hinsichtlich der stattfindenden Diskriminierung von Roma in südosteuropäischen Ländern attestiert. Darauf habe sie bisher keine Antwort gefunden. Doch werde eine tatsächliche Verbesserung nur dann eintreten, „wenn ein anderer gesellschaftlicher Diskurs vorherrscht und Politik und Gesellschaft Roma und Sinti nicht mehr als Sündenböcke und Manipulationsmasse benutzen. Das gilt auch für Deutschland.“ (Müller 10.10.2015)

26.8.2015) Deutschland hingegen nehme die meisten Flüchtlinge auf, so meint er und konstatiert dass angesichts dessen „die deutschen Appelle an mehr europäische Solidarität in der Flüchtlingsfrage wie das Pfeifen im Walde“ klingen würden. (Bax, 26.8.2015) Außen vor lässt der Autor eine Erwähnung der tatsächlichen Funktion des Dublin2-Abkommens. Auf diese weisen etliche andere Autor_innen jedoch hin. Im Nachgang zum EU-Flüchtlingsgipfel mahnt Eric Bonse an, Ziel sei es, „Griechenland und Italien zu Vorposten einer gescheiterten Asylpolitik“ auszubauen, denn am „Dublin-System wird nicht gerüttelt“. (Bonse, 25.9.2015) Der Autor konstatiert, dass der alte Zustand des Dublin-Systems bedeute, dass „die Frontstaaten allein fürs Asyl zuständig“ sind. (Bonse, 25.9.2015) Dem stimmt Kaul zu, wenn er meint, dass das „absurde Dublin-Abkommen [...] die reichen Länder im Zentrum Europas von der Fluchtproblematik weitgehend fernhalten soll“. (Kaul, 3.9.2015) Die Grenzschießung durch Deutschland sei „exakt die falsche Antwort“ gewesen meint Kaul (Kaul, 3.9.2015) und Havertz bezeichnet dies ebenso als „ein fatales Signal“. (Havertz, 14.9.2015) Damit folge die Bundesrepublik der Politik Dänemarks und Ungarns. Die Stilisierung Deutschlands zum humanistischen Vorbild in der EU ist also keineswegs durchgängig. Von Bonse wird diese Sichtweise als Stammtisch-Klage angesehen (Bonse, 20.8.2015)

„Aus EU-Sicht ist dies eine bizarre Debatte. Die Mittelmeeranrainer, allen voran Italien und Griechenland, tragen seit Jahren die Hauptlast der Migranten – sie tun viel mehr als wir. Und schließlich war es Berlin, das nach dem ersten Flüchtlingsdrama vor Lampedusa 2013 eine Änderung der EU-Politik ablehnte. Erst jetzt, da immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland wollen, wacht die deutsche Politik auf. Plötzlich ist sie nicht nur bereit, im Mittelmeer bei der Rettung von Migranten zu helfen, sondern sich sogar an einem Quotensystem zur gerechteren Verteilung zu beteiligen. Beides war jahrelang tabu.“ (Bonse, 20.8.2015)

Ähnlich wie in der Griechenland-Krise verschweige die deutsche Politik dabei die Vorteile und Vergünstigungen, denn dass „die Bundesrepublik Hunderte Millionen Euro an EU-Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingskrise erhält, hat man aus Merkels Mund jedenfalls noch nicht gehört.“ (Bonse, 20.8.2015)

Die mangelnde Handlungsfähigkeit der EU ist für Rudolf Walter Anlass, genereller den Zustand der EU zu betrachten. Es verweist auf die politische und soziale Spaltung innerhalb der EU, die den Grund für die derzeitige Verfassung von Europa abgebe. So seien die Verträge von Schengen und Dublin „Knebelverträge gegen Subventionen, [...] um dem Norden die Flüchtlinge vom Hals zu halten und dem Süden wirtschaftlich auf die Beine zu helfen.“ Zwar begreife sich das

„Bündnis von Staaten in der EU [...] als Demokratie und Rechtsstaat, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität herrschen. Mit der Finanzkrise und den Flüchtlingsproblemen hat sich die Verpflichtung auf Solidarität und ‚loyale Zusammenarbeit‘ so verflüchtigt, dass sich die Konflikte unter EU-Mitgliedern in den nationalen Parlamenten und nationalen Medien reproduzieren – als ideologischer Grabenkrieg. [...] Diese Konfrontation beruht auf Interessengegensätzen und sozialer Spaltung.“ (Walther, 20.11.2015)

Entgegen den Bekundungen im Lissaboner Vertrag müsse die EU daher zu einer gemeinsamen Steuer- und Sozialordnung gelangen. Denn nur ein sozialer Ausgleich garantiere demokratiefähige und -würdige Verhältnisse.

Auch Marin Reeh merkt an, dass Deutschland jahrelang in der EU profitiert habe.

„Deutschland hat ebenso wie Großbritannien von der Einwanderung von Fachkräften profitiert, krisengeschüttelte Staaten wie Lettland und Spanien leiden unter einem Brain Drain, der die Krise weiter verschlimmert. [...] Céline Teney von der Uni Bremen forderte bei der Vorstellung der Studie eine Regelung des Fachkräfteproblems auf europäischer Ebene. Deutschland hat daran, ebenso wie an Regeln für seinen Export auf EU-Ebene, kein Interesse, fordert gleichzeitig aber eine EU-weite Regelung des Flüchtlingsproblems.“ (Reeh, 7.9.2015)

Die soziale Umverteilung sei eben auch in Europa nicht erreicht. Und sie müsse sich ebenso wie eine globale Umverteilung durchsetzen. (Vgl. Greffrath, 2.9.2015.)

In der Debatte um die Flüchtlingspolitik in Europa werden so auch darüber hinausgehende europäische Probleme angesprochen. Dabei gibt es Differenzen in der Bewertung des europäischen Projektes. Während Andreas Fanizadeh annimmt, die Europäische Union müsse „eine humanistische bleiben“ (Fanizadeh, 1.9.2015) und damit impliziert, die EU sei humanistisch und auch Erich Rathfelder meint, man müsse zurück zur „friedlichen“ europäischen Vision (Rathfelder, 28.8.2015), zeichnet Georg Seeßlen ein anderes Bild, eines von Postdemokratie, Neoliberalismus, Polizeigewalt, Lager, Faschisten und Entdemokratisierung.

„Europa hat sich nicht als kultureller und politischer Fortschritt, sondern als barbarischer, korrupter und amoralischer Rückfall realisiert. [...] Nun wird sichtbar, wie dünn die Haut über der Verbindung von neoliberaler Rücksichtslosigkeit und einem rechtspopulistischen, halbfaschistischen Untergrund ist.“ (Seeßlen, 9.9.2015)

Auch die Rolle Deutschlands in Europa benennt er:

„Und welch erbärmliche Rolle spielt Deutschland in diesem Europa! Man zwingt mit wirklich allen Mitteln eine linke griechische Regierung nieder, die es wagt, sich gegen Neoliberalisierung und Austerität zu stellen, und lässt ein autoritäres und rassistisches Regime wie das ungarische gewähren. Eine Kanzlerin, die offen ausspricht, dass es nicht um Europa, sondern um den Euro geht. Die galoppierende Entdemokratisierung Europas, um die eigene Demokratiesimulation zu schützen.“ (Seeßlen, 9.9.2015)

In der TAZ werden im Sommer auch die Bemühungen der EU um eine Kooperation mit dem türkischen Präsidenten angesprochen. Diese Strategie führe langfristig in ein „Desaster“, auch wenn kurzfristig dadurch weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Erdoğan sei ein Politiker, der für „das steht, was Europa angeblich verurteilt“. (Gottschlich, 7.10.2015)

Zwar wird konstatiert, dass die EU hinsichtlich ihrer Außengrenzen auf Erdoğan angewiesen sei. Doch: „Man darf Erdogans undemokratische und repressive

Politik nicht belohnen, schon gar nicht, um dann gemeinsam mit ihm eine unmenschliche Flüchtlingspolitik an der türkisch-griechischen Grenze durchzusetzen.“ Die absehbare Einstufung der Türkei als ein sicheres Herkunftsland sei angesichts des Kriegs gegen die Kurden ein „Hohn“. „Die Unterstützung der Kriegspolitik gegen die Kurden wäre nicht nur moralisch, sondern auch realpolitisch ein absolutes Armutszeugnis.“ Denn sie berge das Risiko, „die Türkei vollends in den Strudel des syrischen Bürgerkriegs hineinzuziehen und damit erst recht neue Flüchtlingswellen auszulösen.“ (Gottschlich, 17.10.2015)

Doch letztlich stellt sich in dieser Frage eine gewisse Hilflosigkeit ein. So fragt Gereon Asmuth:

„Darf man einen Pakt mit dem Teufel eingehen, um Menschen in Not zu retten, auch wenn man weißt [!], dass man mehr oder weniger direkt andere Menschen in Not bringt? Es ist ein Dilemma.“ (Asmuth, 20.10.2015)

An dem Ziel, durch den Türkei-Deal die Not von Menschen zu lindern, zweifelt Bonse. Er schreibt:

„Sie haben ihre Augen vor der humanitären Krise im Nahen Osten verschlossen und müssen jetzt die Folgen tragen. Das Geld kommt zu spät, um die Lage zum Guten zu wenden. Zudem geht es der EU gar nicht vorrangig darum, Not und Elend in den Flüchtlingslagern zu lindern. Das kaum verhohlene Ziel ist es, Syrer, Iraker und Kurden von der Flucht nach Europa abzuhalten. Die gesamte Region soll zu einer Art Pufferzone werden. Besonders deutlich wird das am Umgang mit der Türkei, die selten so hofiert wurde wie heute. Mit einer weiteren Milliarde wollen Merkel & Co. den neuen Sultan Erdoğan dazu bewegen, die Grenze nach Europa dicht zu machen. Dass das gelingt, scheinen die EU-Chefs aber selbst nicht so recht zu glauben. Deshalb bauen sie gleichzeitig die Festung Europa weiter aus. Die Frontstaaten sollen mehr Geld und Personal für die Sicherung der Grenzen und die Erfassung und Abschiebung der Flüchtlinge erhalten.“ (Bonse, 25.9.2015)

Fluchtwege

Gereon Asmuth meint hingegen zum Thema Fluchtwege, dass den Flüchtlingen, die an der kroatisch-slowenischen Grenze „in Regen und Kälte und Schlamm“ stehen, geholfen werden könnte, wenn Europa mit Erdoğan eine Vereinbarung träfe, mit dem Politiker, den er gleichzeitig mit einem Teufel vergleicht. (Asmuth, 20.10.2015)

Weitgehend werden die Fluchtwege und die Bedingungen, die die Flüchtenden dort auffinden, als „chaotisch“ (dpa/ap, 20.10.2015) und „dramatisch“ (rtr, 22.10.2015) angesehen und es wird konstatiert, dass der „Balkan zur Transitzone werden [soll], in der berechnete und chancenlose Flüchtlinge registriert, aussortiert und abgeschoben werden.“ (Bonse, 26.10.2015)

Die Regierungen der betroffenen Länder werden durchaus kritisiert, wenn etwa Erich Rathfelder der kroatischen Regierung unterstellt, dass sie Flüchtlinge nur deshalb „nach Norden weiterreicht“, um die „islamophobe Haltung weiter Teile der Bevölkerung [...] einzugrenzen“. Am Schluss habe Griechenland den „Schwarzen Peter“, weil Serbien, Kroatien und Slowenien „selbst keine Flüchtlinge aufnehmen“. (Rathfelder, 19.10.2015)

Gegenüber der slowenischen Regierung wird zwar Verständnis geäußert, wenn diese über die Untätigkeit der EU klage, aber die Verantwortung „dafür, dass im Parlament [...] eine Notstandsgesetzgebung durchgepeitscht wird“, durch die Soldaten an die Grenze des Landes geschickt werden, um dort die Grenze zu schützen, liege bei den Slowenen. (Kretschmar, 22.10.2015) Und bezüglich des Mauerbaus in Ungarn richtet Rathfelder auch Kritik an die EU: „Mit dem Mauerbau an Ungarns Grenzen rächt sich zudem, dass die EU Viktor Orbán über Jahre so einfach gewähren ließ“. (Rathfelder, 21.9.2015) Fordern Länder des Balkans restriktive Maßnahmen oder setzen diese um, so wird dies als rechtspopulistisch bewertet:

„Rechtspopulisten fordern in ihren Ländern deshalb ein strikteres Einwanderungs- und Asylrecht, das zwischen erwünschten und nicht erwünschten Einwanderern unterscheidet, die Rückkehr zu nationalen Grenzkontrollen und die Rückerlangung nationalstaatlicher Souveränität von Brüssel.“ (Bax, 22.8.2015)

Vor allem im August und September fordert man in der TAZ legale Einreisemöglichkeiten. Diese seien „eine lächerlich einfache Lösung“, auch um Schlepper zu bekämpfen. (Hillenbrand, 31.8.2015) Die EU habe diesbezüglich versagt, meint Bonse:

„Die EU ist auf dem Balkan und im Nahen Osten gescheitert, also in der Außen- und Nachbarschaftspolitik. Und sie hat es versäumt, legale Fluchtwege zu öffnen, die eine sozial verträgliche Lösung der aktuellen Krise ermöglichen würden.“ (Bonse, 20.8.2015)

Unterbringung, soziale Bedingungen der Flüchtlinge

Im August wird an der Unterbringung der Geflüchteten in Deutschland massive Kritik geübt. Diese, wie auch die debattierten Restriktionen seien ein Ausdruck einer Abschreckungsideologie. (etwa Hillenbrand, 14.8.2015, Maier, 15.8.2015, O.A. 14.8.2015, O.A. 17.8.2015) Im Gegensatz zu Zaire würde in Deutschland die UN-Flüchtlingskonvention nicht eingehalten, schreibt Dominic Johnson und schließt: „Es ist Zeit, dass Deutschland afrikanischer wird. Angefangen mit dem humanitären Völkerrecht.“ (Johnson, 24.8.2015) Im September nimmt diese Kritik ab, nun seien „Abstriche nötig“. (Schultze, 8.9.2015) Menschenrechtswidrige Zustände werden aber in etlichen Artikeln weiterhin angeprangert. (etwa Schulte, 26.9.2015) Auch die Folgen des Asylpaketes für Geflüchtete werden kritisiert:

„Ein anderer Fehlanreiz, der Merkel und die Ministerpräsidenten offenbar fürchterlich ärgerte, ist das kleine Taschengeld, mit dem sich Flüchtlinge bisher Prepaidkarten fürs Smartphone, die Busfahrt in die Innenstadt oder ein Eis kaufen konnten. Dieses Geld soll gestrichen werden, stattdessen gewährt der Staat nur noch Sachleistungen oder Gutscheine. Nun ist es schon recht widerwärtig, 143 Euro im Monat in einem reichen Land als Fehlanreiz zu definieren, aber nehmen wir die Logik der Befürworter einmal ernst. Jahaaa, sagen sie, in Deutschland sei das vielleicht wenig Geld, aber in Afrika oder in den Westbalkanstaaten verheiße eine solche Summe doch den puren Luxus. Kein Wunder, sagen sie, dass Deutschland diesen Leuten als das gelobte Land erscheine. Genau dieser Vergleich aber ist unangemessen, widerlich, ja: gefährlich. Asylbewerber kaufen mit dem Geld schließlich in deutschen Supermärkten zu deutschen Preisen ein. Vor allem aber gilt: Armut in Industriestaaten hat glücklicherweise nichts mit Armut anderswo auf der Welt zu tun, dies miteinander in Relation zu setzen, verbietet sich.“ (Schulte, 26.9.2015)

Im August wird eine Debatte in der TAZ geführt, ob es sich bei der miserablen Unterbringung von Versorgung der Geflüchteten um eine gezielte Abschreckungspolitik handele und somit die ‚Krise‘ inszeniert sei oder ob es sich um einen tatsächlichen ‚Notstand‘ handele. Bettina Gaus meint:

„Dabei entpuppt sich der Begriff der Überforderung täglich mehr als scheinheilig. Die Bilder gestrandeter Flüchtlinge, denen es am Nötigsten mangelt, wirken inszeniert. Auch und gerade in Deutschland.“ (Gaus, 4.9.2015)

Anke Wierth schreibt:

„Zu befürchten ist: Sie wollte die Bilder von der Notlage. Kommt nicht her!- diese Botschaft verbreitet die Bundesregierung seit neuestem in einem Abschreckungsvideo, dass [!] sich an potenzielle Flüchtlinge aus Südosteuropa richtet. Bilder obdachloser Asylsuchender in Deutschland, die Durst leiden, die von Polizisten mit Reizgas zurückgedrängt werden – das passt gut in die Abschreckungspolitik der CDU“. (Wierth, 10.8.2015)

Und auch Ines Kappert meint:

„Vergangene Woche kam es in Berlin zu katastrophalen und zu sehr schönen Szenen. Mehr als tausend Menschen warten zum Teil über Tage hinweg in der Hitze auf dem Gelände des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso), um sich registrieren zu lassen und einen Schlafplatz zugeteilt zu bekommen. Nur ein Wasserhahn funktionierte und besonders Kinder litten unter Durst und Hunger. Völlig überflüssiges Elend inmitten der Hauptstadt. Doch die verantwortliche Behörde rief nicht den Notfall aus, womit die Kosten für eine anständige Wasserversorgung problemlos abrechenbar geworden wären. Sie rief den Wachdienst und vereinzelt kam es zur Gewalt. Die Abschreckungsideologie herrscht ungebrochen: Jeder Geflüchtete, der in der Heimat erzählt, wie schlecht er oder sie hier behandelt wurde, ist ein guter Flüchtling. So gesehen ist auch jeder Tote eine gute Nachricht.“ (Kappert, 12.8.2015)

Anja Maier widerspricht:

„Dennoch ist es wohlfeil, jetzt mit dem Finger auf die Kreise und Kommunen zu zeigen, ihnen gar die Absicht zu unterstellen, Flüchtlinge planvoll menschenun-

würdig zu behandeln. Quasi eine abschreckende Bilderpolitik zu betreiben. Wer so denkt, glaubt offenbar an einen omnipotenten Staat, der in der Hinterhand eine Art Reserve-Infrastruktur bereithält. Einen Staat mithin, der alles regelt.“ (Maier, 15.8.2015)

Auch Gereon Asmuth sieht kein Kalkül hinter der von ihm konstatierten humanitären Katastrophe. Es handele sich um eine tatsächliche Überforderung.

„Die Behörden kommen nicht einmal mit der Registrierung der Neuankömmlinge hinterher. Flüchtlinge schlafen in Parks, warten auf Essen, eine Dusche, frische Klamotten. Eine humanitäre Katastrophe in einem der reichsten Länder der Welt. Sind die Behörden unfähig? Zu doof? Zu faul? Im Gegenteil, man darf davon ausgehen, dass die meisten Mitarbeiter über die Grenzen des Üblichen hinaus ackern. Die aber sind eng gesetzt. Steckt dahinter also Kalkül? Setzen die politisch Verantwortlichen auf eine Eskalation, die es ihnen erleichtert, die Migrationsgesetze zu verschärfen und die Grenzen dichtzumachen? Es mag sein, dass selbst im Bundestag einige politische Wirmköpfe solche Gedanken hegen. Entscheidend aber sind sie nicht. Noch nicht. Zum Glück.“ (Asmuth, 24.8.2015)

Bei der Thematisierung der Bedingungen von Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten in der Bundesrepublik werden im Oktober in der TAZ die allgemeinen Arbeits- und Sozialpolitiken angesprochen. So stellt Ursula Engelen-Kefer fest, dass es „eines umfassenden Konzeptes [bedarf], die Arbeitsangebote mit den Anforderungen, Qualifikationen und Qualifikationspotenzialen der zuwandernden Menschen abzustimmen.“ Auch müssten die Jobcenter, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt vermitteln können, finanziell und personell gut ausgestattet werden. (Engelen-Kefer, 1.10.2015) Eine Instrumentalisierung von Flüchtlingen für eine gerechtere Sozialpolitik findet statt, wenn betont wird, dass sie auf eine „verfehlte[.] Wohnungspolitik“ hinweisen, die nun korrigiert werden müsse. (Reuter, 6.10.2015)

Machtpolitische Reflektionen

Zuweilen werden die Bewertungen der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel und der Großen Koalition in machtpolitische Überlegungen eingebettet. Bettina Gaus weist dabei sogar den Flüchtlingen selbst eine „Nebenrolle“ zu. Vielmehr ging es um

„Diadochenkämpfe innerhalb der Union: Wer bringt sich für die Nachfolge der Kanzlerin am besten in Stellung? Und es geht um eine verzweifelte SPD, die – wieder einmal – nicht weiß, wie sie ihre politischen Grundsätze möglichst geschmeidig an die jeweils Stimmung anpassen kann und darf.“ (Gaus, 5.10.2015)

Angela Merkel habe das Thema Flüchtlinge mit einer „Kompetenzrochade zwischen Kanzleramt und Regierung“ zur „Chefinnensache“ gemacht und führe da-

mit allen die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Handelns vor Augen. Diese werden aber nicht in der schnellen und würdevollen Unterbringung von Flüchtlingen ausgemacht. Vielmehr folgt der Hinweis auf die 2016 anstehenden Landtagswahlen sowie auf die Bundestagswahl 2017. Unter Verweis auf den Brandbrief der CDU-Mitglieder an Merkel wird dieser attestiert, dass sie versuche, „das C im Namen ihrer Partei zu retten“. Demgegenüber reagierte Seehofer „phobisch“. Er müsse schauen „dass ihm der Söder nicht vor der Zeit über den Kopf wächst“ Und mit Blick auf die SPD wird Sigmar Gabriel unterstellt, den „sozial schwachen Wähler[n] nach dem Munde zu reden“, um bessere Umfrageergebnisse zu erzielen. Und schließlich profitiere die AfD „mit ihrer flüchtlingsfeindlichen Rhetorik von Merkels Politik“, in dem sie die Vorbehalte innerhalb der Bevölkerung für sich nutze. (Maier, 8.10.2016) Doch Merkels Machtstatus wird auch in Frage gestellt. Sie

„fühlt sich innenpolitisch so unter Druck, dass sie außenpolitisch keinerlei Hemmungen mehr hat, alle Vorbehalte, die sie bislang gegen die Türkei und vor allem gegen Erdoğan persönlich hatte, über Bord zu werfen.“ (Gottschlich, 17.10.2015)

Trotz der Unterschiede innerhalb der Union werde sie durch die Krise gestärkt, weil sie insgesamt ihre Wähler befriedigen könne. Dies sei bei der SPD jedoch nicht so, weshalb diese „hochnervös“ sei: Ihre Anhänger wandern zu den Grünen oder zur AfD. (Reeh, 13.10.2015)

Eher am Rande werden auch weitergehende Machtspiele ins Feld geführt, wenn darauf verwiesen wird, dass es für „Putin[...] um weit mehr als nur den Syrienkonflikt und die russischen Interessen in der Region [geht]. Der russische Staatsoberhaupt ist davon getrieben, Macht und Stärke zu zeigen – besonders gegenüber dem Westen.“ (Mertins, 22.10.2015)

Vor allem im August und September wird auf ein machtpolitisches Kalkül der Grünen hingewiesen. Mit Bezug auf das Asylpaket meint Schulte:

„Von Merkels Union und der staatstragend willfährigen SPD hätte man fast nichts anderes mehr erwartet. Aber wie schnell die angeblich rebellischen Grünen in einer Kernfrage zu hasenherzigen Duckmäusern mutieren, ist verblüffend. Als Winfried Kretschmann nach der Bundestagswahl 2013 mit Jürgen Trittin abrechnete, rief er, es dürfe bei der gesellschaftspolitischen Verortung der Grünen nicht mehr um Kampf gehen. Stattdessen müsse die Parole Versöhnung lauten. [...] Es geht um die Landtagswahlen im Frühjahr. Und vor Wahlen stellen sich Regierungspolitiker wie Kretschmann oder Angela Merkel noch weniger gern in den Wind als sonst. Sie möchten nicht, dass die Konkurrenz ein Thema hat, eine Kontroverse.“ (Schulte, 26.9.2015)

Die Kritik an den Grünen lässt sich für einige Autor_innen v.a. an der Person Winfried Kretschmann festmachen.

„Dass im Südwesten nicht das bessere Deutschland ausbrechen würde, nachdem die Grünen die Macht übernommen hatten, schwante schon damals auch jenen, die die Menschenrechtsverpflichtung der Partei beim Wort nehmen. Ein

Blick auf den ersten grün-schwarzen Landesfürsten genügte zur Ernüchterung.“
(Jakob, 1.8.2015)

Auch Wallraff unterstellt den Grünen machtpolitische Ziele im Hinblick auf die Regelung zu sicheren Herkunftsländern:

„Im Grunde haben die Grünen der Regierungslinie ohnehin schon zugestimmt, denn auch sie unterscheiden explizit zwischen Menschen, die vor Krieg fliehen und Schutz bedürfen und solchen, die vor Armut fliehen und nicht bleiben können. Zu Deutsch: Syrien ja, Balkan nein. Mit dieser Haltung orientieren sich die Grünen an der Mehrheitsmeinung – und möglichen Schwarz-Grün-Optionen. Dazu sollten sie offen stehen. Der Rest ist: Symbolpolitik.“ (Wallraff, 20.8.2015)

Integrations- und Kulturpolitik

Im August und September spielen die Themen Integration und Kulturpolitik eine insgesamt untergeordnete Rolle. Allerdings lässt sich ein durchaus beachtenswerter Konflikt darstellen, der sich zwischen Anjes Tjarks, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für die Partei Bündnis 90/Die Grünen und dem Sozialwissenschaftler Stefan Wallaschek in der TAZ abspielt. Anjes Tjarks fordert ein neues deutsches „Heimatgefühl“, einen „neuen Patriotismus“. (Tjarks, 14.9.2015) Als Begründung dafür gibt er zum einen an, dass „fast täglich Flüchtlingsunterkünfte brennen, Nazis als Patrioten oder besorgte Bürger demonstrieren und die Alternative für Deutschland die hässliche Fratze der Fremdenfeindlichkeit zur Schau trägt“. Dagegen wolle er sich abgrenzen. Tjarks will „den Begriff Patriotismus nicht länger den Nazis, Rechtsextremen, AfDlern und anderen Ewiggestrigen überlassen“. Die „Haltung der Solidarität, der Nächstenliebe, der Menschlichkeit ist ein wesentlicher Bestandteil dessen, was ich mit einem neuen Patriotismus meine. Dieser Patriotismus will Integration“. Den Geflüchteten müsse zum anderen eine dauerhafte Perspektive in Deutschland gegeben werden, wolle man nicht „den Gastarbeiter-Fehler wiederholen“. Sie bräuchten ein „Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Gesellschaft und diesem Land“. Und ohne „ein starkes Wir-Gefühl“ könne die Integration nicht geschafft werden. Tjarks verknüpft damit Bedingungen an die Geflüchteten. Die Geflüchteten sollen zwar nicht „ihre Wurzeln kappen“, aber es sollen „klare Erwartungen an diejenigen“ formuliert werden,

„die hier dauerhaft leben und Teil unserer Gesellschaft sein wollen. Die Integration der Flüchtlinge kann nur gelingen, wenn die Gesellschaft sehr offensiv sagt, wir wollen euch eine Heimat bieten, wir wollen euch Chancen geben, aber wir verbinden damit auch Erwartungen etwa die, die Sprache schnell und gut zu lernen“.

Neben der Sprache müssten von Tjarks gesetzte Werte akzeptiert werden: „Wir verknüpfen daran auch die Bedingung, dass Freiheit, Pluralismus, Toleranz, Gleichberechtigung von Frauen und Homosexuellen geachtet werden“. Für

einen „Spirit, der alle unsere Institutionen durchweht“ bräuchte es „ein neues Bekenntnis zu unserem Land“. Es sei absurd, wenn „Zuwandererkinder, die unbefangen sagen möchten, dass sie jetzt Deutsche sind“ erleben, „wie Deutsche sich schwertun, sich zum Deutschsein zu bekennen“. Damit bekäme „das kritische Bewusstsein gegenüber allem Nationalen etwas Ausschließendes“. Tjarks Patriotismus soll somit eben nicht ausschließend sein, es soll ein Patriotismus sein, „der Willkommen! sagt“. Stefan Wallaschek antwortet zwei Tage später auf diesen Artikel. (Wallaschek, 17.9.2015) Er hält Tjarks entgegen, dass „die Grenze zwischen Nationalismus und Patriotismus“ schwammig sei und es nur ein kleiner Schritt wäre, von „der Mobilisierung positiver Gefühle, um ein neues Wir zu schaffen, zum Wir, welches als besser, toller, größer wahrzunehmen ist“. Ein „Wir-Gefühl [...] ging jedoch stets mit Ausgrenzung gegenüber Minderheiten, Schwachen und angeblich nicht dem Volk zugehörigen Menschen einher“. Wallaschek kritisiert, dass ein „Aufruf zu neuem Patriotismus“ betone, „dass die Fremden sich einzufügen haben – nichts anderes heißt integrieren“. Er stellt so Tjarks Vorstellung von Integration in Frage, die von Bedingungen an Migrant_innen geprägt sei. Das „Wir“, das Tjarks fordert, so meint es Wallaschek, sei immer ausgrenzend, denn ein

„Patriotismus, der keine Grenzen kennt, ist kein Patriotismus. Wenn ein Mensch patriotisch zu seinem Land steht, dann gibt es Grenzen. Patriotismus begründet eine Schicksalsgemeinschaft, eine emotionale Verbindung aufgrund dessen, dass man zum gleichen Volk gehört“.

Genau dies grenze Geflüchtete aus, sie „werden als das Sie wahrgenommen, welches dem Wir gegenübersteht“. Statt eines „Patriotismus hingegen, der keine Grenzen kennt und doch vorgibt, dass ein Bekenntnis zu Deutschland wichtig für den sozialen Zusammenhalt ist“ und damit „Wasser auf die Mühlen von Nationalismus und Exklusion“ gieße, müsse es darum gehen, „organische Solidarität“ zu befördern. Diese Solidarität „erwächst genau dort, wo Menschen freiwillig kooperieren, unterschiedlich sein dürfen und diese Verschiedenheit akzeptiert wird“. Integration versteht Wallaschek dabei als „kooperative[s] Miteinander, im gegenseitigen Austausch und Handeln gegen Ausgrenzung und Nazi-Parolen und auch jenseits eines Wohlfühlpatriotismus“.

Bezogen auf integrations- und kulturpolitische Vorstellungen werden in der TAZ im Oktober vor allem die Notwendigkeit einer ökonomischen und sozialen Integration betont und eine polemische Debatte über eine angeblichen Islamisierung kritisiert.

Eine Aufnahme der Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft könne nur gelingen, wenn den „jungen wie erwachsenen Asylsuchenden die Sprache vermittelt und Bildungschancen eröffnet werden“. „Flüchtlinge mit Bleibeperspektive“ sollten Integrationskurse besuchen dürfen, wo „man ihnen wenigstens gleich deutsche Werte vermitteln“ könne. Die deutsche Gesellschaft müsse jedoch auch die notwendigen Lehrkräfte zur Verfügung stellen, um die Flüchtlingskinder „angemessen zu unterrichten“ Mehrfach wird darauf hingewiesen, dass die „Bundesregierung [...] die Länder bei dieser Aufgabe nicht im Stich lassen“ dürfe. (Pauli, 23.10.2015) Sie dürfe die „finanzielle Verantwortung für die Folgen internationaler Konflikte nicht Ländern und Kommunen zuschieben, nur um einen kosme-

tisch schönen Haushalt präsentieren zu können. (Schulte 27.10.2015) In diesem Zusammenhang wird der SPD-Bundesvize Ralf Stegner zitiert, der „Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Integration und zwar für alle Menschen in Deutschland“ fordere.

Eine merkwürdige Argumentation wird von Barbara Dribbusch vorgetragen, wenn sie vorrechnet, dass die Integration der Flüchtlinge „einige Milliarden Euro kosten“ werde und viele auf Jahre, „vielleicht sogar Jahrzehnte vom Staat finanziert werden, weil ihre Deutschkenntnisse und die beruflichen Qualifikationen nicht zu den hiesigen Anforderungen passen.“ Aus dem Umstand, dass man von einer durchschnittlichen Dauer von sieben Jahren auszugehen habe, „bis Flüchtlinge im Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben“, erwächst bei ihr das Argument, dass man heute über Obergrenzen der Migration sprechen müsse, da die Existenz, die die Flüchtlinge bis zur ihrer Integration in den Arbeitsmarkt führen müssten, auch ein „Angriff auf die Würde“ sei. (Dribbusch, 9.10.2015) Ulrike Herrmann jedenfalls stellte im August heraus, dass die „staatlichen Kosten [...] wie ein Konjunkturprogramm“ wirken, denn

„der moderne Kapitalismus funktioniert eher wie ein menschlicher Magen. Er dehnt sich einfach, wenn mehr hineingestopft wird. Mit der Zahl der Konsumenten und Arbeitnehmer steigt auch der Umfang der produzierten Güter. Fertig ist das Wachstum.“ (Herrmann, 21.8.2015)

Statt in Panik zu verfallen, sollten die Flüchtlinge nun schnell integriert werden. „Das lohnt sich. Für alle.“ (Herrmann, 21.8.2015) In beiden Artikeln wird so die Frage nach der finanziellen Nützlichkeit bzw. Belastung durch Geflüchtete gestellt.

Eindeutig wird in der TAZ im Oktober das Thema Islam und Islamisierung kommentiert und festgestellt, dass die „Angst vor einer Islamisierung [...] sich jetzt mit der Furcht vor dem Kontrollverlust“ paare. Namentlich wird Rüdiger Safranski kritisiert, weil er Angela Merkel vorwerfe, „Deutschland zu fluten, und meint daran erinnern zu müssen, dass die Verfassung über dem Koran stehe.“ Botho Strauß wird ebenfalls kritisiert, der vor einer Flutung des Landes mit Fremden [warne] und die angeblich drohende Auslöschung der Deutschen durch Muslime.“ (Bax, 19.10.2015)

Michael Kiefer setzt sich ausführlicher mit einer Schrift von Ahmat Mansour auseinander, der den Begriff „Generation Allah“ in die Debatte getragen habe, der vom ehemaligen EKD-Vorsitzenden Wolfgang Hubert aufgegriffen wurde. Ausdrücklich lehnt er diesen Begriff ab, weil er „junge Muslime per Fremdzuschreibung in einem Kollektiv negativ vergemeinschaftet“. Das sei aber für die präventive Arbeit kontraproduktiv, „da sie muslimische Jugendliche pauschal mit [...] Risikofaktoren belegen.“ Dies löse negative Effekte aus und könne zu einer „verletzenden Stigmatisierung“ führen. Der Begriff „nimmt Anschluss an Bedrohungsszenarien der Islamdebatte, die seit einigen Jahren kursieren und im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte neuen Auftrieb erhalten.“ Hinzu komme, dass es bei der „Prävention gegen religiös begründeten Extremismus [...] nicht nur um Muslime und Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak“ gehe. Vielmehr

zeige sich, dass „alle gesellschaftlichen Gruppen betroffen sind.“ (Kiefer, 17.11.2015)

Fluchtursachen

Hinsichtlich der Bewertung der Ursachen, die die Flüchtlinge nach Europa fliehen lassen, existiert in der TAZ ein engere und ein weitere .Perspektive.

Unmittelbar wird der Bürgerkrieg in Syrien für die Fluchtbewegung verantwortlich gemacht. Dabei sei letztlich nicht auszumachen, vor welcher der Kriegsparteien die Flüchtlinge fliehen. Jan-Niklas Kniewel gibt zu bedenken, dass nach den Anschlägen von Paris häufig betont worden sei, dass „die syrischen Flüchtlinge vor dem gleichen Terror flüchten würden, der in Paris zugeschlagen hatte.“ Er moniert jedoch, dass dabei die Sichtweise außen vor blieb, „dass die Mehrheit vor Assad flieht“. Dieser könne aus den Pariser Anschlägen sogar noch Profit schlagen, weil sich nach Paris nun alles auf die Bekämpfung des IS konzentriere. Doch die „Dschihadisten und Assad führen eine symbiotische Beziehung“ und Assad dürfe durch die neue Situation nicht „rehabilitier[t]“ werden. (Kniewel, 17.11.2015)

Mehrfach wird eine Flugverbotszone in Nord-Syrien gefordert und darauf hingewiesen, dass auch Erdoğan diese fordere. Die USA und Europa allerdings, hätten sich geweigert „mit der Türkei Flugverbotszonen in Syrien zu schaffen, in die man syrische Flüchtlinge hätte zurückbringen können, nachdem die Zahl der Flüchtlinge zwei Millionen überschritt.“ (Gottschlich, 24.9.2015) Für Gottschlich ist es offenbar legitim, Bürgerkriegsflüchtlinge in ein Bürgerkriegsland abzuschieben, in dem eine Flugverbotszone bestehe. Dabei blendet er zugleich die Interessen der Türkei aus, in den kurdischen Gebieten in Nordsyrien, in Rojava aktiv zu werden. Auch Reeh meint, eine Flugverbotszone in Syrien hätte die „Fluchtbewegungen verhindern können“ (Reeh, 7.9.2015), und Ines Kappert fordert mit einer Referenz auf den vermeintlichen Willen der Geflüchteten eine krieglerische Intervention in Syrien: „Viele wünschen inzwischen die Intervention gegen die Luftwaffe des Assad-Regimes und können nicht nachvollziehen, warum etwas, das im Irak der 90er Jahre funktioniert hat, heute in Syrien keinen Versuch wert sein soll.“ (Kappert, 12.8.2015) Mit dem Verweis auf den Irak meint sie „die Erfolgsgeschichte einer Flugverbotszone in Kurdistan, welche just die Amerikaner im Norden Iraks 1991 einrichteten“. (Kappert, 12.8.2015) Auch Greffrath wünscht sich mehr „militärisches Engagement“ durch Europa. Globale Umverteilung werde

„bis auf Weiteres schon deshalb ein Tabu bleiben, [...] weil eine solche Umverteilung, sprich eine autonome Entwicklung des Südens kaum ohne massives politisches und, horrible dictu militärisches Engagement Europas denkbar ist. Aber sie ist, auf mittlere Sicht, die einzige Alternative zur militärischen Abriege-

lung, einem dauerhaften Limes zwischen Europa und den angrenzenden Zonen“. (Greffrath, 2.9.2015)

Während man in der TAZ also auch kriegerische Interventionen durch Deutschland fordert, werden diese – sind sie von den USA durchgeführt – einer Kritik unterzogen und als Fluchtursache benannt.

„Monatelang haben die USA zugeschaut, während Menschen im Mittelmeer ertranken [...]. Ganz so, als [...] hätte es nichts mit den USA, ihrer Außenpolitik, ihren Militärinterventionen, ihren Drohnen, ihren Rebellenausbildungsprogrammen und ihren erfolgreichen und gescheiterten Regimewechseln zu tun. [...] Neben den längst überfälligen humanitären Gesten ist eine radikale Kehrtwende in der Außenpolitik nötig. Weg vom Militär und hin zu politischen und diplomatischen Lösungen.“ (Hahn, 11.9.2015)

Silke Mertins übt anlässlich eines Besuchs von Assad in Moskau Kritik an der westlichen Welt. Sie wertet diesen Besuch als Demonstration dessen „dass in der Konfliktregion nichts mehr geht ohne Russland.“ Deshalb gehe es nicht nur darum, eine Lösung für Syrien zu finden, sondern auch der Westen müsse „Konsequenzen folgen lassen, wenn die russische Luftwaffe vom Westen unterstützte gemäßigte Rebellen bombardiert[...].“ Insofern trage die westliche Welt eine „Schutzverantwortung“ für die Menschen, die durch die russischen Bomben aus Aleppo fliehen müssen. (Mertins, 22.10.2015) Hier wird ein Umstand ausgeklammert, der bei einer weiteren Betrachtung der Fluchtursachen in der TAZ jedoch mehrfach artikuliert wird. Schließlich exportiere Deutschland „Waffen in alle Welt, mit denen die Häuser der späteren Flüchtlinge in Schutt und Asche geschossen werden.“ (Werning/Bax, 9.10.2015) Oder: Dass in Syrien Krieg herrsche, vor dem die Menschen fliehen, daran trage auch die Bundesrepublik durch Waffenexporte eine „Mitverantwortung“. (Asmuth, 6.10.2015) Ähnlich argumentiert Maier:

„Eher schon muss man der Bundespolitik vorhalten, viel zu lange ignoriert zu haben, dass Kriege und Krisen auch etwas mit diesem Land zu tun haben werden. Dass deutscher Waffenhandel und globale Rohstoffausbeutung durch deutsche Unternehmen das Leben von Menschen vor Ort konkret betreffen.“ (Maier, 15.8.2015)

„Das ohne ausreichende demokratische Legitimation als EU-Recht durchgesetzte Halbrecht zum Schutz der Festung Europa erweist sich als ohnmächtig und zutiefst inhuman gegenüber dem realen Elend von Kindern, Frauen und Männern, die ihr Leben selbst in die Hand nahmen, um Armut, Verelendung, Kriegen und Bürgerkriegen zu entkommen.“ (Walther, 20.11.2015)

Ilja Trojanow stellt fest, dass Migration erst dann problematisiert werde, „wenn sie über den eigenen Gartenzaun schwappt“ und macht Fluchtursachen aus im „Voranschreiten der Wüste in der gesamten Sahelzone“, im „Landgrabbing in vielen Regionen Afrikas“, in „Waffenlieferungen“ in „Angriffskriege[n] im Nahen Osten“. Auch eine verfehlte Entwicklungspolitik, die es zulasse, dass durch das Agieren internationaler Konzerne „unzählige Kleinbauern ihrer Existenz“ beraubt werden, sei eine Ursache der Fluchtbewegungen, die jedoch aus „ideologi-

schen oder egoistischen Gründen“ nicht „an der Wurzel“ angegangen würden. (Trojanow, 7.10.2015)

Charlotte Wiedemann benennt deutlich auch den deutschen Neokolonialismus als Fluchtursache. Eine Lebenslüge sei es,

„dass unser Wohlstand ausschließlich eine Frucht unserer eigenen Hände Arbeit sei. Dass wir keine Klimakiller sind und nicht vom ungerechten Welthandel profitieren. Dass wir niemanden ausbeuten, und alles im Großen und Ganzen so bleiben kann, wie es ist. Die EU ist eine Festung geblieben[...].“ (Wiedemann, 16.9.2015)

Und Ulrike Herrmann konstatiert, dass sich bezogen auf die gesamte Welt die Flüchtlinge von einer „globalen Wirtschaftsordnung vertrieben [werden], die die Profiinteressen weniger Spekulanten wichtiger nimmt als die Lebenschancen von Millionen Menschen.“ Auch Deutschland profitiere und mache Geschäfte mit „arabischen Despoten, die später zur Wahrung ihrer Machtinteressen genau jene islamistischen Terroristen nähren, vor denen die Menschen dann fliehen“. Es würden Verträge abgeschlossen, die „die wirtschaftliche[n] Strukturen in den Herkunftsländern so [...] zerstören, dass es Menschen als attraktivere Alternative erscheint, ihre Heimat zu verlassen [...]“. (Herrmann, 7.10.2015)

Deutsche Entwicklungspolitik fließe, so Wiedemann, „heutzutage auch in Grenzsicherung. Viele Migranten durchqueren Niger, also steht dieser Staat nun im Fokus der Abwehrpolitik.“ (Wiedemann, 16.9.2015) Wer „aus dem subsaharischen Afrika Richtung Europa will, soll künftig den Kontinent möglichst gar nicht mehr verlassen können.“ (Wiedemann, 16.9.2015)

Dass es westlichen Staaten schlicht nicht um eine Besserung der Fluchtursachen geht, stellt Bernd Pickert fest.

„Mit Zähnen und Klauen wehren sich die Regierungen der Industriestaaten, angetrieben von den Lobbys der transnationalen Konzerne und der Finanzspekulanten, gegen jegliche Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit. Die Ergebnisse der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung von Addis Abeba im Juli sprechen Bände: Ausnahmslos alle Forderungen, die der globale Süden und NGOs gestellt hatten, wurden von den Industrieländern abgebügelt. [...] Trotz gegenteiliger Sonntagsreden: Das Hauptanliegen westlicher Politik liegt in der Verteidigung eines Wirtschaftssystems, das in quasireligiöser Unvernunft behauptet, das individuelle Streben nach maximalem Gewinn sei als oberstes Ordnungsprinzip alternativlos und werde sich irgendwie schon für alle auszahlen. Und so produzieren wir weiter systematisch Armut, die dann gönnerhaft – und immer öfter aus den Kassen der Großkonzerne – bekämpft wird. Unter den Menschen, die derzeit zu Hunderttausenden in Europa ankommen, sind viele, deren Flucht direkt auf diesen Irrsinn zurückzuführen ist. Es ist der Gipfel des Infamen, sie dann noch als Wirtschaftsflüchtlinge zu diffamieren.“ (Pickert, 25.9.2015)

Fazit – Entwicklungen und Verschiebungen im Feld des Sagbaren der TAZ

In der TAGESZEITUNG stehen sich in etlichen Themen unterschiedliche Aussagen gegenüber. Insofern wird ein weites Meinungsfeld abgedeckt.

Bezüglich der Stimmung in der Bevölkerung wird Rassismus durchgehend kritisiert, über seine Entstehung und Verbreitung existieren differente Auffassungen. Auffällig ist, dass das Motiv „Angst“ häufig unhinterfragt Gültigkeit hat, freilich ist hier die Angst der Rassist_innen vor Migrant_innen gemeint und nicht die der von Rassismus und rechter Gewalt Betroffenen. Die Aussage, dass Rassismus ein Effekt einer denormalisierenden und Bedrohung vermittelnden Deutung von Flucht sei, findet sich neben der, dass Rassismus ein Effekt der Migration selbst sei und es hier einen Kausalzusammenhang gäbe. Beide Annahmen implizieren zugleich Umgangsstrategie mit dem abzulehnenden Rassismus. Wird Rassismus als Effekt der Denormalisierung von Flucht begriffen, so werden damit Medien und Politik für eine entsprechende Deutung kritisiert und festgestellt, dass gerade eine restriktive Flüchtlingspolitik Rassismus bestärke, da sie auf Abschreckung setze und so zum einen denormalisiere und zum anderen den Forderungen von extrem Rechten nachkomme. In diesem Aussagenbereich findet auch eine Kritik an der Strategie statt, rechtsextreme Forderungen zu übernehmen um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Wird hingegen Rassismus als Kausaleffekt von Migration angenommen, wird impliziert, dass er durch eine Reduktion der Flüchtlingszahlen bekämpft werden könne. Das Aussagenfeld der TAZ befindet sich zwischen diesen beiden Polen.

Rassismus wird mitunter als Mitte-Problem wahrgenommen, oder aber er wird ganz im Gegenteil in die extreme Rechte externalisiert. Die extreme Rechte allerdings – und dies schwächt die Externalisierung ab – wird nicht als abgeschlossenes Phänomen betrachtet, sondern es werden fließende Übergänge zwischen rassistischen Einstellungen und organisiertem Rechtsextremismus gesehen sowie eine Stärkung der extremen Rechten durch eine geistige rassistische Vorarbeit. Manche Autor_innen nehmen an, dass extrem Rechte außerhalb eines nationalen Konsens stünden, andere formulieren, die deutsche Mitte sei im Rechtspopulismus vereint. Diese Betrachtungsweisen finden sich auch in der Debatte um die sogenannte Willkommenskultur in Deutschland. Auch hier wird einerseits formuliert, die Ursache der rassistischen Gewalt liege im weit verbreiteten Rassismus in Deutschland. Man habe aus den 1990ern nichts gelernt. Andererseits stellt man die Willkommenskultur den Brandanschlägen entgegen. Letztere seien kein Ausdruck des gesellschaftlich hegemonialen Zustandes. Seit den 1990ern habe ein Reifungsprozess stattgefunden und Deutschland sei heute, auch in explizitem Gegensatz zu anderen europäischen Ländern eine kosmopolitische Republik. Eine Gegenüberstellung von Brandanschlägen und Willkommenskultur geht so weit, dass nicht die Willkommenskultur *neben* dem Rassis-

mus thematisiert wird, sondern (fälschlich) festgestellt wird, es habe 2015 einen Sommer der Solidarität *statt* einen Sommer völkischer Gewalt gegeben.

In all diesen Themen ist das Aussagenfeld der TAZ innerhalb des Untersuchungszeitraumes konstant. Eine gewisse Entwicklung des Diskurses ist aber feststellbar bei der Thematisierung der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Bis September wird diese als gegeben beschrieben. Ende September spricht man von einer Fragilität dieser „Stimmung“ und warnt vor einem „Kippen“. Ab Oktober wird dann ein rassistischer Stimmungsumschwung festgestellt. Die Helfenden selbst werden bis in den September positiv bewertet. Ab Oktober wird ihnen mitunter auch Naivität und Blauäugigkeit unterstellt. Zeitlich parallel dazu verläuft die Thematisierung der rassistischen Gewalt. Während im September Brandanschläge thematisiert wurden und Heidenau zu einem vielbeachteten Ereignis wurde, werden Brandanschläge ab Oktober eher am Rande kommentiert.

Auch beim Thema Asyl- und Migrationspolitik ist das Aussagenspektrum der TAZ sehr weit. Zwar werden mehrheitlich Asylrechtsverschärfungen abgelehnt, allerdings mit höchst unterschiedlichen Begründungen. Einige Autor_innen kritisieren Restriktionen und eine Abschottungs- und Abschreckungspolitik mit dem Verweis auf Neokolonialismus und Menschenrechte. Verschärfungen würden zudem rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft setzen. Andere verweisen auf höchst pragmatische Argumente. Restriktionen seien nicht dazu geeignet, die rassistische Stimmung zu bekämpfen und die Maßnahmen zur Abschreckung würden ihren Zweck nicht erfüllen können. Mit diesem Argument wird die Annahme der Notwendigkeit einer Reduktion der Flüchtlingszahlen geteilt.

Während im August an der Unterbringung der Geflüchteten in Deutschland massive Kritik geübt wird, nimmt diese im September ab. Ab September finden sich in der TAZ häufiger Positionen, die eine Belastungsgrenze durch Geflüchtete als erreicht sehen. Vor allem in Bezug auf Geflüchtete aus Balkanstaaten wird mitunter „Abschreckung“ und Abschottung befürwortet und so die Spaltung der Geflüchteten in die Kategorien Wirtschaftsflüchtling und Kriegsflüchtling mitgetragen. Jedoch findet auch eine deutliche Kritik an dieser Differenzierung statt.

Es ist eine drastische Entwicklung, die der Fluchtdiskurs in der TAZ durchmacht. Von einer mehrheitlichen Kritik am Asylpaket und der Kategorien von Wirtschaftsflüchtlingen und Kriegsflüchtlingen bis etwa Mitte September hin zu Äußerungen, die das Asylrecht überhaupt in Frage stellen. Noch im August wurden solche Positionen, wie Forderungen nach strikteren Einwanderungs- und Asylregelungen, die zwischen erwünschten und nicht erwünschten Einwanderern unterscheiden, als rechtspopulistisch eingestuft. Spätestens ab Oktober aber setzt auch hier die kontroverse Debatte um Belastungsgrenzen und rechtlichen Obergrenzen des Menschenrechts auf Asyl ein.

Angela Merkels Position wird dabei höchst unterschiedlich eingeschätzt. Das weite Spektrum der Aussagen ist gekennzeichnet durch eine Kritik an Merkels restriktiver Asylpolitik auf der einen Seite und der anerkennenden Einordnung ihres flüchtlingspolitischen Kurses als links-außen. Aber selbst in der TAZ wird an der konservativen Kanzlerin „von rechts“ Kritik geübt, wenn ihr vorgehalten

wird, die Grenzöffnung sei ein Akt des Idealismus statt der Realpolitik gewesen. Andere allerdings beharren gerade im August und September auf der Möglichkeit legaler Einreisemöglichkeiten.

Kaum Diskursverschiebungen gibt es in europapolitischen Reflexionen in der TAZ. Und auch hier ist das Aussagenfeld recht weit. Die EU wird von manchen als humanistisches Projekt angesehen, von anderen als postdemokratisches, neoliberales Projekt mit barbarischen Auswirkungen für die ganze Welt. Ebenso different verhält es sich mit der Bewertung der Rolle Deutschlands in der EU. Einige sehen Deutschland in diesem Kontext als humanistisches Vorbild, vor allem in der Flüchtlingspolitik, andere üben mit Verweis auf Dublin 2 deutliche Kritik an Deutschland. Eine gerechte Verteilung der Geflüchteten sei gerade von Deutschland jahrelang verhindert worden. Auch in der Debatte um die Bekämpfung von Fluchtursachen findet keine Diskursverschiebung statt. Dennoch ist auch bei diesem Thema ein breites Aussagen-Feld vorhanden, das von der Aussage, Deutschland sei ein humanistischer Akteur in der Welt bis hin zu der Aussage reicht, Deutschland sei Verursacher von Flucht. In der ersten Perspektive werden als Bekämpfung der Fluchtursachen eine Flugverbotszone in Syrien oder aber mehr kriegerische Interventionen durch Deutschland in der Welt vorgeschlagen, in der zweiten Perspektive geht es um ein Ende von Neokolonialismus, Waffenexporten, Rohstoffausbeutung, Kriegen und schließlich um globale Umverteilung.

Ab Oktober wird auch in der TAZ über Integration und ihre Kosten debattiert. Nützlichkeitsargumente werden von etlichen Autor_innen bedient, gleich welche Position vertreten wird. Manche meinen, der finanzielle Aufwand sei zu hoch, andere betonen, eine volkswirtschaftliche Nützlichkeit von Flucht. Antimuslimische Argumente werden im Integrationsdiskurs der TAZ strikt zurückgewiesen.

„Deutschland muss Deutschland bleiben“. Eine Strukturanalyse der Berichterstattung der FAZ im Sommer und Herbst 2015

von Christina Tacke

Im Sommer und Herbst 2015 bestimmten die Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland den Diskurs der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG (FAZ) in weiten Teilen. 145 Leitartikel und Kommentare erschienen von August bis Mitte November zu diesem Thema. Sie fließen in die hier vorgelegte Strukturanalyse ein.³² Der größte Teil der Artikel und Kommentare ist in der Zeit von Mitte/Ende August bis Mitte September im Politik-Ressort erschienen.³³

Sehr häufig kommen Jasper von Altenbockum, Klaus-Dieter Frankenberger und Reinhard Müller zu Wort. Aus ihrer Feder stammt rund ein Drittel aller Artikel. Insofern kann gesagt werden, dass diese Personen das Sagbarkeitsfeld der FAZ zu Flucht und Migration (in dieser Zeit) stark bestimmen.

Die hier vorgelegte Analyse des FAZ-Diskurses zu Flucht und Migration orientiert sich an den Themen und Unterthemen, die im Mediendiskurs insgesamt diskutiert werden.³⁴ Dabei werden die Bewertungen markanter Ereignisse, die während des Untersuchungszeitraums stattfanden, besonders berücksichtigt.³⁵

³² Der Analysezeitraum umfasst den 1.8. bis 30.10.2015. Aufgrund der Anschläge in Paris vom 13.11.2015 wurde der Zeitraum noch einmal erweitert, und es wurden Artikel vom 11.11. bis 20.11. zusätzlich berücksichtigt.

³³ Einige wenige Kommentare wurden im Wirtschafts-Ressort und im Feuilleton veröffentlicht.

³⁴ Dabei handelt es sich um folgende Aspekte: Fluchtursachen, Fluchtwege, Versorgung und Unterbringung, Asyl- und Migrationspolitik, Europa, die Stimmung in der Bevölkerung und Integration. Bei den folgenden Angaben zur Anzahl der Artikel, in denen diese Themen angesprochen wurden, ist zu berücksichtigen, dass in den Artikel mehrere Thematiken zur Sprache kamen.

³⁵ Zu diesen Ereignissen gehören z.B. die extrem rechten Ausschreitungen in Heidenau, wie auch die aufgefundenen 71 toten Flüchtlinge in einem Kühllaster in Österreich vom 27.8.2015.

Fluchtursachen³⁶

Bei der Thematisierung der Fluchtursachen werden die Herkunftsländer stark unterschieden. Damit verbunden ist eine Kategorisierung der Flüchtlinge. Auf der einen Seite kommen sie aus durch Krieg erschütterten Ländern wie Syrien, Irak und Afghanistan. Auf der anderen Seite kommen sie aus Südosteuropa. Mehrheitlich schließen sich die Kommentare dabei den Aussagen in den Leitartikeln an, in denen konstatiert wird, dass „wirtschaftliche Not kein Asylgrund ist“, wie Staib und Schmoll den Forderungskatalog vom Städte- und Gemeindebund zitieren. (Staib und Schmoll, 17.08.2015) Die hierdurch vorgenommene Unterscheidung zwischen ‚echten‘ und ‚unechten‘ Flüchtlingen wird durch die ständige Wiederholung in Stein gemeißelt und damit nahezu unumstößlich. (Kommentare vom 10.08., 11.08., 17.08.) Sehr deutlich macht dies Johannes Pennekamp, wenn er schreibt: „*Natürlich* müssen Asylbewerber, die keine Chance auf Anerkennung haben, abgewiesen statt alimentiert werden.“ (Pennekamp, 25.08.2015 Hervorhebung v.V.)

Auch dann, wenn den Fluchtursachen von Geflüchteten vom Balkan durchaus Verständnis entgegen gebracht wird, weil sie dort keine Lebensperspektive haben, liegt die Betonung doch auf der Chancenlosigkeit ihrer Hoffnung (Martens, 08.08.2015) und es wird eine schnelle Rückführung von Asylbewerber_innen vom westlichen Balkan verteidigt, da die Anerkennungsquote sehr gering sei. (Carstens, 09.08.2015) Und tatsächlich liegt die Ablehnungsquote von Asylanträgen aus Albanien, dem Kosovo, Serbien und Mazedonien zu diesem Zeitpunkt bei über 85%. Im Unterschied dazu liegt sie bei Asylanträgen von Menschen aus Syrien, dem Irak und Eritrea bei unter einem Prozent. Doch statt diese Praxis zu hinterfragen, wird sie in der FAZ als Argument genutzt, um eine Abschiebung der Flüchtlinge vom Balkan zu rechtfertigen, obwohl die Asylgesuche von Menschen aus Albanien zu diesem Zeitpunkt die zweithäufigsten waren.³⁷

Jasper von Altenbockum fordert in seinem Kommentar „In einer neuen Epoche“ (von Altenbockum, 20.08.2015) aber nicht nur eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen von Balkanflüchtlingen, sondern unterstützt die aus der Politik heraus formulierte Forderung nach gesonderten „Camps“ für diese. Bedenken, dass damit die Geflüchteten in Klassen eingeteilt werden und eine solche Sonderbehandlung ihnen ihre individuellen Fluchtgründe absprechen, hat er nicht. Dabei stellt sich doch die Frage, ob in solchen Camps, deren Insassen allein durch ihr Herkunftsland definiert werden, überhaupt individuelle Fluchtgründe geprüft werden. Außerdem wird ausgeblendet, dass eine vorherige Aussortierung dem im Grundgesetz verankerten Recht auf das Asylgesuch widerspricht.

³⁶ Fluchtursachen wurden in 47 Artikeln angesprochen.

³⁷ Vgl.

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile (BAMF, 2015) (Abruf: 22.12.2016).

Auch der von politischer Seite vorgeschlagenen Strategie, die Zahl der sicheren Herkunftsländer auszuweiten wird nicht widersprochen. „Die Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Lage dürfe [laut Merkel] kein Grund sein, in Deutschland Asyl zu beantragen.“ (Staub & Schmoll, 17.08.2015) Die Unterscheidung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, die hier seitens der Kanzlerin vorgenommen wird, wird auch in der FAZ nachvollzogen. ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ werden als für eine gerechte Asylpolitik hinderlich angesehen. Sie würden die Sozialsysteme belasten, so dass man „denjenigen, die unsere Hilfe brauchen, nicht ausreichend helfen“ könne, so wird hier Angela Merkel zitiert. (Staub und Schmoll, 17.08.2015)

Dass weitere Länder zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, ist Julian Staub in seinem Kommentar „Scheindebatte“ noch zu wenig. Vielmehr müsse „Aufklärungsarbeit in den Herkunftsstaaten über die (in der Regel fehlende) Bleibeperspektive in Deutschland“ betrieben werden. „Vor allem in Albanien [...]. Von dort kommen immer mehr Antragsteller [...].“ (Staub, 10.08.2015) Kein Wort äußert der Autor dazu, warum dies so ist und welche Fluchtursachen die Menschen nach Deutschland bringen. Stattdessen werden als Fluchtursachen falsche Anreize ausgemacht, besonders wenn es um Flüchtlinge aus dem Balkan geht.

„Wichtig ist, zu unterscheiden zwischen diesen Flüchtlingen [die zur Flucht gezwungen sind, v.V.] und jenen, die die Armut aus dem Land treibt, die aber keine Aussicht auf Asyl haben. Notwendig sind die schnelle Rückführung dieser Leute und die vorbehaltlose Überprüfung, ob und wie sehr hier jenseits des generellen Wohlstandsgefälles Anreize wirken, die die Wanderung anheizen.“ (Frankenberger, 24.08.2015)

Die Flüchtlinge müssten dazu bewegt werden, „zu Hause zu bleiben“. (N.N. und Carstens, 09.08.2015) Dies könne z.B. durch abschreckende Kurzfilme der Bundespolizei, durch Anzeigenkampagnen in den Herkunftsländern und Wiedereinreiseverbote geschehen.

Balkanflüchtlingen wird unterstellt, dass sie sich den Anspruch auf Asyl in Deutschland erschleichen wollen: „Sie nutzen als Scheintouristen liberale Reiseregelungen, um sich dann bei den Behörden als Asylbewerber zu präsentieren“. (N.N. und Carstens, 09.08.2015) Hier wird eine bewusste Ausnutzung des Asylrechts unterstellt, was aus der Perspektive der FAZ als Missbrauch des Asylrechts gewertet wird.

Mit Blick auf den Herbst und Winter 2015, wenn die Geflüchteten nicht mehr in Zelten untergebracht werden können, wird dieser Umstand als Grund herangezogen, die Asylanträge von Geflüchteten aus der Balkanregion möglichst schnell zu bearbeiten.

„Es gibt zwar viele verständliche Gründe, aus Albanien, dem Kosovo oder aus Bosnien weg zu wollen, aber Gefahr für Leib und Leben droht den Asylbewerbern von dort in ihrer Heimat nur in äußerst seltenen Fällen – im Gegensatz zu den Flüchtlingen aus Syrien.“ (Veser, 14.08.2015)

Die Frage nach den Fluchtursachen, also danach, warum so viele Menschen vom Balkan trotz der geringen Aussichten auf Asyl in Deutschland Asyl beantragen, wird vor allem mit ‚Pull-Faktoren‘, genauer: mit ‚falschen Anreizen‘ beantwortet.

Die Position, dass die Strategie, Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu deklarieren, fragwürdig ist und nicht dazu führt, dass weniger Asylanträge von Menschen aus den Balkanstaaten gestellt werden, wird in einem Leitartikel vom 10.08. thematisiert. Hier wird eine Verschränkung mit dem Religionsdiskurs vorgenommen, wenn eine Studie zitiert wird, nach der Jugendliche aus dem Kosovo stark religiös geprägt seien und dies von der Integrationsbeauftragten Cemile Giousouf (CDU) klar als „Integrationshemmnis“ betrachtet wird. (Staib und Martens, 10.08.2015)

Demgegenüber wird den Flüchtlingen aus Kriegsgebieten die Legitimation zu fliehen nicht abgesprochen – auch wenn die Personen durchaus skeptisch betrachtet werden. Doch bei der Betrachtung ihrer Fluchtursachen konzentriert man sich hier auf Appelle an die Politik, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Es müsse in Syrien Ordnung geschaffen werden, und dabei dürfe die westliche Diplomatie nicht resignieren. (Frankenberger, 15.09.2015) In dem Artikel „Ein Fall für die Armee?“ erklärt Klaus-Dieter Frankenberger genauer, warum dies wichtig sei: In Syrien „geordnete Verhältnisse“ herzustellen, sei zwar kompliziert, aber absolut notwendig, denn „[b]eruhigt sich die Lage nicht, wird der Exodus weitergehen. Und in Europa Chaos, Panik, Furcht und Zwietracht herrschen.“ (Frankenberger, 16.09.2015) Interessant ist, wer hier als Nutznießer für die Ordnung in Syrien ausgemacht wird: Es ist Europa – und nicht die syrische Bevölkerung. Hier wird vertreten, dass Europa durch eine Bedrohung von außen gefährdet sei. Die Ordnung in Syrien sei somit im genuinen Interesse für Europa.

Merkels Vorschlag, mit Assad zu reden, wird abgelehnt. Dieser freue Assad, immerhin sei Merkel die „Kanzlerin der moralischen Supermacht Deutschland.“ Die Probleme in Syrien ließen sich allerdings nicht durch Reden lösen, vielmehr seien hier komplexe unterschiedliche „strategische [...] und religiöse [...] Interessen vieler Mächte und Kräfte“ im Spiel. (Kohler, 25.09.2015)

In Bezug auf die Situation in Afghanistan sieht Friederika Böge einen „Scherbenhaufen Kundus“, der dazuführe, dass

„[v]iele gebildete Afghanen [...] sich jetzt erst recht dem Strom der Flüchtlinge in Richtung Europa anschließen [werden]. Für Afghanistan bedeutet das den Verlust der wichtigsten Errungenschaft der westlichen Intervention: einer ganzen Generation von Fachkräften. Für Deutschland bedeutet es eine weitere Flüchtlingswelle.“ (Böge, 07.10.2015)

Hier wird zwar durchaus auch gesehen, dass die Flucht aus Afghanistan für das Land negative Effekte hat. Diese werden allerdings mit den negativen Auswirkungen für Deutschland kontrastiert.

Aus Sicht der FAZ stürzen die Fluchtbewegungen Europa in eine massive Krise. Es herrsche „Chaos in Europa“. (Frankenberger, 02.09.2015) Der erwartbare Zuzug von Geflüchteten komme einem epischen Ausmaß gleich. (Vgl. Frankenberger, 11.08.2015.) Wiederholt wird gefordert, dass die Geflüchteten in Europa fair verteilt werden. (Vgl. etwa von Altenbockum, 20.08.2015 und Carstens, 09.08.2015.) Die Freizügigkeit in Europa sei zwar eine große Errungenschaft, „[a]ber wer sie angesichts einer alarmierenden Wirklichkeit für sakrosankt erklärt, wird genau das Gegenteil erreichen: dass ‚Europa‘ nämlich die Schuld an der Flüchtlingskrise gegeben wird [...]“. (Frankenberger, 21.08.2015)

Europa müsse sich einigen, wie auf die Krise zu reagieren sei. Dabei gehe es nicht darum, Schuldige auszumachen, sondern um eine gemeinsame Linie. (Frankenberger, 05.09.2015) Es gehe darum, sich „auf das Wesen ihrer Gemeinschaft [zu] besinnen.“ Zu dieser Gemeinschaft gehöre „das Teilen von Vorteilen genauso wie das faire Teilen von Lasten. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist nicht Privileg einiger weniger, es [!] geht alle an.“ (Frankenberger, 10.09.2015)

Dabei schaut die FAZ auch darauf, wie in einzelnen EU-Ländern mit den Fluchtbewegungen umgegangen wird. Jochen Buchsteiner beschreibt den „Common Sense“ zu Einwanderung in Großbritannien:

„Bis zu einem gewissen Punkt dient Einwanderung einer Demokratie. Aber ab einem gewissen Punkt kippt dies ins Negative: Aus Offenheit wird Misstrauen, ökonomische Vorteile werden von der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen aufgefressen, Inspiration weicht Abwehr und Angst.“ (Buchsteiner, 07.09.2015)

Solche Dynamiken werden als evident unterstellt. Mit dieser Unterstellung wird jedoch eine Sichtweise eingenommen, nach der es die Einwander_innen sind, die die Vorbehalte und/oder Rassismen der einheimischen Bevölkerung durch ihre Anwesenheit hervorrufen würden. Zudem werden einwandernde Personen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt ihrer Nützlichkeit bewertet.

Besonders negativ wird in der FAZ die faktische Aussetzung des Dublin-Abkommens Anfang September gewertet. Damit sei das gesamte europäische Asylsystem bedroht. (Vgl. Frankenberger, 03.09.2015.) Dabei wird der von Ungarn vorgenommenen Abschottung zu Gute gehalten, dass sie die Schwachstellen der deutschen Flüchtlingspolitik bloßstelle.

Auch Reinhard Veser meint in seinem Kommentar „Zäune in Europa“, dass „ein Körnchen Berechtigung in den ungarischen Klagen über die Untätigkeit Europas [stecke] – so schäbig und schändlich das Verhalten und die Rhetorik Viktor Orbáns gegenüber den Flüchtlingen auch sind“. Es sei nicht verwunderlich, dass sich die südeuropäischen Staaten überfordert sehen, wenn „schon das große und reiche Deutschland mit seiner starken Verwaltung“ mit Registrierung der

³⁸ Dieses Thema wird in 46 Artikeln angesprochen.

Flüchtlinge nicht klarkomme. Dennoch sieht er in Ungarns Vorgehen eine „tödliche Gefahr“, weil es weitere Zäune nach sich ziehen könne und gibt zu bedenken, dass Zäune aus Draht „ebenso wie politische, wirtschaftliche, menschliche“ Zäune das „Problem mit den Flüchtlingen“ nicht lösen würden. Europa müsse zusammenstehen „bei der Sicherung der Außengrenzen [...] wie bei der menschenwürdigen Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge.“ Und an die Adresse der Ost- und Mitteleuropäer gerichtet, macht er auch eine Motivation für diese Solidarität aus. Sie müssten „bedenken, dass sie angesichts der russischen Aggression in der Ukraine leicht in eine Situation kommen können, in der sie auf die Solidarität der übrigen EU angewiesen sind.“ Gleichzeitig mahnt er die deutsche Seite, nicht mit Mehrheitsentscheidungen zu drohen. (Veser, 19.09.2015)³⁹

Bei der Diskussion um die Rolle von Europa findet in der FAZ häufig ein Abwägen zwischen der Notwendigkeit nationaler Handlungsfähigkeit und der Sicherung der europäischen Außengrenzen statt. Jedes Land der EU habe seine Bedürfnisse. Man sei zwar zur Zusammenarbeit verpflichtet, aber: Europa sei kein Staat. Und solange es kein einheitliches Volk gebe, gebe es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zur Durchsetzung eigener Interessen, resümiert etwa Reinhard Müller in seinem Kommentar „Deutschland muss Deutschland bleiben“. (Müller, 12.09.2015)

Andererseits müsse die EU unbedingt ihre Außengrenzen sichern. Die Kontrolle über die Grenzen dürfe nicht aufgegeben werden. (Busse, 14.09.2015) Auch Reinhard Müller betont, dass „Grenzschutz [...] kein Selbstzweck [ist], sondern Existenzgrundlage“. Nur so könnte die EU ihre Freizügigkeit gewährleisten. Doch „[d]iese Union wird gerade überrollt. Von vielen Bedürftigen, gewiss, aber die EU will ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sein.“ Hier wird der Zuzug von Bedürftigen als Gefährdung von Freiheit, Sicherheit und Recht angesehen. Doch auch hier geht es letztlich um die Wahrung deutscher Interessen: „Die deutsche Regierung aber ist [...] zunächst für das deutsche Volk verantwortlich und dazu verpflichtet, Schaden von ihm abzuwenden.“ (Müller, 12.10.2015)

Stimmung in der Bevölkerung⁴⁰

Bereits Anfang August stellt die FAZ eine Polarisierung in der Bevölkerung fest, in dem sie der sogenannten Willkommenskultur eine rechtsextreme Radikalisierung gegenüberstellt. Es wird berichtet, dass der Verfassungsschutz vor rechts-extremistischen Anschlägen warne; denn der Schritt „vom Maulheldentum zu realen Gewaltaktionen ist klein“. (Leithäuser 01.08.2015) Konkreter Anlass für die Warnung war eine Brandstiftung auf ein künftiges Asylbewerberheim in Lunzenau. Dieser Vorfall wird dann auch im Kommentar von Nikolas Busse aufge-

³⁹ Das hält auch Nikolas Busse für eine „riskante Operation[...]“. (Busse 16.09.2015)

⁴⁰ Die Stimmung in der Bevölkerung ist Thema in 42 Artikeln.

griffen. Er verweist darauf, dass sich im Internet wie auch in politischen Bewegungen (Pegida und AfD) schon länger solche Radikalisierungstendenzen abgezeichnet hätten. Das Klima dort sei „seit langem vergiftet“. (Busse, 01.08.2015)

In seinem Kommentar „Wo ist die Grenze?“ bezieht Jasper von Altenbockum diese Gefahren allerdings nicht nur auf rechte Aktivitäten. Wer

„noch immer der Meinung ist, alles werde sich schon einpendeln und die deutsche Bevölkerung solle sich mal nicht so anstellen [...],zündelt‘ mindestens ebenso wie diejenigen, die vor lauter Notstand ihren Anstand verloren haben und Flüchtlingshass kultivieren.“

Eine Begrenzung der Aufnahmebereitschaft sei unumgänglich, es reiche nicht, nur Länder zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. (von Altenbockum, 19.08.2015)

Vom 21. bis 23. August kam es in Heidenau „zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen vor einem Notquartier für Flüchtlinge“. (Locke, 24.08.2015) Ein „ange-trunkene[r] rechtsextreme[r] Mob“ habe die Flüchtlinge und hilfsbereite Personen einschüchtern wollen. Die Polizei sei „überfordert“ gewesen und musste Pfefferspray und Tränengas einsetzen. Dies wirft die Frage auf: „wer will schon in solchen Auseinandersetzungen ordnend und schützend eingreifen müssen!“ (Blasius, 24.08.2015)

Im Leitartikel vom 24.08.2015 werden vor allem die Stellungnahmen von Politiker_innen wiedergegeben, die die Geschehnisse in Heidenau als „Terror“, „empörend und nicht hinnehmbar“, als eine „neue [...] Qualität rechter Gewalt“ einstufen und „das Gewaltmonopol des Staates in Gefahr [sehen]“.

Zwei Tage später, am 26.08. werden die Alarmglocken etwas leiser, wenn darauf hingewiesen wird, dass die öffentlichen Haushalte durchaus die Entwicklung bewältigen können. Und es wird die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung den gewaltsamen Ausschreitungen gegenübergestellt.(Vgl. Bannas und Geinitz, 26.08.2015.)

Als Reaktion auf die Ausschreitungen in Heidenau war dort ein ‚Willkommensfest‘ für Geflüchtete geplant, das allerdings vom Landratsamt wegen Personalmangel bei der Polizei untersagt wurde. Jasper von Altenbockum kritisiert diese Absage. Angesichts der Tatsache, dass wöchentliche Pegida-Demonstrationen und Fußballspiele stattfinden könnten, sei das Verbot dieser Veranstaltung blamabel. (von Altenbockum, 29.08.2015.) Nachdem das Fest unter strengen Auflagen am 28. August 2015 dann doch stattfand, kritisiert er jedoch die ideologische Instrumentalisierung dieser Veranstaltung. In seinem Kommentar mit dem auf die Äußerung von Joachim Gauck anspielenden Titel „Hell und Dunkel“ sieht er die Debatte nun von ideologischen Gräben durchzogen: „Das Fest war vor allem den Inquisitoren gewidmet, die unter der Schirmherrschaft von Cem Özdemir festlegen dürfen, wer zu welchem Deutschland gehört, zum dunklen oder zum hellen.“ Sie hätten die „Stimmung [...] verpestet“ und deshalb „verkam diese Veranstaltung zur Instrumentalisierung der Asylpolitik für nicht ganz so hellen Zwecke.“ (von Altenbockum, 31.08.2015)

Die gewalttätigen Ausschreitungen von Heidenau werden zwar als empörendes, aber dennoch als ein Randphänomen gewertet. Jasper von Altenbockum kritisiert, dass diese Haltung zum Sinnbild ganzer Dörfer würde und hält insbesondere die damit einhergehende Verachtung gegenüber Ostdeutschland für westdeutsche Überheblichkeit. Die Handlungsunfähigkeit in solchen Fällen sei „kein sächsisches Alleinstellungsmerkmal“. (von Altenbockum, 25.08.2015)

Durch die Geschehnisse in Heidenau wurde in der FAZ auch eine Debatte um Versammlungs- und Meinungsfreiheit ausgelöst, in der Reinhard Müller die These vertritt, dass das „Gemeinwesen in Gefahr“ (Müller, 02.09.2015) sei, wenn „[f]ür die Meinungsfreiheit“ nicht genau „so entschieden gekämpft werde [...] wie für das Asylrecht“. Er sieht zwar die Problematik rechter Aufmärsche, hält aber die Meinungsfreiheit für ein diesbezüglich wichtiges Gut.

Die Ablehnung von allem Extremismus und die damit verbundene Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus ist gleichfalls ein Thema in Verbindung mit den Anschlägen von Heidenau. Jasper von Altenbockum drückt es so aus: „Die Verachtung rechtsextremistischen Pöbels gehört zur Pflicht jedes anständigen Staatsbürgers, mehr noch als die Verachtung linksextremistischen Pöbels.“ (von Altenbockum, 25.08.2015) Dieser Gegensatz führt im Feuilleton zu einer Kontroverse. Eine Meldung mit dem Titel „Randale zwischen Linken und vermutlich Rechten in Heidenau“ wird dahingehend kritisiert, dass Linke mit Rechten gleichgestellt werden und die Rechten dann nicht mal als solche benannt würden. Der Kommentar schließt damit, dass je genauer die Presse formuliere, „desto heftiger, oberflächlicher, tumber wird sie kritisiert – von rechts oder von links“. (Hanfeld, 26.08.2015) Interessant ist hier, dass sich Michael Hanfeld einerseits über die Gleichsetzung von Rechten und Linken empört, andererseits diese Gleichsetzung reproduziert, wenn er in seinem letzten Halbsatz rechte und linke Kritik auf die gleiche Stufe stellt.

Nach den Geschehnissen in Heidenau wird gelegentlich die ‚Willkommenskultur‘ einer ‚kritischen‘ Haltung gegenüber gestellt. Klaus-Dieter Frankenberger erinnert an die gemeinsame Verantwortung:

„Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist nicht Privileg einiger weniger, es geht alle an. So wie sich auch alle ernsthaft, nicht mit Sprüchen, daran beteiligen sollten, die mörderischen Feuer in unserer Nachbarschaft löschen zu helfen.“ (Frankenberger, 10.09.2015)

Jasper von Altenbockum interpretiert die Situation dagegen energischer. Er schätzt das Willkommenheißen von Geflüchteten an Bahnhöfen als einen Protest gegen die Behauptung der ‚Überforderung‘ ein. Dieses gemeinschaftliche Gefühl erinnere an die deutsche Einheit. Trotz aller Harmonie stünde das Land jedoch am „Rand des Katastrophenalarms“. Er gibt zu bedenken, was die Deutschen nötiger haben: ‚Zuversicht‘ oder ‚Realismus‘? (von Altenbockum, 08.09.2015)

Dagegen hält Klaus Max Smolka nichts von einer Gegenüberstellung konträrer Haltungen, da eine solche Polarisierung Andersdenkenden keinen Platz lasse. Wenn den Unterstützer_innen von Flüchtlingen ‚Gutmenschentum‘ vorgeworfen

werde und diejenigen, die gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen skeptisch seien, als „Rassisten, Ausländerfeind, Populisten“ diffamiert würden, drifteten sie nach „rechts außen oder links außen ab“. Die Diskussion um Flüchtlinge sei somit ein Beispiel für eine schlechte Debattenkultur. Es gäbe über rassistische oder ausländerfeindliche Gründe hinaus „allerlei Motive“ dafür, „keine massenweise Einwanderung“ zu wollen. Als Arbeitnehmer, als Wohnungssuchender oder als Steuerzahler würden viele in einen „Interessenkonflikt“ geraten und zu Unrecht als „Rassisten“ diffamiert. Er will deshalb die Debatte in einem Rechts-Mitte-Links-Schema verorten, in dem eine Balance zwischen den Extremen gewahrt werde. (Vgl. Smolka, 12.09.2015.)

Asyl- und Migrationspolitik⁴¹

Bei der Berichterstattung und Kommentierung der Asyl- und Migrationspolitik werden vor allem die Politiker_innen und ihre Positionen betrachtet. Insbesondere Kanzlerin Angela Merkel wird oftmals scharf kritisiert.

Auf ihre Aussage auf der Sommerpressekonferenz am 31.08.2015: „Wir schaffen das!“ wird im weiteren Diskurs-Verlauf immer wieder teils ablehnend Bezug genommen: Jasper von Altenbockum unterstellt Angela Merkel, damit eine „schiefer grenzenlose Aufnahmewilligkeit Deutschlands betont“ zu haben. Dabei verfällt er in einen militärischen Duktus, wenn er meint, dass dieser Ausspruch „[d]en vielen Beamten, Sozialarbeitern und Ehrenamtlichen, die seit Monaten „an der Front“ [arbeiten] [...] zwar eine Genugtuung gewesen sein [mag]“, aber gleichzeitig stellt er die Pläne und Taten in Frage, die auf diesen Kanzlerinnen-Satz folgen sollten. (von Altenbockum, 01.09.2015)

Volker Zastrow hält dem entgegen, dass die Intention der Aussage der Kanzlerin „keine Einladung an alle Armen und Elenden auf diesem Planeten [gewesen sei], sich auf den Weg ins gelobte Deutschland zu begeben.“ Vielmehr wollte sie Mut machen und „hysterische Deutungen entdramatisieren und den Hasskapisten entgegentreten“. (Zastrow, 06.09.2015)

Berthold Kohler bezeichnet Merkel ironisierend als „heilige Johanna der Flüchtlinge“ und formuliert ebenso ironisch: „Mehr internationale Solidarität als von der Kanzlerin verkündet und praktiziert ist nicht möglich.“ Die Willkommenskultur mache selbst jene stolz, „die bisher allenfalls stolz darauf waren, noch nie stolz auf ihr Land gewesen zu sein.“ Er stellt in Frage, ob man all diese „heterogenen Völkerscharen“ „auch zu braven Verfassungspatrioten, fleißigen Handwerkern und überzeugten Beitragszahlern machen“ könne. (Kohler, 09.09.2015)

Holger Steltzner weitet die Kritik an Merkel aus, indem er ihr strategische Optionen unterstellt: Die „Flüchtlingselfies“, die sie „in der arabischen Welt verbreit-

⁴¹ Die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung ist in 40 Artikel Thema.

ten“ lässt, ihr Beharren darauf, keine Obergrenze für Asyl zu benennen, ihre Überlegung, „kostenlose Gesundheitskarten an Flüchtlinge verteilen“, damit „lockt“ Merkel auch Flüchtlinge an, die in Nachbarländern bereits in Sicherheit seien. All dies bringt ihn zu der Frage: „Ist Merkel die schwarz-grüne Koalition im Bund wirklich so wichtig?“ (Steltzner, 21.09.2015)

Auch Berthold Kohler, der die Politik von Merkel grundsätzlich unterstützt, bringt Bundespräsident Joachim Gauck gegen sie in Stellung. Er mache es „besser als Merkel“. Hintergrund ist Gaucks Rede am Tag der deutschen Einheit, in dem er die Einheit mit den „Herausforderungen der Gegenwart“ verknüpft habe. Gauck habe für ein „weite[s] Herz [...], für Zuversicht und Selbstbewusstsein“ plädiert, aber auch betont, dass „die Möglichkeiten Deutschlands [...] begrenzt“ seien. Damit habe Gauck Merkel gezeigt, „wie man aus ‚Wir schaffen das‘ das nötige ‚Wir haben verstanden‘ machen kann, ohne damit gleich Ausländerfeindlichkeit zu fördern“. Allerdings habe Gauck in seiner Rede eine entscheidende Frage nicht gestellt. Denn nach Berthold Kohler geht es nicht um die Parole ‚Wir schaffen das!‘ sondern um die Frage: „Wollt ihr das?“ (Kohler, 05.10.2015)

Dagegen wird die Kritik an den Äußerungen von Horst Seehofer von Albert Schäffer massiv zurückgewiesen. Es sei leicht, sich über ihn zu erheben, aber man müsse die bayrische Situation berücksichtigen. Das Land Bayern nehme viele Flüchtlinge auf und „handelt im Interesse Bayerns“, aber auch im Interesse von Europa, denn Seehofer wolle „wieder geordnete Zustände in der europäischen Flüchtlingspolitik“ herbeiführen. Und das sei zu unterstützen, denn „[a]lles andere wäre verantwortungslos“. (Schäffer, 10.10.2015)

Als der SPD-Vorsitzende Gabriel am 8. Oktober 2015 in der Flüchtlingsdebatte mit den Worten zitiert wird „Wir haben ja keine Zugbrücke, die wir hochziehen können“ (O.A., WELT-ONLINE, 08.10.2015), kommentiert Jasper von Altenbockum die Haltung der SPD. Die SPD setze auf „große Gesellschaftspolitik“ und Integration. Den Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD macht von Altenbockum darin aus, dass für erstere eine „Integrationsleistung der Gesellschaft überhaupt nur möglich ist, wenn der Staat sie nicht überfordert – also klare Grenzen setzt“. Das sei aus Sicht der SPD jedoch nicht ein „Zeichen von Stärke, sondern von Verzagtheit“. Gabriel plädiere dagegen für einen „handlungsfähigen und geachteten Staat“. Die SPD wolle den Staat „nicht als Wächter und Schutzherrn, sondern als gut finanzierten Investor, der gesellschaftspolitische Ziele vorgibt und durchsetzt“. Der starke Staat der SPD habe „vor allem große Hände“. Jasper von Altenbockum bezweifelt, dass die SPD eine Integrationsleistung von Seiten der Flüchtlinge fordere. Er sieht vielmehr, dass Migrant_innen und Flüchtlinge sich dem Staat entziehen könnten. Der Staat leiste viel, aber erwarte wenig von den Geflüchteten. Von Altenbockum sieht in dieser Haltung keine politische Handlungsalternative. Der Staat müsse stärker sein. (von Altenbockum, 13.10.2015)

Dabei ist ihm offenbar das Asylrecht insgesamt ein Dorn im Auge. Die Debatte um eine ‚Obergrenze‘ oder ‚Kontingente‘ sieht er als „Asyl-Dilemma“, da das deutsche Asylrecht zwar keine „Obergrenze“ kenne, aber die EU auch nicht alle

Flüchtlinge aufnehmen könne. Ein Kontingent sei deshalb nur ohne das deutsche Grundrecht auf Asyl sinnvoll. (von Altenbockum, 22.09.2015) Mit dieser Aussage wird durchaus einer Abschaffung des deutschen Asylrechts das Wort geredet.

Im November stabilisiert sich die kritische Haltung gegenüber einer vermeintlich ‚offenen‘ Flüchtlingspolitik in der FAZ. Es wird zwar durchaus betont, „dass es dabei um Menschen geht“, jedoch wird kritisiert, dass die Bundesregierung nicht wisse, „wie viele Flüchtlinge sich zurzeit in Deutschland aufhalten“. Und dieser Umstand sei der Regierung „offenbar egal“. (Müller, 13.11.2015) Dabei sei dies eine Gefahr für „Freiheit und Sicherheit aller hier Lebenden“. (Müller, 14.11.2015)

Nach den Terroranschlägen vom 13. November in Paris verknüpft sich die Debatte um Flucht mit dem Terrorismusdiskurs. In seinem Kommentar „Im Zeichen des Terrors“ betont Manfred Schäfers, die Anschläge hätten gezeigt, wie wichtig „die Kontrolle des Flüchtlingszustroms“ sei, um „das Einsickern weiterer Terroristen zu verhindern“. (Schäfers, 16.11.2015)

Auch Jasper von Altenbockum geht es um den Zusammenhang von Freiheit und Sicherheit. Er glaubt, dass „Sicherheit nicht in Konkurrenz zu Freiheit steht, sondern zu ihrem Schutz unerlässlich ist“. (von Altenbockum, 16.11.2015) Denn, so zitiert der Autor die Einschätzung der Nachrichtendienste „wer gar nicht mehr wisse, wer ins Land komme, der wisse auch nichts mehr über die Bedrohungslage“. „[A]n der Bedrohungslage durch den Flüchtlingsstrom [habe] nicht viel geändert. Wer ein Terrorist sei, habe bessere Schleichwege als die Balkanroute.“ (von Altenbockum, 16.11.2015)

Die Verknüpfung von Terrorismus und Flucht lässt die Forderung nach (mehr) Sicherheit in den Vordergrund treten. Für Reinhard Müller bedeutet dies nicht nur die Stärkung von Polizei im Innern, er zieht auch einen militärischen Einsatz der Bundeswehr in Syrien oder im Irak in Betracht. (Müller, 19.11.2015)

Versorgung und Unterbringung⁴²

Bei der Betrachtung der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten werden vor allem die damit verbundenen organisatorischen Herausforderungen thematisiert. Zum Beispiel zeige die Debatte um die Einrichtung von „Camps“, auf welche Schwierigkeiten die Asyldebatte stoße. (Vgl. von Altenbockum, 20.08.2015.) Besonders die finanzielle Herausforderung wird in den Vordergrund gerückt. (Vgl. Schäfers, 03.08.2015.) Es wird der Kontrollverlust des Staates beschrieben, auch indem horrenden Summen genannt und undurchsichtige Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Institutionen hervorgehoben wer-

⁴² In 23 Artikel war die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge Thema.

den. So stellt sich der Eindruck her, es herrsche absolutes Chaos vor Ort. (Vgl. Schäfers, 03.08.2015.)

Es wird darüber diskutiert, wie Politik und Gesellschaft die Flüchtlinge angemessen unterbringen könne. Neben der Forderung nach mehr finanziellen Mitteln für die Kommunen von Bund und Land und eine schnellere Abschiebung von Asylbewerber_innen vom Balkan (Veser 14.08.2015) werden von der FAZ auch konkrete Vorschläge gemacht. Beispielsweise könnten Bürogebäude umgebaut werden, die gegenüber Zeltstädten eine Alternative darstellten. (Psotta, 11.09.2015) Tendenziell sehen die Autoren der FAZ Deutschland aber im Ausnahmezustand. Deshalb müsse auch die Einrichtung von ‚Lagern‘ in Kauf genommen werden, um eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten. Die negative Konnotation des Lager-Begriffs wird zwar durchaus reflektiert, nicht jedoch der Umstand an sich. Auch kommt es zu dem fatalen Fehlschluss, dass wenn weniger ‚unberechtigte‘ Flüchtlinge kämen, es auch nicht so häufig zu Konflikten in den Unterkünften käme. Eine Trennung nach Ethnie oder Religion sei jedoch für die Integration der Geflüchteten nicht hilfreich. Dennoch sieht Reinhard Müller im Lager das kleinere Übel nach „Krieg, Gewalt und Verfolgung“. Auch hier wird eine Differenzierung zwischen den Geflüchteten vorgenommen: Diskriminierung von Roma sei „ohne Zweifel eine Schande“, aber Deutschland könne „nicht dem gesamten Balkan eine Bleibeperspektive eröffnen“. (Müller, 30.09.2015)

Mitte September wird mit Blick auf die Versorgung der Flüchtlinge die Möglichkeit einer Unterstützung durch die Bundeswehr in Betracht gezogen. So sei die „Bundeswehr in dieser Krisensituation als Nothelfer bisher eine große Enttäuschung“ gewesen. Bei der Oderflut von 2002 war die „Armee der Einheit“ ein Grund für den Stolz der Bürger_innen. Nun aber sei die Bundeswehr nicht da, wenn man sie brauche. (Carstens, 13.09.2015)

Bei der Betrachtung der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten fällt besonders ins Auge, dass stets *über* Geflüchtete gesprochen wird, nie aber ihre Perspektive in die Debatte zur Lösung von möglichen Konfliktpotenzialen wiedergegeben wird.

Integration und Kulturpolitik⁴³

In der Debatte um Integration spielt die Religion eine große Rolle. So wird von einer Studie berichtet, nach der Jugendliche aus dem Kosovo stark religiös geprägt seien, ein Umstand, der von der Integrationsbeauftragten Cemile Giousof (CDU) als „Integrationshemmnis“ betrachtet werde. (Staub und Martens, 10.08.2015) Weiterhin wird aus der Slowakei berichtet, dass diese keine muslimischen Flüchtlinge aufnehmen wolle, da es in der christlich geprägten Slowa-

⁴³ Dieses Thema wird in 19 Artikeln angesprochen.

kei keine Moscheen gebe. (Lohse, 21.08.2015) Auch der Artikel mit dem Titel „Heilige Schrift“ stellt bereits im Lead klar: „In Deutschland steht das Grundgesetz über der Bibel und dem Koran. Das sollten wir den Flüchtlingen von Anfang an klarmachen.“ (Martens, 13.09.2015) Hier wird unterstellt, dass viele Flüchtlinge religiöse Gebote für wichtiger ansähen, als das Grundgesetz. Im Artikel wird dann ausgeführt, dass Religionsfreiheit und Selbstbestimmung der Frau für einen Großteil der Geflüchteten neue Werte seien. Zwar seien „Flüchtlinge [...] weder besser noch schlechter als andere Menschen“ aber: „Die potentiellen Deutschen kommen aus Staaten, die ihre Bürger wie Vieh behandeln. Syrer und Pakistaner etwa wurden in schwachen und dummen Staaten sozialisiert.“ Dagegen sei das heutige Deutschland „de[r]n beste[.] Staat, den wir Deutschen je hatten“. (Martens, 13.09.2015)

Die kulturelle Kluft dürfe nicht klein geredet werden. Ähnlich argumentiert auch Reiner Burger in seinem Kommentar „Helden der Leitkultur“. Er widerspricht Cem Özdemir, der vor einigen Jahren sagte, dass „im Grundgesetz [...] alles drin [stehe], was man brauche für das Zusammenleben“. Denn „schon damals war klar, dass ein reiner Verfassungspatriotismus nicht ausreicht als Rahmen für eine vielfältige, ‚multikulturelle‘ Gesellschaft. [...] Schon damals war klar, dass der demokratische Rechtsstaat sich Respekt verschaffen muss, weil Multikulti sonst nichts anderes ist als Larifari“. (Burger, 01.10.2015) Auch er verweist auf vermeintliche Diskrepanzen bei Auffassungen zu den Geschlechterverhältnissen.

Wenn es um Fragen der Integration geht, verschränkt sich der Fluchtdiskurs in der FAZ also sowohl mit dem Religionsdiskurs wie auch mit dem Geschlechterdiskurs. Die Anschläge in Paris im November haben diese Verschränkung weiter verstärkt. Reinhard Müller stellt in dem Artikel „Keine Absage“ (19.11.2015) eine Analyse der Religionen vor: Die Vorgehensweise der „islamistischen Fanatiker“ offenbare ihren „Todestrieb“. Dem sollten die „eigenen Werte“ entgegen gesetzt werden. Das „christliche Heilsversprechen ist ja wohl nicht schwächer als die irren Vorstellungen jener verblendeten Todesschwadronen“, aber in Europa würde man zu viel Kraft darauf verschwenden,

„diejenigen zu geißeln, welche die christlichen Wurzeln des Kontinents [Europa] betonen. Dabei hat doch dieser Glaube, hat die jüdisch-christliche Tradition viele Millionen Menschen nicht nur in Europa geprägt. Würde des Menschen, Freiheit, gerade auch aller Religionen, Gleichheit, Nächstenliebe – das geht auch in den selbstbezogenen westlichen Gesellschaften allzu oft unter.“ (Müller, 19.11.2015)

Fluchtwege⁴⁴

Die Fluchtrouten werden unter vier verschiedenen Aspekten betrachtet. *Erstens* werden aktuelle Informationen zu Durchreiseländern gegeben, etwa die, dass Mazedonien „[z]ur besseren Kontrolle [...] auch das Militär“ einsetzen müsse. (Lohse, 21.08.2015) *Zweitens* wird der Umgang mit Flüchtlingen in diesen Ländern thematisiert. Norbert Röttgen wird dahingehend zitiert, dass z.B. die Slowakei „keine muslimischen Flüchtlinge aufnehmen [wolle], weil es [...] keine Moscheen gebe und Muslime sich dort nicht wohl fühlten“. (Lohse, 21.08.2015) *Drittens* wird auf die steigenden Zahlen verwiesen und herausgestellt, dass „jeden Tag mehr als 2000 Flüchtlinge illegal die griechisch-mazedonische Grenze überschritten“. (Veser und Stabenow, 08.08.2015) Und *viertens* werden die chaotischen innereuropäischen Zustände angesprochen: Die Länder Europas verstießen gegen geltendes europäisches Recht, indem das Dublin II-Abkommen ausgesetzt wurde; sie kümmerten sich nicht adäquat um die Geflüchteten wenn sie diese lediglich in andere Staaten weiterleiten. Es bleibt Ratlosigkeit. Die chaotischen Zustände auf den Flutrouten werden oft mit Symbolen aus der Natur beschrieben. Damit wird der „enorme[.] Andrang[.]“ verbildlicht und unterstrichen. Es gebe wegen des „verstärkte[n] Druck[s]“ auf die Grenze einen „Ausnahmestand“. (Lohse, 21.08.2015) Die Balkantransitländer seien überfordert. (Frankenberger 28.08.2015) Aufgrund dieser chaotischen Lage werde die Einführung von Grenzkontrollen in der EU diskutiert. (Lohse, 21.08.2015)

Als am 27. August 2015 71 Tote in einem Kühllaster nahe der Österreichischen Grenze gefunden werden, werden diese Klagen aber nicht weitergeführt. Nun wird der Blick vor allem auf die so genannten Schlepper und Schleuser gerichtet. In seinem Kommentar „Gemeinschaftsaufgabe“ betont Klaus-Dieter Frankenberger, dass „[d]ie Dutzende[n] Toten, die in einem Schlepperlaster nahe Wien entdeckt wurden [...] eine beklemmende Mahnung [seien], über Schleuserkriminalität nicht nur zu klagen, sondern diesen Banden das Handwerk zu legen“. (Frankenberger, 28.08.2015) Einen Tag später fordert er angesichts dieser „Tragödien“, dass „[d]iesen Verbrechern [...] das Handwerk gelegt werden [muss]“. (Frankenberger, 29.08.2015) So werden die Schleuser für den Tod der Menschen verantwortlich gemacht und die Gründe dafür übergangen, weshalb sich die Menschen solchen Gefahren aussetzen.

Relativ emotionslos reagiert die FAZ auf Tod des jungen Aylan Kurdi. Frankenberger wirft nur die Frage auf, ob der britische Premierminister Cameron aufgrund eines toten Kindes, das die Öffentlichkeit erschütterte, nun ein paar tausend statt ein paar hundert Flüchtlingen aufnehmen wolle. (Frankenberger, 05.09.2015)

Die Thematisierung der Fluchtwege verändert sich während der drei Monate des Untersuchungszeitraums kaum. Allein „eine konsequente Bekämpfung der

⁴⁴ Die Fluchtrouten sind Thema in 17 Artikeln.

Schlepperbanden“ wird vorgeschlagen, durch die der „Massenzustrom von Flüchtlingen“ kanalisiert werden könne. (Busse, 15.09.2015)

Zusammenfassung und Fazit

Zwischen August und November 2015 haben sich die Akzente im Fluchtdiskurs der FAZ verändert. Während im August die Flüchtlinge zwischen den Polen einer Willkommenskultur und rechtsextremen Anschlägen situiert wurden, wurde zunehmend in einen Krisenmodus umgeschaltet und mehr und mehr eine vermeintlich begrenzte Aufnahmekapazität von Deutschland konstatiert.

Diese inhaltliche Verschiebung war verbunden mit der im Einwanderungsdiskurs anzutreffenden Wir-Die-Dichotomie. Auf der Seite des „Wir“ stehen die Hüter der westlichen Werte, die einer Gruppe von Fremden gegenüber stehen. In den Kommentaren wurden die Fluchtbewegungen als eine manifeste Krise begriffen. Das Sagbarkeitsfeld der FAZ verengte sich stark und Vorstellungen einer Einschränkung oder gar Abschaffung des Asylrechts wurden zur Geltung gebracht.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Thematisierung der Fluchtbewegungen zumeist aus Perspektive der Mehrheitsgesellschaft geschah, die zudem auch als „weiße“ Mehrheitsgesellschaft unterstellt wurde. Die Perspektive der Geflüchteten geriet nur dann in den Blick, wenn auf Fluchtgründe und Kriege in der Herkunftsländern eingegangen wurde. Und auch hier diente dieser ‚Perspektivwechsel‘ eher dazu, Kritik an der Versorgung der Flüchtlinge zurückzuweisen, da diese sich gegenüber der Situation im Herkunftsland noch als das kleinere Übel darstelle.

Die vorliegende Analyse des FAZ-Diskurses zeigt, dass dort eine ambivalente politische Position vertreten wird. Es wurden die in der politischen Debatte aufzufindenden konträren Positionen aufgenommen und diskutiert, die sich allerdings sukzessive der Befürwortung einer immer restriktiveren Asylpolitik annäherten. An diese können rechtspopulistische Positionen anknüpfen.

Der bedrohte Wohlstand. Eine Strukturanalyse der Berichterstattung der SZ im Sommer und Herbst 2015

von Eva Thoms

Das Materialkorpus

Für die Analyse des Fluchtdiskurses in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG im Spätsommer 2015 (August-November) wurden insgesamt 141 Artikel herangezogen. Das Untersuchungsmaterial setzt sich zusammen aus 37 Leitartikeln, die auf der ersten Seite erscheinen und 104 Kommentaren, die in der Regel auf der Meinungsseite 4 veröffentlicht werden.

Bei den Autor_innen der Leitartikel handelt es sich in der Regel um Redakteure der SZ; nur vier Kommentare wurden von externen Autor_innen verfasst.⁴⁵

Dabei haben im untersuchten Materialkorpus die Redakteure Jan Bielicki⁴⁶, Stefan Kornelius⁴⁷ und Heribert Prantl⁴⁸ einen besonders großen Einfluss auf das

⁴⁵ Der Kommentar „Angst in der Mitte - Die öffentliche Reaktion auf die Flüchtlingswelle zeigt, wie sehr die Politik versagt hat“ vom 29.08.15 wurde vom Politikwissenschaftler Herfried Münkler verfasst. Der Kommentar „Neue deutsche Werte - Wir sind verpflichtet, den Flüchtlingen eine gute Heimat zu bieten. Unsere Überzeugungen dürfen wir dafür aber nicht aufgeben“ schrieb am 24.09.15 Charlotte Knobloch, die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Ebenso wurde der Kommentar „Religion im Plural - Deutschland wird muslimischer. Eine indifferente Toleranz führt dabei nicht weiter. Glauben heißt, zu den eigenen Überzeugungen zu stehen und die Überzeugungen anderer zu respektieren“ am 24.10.15 von Prof. Wolfgang Huber, dem ehemaligen Ratsvorsitzenden der evangelischen Kirche in Deutschland publiziert. Schließlich wurde der Kommentar „Deutsche unerwünscht - Ein lehrreicher Blick in die Geschichte: Wie sich viele Amerikaner gegen die Masseneinwanderung von Deutschen in die USA wehrten. Und wie diese sich selbst isolierten“ am 21.11.15 von Mischa Honeck geschrieben, einem Historiker, der in Washington tätig ist. Auffallend ist, dass es sich bei Gastautor_innen um Personen handelt, deren Sprecherposition mit wissenschaftlichen oder ethischen Kompetenzen verbunden wird.

⁴⁶ Jan Bielicki arbeitet seit 2001 bei der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Zuvor war er Parlamentskorrespondent des DEUTSCHEN ALLGEMEINEN SONNTAGSBLATTS, der WOCHE und des STERN in Bonn und Berlin.

Sagbarkeitsfeld des Fluchtdiskurses in der SZ, insofern sie jeweils mindestens zehn Artikel verfasst haben.

Die Themen des Fluchtdiskurses verteilen sich dabei wie folgt:

Die Stimmung in der Bevölkerung 57mal angesprochen.

In 36 Artikeln wird die Asyl- und Migrationspolitik thematisiert.

In 34 Artikeln ist die Auseinandersetzung innerhalb Europas ein Thema.

25 Artikel befassen sich mit der deutschen Integrations- und Kulturpolitik.

Machtpolitische Gesichtspunkte werden in 21 Artikeln angesprochen.

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen wird 16mal angesprochen.

In 13 Artikeln werden die Fluchtwege zum Thema.

12mal werden die Fluchtursachen angesprochen.

Es fällt auf, dass ein großer Teil der Berichterstattung unter der Perspektive vorgenommen wird, welche Auswirkungen die Fluchtbewegungen auf die deutsche Bevölkerung haben (werden) sowie auf die damit zusammenhängenden Fragen der Asyl- und Migrationspolitik. Die Bedingungen, die die Auslöser der Fluchtbewegungen ausmachen, werden demgegenüber eher am Rande thematisiert.

Vor den Ausschreitungen in Heidenau⁴⁹

Vor den gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber Flüchtlingen in Heidenau im August 2015 gestaltete sich der Migrations- und Flucht-Diskurs in der SZ in einem Spannungsfeld zwischen ‚Herausforderung‘ und der Gefahr von ‚Überforderung‘ durch die mit den Flüchtlingen verbundenen Notwendigkeiten.

Mitte August wird etwa das Ausmaß der Flüchtlingszahlen geschildert:

⁴⁷ Stefan Kornelius arbeitet seit 1998 für die SZ. Seit 2000 leitet er das außenpolitische Ressort der Zeitung.

⁴⁸Heribert Prantl ist Jurist, Journalist und Buchautor. Seit 2011 ist er Mitglied der Chefredaktion der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG und leitet das Ressort für Innenpolitik.

⁴⁹Im Folgenden wird das Sagbarkeitsfeld des SZ-Diskurses chronologisch anhand von (z.T. diskursiven) Ereignissen herausgearbeitet. Dabei werden thematischen Verschränkungen mit weiteren Diskursen besonders betrachtet, mit denen das Sagbarkeitsfeld des Fluchtdiskurses ausgeweitet oder eingeschränkt wird.

„In Deutschland werden in diesem Jahr voraussichtlich so viele Menschen Asyl beantragen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. [...] Allein im Juli kamen fast 80 000 Asylsuchende ins Land – vor allem aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak und Afghanistan. Flüchtlinge aus diesen Staaten erreichen derzeit in Rekordzahlen Europa. [...] Der größte Teil von ihnen kommt derzeit über die sogenannte Balkanroute nach Europa. [...] 80 Prozent von ihnen waren Syrer. [...] Die meisten dieser Flüchtlinge versuchen, via Mazedonien, Serbien und Ungarn nach Mitteleuropa zu gelangen.“ (Bielicki, 19.08.15)

Der Verweis darauf, dass in Deutschland noch nie so viele Menschen Asyl beantragt haben, verschränkt den Asyldiskurs mit der deutschen Geschichte und ruft die Fluchtbewegungen z.B. nach dem zweiten Weltkrieg, aber auch in den 1990er Jahren auf. Durch diese Anspielung auf die deutsche Geschichte und die Betonung der Flüchtlingszahlen kann sowohl ein Szenario von Überforderung nahegelegt werden, wie auch, dass die Situation heute wie damals bewältigt werden kann.

Ähnlich ambivalent spricht sich Cathrin Kahlweit für „Offenheit, Toleranz und Solidarität“ aus, die man von Muslimen lernen könne. In einem Kommentar vom 21.8.2015 kritisiert sie mit Blick auf die ungarischen Verhältnisse diejenigen, die in Bezug auf Flüchtlinge fordern:

„Keine Muslime, sondern nur Christen. Keine Männer, sondern lieber Familien. Keine Wirtschaftsflüchtlinge, sondern nur ‚echte‘ Asylbewerber.“ (Kahlweit, 21.08.15)

Damit prangert sie einerseits auch in Deutschland vorhandenen Rassismus an, andererseits geht auch sie indirekt davon aus, dass es Gruppen von Flüchtlingen gibt, die nicht oder nur sehr schwer zu integrieren seien: „männlich, muslimisch und ohne Schulabschluss“. Und auch sie macht einen Unterschied zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen, was in der Konsequenz bedeutet, dass manche Flüchtlinge keinen Anspruch auf Asyl hätten.

Dagegen betont Anne Kostrzewa, dass alle Flüchtenden Anspruch auf eine würdige Aufnahme haben, da das

„Grundgesetz jedem Menschen den Schutz seiner Würde und Persönlichkeit zu[sichert] [...]. Wenn Politiker Schutz bekommen, muss er auch für Menschen gelten, die hierzulande Sicherheit und Frieden suchen.“ (Kostrzewa, 01.08.15)

Sie stellt klar, dass die Menschenwürde für alle gilt und Flüchtlinge aus menschenrechtlicher Perspektive somit mit Einheimischen gleichgestellt seien. Hier verschränkt sich der Fluchtdiskurs mit dem Menschenrechtsdiskurs und es wird eine Reichweite der Menschenrechte angezielt, die unabhängig von konkreten sozio-kulturellen Kontexten gelte.

Diese Perspektive wird von Marc Beise unterstützt. Er fordert, dass die deutsche Wirtschaft eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und bessere Regeln der Zuwanderung schaffen solle. Die Unternehmen seien an den Flüchtlingen als Arbeitskräfte interessiert. (Beise, 01.08.15) Er kritisiert die gegenwärtige Asylpolitik, die Flüchtlingen den Eintritt in den deutschen Arbeitsmarkt verwehre

und damit auch ihre Integration erschwere. Diese Verschränkung mit dem ökonomischen Diskurs lässt die Sichtweise zu, dass Flüchtlinge als potentielle Arbeitskräfte angesehen werden, die die deutsche Wirtschaft unterstützen und ihr nützen könnten. Auch hier zeigt sich das Spannungsfeld zwischen einer humanen Flüchtlingspolitik und dem Nutzen, den diese für die deutsche Wirtschaft erbringen sollte.

Darüber hinaus wird in der SZ sehr positiv über die deutsche Zivilgesellschaft berichtet, die hilfsbereit sei, zahlreiche Flüchtlinge unterstütze und diese willkommen heiße. (Vgl. Bovensiepen, 03.09.15.)

Diesen Aussagen zu Fluchtursachen, Fluchtwegen, Asylpolitik und zivilgesellschaftlicher Willkommenskultur, die sich teilweise mit dem Ökonomiediskurs und dem der Menschenrechte verkoppeln, stehen jedoch auch Aussagen gegenüber, mit denen der Diskurs dramatisch aufgeladen wird.

Joachim Käppner etwa berichtet, dass eine Aufstockung des Budgets für Flüchtlinge und eine Beschlagnahme von Kulturzentren zur Unterbringung von Flüchtlingen notwendig sei, da die deutsche Verwaltung überfordert sei. Weiter schreibt er: „Die Polizei gerät an ihre Grenze. Soll man die Bundeswehr rufen?“ (Käppner, 03.08.15)

Damit wird einerseits auf eine unzureichende Unterbringung und finanzielle Versorgung von Flüchtlingen hingewiesen. Andererseits wird durch die Verschränkung mit dem Sicherheitsdiskurs ein Ausnahmezustand prophezeit, der durch die Flüchtlinge ausgelöst werde. Auch Verschränkungen mit dem Europadiskurs und der extremen Rechten lösen ähnliche alarmierende Effekte aus:

„Europa muss helfen, ohne einen Exodus auszulösen. [...]. Eine moderne Einwanderungspolitik kann mehr legale, gefahrlose Möglichkeiten schaffen, nach Europa zu kommen. Die Überwachung des Mittelmeers muss weiter verbessert werden. [...]. Schon jetzt steigt die Gefahr, dass sich viele Bürger überfordert fühlen und extremistische Parteien wählen, die sogar an die Macht kommen könnten.“ (Ulrich, 07.08.15)

Stefan Ulrich fordert hier einerseits mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten auch für Flüchtlinge. Andererseits wird die derzeitige Situation auch als Bedrohung angesehen, gar die Möglichkeit eines „Exodus“ in den Raum gestellt und stärkere Kontrollen an Europas Grenzen gefordert. Der Hinweis auf die Überforderung und die Stärkung extremistischer Parteien unterstellt, dass Migration und Rassismus in einem Kausalzusammenhang stünden.

Es ist deshalb zu fragen, wie vor diesem Hintergrund die rassistischen Ausschreitungen von Heidenau den SZ-Diskurs verändern.

Nach den Ausschreitungen in Heidenau

Die rassistischen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, die vom 21. Bis 23.08.15 in Heidenau stattfanden, wurden in der SZ als „rechtsextremistische Ausschreitungen“ beschrieben. Christoph Hickmann zitiert in seinem Leitartikel am 24.08.15 die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi: Es sei

„traurig, dass es immer wieder Einzelne gibt, die Hass und Gewalt gegen Fremde schüren wollen. [...]. Man müsse deutlich machen, dass es in Deutschland ‚null Toleranz gegenüber Ausländerfeindlichkeit und Gewalt‘ gebe, sagte Fahimi angesichts der jüngsten Vorfälle.“ (Hickmann, 24.08.15)

Hickmann teilt hier offenbar die Position von Fahimi und will Rassismus und Gewalt in Deutschland nicht dulden. Auch Nico Fried verurteilt die Ausschreitungen und den damit verbundenen Rassismus. „Es gibt keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen infrage stellen“, so zitiert er Angela Merkel. (Fried, 27.08.15) Flüchtlinge hätten die gleiche Menschenwürde, wie jeder andere Bürger und jede Bürgerin auch, so Fried. Es wird zwar hervorgehoben, dass Demonstrationen der NPD der Ausgangspunkt der Ausschreitungen gewesen seien, doch für diese seien dann aber Einzeltäter verantwortlich. Auf diese Weise kann der sich dadurch artikulierende Rassismus als ein Randproblem gedeutet werden.

In einem gemeinsamen Artikel kritisieren Cerstin Gammel, Nico Fried und Cathrin Kahlweit die Ausschreitungen in Heidenau und zitieren Angela Merkel mit den Worten, dass „Bürger, sogar Familien mit Kindern, durch ihr Mitlaufen diesen Spuk unterstützen“ würden. (Gammel / Fried / Kahlweit, 25.08.15) Allerdings halten sie den zunehmenden Rassismus gegenüber Flüchtlingen in Deutschland nur für eine Phase, die auch wieder enden werde. Auch durch solche Einschätzungen findet eine Verharmlosung dieser Gewalttaten statt.

Einer Verschärfung des deutschen Asylrechts wird Verständnis entgegengebracht. Nico Fried betont, dass die

„finanziellen Leistungen für Asylbewerber eingeschränkt und die Aufenthaltsbestimmungen verändert werden, um die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen.“

Damit sollen, so der Autor, Bargeldzahlungen durch Sachleistungen ersetzt werden, um einen wesentlichen Pull-Faktor, „also ein besonderer Anreiz für Asylbewerber, nach Deutschland zu kommen“, zu stoppen.

„Zudem sollen Abschiebungen nur noch um drei, statt wie bisher um sechs Monate ausgesetzt werden können und dies auch nur im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium.“ (Fried, 27.08.15)

Kürzungen finanzieller Leistungen, Beschleunigung der Anerkennungsverfahren und schnellere Abschiebungen der Flüchtlinge werden von ihm als geeignete Maßnahmen beschrieben, mit denen die Flüchtlingszahlen begrenzt werden

könnten. Damit folgt er jedoch einer Logik, nach der eine Verschärfung des Asylrechts notwendig sei, weil die Anzahl der Flüchtlinge die deutsche Bevölkerung und ihre Regierung überfordern würden. Diese Überforderung führe bei den Bürger_innen dazu, dass sie ihre Wut darüber in Gewalt ausdrücken. In dieser Perspektive werden die Flüchtlinge zu den Verursachern der Ausschreitungen. Auch hier wird ein Kausalzusammenhang zwischen der Anwesenheit von Flüchtlingen und Rassismus unterstellt.

Dieser Sichtweise widerspricht Heribert Prantl sehr deutlich. Er kritisiert die „Unzivilgesellschaft [...] als bösartig und kriminell“ und fordert das Verbot von Anti-Flüchtlings-Demos vor Flüchtlingsheimen. (Prantl, 25.08.15)

Die Ausschreitungen von Heidenau werden in der SZ somit eindeutig verurteilt und ihr rassistischer Gehalt wird betont. Allerdings wird das Problem weitgehend als ein Problem Einzelner bewertet, das nicht die ‚Mitte‘ der Gesellschaft erfasst habe. Die Argumentation der Regierung wird übernommen, dass die Fluchtbewegungen auf europäischer Ebene bewältigt werden müssen. Vor diesem Hintergrund wird die Verschärfung des Asylrechts zwar nicht gefeiert, aber als verständlich angesehen. Implizit wird davon ausgegangen, dass es einen Kausalzusammenhang zwischen der Anwesenheit von Flüchtlingen und dem Entstehen von Rassismus gibt.

Die Aussetzung Dublin-Abkommen

In der SZ wird die Aussetzung des Dublin-Abkommens für syrische Flüchtlinge vom 25.08.15 kritisiert und stattdessen ein europäischer Verteilungsschlüssel der Flüchtlinge gefordert. Stefan Kornelius kritisiert: „Die sehr engagierte deutsche Öffentlichkeit wird durch dieses Problem zerrissen.“ Weiter fragt er, wann die „Aufnahmebereitschaft“ von Flüchtlingen in Deutschland erschöpft sein wird. (Kornelius, 25.08.15) Die „Großzügigkeit“ Deutschlands, so Kornelius, steche zwar „hervor aus der Gemeinschaft der Europäer“, trage aber dadurch auch „zum Ungleichgewicht in der Flüchtlingspolitik bei“. Kleinere Staaten würden sich so überfordert fühlen.

Die Kritik an der Aussetzung wird durch eine Verschränkung mit dem Sozialdiskurs verschärft. Die Pläne des Finanzministers, das durch unerwartet hohe Steuereinnahmen freigewordene Geld, das für eine Erhöhung des Betreuungsgeldes vorgesehen war, nun für Flüchtlinge zu verwenden, sei „keine gute Idee“ – meint Constanze von Bullion. Wenn dies geschähe, dann leite der Bund „Geld, das einheimischen Kindern zugedacht war, [an] Asylbewerbern weiter“. Dann „werden Fremdenfeinde [...] hetzen. Den Gefallen sollte man ihnen nicht tun“. (von Bullion, 25.08.15) Stattdessen müsse mit den Haushaltsüberschüssen das marode deutsche Betreuungs- und Bildungssystem verbessert werden. Constanze von Bullion bringt hier deutsche Kinder in eine Konkurrenz zu Flüchtlin-

gen. Erstere könnten um ihre Chancen beraubt werden. Damit bedient sie jedoch genau die „Fremdenfeinde“, von denen sie sich zuvor distanzierte.

71 Tote in einem Kühllaster

Nachdem am 27.8.2015 71 Tote in Österreich in einem Kühllaster aufgefunden werden, richtet die Berichterstattung der SZ – vermittelt über die Kommentare europäischer Politiker_innen – ihr Augenmerk auf das Schlepperwesen. Die Politik macht Schlepper für den Tod der Flüchtlinge verantwortlich. Zitiert wird der österreichische Bundeskanzler mit den Worten: „[...] die Nachricht aus dem Burgenland ,zeigt einmal mehr, wie notwendig es ist, Menschenleben zu retten, indem das Schlepperwesen bekämpft wird und wir die Verantwortung für Asyl-suchende übernehmen.“ (Pantel, 28.08.15)

Wie diese Verantwortung wahrgenommen werden soll, wird ein paar Sätze später dargelegt. Es gehe um die „Frage nach sicheren Zugangswegen nach Europa“. Es wird eine Äußerung von Angela Merkel wiedergegeben: „Bis Ende des Jahres solle es möglich werden, ‚Hot Spots‘ zur Flüchtlingsregistrierung an den EU-Außengrenzen zu errichten.“ (Pantel, 28.08.15) Dort solle die Schutzbedürftigkeit von Menschen geprüft werden.

Wenn hier die Frage nach ‚sicheren Zugangswegen‘ aufgeworfen wird, die durch Hot Spots eingerichtet werden sollen, so geht darin das Implikat ein, dass die Politik bislang zu wenig gegen die Aktivitäten der Schleuser getan habe, die somit als für die Katastrophe verantwortlich gelten.

In seinem Kommentar „Ein zu lukratives Geschäft“ bezweifelt Florian Hassel jedoch, dass gegen Schlepper erfolgreich vorgegangen werden kann, weil die „Gewinnspannen beim Menschenschmuggel [...] so gigantisch [sind,] wie sonst nur im Drogenhandel“. Und er konstatiert:

„Wer Schleppern wirklich das Handwerk legen wollte, müsste ihnen die Geschäftsgrundlage entziehen, also die Grenzen Europas für Flüchtlinge öffnen. Dazu sind europäische Politik aus naheliegenden Gründen nicht bereit.“ (Hassel, 28.08.15)

Gleichzeitig hält er es aber auch für richtig, dass zwischen den Flüchtlingen differenziert wird.

„Genauso richtig ist es allerdings auch, diejenigen, die einen berechtigten Anspruch auf Asyl haben, von denjenigen zu trennen, die lediglich wegen der Armut und der Rückständigkeit in ihrer Heimat auswandern.“ (Hassel, 28.08.15)

Mit letzteren spielt er auf die sogenannten Balkanflüchtlinge an, die eben nicht vor Armut fliehen würden, sondern „auswandern“. Immerhin nimmt er das „rei-

che Westeuropa“ dabei auch in die Pflicht, wenn er darauf hinweist, dass „der Balkan für westliche Firmen vor allem ein Niedriglohngebiet“ sei. Dennoch spricht er diesen Flüchtlingen einen „berechtigten Anspruch auf Asyl“ ab.

Erneut wird der Fluchtdiskurs mit der Ökonomie verknüpft. Ulrich Schäfer beleuchtet in seinem Kommentar „Bündnis für Flüchtlinge“ die finanzielle Situation Deutschlands:

„Deutschland geht es verdammt gut: Die Wirtschaft brummt, während anderswo schon Krise ist [...]. Deutschland geht es gut, und daran wird sich nichts ändern, auch wenn jetzt Hunderttausende von Flüchtlingen ins Land kommen: aus Ländern, in denen der Krieg tobt, aus Gegenden, in denen Menschen andere Menschen meucheln [...]. Wer arbeitet wird schneller integriert [...]. Unternehmen funktionieren besser, [...] wenn ihre Belegschaft möglichst vielfältig ist [...]. Deutschland ist [...] nun mal ein Einwanderungsland.“ (Schäfer, 28.08.15)

Ulrich Schäfer betont zwar, dass die Flüchtlinge aus verständlichen Gründen aus ihren Heimatländern fliehen. Sein Hauptaugenmerk richtet sich jedoch auf den Nutzen, den diese Menschen für Deutschland darstellen. Migration unterstütze die Funktionsfähigkeit deutscher Unternehmen, insbesondere dann, „wenn ihre Belegschaft möglichst vielfältig ist“. Eine solche Verschränkung mit dem Ökonomiediskurs führt zwar durchaus zu einer (wirtschaftlichen) Akzeptanz der Flüchtlinge, die allerdings an ihren Nutzen gebunden ist und nicht an die Schutzbedürftigkeit der Menschen.

Immer wieder wird die Gefahr einer Überforderung der deutschen Bevölkerung thematisiert. So auch von Herfried Münkler. Seine Analyse und Prognose lautet:

„Sich politisch und sozial in der Mitte zu verorten heißt, mit dem Stand der Dinge weitgehend zufrieden zu sein und vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken. Es hat den Anschein, als gehen diese ruhigen Zeiten in Deutschland zu Ende [...]. Ursache ist der Einbruch der Angst: Angst vor den Flüchtlingen, vor dem Fremden überhaupt. [...]. Angesichts der Zahl der Flüchtlinge, die seit einigen Monaten nach Deutschland und Europa kommen, lässt sich inzwischen eine Spaltung der Mitte beobachten: in jene, die in Angststarre verfallen sind und dies durch Herausschreien [...] von Hassparolen zum Ausdruck bringen, und diejenigen, die als freiwillige Helfer sich an die Bearbeitung des Problems gemacht haben.“ (Münkler, 29.08.15)

Herfried Münkler sieht die politische Mitte in Deutschland durch die Anzahl der Geflüchteten auseinanderbrechen. Hassparolen stehen einem zivilgesellschaftlichen Engagement gegenüber. Damit vertritt er die Sicht, die rassistische Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte seien „Pöbeleien und Krawalle“ von Neonazis und eingeschüchternen Bürgern und er stellt erneut einen Zusammenhang zwischen Migration/Asyl und dem Entstehen von Rassismus her.

Die Sommerpressekonferenz der Kanzlerin

Auf ihrer Pressekonferenz am 31.8.2015 formulierte Angela Merkel ihren danach mehrfach wiederholten und zitierten Satz: „Deutschland ist ein starkes Land, wir haben schon so vieles geschafft, wir schaffen das.“ In der SZ wird das wie folgt kommentiert:

„Tatsache aber ist, dass die Bundeskanzlerin mit ihrer Wir-schaffen-das-und-müssen-zusammenhalten-Rede am Montag ein Signal ausgesendet hat, das von vielen Flüchtlingen als großes Hoffnungszeichen interpretiert wurde [...]. Deutschland steht einsam und verlassen da mit seiner Flüchtlingspolitik; es gibt nicht ein Land, das annähernd die gleiche Hilfsbereitschaft mobilisiert.“ (Kornelius, 04.09.15)

Stefan Kornelius begrüßt Merkels Humanität und ihren Anspruch, dass in der Flüchtlingsfrage die Menschenrechte gewahrt werden müssen, auch ihre strikte Ablehnung von Gewalt und Rassismus und ihre vermeintlich progressive Flüchtlingspolitik findet seinen Zuspruch. Dennoch sieht er, dass diese Flüchtlingspolitik Deutschland zu einem Magnet für Flüchtlinge mache und weist damit indirekt der Asylpolitik von Angela Merkel die Verantwortung dafür zu, dass die Flüchtlingszahlen weiter ansteigen. Auch Stefan Braun und Cathrin Kahlweit betonen Merkels Abgrenzung gegenüber extrem rechten Demonstrationen. Angela Merkel sage:

„Der Schutz der Menschenwürde gelte für jeden. [...] An jene, die bei rechten Demonstrationen mitliefen, richtete sie den Appell: ‚Folgen Sie denen nicht. Zu oft sind Vorurteile, zu oft ist Kälte, ja sogar Hass in deren Herzen. Halten Sie Abstand!‘“ (Braun / Kahlweit, 01.09.15)

Insgesamt wird die Sommerpressekonferenz von der SZ als Ausdruck von Humanität und Emotionalität gewertet und der Fluchtdiskurs um diese Komponenten gestärkt.

Das tote Flüchtlingskind Ailan Kurdi

Als der dreijährige Ailan Kurdi am 2.9.2015 an der türkischen Küste tot aufgefunden wurde, wurde in der SZ vor allem der Umgang mit den Bildern des toten Kindes als Problem aufgeworfen. Adrian Kreye beschreibt dieses Ereignis:

„Der Kinderschutzinstinkt ist für jede Spezies dieses Planeten eines der wichtigsten Überlebensmechanismen. Man muss nicht einmal selbst Kinder haben, um erschüttert zu sein [...]. Eines aber machen solche Bilder unmöglich - bequemes Verdrängen und rechtspopulistische Hetze. Die Süddeutsche Zeitung hat

das Bild des toten Jungen nicht gezeigt. Das mag ihr, wie in einem früheren Fall, den Vorwurf der Feigheit vor Emotionen einbringen. Andere nennen es Respekt." (Kreye, 04.09.15)

An einer weiteren emotionalen Aufladung der Debatte will sich die SZ nicht beteiligen. Der Tod des Flüchtlingskindes wird aber noch in einen anderen Zusammenhang gestellt, indem er mit dem Globalisierungsdiskurs verschränkt wird. Cathrin Gammelin kritisiert in diesem Zusammenhang die Themenschwerpunkte des gleichzeitig stattfindenden G-20-Gipfels in Ankara:

„Am Vortag des Gipfels wird ein totes Flüchtlingskind an der türkischen Küste angeschwemmt, Hunderttausende Flüchtlinge sind in der Türkei aufgenommen worden oder weitergezogen, sie kommen aus Afghanistan, dem nahen und mittleren Osten, aus Afrika. Die Flüchtlinge machen die unbewältigten Probleme der Globalisierung sichtbar, welche die G 20 angeblich lösen will. In Ankara hat die globale Finanz- und Wirtschaftselite die Flüchtlinge arrogant ignoriert. Wer so auftritt, riskiert, jede Glaubwürdigkeit zu verlieren. Es wäre schade um die G 20.“ (Gammelin, 07.09.15)

Hier wird darauf hingewiesen, dass die Globalisierung Fluchtbewegungen auslöse und es werden politische Lösungen von den G20-Staaten, die an über 80% des Welthandels beteiligt sind, eingefordert.

Die Aufhebung Dublin-Abkommen

Die Aussetzung des Dublin Abkommens vom 4.9.2015 wird in der SZ eher am Rande angesprochen. In Verbindung mit der Berichterstattung über einen gemeinsamen Brief von Angela Merkel und François Hollande, in dem diese sich für eine europäische Asylpolitik stark machen und eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa fordern, ist zu lesen:

„Syrische Kriegsflüchtlinge sollten bis auf Weiteres nicht mehr in die Erstaufnahmestaaten zurückgeschickt werden. Hintergrund: Man wollte in der angespannten Lage keine Kräfte unnötig mit aufwendigen Verfahren binden. Die Praxis war nicht neu. Doch ihre Veröffentlichung wurde zu einer politischen Botschaft, die um die Welt ging – und von vielen Syrern als Einladung verstanden wurde.“ (Braun / Fried, 05.09.15)

Auch zuvor klang im Artikel bereits Kritik am Vorgehen der deutschen Bundeskanzlerin an, wenn davon die Rede war, dass es Angela Merkel

„zunächst [...] darum [gehe], die Flüchtlingspolitik der EU wieder in geordnete Bahnen zu lenken – und ein Chaos zu beseitigen, an dessen Entstehen auch die Bundesregierung beteiligt war.“

Verstärkt wird diese Lesart durch den Abdruck eines Fotos, das eine Menschenmenge in Budapest zeigt, aus der sich ein junger Mann abhebt. Er hält ein übergroßes Foto von Angela Merkel hoch. In der Bildunterschrift heißt es:

„Hunderte Flüchtlinge setzten sich in Budapest in Marsch, um Ungarns Grenze zu Fuß zu erreichen. Ihr Ziel: das Land, wo Angela Merkel regiert.“

Auch der Hinweis, dass „bereits etwa 300 Flüchtlinge aus einem Erstaufnahmelager im Süden Ungarns geflohen“ seien und sich „in Bicske, 40 Kilometer von Budapest entfernt, etwa 500 Flüchtlinge in einem Zug verschanzt“ haben, verdeutlicht, dass das von der Bundesregierung mit zu verantwortende ‚Chaos‘ noch nicht beseitigt sei.

In Zusammenhang mit der Grenzöffnung zitiert die SZ aber auch ausführlich die Äußerungen von Angela Merkel, mit denen sie ihren Kritiker_innen entgegnete:

„Es sei nach den Krawallen vor dem Erstaufnahmelager im sächsischen Heidenau auch darum gegangen, ‚ein bestimmtes deutsches Gesicht‘ zu zeigen. ‚Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn wir jetzt anfangen müssen, uns zu entschuldigen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.‘

Die Kanzlerin bekräftigte ihre optimistische Einstellung. ‚Ich sage wieder und wieder: Wir können es schaffen, und wir schaffen das.‘“ (Fried, 16.09.15)

Zu diesem Zeitpunkt hatte Horst Seehofer bereits scharfe Kritik an der Grenzöffnung geübt und diesen Schritt als einen Fehler bezeichnet, „der uns noch lange beschäftigen wird“. (Fried, 16.09.15) Unterschwellig kritisieren auch Jan Bielicki und Nico Fried Merkmals Entscheidung, wenn sie den Kritiker_innen in ihrem Artikel mehrfach eine Stimme geben, während Angela Merkel nur mit dem Satz zitiert wird, dass das Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kenne. Fried und Bielicki konstatieren demgegenüber:

„An den Flüchtlingszahlen entzündet sich auch eine Debatte über die Belastbarkeit von Staat und Gesellschaft. Der frühere Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nannte es ‚eine beispiellose politische Fehlleistung‘, aus Ungarn kommende Flüchtlinge unkontrolliert ins Land zu lassen. Das werde ‚verheerende Spätfolgen‘ haben. ‚Wir haben die Kontrolle verloren‘, sagte Friedrich der Passauer Neuen Presse.“ (Fried / Bielicki, 12.09.15)

Die grafische Gestaltung des Artikels ruft dabei Assoziationen zu militärischen Interventionen auf, in dem eine Landkarte von Europa gezeigt wird, in der mit Pfeilen die Routen der Flüchtlinge markiert sind. Und im Text heißt es dann weiter:

„In Südosteuropa sind weiter Tausende Menschen auf dem Weg nach Norden. Allein in Serbien waren es nach Schätzungen des Flüchtlingswerks UNHCR am Freitag etwa 12.000. Seit Jahresbeginn seien eine Viertelmillion Flüchtlinge auf der Balkanroute Richtung Mitteleuropa gezogen.“

Hier wird ein Szenario entwickelt, dass die Antwort auf die eingangs formulierte Frage: „Ist Deutschland überfordert?“ implizit mit Ja beantwortet.

Dieses Szenario schließt an in der SZ gleichfalls artikulierte Befürchtungen an, dass aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen, „für den Lebensunterhalt von Flüchtlingen und deren Integration am Arbeitsmarkt 1,8 bis 3,3 Milliarden Euro zusätzlich nötig sein“ werden und auch die Zahl der „Berechtigte[n] von Hartz-IV-Leistungen“ könnte bis 2019 auf eine Millionen steigen. (Bielicki, 02.09.15) Um diese zusätzlichen finanziellen Kosten für Flüchtlinge aufbringen zu können, müsse vermutlich die gesetzlich verankerte Schuldenbremse gelockert werden. (Fried / Bielicki, 12.09.15)

Damit ist klar: Flüchtlinge bereichern keineswegs den Arbeitsmarkt, sondern belasten den deutschen Haushalt und den Sozialstaat. Durch die Verschränkung mit dem ökonomischen und sozialen Diskurs erweitert sich der Fluchtdiskurs um die Aussage: Migration führt zur weiteren Verschuldung und belastet damit die deutsche Bevölkerung.

Allerdings wird in der SZ das Aussetzen des Dublin-Abkommens auch anders bewertet, in dem erneut eine Verschränkung des Fluchtdiskurses mit der deutschen Geschichte vorgenommen wird. Dadurch werden die bedrohlichen Szenarien abgeschwächt:

„In der Tat erinnern die Zahlen an die großen Einwanderungswellen, die Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigt hat. Das waren nicht nur die zwölf Millionen Vertriebenen, die bis 1950 im geteilten Nachkriegsdeutschland Zuflucht fanden. So zogen allein zwischen 1969 und 1973 mehr als zwei Millionen Gastarbeiter hierher, um zu bleiben. Und auch nach dem Fall der Mauer 1989 kamen Millionen, zumeist Spätaussiedler und Flüchtlinge aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg.“ (Bielicki / Braun, 07.09.15)

Angesichts der Tatsache, dass alle diese Menschen in Deutschland ein zu Hause gefunden haben und – nebenbei gesagt – den ökonomischen Wohlstand Deutschlands produziert haben, sind solche Hinweise dazu geeignet, die Dramatik der Situation zu entschärfen. Auch wenn dabei ausgeblendet wird, dass die Zuwanderung immer auch mit rassistischen Vorbehalten seitens der Bevölkerung verbunden war und dass es in den 1990er Jahren sogar zu ähnlichen Ausschreitungen kam, wie Deutschland sie heute wieder erlebt.

Alles in allem führt die Bewertung der Aussetzung des Dublin-Abkommens in der SZ dazu, dass die Flüchtlinge für ein mögliches finanzielles Chaos und eine daraus möglicherweise folgende gesellschaftliche und politische Zerrüttung Deutschlands verantwortlich gemacht werden. Die deutsche Ordnung sei durch sie bedroht und rufe bundesweite Angstzustände hervor: „Wir“ haben die Kontrolle verloren.

Die Wiedereinführung Grenzkontrollen

Zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen und der damit verbundenen Aussetzung des Schengener Abkommens am 13.09.15 äußert sich Stefan Kornelius zustimmend:

„Nein, Deutschland konnte nicht offen für alle sein, weil die schiere Zahl der Flüchtenden das Land nicht finanziell aber wohl gesellschaftlich überfordert hätte [...] Europa ist in den vergangenen Wochen in eine gefährliche Schieflage gekommen. Die Spannungen etwa zwischen Ungarn und seinen Nachbarn oder zwischen Dänemark und Deutschland gefährdeten Freizügigkeit und damit den Rechtsraum.“ (Kornelius, 14.09.15)

Erneut wird veranschaulicht, dass Migration zu einer gesellschaftlichen Überforderung führe und damit ein Szenario der Bedrohung der EU durch Flüchtlinge entwickelt. Daniela Kuhr ergänzt die Berichterstattung über die wieder eingeführten Grenzkontrollen:

„Man muss die CSU nicht mögen, aber Tatsache ist: In der Flüchtlingspolitik treibt sie derzeit alle anderen Parteien vor sich her. Die Rolle mag unsympathisch erscheinen, doch Parteichef Horst Seehofer steht seit Sonntag als politischer Sieger da [...]. Man kommt daher schwerlich umhin, festzustellen: Während die anderen Parteien noch hin- und hergerissen waren zwischen dem Wunsch, sich weltoffen und herzlich zu zeigen, gleichzeitig aber das wachsende Chaos in Erstaufnahmezentren und Kommunen einzudämmen, war die CSU die Partei, die handelte.“ (Kuhr, 15.09.15)

Hier wird ein machtpolitischer Kampf zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer unterstellt und dabei die Flüchtlingspolitik der CSU favorisiert. Sie sei die richtige Antwort auf die steigenden Flüchtlingszahlen.

Damit deutet sich auch eine Verschiebung des Fokus der SZ an: Der Fluchtdiskurs wird fortan auch unter dem Gesichtspunkt eines machtpolitischen Kampfes der deutschen Bundestagsparteien, insbesondere zwischen CDU und CSU, wahrgenommen. Seehofer und Merkel werden dabei als Symbole für eine gesplante Stimmung in der Bevölkerung und in der Politik angesehen: progressive Asylpolitik, Humanität und Menschenrechte vs. restriktive Asylpolitik und Verschärfung der Asylgesetze gegenüber Flüchtlingen.

Es ist allein Heribert Prantl, der dazu in der SZ einen Gegenpart einnimmt. Er zitiert die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl: „Zehntausende Flüchtlinge würden ‚in die Obdachlosigkeit geschickt‘, auch solche, die von der Bevölkerung mit Hilfsgütern empfangen wurden.“ (Prantl, 18.09.15) Eindeutig spricht er sich gegen eine Verschärfung der Asylgesetze und gegen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen aus. Menschenrechte müssten weiterhin für alle Menschen gelten, so Prantl.

Die Schließung der ungarischen Grenze

Die Krawalle an Ungarns Grenzen am 17.9.2015, die mit der Schließung der ungarischen Grenze zusammenhängen, werden von der SZ lediglich indirekt als Thema aufgegriffen. So kritisiert Daniel Brössler die fehlende Solidarität Ungarns. Er schreibt:

„Die unter dem Druck heimischer Populisten stehenden Regierungen Mittelosteuropas werden sich auf nichts einlassen, was nach Niederlage aussieht [...]. Die Angst ist also eine doppelte: vor dem Fremden und vor einer EU, die sich zur Fremdherrschaft auswachsen könnte [...]. Das zeigt, wie beängstigend tief das europäische Problem reicht, das sich in der Flüchtlingskrise auftut.“ (Brössler, 17.09.15)

Es wird ein Zusammenhang zwischen dem Erstarren rechtspopulistischer Bestrebungen in Mittel- und Osteuropa und der aktuellen Fluchtbewegung hergestellt. Dies führe dazu, dass in diesen Ländern die nationalstaatliche Souveränität betont werde, was wiederum den europäischen Gedanken in Frage stelle. Durch die Verschränkung mit dem Europadiskurs wird die europäische Außenpolitik insgesamt als gescheitert wahrgenommen, was durch die Fluchtbewegungen sichtbar werde.

Das Asylpaket 1

Am 29.9.15 wird das Asylpaket 1 vom Bundeskabinett beschlossen. Es sieht Einschränkungen vor. So sollen Asylbewerber bis zu sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben dürfen. Während dieser Zeit dürfen sie nicht arbeiten. Zudem sollen vermehrt Sachleistungen ausgegeben werden – eine Regelung, von der einige Bundesländer ankündigten, dass sie davon keinen Gebrauch machen werden. Albanien, Kosovo und Montenegro werden als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft. Das bedeutet, dass Abschiebungen von Personen, die aus diesen Staaten kommen, schneller durchgeführt werden können, wenn diese Personen nicht als Flüchtlinge anerkannt sind. Außerdem wurden neue Möglichkeiten zur Leistungskürzung des Existenzminimums geschaffen. Über diese Pläne wird in der SZ bereits Tage vorher berichtet. Stefan Braun und Jens Schneider sprechen sich im Vorfeld für diese Verschärfungen aus und fordern darüber hinaus Maßnahmen, mit denen die Flüchtlingszahlen reduziert werden können. Diese sehen sie in einer ‚gerechten‘ Verteilung der Flüchtlinge in Europa und in schnelleren Asylentscheidungen. Eine Verschärfung des Asylgesetzes halten sie für längst überfällig. (Vgl. Braun / Schneider, 17.09.15.)

Heribert Prantl sieht dies jedoch ganz anders. Er beschreibt die geplanten Gesetzesänderungen wie folgt:

„Dieser Gesetzentwurf nun, mit dem die Bundesregierung auf die Flüchtlingskrise reagiert, schlägt alles bisher da gewesene. Wenn dieser Entwurf wirklich ernst gemeint ist, woran man am liebsten zweifeln möchte, ist er frevlerisch: Er hungert die sogenannten Dublin-Flüchtlinge aus; er verspottet die vielen Menschen, die den Flüchtlingen jüngst auf den Bahnhöfen Hilfe geleistet haben; er verhöhnt Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Unantastbarkeit der Menschenwürde garantiert. Das neue Recht garantiert missliebigen Flüchtlingen nur noch einen Apfel, ein Ei und eine Rückfahrkarte. Dieses neue Asylbewerberleistungs-Verweigerungsrecht könnte grundsätzlich auch für diejenigen Flüchtlinge gelten, denen die Kanzlerin Schutz und Hilfe versprochen hat. [...] Wir schaffen das? So bitte nicht; nicht mit Orbánismus, nicht mit der Verletzung der Fundamentalregeln des Anstands.“ (Prantl, 18.09.15)

Mit der Wortschöpfung „Orbánismus“ diskreditiert er nicht nur die ungarische Politik, die auf Abschottung und Abwehr von Flüchtlingen setze, er stellt auch die Politik der Bundesregierung in diesen Zusammenhang. Außerdem stellt Heribert Prantl den häufig unterstellten Zusammenhang, nach dem die Zunahme von Geflüchteten durch eine Verschärfung der Asylgesetze abgewehrt werden könne, in Frage und kritisiert vielmehr, dass damit den Flüchtlingen ihre Menschenwürde abgesprochen werde. Doch die Position von Heribert Prantl ist zu diesem Zeitpunkt in der SZ marginal.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Asylpaket 1 werden auch weitere Maßnahmen thematisiert, mit denen die Zuwanderung nach Deutschland gestoppt werden könnte. Europa und besonders Deutschland sollten mit der Türkei einen Flüchtlingspakt eingehen, um „die Zuwanderung nach Europa schon an den Außengrenzen [zu] stoppen“. (Kirchner / Rossmann, 06.10.15) Dabei wird durchaus kritisch gesehen, dass sich

„vor allem in den Beziehungen zur Türkei die Kräfteverhältnisse verschoben [haben], und zwar zu Ungunsten der Westeuropäer, die es bisher gewohnt waren, Ankara mit erhobenem Zeigefinger entgegenzutreten“. (Kornelius, 14.10.15)

Betrachtet man diese Positionen im Zusammenhang, so kann man zu der Auffassung gelangen, dass die Flüchtlinge sogar die Machtverhältnisse zwischen Europa und der Türkei zu Ungunsten von Europa verschieben würden.

Zeitgleich mit der Verschärfung des Asylrechts häufen sich die Äußerungen zu Fragen von Integration und Anpassung an eine deutsche Leitkultur. Aussagen wie „Wer nach Deutschland kommt, muss sich auf den Grundkonsens einlassen, der dieses Land zusammenhält. [...] Dann kann er Teil der Nation werden – egal, woher er stammt.“ (Ulrich, 02.10.15) werden z.B. von der ehemaligen Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland Charlotte Knobloch unterstützt:

„Bei uns ankommen‘ steht für die Eingliederung in unsere Gesellschaft, unser Schulsystem, unseren Arbeitsmarkt und eben auch in unsere Kultur und unsere Werte. Das ist das eigentliche Mammutprojekt. Schon umgarnen Salafisten vie-

lerorts die Flüchtlinge und verbreiten ihre verheerende Ideologie. Nicht grundlos schwingt bei vielen Juden im Lande neben der Freude über ihre liberale Heimat auch Sorge mit. Wir müssen von jedem, der in der Bundesrepublik lebt oder leben möchte, das unmissverständliche Bekenntnis zu unserem Wertetafseau verlangen: zu unserem Grundgesetz, den Bürger-, Menschen und Freiheitsrechten, insbesondere zu Gleichberechtigung, Religions- und Meinungsfreiheit sowie den Errungenschaften der Aufklärung. / Wer hier leben will, muss verstehen und respektieren, dass die aktive Erinnerung an den Holocaust ebenso deutsche Staatsräson ist wie der Kampf gegen Antisemitismus sowie das Einstehe für die Existenz und die Sicherheit Israels.“ (Knobloch, 24.09.15)

Interessant ist hier, dass Charlotte Knobloch auf drohende Konflikte zwischen Juden und Muslimen hinweist, die sich durch die Flüchtlinge in Deutschland entfachen können. Damit wird nicht nur die Gefahr einer Destabilisierung der deutschen Gesellschaft aufgerufen. Der Wertekonsens der Gesellschaft wird mit der deutschen Geschichte und den daraus folgenden Verantwortungen eng verknüpft.

Auch Matthias Drobinski sieht in der Ankunft muslimischer Flüchtlinge eine „Quelle von Konflikten“, doch betont er auch „die Chance, dass ein aufgeklärt intellektueller Islam wächst“. (Drobinski, 22.09.15) Im Angesicht des Erstarkens von Organisationen wie Pegida und Diskussionen um den Islam, die in Deutschland seit Jahren geführt wird, ist jedoch davon auszugehen, dass eher seine Bedenken auf Resonanz stoßen als die von ihm angesprochenen Chancen.

Das Attentat auf Henriette Reker

Am 17.10.2015 wird in Köln ein Attentat auf die damalige OB-Kandidatin Henriette Reker verübt, die als Sozialdezernentin mit der Versorgung der Flüchtlinge in Köln befasst war. In der SZ wird vor allem ein Zusammenhang zur rechten Szene hervorgehoben.

„Das Bundeskriminalamt warnt angesichts starken Zustroms von Flüchtlingen vor weiteren schweren Gewalttaten. Nach Informationen von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR befürchtet die Behörde, dass auch Betreiber von Unterkünften und Politiker ins ‚Zielspektrum entsprechend fremdenfeindlich motivierter Täterkreise‘ geraten könnten. [...] Es sei davon auszugehen, dass die rechte Szene ihre ‚Agitation‘ gegen die Asylpolitik weiter verschärfe, schreibt das BKA.“ (Kampf / Mascolo, 22.10.15)

Auch hier wird wieder ein kausaler Zusammenhang hergestellt, nach dem das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen eine direkte Reaktion auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen sei – ganz so als habe es diese Positionen vorher nicht gegeben.

Ende Oktober verschränkt sich die Berichterstattung der SZ mit dem Militär- und Europadiskurs. So berichtet Stefan Braun von einer Reise von Frank Walter Steinmeier in den Nahen Osten, bei der dieser durch die Initiierung von Friedensgesprächen eine Lösung für die Flüchtlinge suchte. Stefan Braun nimmt dies zum Anlass, die deutsche Außenpolitik der letzten Jahrzehnte zu reflektieren:

„Wer vier Jahre lang meint, er könne den fürchterlichen Krieg in Syrien weitgehend aus der Position des mitleidenden Zuschauers betrachten, kann nicht erwarten, dass plötzlich ein Knoten entwirrt wird, der vier Jahre lang festgezogen wurde. Wer jetzt überhaupt nur Kontakte knüpfen will, braucht mehr Zeit, als die Flüchtlingskrise erlaubt. Die Bundesregierung jedenfalls hat diese Zeit nicht. Wenn man so will: Die Flüchtlinge bestrafen das Zaudern und Zögern der letzten Jahre. [...] Zu tief ist der Graben zwischen den Ländern, zu sehr treffen hier politische, militärische und innerislamische Konflikte aufeinander.“ (Braun, 21.10.15)

Interessant ist hier der Hinweis auf das „Zaudern und Zögern“. Was ist damit gemeint? Dass Deutschland in der Vergangenheit mehr diplomatische Anstrengungen hätte unternehmen sollen? Dass Deutschland sich aus Kriegshandlungen in Syrien zurückgehalten hat? Kritisiert wird jedenfalls eine passive deutsche Außenpolitik, die für die aktuellen Flüchtlingszahlen mitverantwortlich sei. Indirekt wird hier eine Verschränkung von Flucht und Krieg vorgenommen, die die Perspektive kriegesischer Einsätze von Deutschland nicht restlos ausschließt. Auch Heribert Prantl spricht zu diesem Zeitpunkt die Bundeswehr an – allerdings aus anderen Motiven:

„Es gibt im Grundgesetz einen Artikel 35 über Hilfe durch die Bundeswehr in besonderen Gefahrenlagen und Notfällen. [...] Könnte, sollte, dürfte sie helfen? Mit ihren Bussen die Flüchtlinge weitertransportieren? Mit ihrer vorzüglichen Logistik für Essen und Unterbringung sorgen? Oder steht das Grundgesetz dagegen? Gemacht ist der Artikel 35 dafür nicht gerade. Man könnte argumentieren, dass es um die öffentliche Ordnung geht. [...] Hilfe der Bundeswehr – das geht nur bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen. [...] Soldaten können, dürfen, sollen Ersthilfe für Flüchtlinge leisten. Vielleicht ist das sogar das Beste, was eine Armee tun kann: Frieden schaffen ohne Waffen.“ (Prantl, 30.10.15)

Heribert Prantl lehnt ein militärisches Eingreifen von Deutschland ab, bringt aber einen möglichen Bundeswehreinsatz zur Unterstützung von Flüchtlingen ins Spiel. Die derzeitige Situation könne den friedlichen Einsatz der Bundeswehr erforderlich machen. Auch Prantl verkoppelt hier Flucht und Militär mit dem Effekt, dass das Militär als möglicher ‚Friedensengel‘ erscheint und Bundeswehreinsätze im inneren legitimiert werden.

Die Anschläge in Paris

Unter dem Titel „Angriff auf die Freiheit“ wird über die Terroranschläge am 13.11 in Paris berichtet:

„Zwei Tage nach der Serie schwerer Terroranschläge in Paris mit 129 Toten und 350 Verletzten hat die Polizei die ersten Attentäter identifiziert. [...] Drei Angreifer sprengten sich an der Fußballarena Stade de France im Norden von Paris in die Luft, wo gerade das Fußball-Länderspiel Deutschland - Frankreich ausgetragen wurde. Weitere Attentäter beschossen Restaurants und Bars in der Innenstadt. Die dritte Terroristen-Gruppe stürmte das Rockkonzert der Band Eagles of Death Metal in der Konzerthalle Bataclan, schossen dort in die Menge und sprengten sich dann in die Luft.“ (Zoch / Bielicki / Gammel, 16.11.15)

Der Luftkrieg von Frankreich gegen Syrien sei vermutlich der Anlass für die terroristischen Akte gewesen. Dass sich die Terroristen in Frankreich aufhielten, sei darauf zurückzuführen, dass einige von ihnen als Flüchtlinge über Griechenland einreisen konnten. Dies legt die Sichtweise nahe, dass durch eine ‚progressive‘ Asylpolitik terroristische Aktivitäten in Europa vereinfacht werden. Auch Stefan Kornelius und Paul-Anton Krüger betonen:

„Die Zahl der Terrorakte habe sich in den vergangenen Monaten erhöht. Erschwert werde der Schutz vor Anschlägen auch durch die ‚Leichtigkeit, mit der man sich im Schengen-Raum bewegen‘ könne.“ (Kornelius /Krüger, 17.11.15)

So gesehen kann die europäische Asylpolitik als für die Attentate in Paris mitverantwortlich angesehen werden. Aber auch eine misslungene Integration von Flüchtlingen wird in der SZ als für die Anschläge verantwortlich herangezogen:

„Die Mörder von Paris sind, nach allem, was man heute weiß, Beispiele für eine auf katastrophale Weise misslungene Integration von Migranten. Oder von deren Kindern und Enkeln. Einwandererviertel, wie St.Denis, Molenbeek in Belgien oder die in den Siebzigerjahren hochgezogenen Hochhaus-Siedlungen rund um Paris sind heute soziale Brennpunkte und/oder Rekrutierungsgebiete und Schutzzonen für Terroristen. Nichts ist zwangsläufig, nicht jeder, der sich von der Gesellschaft zurückgewiesen fühlt, wird zum Mörder. Aber die Lage in Frankreich und Belgien zeigt: Man darf Einwanderer, wie auch immer sie ins Land gekommen sind, nicht alleine lassen.“ (Piper, 20.11.15)

Nikolaus Piper fordert deshalb eine bessere Integration der Flüchtlinge und verschränkt damit Terror und Flucht, womit sich das Sagbarkeitsfeld des Fluchtdiskurses in der SZ erheblich erweitert. Islam und mangelnde Integration von Flüchtlingen und Migranten würden terroristische Akte begünstigen.

Eine weitere Verschränkung findet mit dem militärischen Diskurs statt, wenn der Islamische Staat, der als eine zentrale Fluchtursache gilt, vor allem militärisch auszuschalten sei:

„US-Präsident Barack Obama forderte, die Kräfte im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat zu ‚verdoppeln‘. Russlands Staatschef Wladimir Putin sag-

te, die terroristische Bedrohung sei nur zu beherrschen, „wenn die gesamte Staatengemeinschaft ihre Bemühungen vereint.“ (Zoch / Bielicki / Gammel, 16.11.15)

Als Reaktion auf die Anschläge in Paris wird befürchtet, dass nun die nationalistischen Politiken in den europäischen Staaten zunehmen werden, um sich vor Flüchtlingen abzuschotten. Orbánismus werde zum Trend, so etwa Heribert Wetzel. (Vgl. Wetzel, 17.11.15.)

Durch diese Verschränkungen, die nach den Terroranschlägen in Paris in der SZ vorgenommen werden, wird das vorher bereits ausgebreitete Angst- und Schreckensszenario weiter ausgebaut.

Fazit

Die Tatsache, dass 2015 Tausende Flüchtlinge nach Deutschland kamen, wird in der SZ nicht nur als Resultat politischer Verfolgung gewertet. Vielmehr sei es auch die schlechte wirtschaftliche Lage in vielen Herkunftsländern. Hierdurch nimmt die SZ eine Aufspaltung der Flüchtlinge in Wirtschaftsflüchtlinge und ‚echte‘ Asylbewerber vor. Dabei wird durchaus gesehen, dass auch die Globalisierung zu einer Zunahme von Flucht führe, wodurch den Industrienationen eine gewisse Mitverantwortung zugeschrieben wird. Für Deutschland wird die ausgeprägte Willkommenskultur betont, die die Flüchtlinge tatkräftig und mit Spenden unterstütze. Auch wird hervorgehoben, dass Deutschland ein wirtschaftlich prosperierendes Land sei, in dem Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und Religionsfreiheit gelte. Eine Integration der Flüchtlinge in Arbeit könne auch der deutschen Wirtschaft zugutekommen.

Die rassistischen Übergriffe gegen Geflüchtete werden in der SZ strikt verurteilt. Es wird jedoch auch nahezu durchgängig angenommen, dass Migration die Gefahr von Rassismus steigere. Dabei findet eine Verharmlosung von Rassismus dann statt, wenn die Ausschreitungen auf Einzeltäter reduziert und als „Spuk“, der bald wieder vorbei sei, bezeichnet werden.

In Verbindung mit den Berichten über die zahlreichen toten Flüchtlinge, die auf ihrer Flucht im Mittelmeer ertranken, werden einerseits legale Einreisemöglichkeiten, andererseits eine stärkere Bekämpfung des Schleuserwesens gefordert.

Die Aussetzung des Dublin-Abkommens wird kritisiert, da dies die einheimische Bevölkerung überfordere. Insofern wird für eine Obergrenze der Aufnahme von Flüchtlingen plädiert und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb von Europa wird akzeptiert. Darüber hinaus wird die Verschärfung des Asylrechts befürwortet und damit begründet, dass die Versorgung der Flüchtlinge Milliarden-zusätzlicher Euro benötige, womit der eigenen Bevölkerung Schaden entstehe. Es wird befürchtet, der deutsche Staat könne durch die steigenden

Flüchtlingszahlen an seine Grenzen stoßen. Vor allem der notwendige Ausbau des Bildungswesens sei durch die finanziellen Zusatzaufwendungen für Flüchtlinge bedroht.

Im Oktober verstärkt sich dann die Diskussion um eine deutsche Leitkultur, christliche Werte und die Gesetzestreue, an die sich die Geflüchteten halten müssen. Der Islam als eine in Deutschland fremde Religion könne zu religiösen Konflikten führen.

Das Attentat auf Henriette Reker wird in der SZ als Indiz dafür gewertet, dass Flucht und Migration rechtspopulistische Bewegungen befeuert, womit auch die politische Ordnung in Deutschland bedroht sei.

Nach den Anschlägen von Paris im November findet in der SZ eine starke Verschränkung mit dem Militär-, Sicherheits-, Europa und Terrorismusdiskurs statt. Doch wird in der SZ mehrheitlich eine Beteiligung von Deutschland an militärischen Aktionen abgelehnt. Allerdings etabliert sich die Einschätzung, dass Terroristen Flüchtlinge für sich gewinnen könnten und so die Terrorgefahr in Deutschland durch Migration steige. Krieg, Abschottung und eine bessere Integration von Flüchtlingen werden als geeignete Strategien zur Bekämpfung von Terrorismus angesehen.

Im Fluchtdiskurs des Spätsommers 2015 der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG haben sich damit Schwerpunkte und Bewertungen verschoben: Von der Berichterstattung über eine zivilgesellschaftliche Willkommenskultur, der Verurteilung von Rassismus und der Unterstützung einer als ‚progressiv‘ gewerteten Asylpolitik von Angela Merkels gewinnen die Forderungen nach einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlinge und nach der Aufrechterhaltung der deutschen Werte mehr und mehr an Gewicht. Sie werden unterstützt dadurch, dass die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch Flüchtlinge den deutschen Wohlstand bedrohen können. Die deutsche und europäische Politik, Verwaltung und Gesellschaft sei überfordert und es wird eine zunehmende Terrorgefahr befürchtet.

Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Eine synoptische Analyse von FAZ, TAZ und SZ

Vergleichen wir die Strukturanalysen von FAZ, TAZ und SZ, so lässt sich ein Feld des Sagbaren zum Thema Flucht umreißen. Und dieses Feld hat sich im September bis Oktober 2015 drastisch verschoben.

„Grundrechte sind nicht aus Seife; sie werden nicht durch ihren Gebrauch abgenutzt. Die Würde des Menschen steht nicht unter dem Vorbehalt, ‚es sei denn, es sind zu viele Menschen‘. Und die Probleme, die es in Fluchtländern gibt, verschwinden nicht dadurch, dass man diese Länder zu ‚sicheren Herkunftsländern‘ definiert; Probleme lassen sich nicht wegdefinieren.“(Prantl, SZ, 17.8.2015)

„Es ist linker Größenwahn, zu glauben, ein so ‚reiches Land‘ könne einfach mal so jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen und ihnen menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten. [...] In jedem Solidarsystem, das die Flüchtlingshilfe am Ende ja auch ist, sind die Kapazitäten begrenzt. Man muss über Obergrenzen streiten dürfen. [...] Gäbe es in Deutschland eine Debatte über die Abschaffung des Asylrechts in der bisherigen Form und über selbst gesetzte Obergrenzen, wären die anderen EU-Länder wohl kooperationsbereiter. [...] Ein Szenario: Deutschland schafft das Grundrecht für alle auf ein Asylverfahren ab, nimmt aber nach wie vor nach einem EU-Schlüssel jährlich ein sehr großes Kontingent an Flüchtlingen auf, aber eben nicht mehr alle, die herkommen. [...] Ist es unmoralisch, über ein solches Szenario nachzudenken? Nein. Die Debatte über Obergrenzen muss erlaubt sein, das ‚O-Wort‘ darf kein Tabu mehr sein.“ (Driebbusch, TAZ, 09.10.2015)

Diese beiden Zitate markieren eben diesen Übergang. Sie markieren die Entwicklung des Fluchtdiskurses im Jahr 2015.

Willkommenskultur

Im Sommer noch fanden sich vor allem in TAZ und SZ positive Bezugnahmen auf die sogenannte ‚Willkommenskultur‘. Zivilgesellschaftliches Engagement wird gelobt und hervorgehoben, auch als Gegengewicht zu staatlicher Unterversorgung der Geflüchteten. Selbst aus konservativen Diskurspositionen heraus wird

die Willkommenskultur dann gelobt, wenn sie rassistischen Mobilisierungen kontrastiert. So fungiert der Verweis auf die positiv gewertete Willkommenskultur als Argument gegen die Annahme eines grassierenden Rassismus in Deutschland, als Rehabilitation Deutschlands gegenüber den 1990er Jahren und als Abgrenzung zu Rassismus in anderen europäischen Staaten.

So meinte etwa Eberhard Seidel in der TAZ, dass sich bei den Ereignissen in Heidenau zwar viele an die Pogrome von Hoyerswerda und Lichtenhagen erinnert gefühlt hätten, jedoch sei nur wenige Wochen nach Heidenau „alles anders“ gekommen:

„An Stelle eines heißen Sommer [!] völkischer Gewalt erlebt die Republik einen Sommer der Solidarität. Statt Angst vor Überfremdung herrscht Mitgefühl. Während die Regierungen Polens, Großbritanniens, Tschechiens und anderer europäischer Staaten Flüchtlinge aus Syrien mit der Parole No Moslems, please! die kalte Schulter zeigen, heißen Zehntausende von freiwilligen Helfern die Schutzsuchenden in Berlin, München, Dresden, Hamburg, und andernorts willkommen.“ (Seidel, TAZ, 12.9.2015)

Dies sei „das Ergebnis eines 25 Jahre langen gesellschaftlichen Reifungsprozesses“. (Seidel, 12.9.2015) In Deutschland sei man anders „als in der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden oder Finnland“ heute „erfreulich resistent gegenüber Parteien wie der NPD und Zusammenschlüssen wie der Pegida-Bewegung oder Parteien wie die AfD“. Es könne sich keine „Partei in der Mitte der Gesellschaft etablieren, die auf Flüchtlingshetze, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit setzt“. (Seidel, TAZ, 12.9.2015)

Ende August finden sich allerdings verstärkt Positionen, die ein ‚Kippen der Stimmung‘ anmahnen und diese prognostizieren, sollen weiterhin viele Geflüchtete kommen. Um eine positive Stimmung zu erhalten, sei es nun notwendig, den Zuzug zu begrenzen. Zugleich mehren sich Stimmen, die ehrenamtlichen Helfer_innen eine gewisse Blauäugigkeit unterstellen und sie mit dem abwertenden Begriff des ‚Gutmenschentums‘⁵⁰ belegen. Willkommenskultur wird im Herbst nicht mehr nur als Gegenpol zum verurteilten Rassismus angenommen, sondern auch als Gegenpol zum Realismus, zur ‚Kritik‘ an einer deutschen Aufnahmebereitschaft. So schreibt Stefan Kornelius in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG im September einen Artikel mit dem Titel „Wir schaffen es doch nicht“. Dort heißt es, dass die „Willkommenskultur ein Trugbild in den vielen Flüchtlingslagern von Syrien bis Pakistan schuf“, nämlich, dass Deutschland offen für alle sei. Kornelius schließt seinen Kommentar mit den Worten: „Das ist die harte Lektion der Flüchtlingstragödie: Herz und Verstand lassen sich nicht mehr in Einklang bringen“ – wobei das Herz für die Willkommenskultur steht, der Verstand für Abschreckung und Abschottung. (Kornelius, SZ, 14.9.2015) Hier findet eine Verschiebung des Sagbarkeitsfeldes statt, bis hin zu einer Diskreditierung der Helfenden.

⁵⁰ Zum Begriff des Gutmenschen vgl. Hanisch / Jäger 2011.

Asyl- und Migrationspolitik

Ebenso ist eine Verschiebung des Diskurses in Bezug auf die Asylgesetzgebung zu erkennen. Wie das Zitat von Heribert Prantl (SZ) verdeutlicht, wurde im August noch das Recht aller Menschen auf Schutz und Würde betont. Das Asylrecht gelte für alle Menschen aus Kriegsgebieten und für die, die politisch verfolgt werden. Dabei wurden durchaus auch in dieser Zeit Flüchtlinge kategorisiert in solche mit Bleibeperspektive und solche, die vorwiegend aus ökonomischen Motiven flüchten. Mit letzteren sind zunächst Geflüchtete aus Balkanländern gemeint, für die gesonderte Zentren mit beschleunigten Verfahren gutgeheißen werden – oftmals mit dem Argument verbunden, dies würde ‚tatsächlichen Flüchtlingen‘ zu Gute kommen. Entlang dieser Kategorisierungen entwickelten sich Debatten um politische und soziale Rechte. Allerdings finden sich hier auch Einsprüche, die sich vor allem auf Antiziganismus als politischer Fluchtgrund beziehen, in seltenen Fällen werden Forderungen nach gesonderten Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge aus dem Balkan auch als rechtsextreme Position gekennzeichnet. Sonja Vogel etwa meint in der TAZ, dass die Politiker_innen, die in Reaktion auf Erfolge extrem Rechter das Asylrecht einschränken wollen, fleißig daran arbeiten würden,

„die Lücke zwischen Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus zu schließen: De Maizière, der den Flüchtlingen ihr Taschengeld nehmen will, Kretschmann mit seinem Faible für sichere Herkunftsländer, die CSU mit ihren Sonderlagern für Balkanflüchtlinge, der Pegida-Versteher Gabriel, sein Parteikollege Andreas Bausewein, der ein Schulverbot fordert – die Kolumne ist zu kurz, um jede Bösartigkeit aufzuschreiben. [...] Kein Wunder, dass in Deutschland keine Rechtsextremen im Bundestag sitzen, wenn die etablierten Parteien den Job so gut machen“. (Vogel, 1.9.2015)

Während im Sommer vor allem Flüchtlinge vom Balkan als ‚illegitim‘ eingestuft wurden, gelten ab dem Herbst immer mehr Herkunftsländer als sicher. Wo die Rede war von Flüchtlingen und Armutsflüchtlingen aus Balkanländern, ist im Laufe der Zeit immer öfter die Rede von Syrern und Armutsflüchtlingen. Die von Beginn an vorgenommene Aufspaltung der Geflüchteten eröffnete den Raum, sukzessive immer mehr Geflüchtete in die Gruppe der ‚illegitimen‘ Flüchtlinge einzuordnen.⁵¹ Die Gruppe derer, die als legitime Flüchtlinge bewertet wurden, wurde so immer kleiner.

Während im Sommer so zumindest bei den Geflüchteten, die nicht aus Balkanstaaten kommen, das Paradigma des Schutzes im Vordergrund steht, ändert sich auch dies im frühen Herbst. Vor allem die kurzzeitige Aussetzung des Dublin II-Abkommens wird kontrovers beurteilt. Teilweise wird dies als humanistischer Akt der Menschenwürde und Soforthilfe bewertet, teils schlicht als illegitimer Gesetzesbruch und teils als unzulässige Strapazierung der Aufnahmebereitschaft. Marker für eine gute Asylpolitik ist nun nicht mehr der Schutz der Ge-

⁵¹ Das Abkommen zwischen der Türkei und der EU institutionalisiert schließlich genau diesen Diskurs. Der Deal bezieht sich ausschließlich auf syrische Geflüchtete.

flüchteten sondern die Senkung ihrer Kosten und Zahlen. Nicht die Geflüchteten gelten als Betroffene, sondern die Staaten, in die sie fliehen. Diese müssen vor der Zahl der Geflüchteten geschützt werden. Die Verschärfung des Asylrechts wird teils begrüßt, teils abgelehnt. Befürworter_innen argumentieren auch hier mit der Stimmung der Bevölkerung oder aber mit der Verfasstheit des Staates: Es stehe die Existenzgrundlage des Staates auf dem Spiel. Um diese zu gewährleisten müsse Flucht verhindert werden. Die Gegner_innen der Beschränkungen argumentieren nur selten mit ethischen Argumenten. Hier herrscht Pragmatismus vor. Restriktionen seien nicht dazu geeignet, die rassistische Stimmung zu bekämpfen und die Maßnahmen zur Abschreckung und Reduktion würden ihren Zweck nicht erfüllen können. Eine solche pragmatische Sichtweise nimmt Christian Rath ein, wenn er in der TAZ konstatiert, dass der Plan, Asylanträge mit geringen Erfolgsaussichten künftig in einem beschleunigten Verfahren abzuwickeln, nicht greifen werde, weil das BAMF „gar kein Interesse am zusätzlichen Erledigungsdruck habe[.] und deshalb die Zahlen im Eilverfahren letztlich doch eher klein halten“ werde. (Rath, TAZ, 20.11.2015)

Mit diesen Argumenten wird die Annahme der Notwendigkeit einer Reduktion der Flüchtlingszahlen geteilt, die Mittel aber als nicht zielführend betrachtet. Nach der Einschränkung des Asylrechts verlagert sich die Debatte hin zur binären Frage nach Obergrenzen oder Kontingenten. Während Obergrenzen von den einen mit einem Verweis auf die Starre des Konzeptes abgelehnt werden, kritisieren die anderen eine Kontingentlösung vor allem mit dem Verweis auf eine Verweigerungshaltung anderer europäischer Staaten bezüglich der Übernahme von Kontingenten. Immer häufiger wird nun in der Kommentierung auch die Abschaffung des verfassungsrechtlich verbrieften Menschenrechts auf Asyl implizit oder explizit gefordert. Jasper von Altenbockum konstatiert beispielsweise am 22.9.2015 in der FAZ, dass „die EU nicht alle Flüchtlinge aufnehmen“ könne und plädiert für eine Obergrenze. Ein Dilemma sei jedoch: „solange es gleichzeitig das deutsche Asylrecht gibt, wird es eine ‚Obergrenze‘ nicht geben. [...] Wird dieses Grundrecht nicht abgeschafft, bleibt alles, wie es ist“. (von Altenbockum, FAZ, 22.09.2015)

Polarisierung

Das Feld des Sagbaren erscheint im Sommer 2015 noch differenziert. Es schränkt sich aber im Laufe der Wochen und Monate drastisch ein. Nach der Sommerpressekonferenz von Angela Merkel und der kurzzeitigen Aussetzung von Dublin II setzt eine Polarisierung der Aussagen ein. Während Merkel oftmals mit einer progressiven Fluchtpolitik in Verbindung gebracht wird, stellen etliche Autor_innen ihr Horst Seehofer als Gegenspieler entgegen. Tendenziell gilt: Wer sich für eine ‚progressive‘ Fluchtpolitik ausspricht, stellt sich hinter die Position Merkels und verteidigt sie gegen Seehofer; wer sich hingegen für eine restriktive Fluchtpolitik ausspricht, stellt sich hinter Seehofer und greift mit ihm

Merkels Position an. Diese Polarisierung bewirkt eine massive Einengung des Sagbaren – nicht zuletzt ist dies daran zu beobachten, dass sowohl in der TAZ, wie auch in der FAZ Merkels Position als eine Linksaußen-Position bewertet wird. So meint Lukas Wallraff in der TAZ, es sei „bemerkenswert, dass eine CDU-Kanzlerin inzwischen flüchtlingspolitisch europaweit links außen steht“. (Wallraff, TAZ 7.9.2015) Und Berthold Kohler formuliert in der FAZ bezüglich Merkel: „Mehr internationale Solidarität als von der Kanzlerin verkündet und praktiziert ist nicht möglich.“ (Kohler, FAZ, 09.09.2015) Dies heißt auch, dass links von Merkel keine Position denkbar ist. Zu beobachten ist so eine Fokussierung auf zwei widerstrebende konservative Politiker_innen der CDU/CSU. Nur selten wird Angela Merkels Position ‚von links‘ kritisiert und auch ihr eine höchst restriktive Asylpolitik attestiert.

Unterbringung in Deutschland: Versorgung, Unterkünfte etc.

Geht es um die Unterbringung und die sozialen Bedingungen der Geflüchteten in Deutschland, changiert die Kommentierung zwischen Denormalisierung und einer Kritik an ebendieser. Während etliche Autor_innen einen Kontrollverlust des Staates als gegeben annehmen, einen Ausnahmezustand erkennen, der den Einsatz der Bundeswehr im Inneren notwendig mache, sprechen andere von einer Inszenierung der Notlage, die einer Abschreckungsideologie entspreche. Hier ist ein gewisser Trend zu verzeichnen, dass zunehmend ‚Ausnahmesituationen‘ akzeptiert werden. Massenunterkünfte und Zeltlager scheinen 2015 unumgänglich zu sein. Anja Maier meint in der TAZ, es sei „wohlfeil, jetzt mit dem Finger auf die Kreise und Kommunen zu zeigen, ihnen gar die Absicht zu unterstellen, Flüchtlinge planvoll menschenunwürdig zu behandeln“ (Maier, TAZ 15.8.2015) und Gereon Asmuth ergänzt, man dürfe „davon ausgehen, dass die meisten Mitarbeiter über die Grenzen des Üblichen hinaus ackern“. (Asmuth, TAZ, 24.8.2015) Man habe es mit einer tatsächlichen Überforderung zu tun. So wirkt der erzeugte künstliche Notstand auch auf die Medien zurück: In Krisenzeiten wird das vertretbar, was sonst als menschenunwürdig erkannt wird. Der Notstand wird auch produziert über die ständigen Wiederholungen, die Grenze der Belastbarkeit sei erreicht oder gar überschritten. In diesem Zusammenhang wird auch der Ruf nach einer Einsetzung der Bundeswehr im Inneren laut.

Fluchtursachen

Die Kommentierung der Fluchtursachen fällt höchst unterschiedlich aus. Während teils ausschließlich der Krieg in Syrien, Irak und Afghanistan als Fluchtursache benannt wird und im gleichen Zuge die wirtschaftliche Not vieler Menschen als unzulässige Fluchtursache gilt, werden auch „falsche Anreize der Zielländer“ als Fluchtursachen verstanden. Klaus Dieter Frankenberger schreibt entsprechend in der FAZ:

„Wichtig ist, zu unterscheiden zwischen diesen Flüchtlingen [die zur Flucht gezwungen sind, d.V.] und jenen, die die Armut aus dem Land treibt, die aber keine Aussicht auf Asyl haben. Notwendig sind die schnelle Rückführung dieser Leute und die vorbehaltlose Überprüfung, ob und wie sehr hier jenseits des generellen Wohlstandsgefälles Anreize wirken, die die Wanderung anheizen.“
(Frankenberger, FAZ, 24.08.2015)

Teilweise werden aber auch neokoloniale Konfigurationen, die Verantwortung des Westens für Ressourcenausbeutung und Waffenlieferungen genannt. Entsprechend letzterer Einschätzungen gilt dann auch ein Ende des Neokolonialismus erst als ernsthafte Bekämpfung von Fluchtursachen. Diese Position bleibt allerdings marginal. Häufiger werden Flugverbotszonen über Syrien oder eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen in Syrien gefordert. Dies führt zu der etwas absurden Einschätzung, Krieg sei einerseits die Hauptursache von Flucht und mit Krieg könne diese Hauptursache bekämpft werden. Als Bekämpfung von Fluchtursachen wird mitunter auch eine Bestimmung von Ländern zu sicheren Herkunftsländern gefordert oder aber Restriktionen in Deutschland gelten dort als Bekämpfung von Fluchtursachen, wo ‚falsche Anreize‘ für eine Flucht verantwortlich gemacht werden.

Fluchtwege

Das Paradigma, Fluchtverhinderung als Krisenlösung anzusehen, zieht sich ebenso durch die Debatte um Fluchtrouten. Die zahlreichen Todesfälle auf den Fluchtrouten nach Europa sollen reduziert werden, vor allem durch eine Bekämpfung des Schlepperwesens. Auch wird eine stärkere Überwachung des Mittelmeers gefordert. Die Forderung nach legalen und damit sicheren Fluchtwegen nimmt ab August sukzessive ab. Selten wird die Figur des Schleppers hinterfragt. So seien diese Personen zu Zeiten des Eisernen Vorhangs als Fluchthelfer titulierte worden. (Vgl. Trojanow, TAZ, 7.10.2015.) Solch eine Position ist aber marginal, in der Regel wird Schleppern die Verantwortung für die Todesfälle auf der Flucht nach Europa zugewiesen, die Verantwortung, die Europa selbst nicht übernehmen will. In der Debatte um Fluchtwege wird häufig auf das Menschen-

recht auf Unversehrtheit hingewiesen. Genau dieses wird allerdings häufig ausgespielt gegen die Möglichkeit der Flucht. Die Möglichkeit zur Flucht soll unterbunden werden, gerade um die Unversehrtheit (zumindest in Europa und den angrenzenden Meeren) zu gewährleisten.

Europapolitik

Recht differenziert ist das Feld des Sagbaren, geht es um die Europapolitik, die sich mit dem Fluchtdiskurs verschränkt. So wird zum einen gesagt, die EU-Länder außer Deutschland würden sich einer ‚gerechten‘ Verteilung auf Geflüchtete entziehen, auf die aber insistiert wird. Oftmals bleibt diese Aussage allerdings ohne einen Verweis auf die vorherige Praxis von Dublin II.⁵²

Zum anderen wird eine Rückkehr zu ebendiesem Abkommen gefordert, das die Aufnahme von Geflüchteten an vor allem die Länder mit Mittelmeerzugang delegiert. Dublin II, so liest man, sei an Griechenland und Italien gescheitert. Dass Dublin II genau eine gerechte Verteilung zugunsten Deutschlands außer Kraft setzt und dass Deutschland vor 2015 kein Interesse an einer Änderung dessen hatte, liest man selten. Aussagen, die Deutschland als humanistischen Vorreiter in Europa sehen, sind entsprechend häufiger als solche, die die Rolle Deutschlands innerhalb der EU kritisieren. Selbst die, die eine nationale statt europäische Lösung fordern und mit dem ungarischen Vorgehen sympathisieren, sehen Deutschland als die „moralische[...] Supermacht“ in Europa, üben daran allerdings Kritik. (Kohler, FAZ, 25.09.2015) Häufiger allerdings wird eine Kritik am ‚Orbánismus‘ formuliert. Die Verfechter_innen einer nationalen und die Befürworter_innen einer europäischen Lösung kommen allerdings häufig zu den gleichen Schlussfolgerungen. Aus beiden Positionen werden eine Obergrenze für Geflüchtete, die Einführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU und Abschreckungspraxen gefordert, freilich mit unterschiedlichen Begründungen. Während die einen auf die nationalen Interessen pochen, formulieren sie anderen, dass eine mangelnde europäische Solidarität den nationalen Weg aufzwänge. Die Befürworter_innen einer europäischen Lösung führen zur Lösung des europäischen Problems eine Erneuerung der Vorverlagerung der Migrationsabwehr an. Nur wenige Beiträge kritisieren die Hegemonialstellung Deutschlands in Europa und ebenso wenige Beiträge sehen Europa nicht als humanistisches Projekt, sondern als postdemokratischen, korrupten, neoliberalen und entdemokratisierten Staaten-Zusammenschluss an.

⁵² Diese Verordnung verhinderte jahrelang eine ‚gerechte‘ Verteilung, indem die Zuständigkeit für Asylanträge dem Mitgliedstaat zugewiesen wurde, über dessen Grenzen Flüchtlinge einreisen. Dies sind entsprechend die süd- und osteuropäischen Staaten.

Integration und Kulturpolitik

Auffällig in der Debatte um ‚Integration‘ ist die starke Verknüpfung mit ökonomischen Argumenten. So wird immer wieder von einer ‚Integration in Arbeit‘ gesprochen, deren Nützlichkeit für die deutsche Ökonomie zumindest langfristig betont wird, wenn auch weitaus häufiger die damit verbundenen Kosten problematisiert werden. Die Betonung der ökonomischen Nützlichkeit von Flucht und Migration wird auch teils explizit der migrationsablehnenden Haltung, verbunden mit kulturalistischen Deutungen, entgegengestellt. Ulrich Schäfer etwa meint: in der SZ:

„Deutschland geht es verdammt gut: Die Wirtschaft brummt, während anderswo schon Krise ist. [...] Deutschland geht es gut, und daran wird sich nichts ändern, auch wenn jetzt Hunderttausende von Flüchtlingen ins Land kommen: aus Ländern, in denen der Krieg tobt, aus Gegenden, in denen Menschen andere Menschen meucheln. [...]. Wer arbeitet wird schneller integriert. [...] Unternehmen funktionieren besser, sind erfolgreicher, wenn ihre Belegschaft möglichst vielfältig ist. [...] Deutschland ist [...] nun mal ein Einwanderungsland.“ (Schäfer, SZ, 28.08.15)

Nützlichkeit versus Bedrohung – so könnte man die Pole der Integrationsdebatte beschreiben. ‚Integration‘ wird dabei in der Regel als Bringschuld nicht der deutschen Gesellschaft, sondern der Geflüchteten selbst verstanden. Zwar wird marginal darauf hingewiesen, dass im Sinne der sozialen ‚Integration‘ auch Bildungschancen eröffnet und Sprachkurse angeboten werden müssten, vor allem geht es aber um die Pflicht der Ankommenden, die deutsche Sprache gut und schnell zu lernen. Es müssten klare Erwartungen an Geflüchtete gestellt werden.

Im Herbst allerdings nehmen Stimmen zu, die ‚Integration‘ nicht arbeitsmarktpraktisch sehen, sondern auf kulturelle Aspekte abzielen. Hier meint ‚Integration‘ Assimilation in eine mehr oder weniger explizierte ‚deutsche Leitkultur‘. Eine Akzeptanz des Grundgesetzes reiche eben nicht, vielmehr werden Bürger-, Menschen und Freiheitsrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, Religions- und Meinungsfreiheit, die Errungenschaften der Aufklärung, Selbstbestimmung, Pluralismus und Toleranz als deutsche oder europäische Werte ausgemacht, was freilich auch immer eine Abgrenzungsfläche zu anderen bedeutet, wenn diese aufgefordert werden, diese Werte zu verinnerlichen. Denn dies heißt eben auch, dass ‚dem anderen‘ unterstellt wird, diese Werte nicht zu teilen, die Geschlechtergerechtigkeit, die Freiheits- und Menschenrechte usw. nicht verinnerlicht zu haben. Und zum anderen bedeutet die, dass die ‚autochthone‘ Bevölkerung diesen Werten positiv gegenüberstünden, dass Geschlechtergleichberechtigung verinnerlicht sei und die Wahrung der Menschenrechte in Deutschland oder Europa common sense sei – eine Annahme, die der Fluchtdiskurs selbst widerlegt.

Mit dem Wandel der Diskursverschränkung vom Ökonomiediskurs zum kulturellen Diskurs sind auch und vor allem antimuslimische Momente verbunden. Der Islam wird als Quelle von Konflikten beschrieben, muslimische Religiosität sei

ein Integrationshindernis in die deutsche Gesellschaft. Letztere wird als christlich oder in christlich-jüdischer Tradition beschrieben. So wird das Judentum als ungebrochener Teil der deutschen Gesellschaft beschrieben und gegen den Islam in Stellung gebracht. Reinhard Müller stellt in der FAZ heraus, dass dem „Todestrieb“ der „islamistischen Fanatiker“ die „eigenen Werte“ entgegen gesetzt werden sollten. Das „christliche Heilsversprechen ist ja wohl nicht schwächer als die irren Vorstellungen jener verblendeten Todesschwadronen“, aber in Europa würde man zu viel Kraft darauf verschwenden,

„diejenigen zu geißeln, welche die christlichen Wurzeln des Kontinents betonen. Dabei hat doch dieser Glaube, hat die jüdisch-christliche Tradition viele Millionen Menschen nicht nur in Europa geprägt. Würde des Menschen, Freiheit, gerade auch aller Religionen, Gleichheit, Nächstenliebe – das geht auch in den selbstbezogenen westlichen Gesellschaften allzu oft unter.“ (Müller, FAZ, 19.11.2015)

Damit spielt Müller auch auf die Kritik an dem Pegida-Slogan der Verteidigung des Abendlandes an und diskreditiert diese. Gleichsam werden so rund fünf Prozent der deutschen Bevölkerung, die muslimischen Glaubens sind, aus dem ‚Wir‘ herausdefiniert, wenn der Islam als fremde Religion beschrieben wird. Das ‚Wir‘ wird hier zur ethnisch-religiös bestimmten Gruppe, nicht zur staatsbürgerlichen. Marginal wird aber auch Kritik an der Wir/Die-Konstruktion geübt. Im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris erfährt die Integrationsdebatte eine weitere Wende. Nun findet sich eine Diskursverschränkung mit dem Terrorismusdiskurs. Es wird darauf hingewiesen, dass Terrorismus eine Folge gescheiterter ‚Integration‘ sei, womit freilich die Wichtigkeit der ‚Integration‘ betont wird, aber auch die apokalyptische Dimension des möglichen Scheiterns. Insgesamt changiert der Integrationsdiskurs zwischen Nützlichkeitsargumenten und kulturalistischen Fremd- und Selbstzuschreibungen, während das kulturelle Moment mal deterministisch, mal wandelbar beschrieben wird.

Denormalisierungen

Der Flucht- und Migrationsdiskurs von 2015 ist durchzogen von der Konstatierung bzw. Befürchtung von denormalen Zuständen: Steigende Migration bedingte Kriminalität, höhere soziale Ungleichheit, Rassismus und auch die Terrorgefahr in Deutschland steige. Die Anwesenheit von Geflüchteten gefährde die nationale Einheit, so werden existenzielle Bedrohungen konstruiert. Der Fluchtdiskurs ist ein Krisendiskurs - Flüchtlinge werden durchgängig als Last bewertet und die mit Flucht zusammenhängenden staatlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten werden problematisiert und teils als existenzielle Gefahr für den Fortbestand der deutschen Gesellschaft und den deutschen Staat vermittelt. Nur in wenigen Kommentaren wird zwar auch die Nützlichkeit von Migration betont oder aber ‚nur‘ der Kontrollverlust des Staates und nicht die Anwe-

senheit der Geflüchteten als Problem dargestellt, diese Positionen nehmen aber ab dem Herbst 2015 ab. Dann nämlich verschränkt sich der Fluchtdiskurs mit dem Sozialdiskurs. Es wird von zunehmender sozialer Ungleichheit gesprochen und von Nachteilen der prekarierten und armen deutschen Bevölkerung. Constanze von Bullion beschreibt etwa in der SZ, dass unerwartet hohe Steuereinnahmen des Bundes und das freigewordene Geld für das ursprüngliche Betreuungsgeld vorhanden sind. Dieses Geld dürfe aber nicht für Flüchtlinge verwendet werden, wie dies der Finanzminister erwäge. Dies sei „keine gute Idee“. Wenn dies geschähe, dann leite der Bund „Geld, das einheimischen Kindern zugedacht war, [an] Asylbewerber[...] weiter, werden Fremdenfeinde dann hetzen. Den Gefallen sollte man ihnen nicht tun“. (von Bullion, SZ, 25.08.15)

Auch verschränkt sich der Flucht- mit dem Geschlechterdiskurs und es findet eine Ethnisierung von Sexismus statt wenn davon ausgegangen wird, dass Geflüchtete Geschlechtergerechtigkeit erst lernen müssten, während die deutsche Gesellschaft als geschlechtergleichberechtigt dargestellt wird – eine irriige Annahme. In der Diskursverschränkung mit dem Kriminalitäts- und Terrorismusdiskurs wird eine existenzielle Bedrohung durch Geflüchtete vermittelt. Diese Bedrohungsszenarien werden auch kollektivsymbolisch unterlegt. So werden – analog zu den 1990er Jahren – Flüchtlinge als subjektlose Masse dargestellt, die von ‚Außen‘ ins ‚Innere‘ dringt. Sie werden mit Bildern von Strömen, Fluten und Wellen als Naturkatastrophen konnotiert und mit Bildern der Krankheit als unmittelbare Gefahr konstruiert – während das Innen, das ‚Wir‘ als bedrohter Körper, als offenes Haus oder kenternes Boot beschrieben wird. Solche massiven Bedrohungsszenarien, mit denen die Flucht und Flüchtlinge denormalisiert werden, sind dazu geeignet, Vorbehalte und Rassismus hervorzubringen. Dass vor diesem Hintergrund ‚die Stimmung kippt‘, zumal die Leitmedien monatelang danach fragen, wann ‚die Stimmung kippt‘ und prognostizieren, dass die ‚Stimmung kippen wird‘, ist quasi aufgelegt.

Rassismus / Bewertung der extremen Rechten

Unglücklich verschränkt sich der Fluchtdiskurs 2015 mit dem Diskurs zu Rassismus. Rassismus wird im überwiegenden Teil der Kommentierung als eine kausale Folge von Migration angenommen und nicht als Folge einer Denormalisierung von Flucht. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass es die Anwesenheit von Migrant_innen und Geflüchtete sei, die ein Erstarren von Rassismus evoziere und nicht ein Resultat der Denormalisierung von Migration, der Bedrohungsszenarien und apokalyptischen Prognosen sei, wie sie sich in allen untersuchten Zeitungen finden lassen. Diese Annahme, gegen die sich nur wenige Gegenstimmen richteten, hat fatale Auswirkungen. So wird eine Beschränkung der Migration gefordert, um Rassismus entgegenzuwirken. Dass mit der Markierung der Flüchtlinge als das Rassismus auslösende Problem gleichfalls eine Denormali-

sierung einhergeht, die eine rassistische Stimmung auslösen und/oder bestärken kann, wird dabei nicht in Betracht gezogen. Man könnte sagen, der Diskurs vergisst sich selbst: Wenn im Mediendiskurs Flüchtlinge als eine Gefahr vermittelt werden – und das muss als ein Befund der Analyse festgehalten werden – müssen und sollten die Effekte dieser Vermittlung aber in die Reflektion über die Ursachen des erstarkten Rassismus einbezogen werden. Eine weitere Wirkung ist, dass mit der Stilisierung der Fluchtbewegung als Gefährdung für die ‚autochthone‘ Bevölkerung auch ein Handlungsbedarf evoziert wird. Dieser richtet sich dann aber nicht gegen den Rassismus selbst, sondern gegen die Geflüchteten (durch Sanktionen und Restriktionen, durch Abschottung und Abwehr), eben weil sie als Ursache für Rassismus angesehen werden. So wurde nach den Ereignissen in Heidenau zwar gesagt, das Problem müsse nun angegangen werden; das Problem wurde aber nicht im Rassismus ausgemacht, sondern in der „unkontrollierte[n] Flucht“ nach Deutschland. Auf diese Weise wird die Problemsicht derer, die Rassismus ausüben, übernommen, statt den Rassismus selbst als ‚eigentliches‘ Problem zu identifizieren. Einige Tage nach den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau schreibt Herfried Münkler in der SZ: „Wenn die Angst derart massiv wie jetzt in die Mitte der Gesellschaft einbricht, hat zuvor die Politik versagt“ Sie habe die Angst anschwellen lassen und sich nur unzureichend „um die Bearbeitung des Problems gekümmert.“ Das Problem identifiziert er aber nicht im erstarkten Rassismus oder Rechtsextremismus, sondern er macht die Flüchtlinge selbst zum Problem:

„Die einen haben naiv darauf vertraut, dass die Flüchtlingszahlen schon von selbst wieder zurückgehen würden, und haben deswegen nichts getan; und die anderen haben durch das Aufstellen moralischer Verbotsschilder jede Diskussion über die Bearbeitung des Problems blockiert. Und wiederum andere haben die Herausforderung durch die Flüchtlinge zwecks Angsterzeugung dramatisiert und den Eindruck erweckt, durch pure Verweigerung ihrer Aufnahme könne man der Herausforderung Herr werden.“ (Münkler, SZ, 29.8.2015)⁵³

Udenkbar wäre es gewesen, wenn nach den Anschlägen in Norwegen durch Breivik, der die ‚Kulturmarxisten‘ der sozialdemokratischen Partei treffen wollte, hegemoniale Medien danach gefragt oder gar konstatiert hätten, dass es ja tatsächlich zu viele Sozialdemokraten in Norwegen gibt. Im Fluchtdiskurs ist dieser Mechanismus nicht undenkbar, sondern sogar hegemonial. Und so kann dann auch eine Politik gegen Geflüchtete als Maßnahme gegen die extreme Rechte und den Rassismus betrachtet (und gefordert) werden. Forderungen und Grundannahmen der extremen Rechten werden im Namen seiner Bekämpfung übernommen.

⁵³ Diese Argumentation erinnert eklatant an die Debatten in den frühen 1990er Jahren. Auch in der Rheinischen schrieb Joachim Sobotta in dem Artikel „Wider die Gewalt“ vom 25.8.92: „Immerhin ist ‚Rostock‘ ein neuer Anstoß für die Politiker, nicht nur über eingestandene Versäumnisse zu reden [...], sondern rechtsstaatlich zu handeln.“ Mit den Versäumnissen meinte auch er nicht die mangelnde Bekämpfung von Rassismus in Deutschland sondern folgendes: Versäumt wurde "einen beinahe ungebremsten Zustrom von Ausländern und damit den ständigen Missbrauch des Asylrechts einzudämmen“.

Oftmals wird Rassismus in der Kommentierung externalisiert – er sei ein Phänomen der extremen Rechten. Nur selten wird der ‚Rassismus der Mitte‘ angesprochen. So erscheint Rassismus als Randproblem.

Fazit – Entwicklungen und Verschiebungen im Feld des Sagbaren

Innerhalb des Fluchtdiskurses kam es im Herbst 2015 zu massiven Verschiebungen des Sagbarkeitsfeldes, die sich vorher aber bereits ankündigten. Der Perspektivwechsel im Herbst 2015 lässt sich beschreiben als eine Entwicklung von der Betonung der Not der Geflüchteten hin zur Konstatierung der Not der Staaten wegen der Geflüchteten, von der Notwendigkeit des Schutzes der Geflüchteten hin zum Schutz vor den Geflüchteten, von der Aussetzung von Dublin II zur Aussetzung des Menschenrechts auf Asyl, von der ‚gerechten‘ Verteilung der Geflüchteten in Europa hin zur Vorverlagerung des Migrationsregimes, von der Ablehnung von Restriktionen hin zu der Befürwortung von Obergrenzen, von der Verurteilung des Rassismus hin zu seiner Indienstnahme, von dem Lob der Helfenden hin zu ihrer Diskreditierung als ‚Gutmenschen‘.

Vertiefungen

Ein wichtiger Befund der synoptischen Strukturanalyse ist, dass im Sommer/Herbst 2015 im Mediendiskurs eine Denormalisierung von Flucht beschrieben wurde, die gleichsam hin zu einer Normalisierung drängte. Diese Normalisierung sollte nicht selten über die Einschränkung von Grund- und Menschenrechten von Geflüchteten funktionieren. Mit welchen diskursiven Strategien dieser Umstand vermittelt wurde, kann die folgende Feinanalyse eines Artikels aus der FAZ vom 26.11.2015 deutlich machen. Die Analyse kann und soll die rhetorischen Mittel und Strategien aufzeigen, mit denen eine weitere Einschränkung des Asylrechts als notwendiges Mittel zur Wiederherstellung von Normalität in Deutschland das Wort geredet wird.

Eine weitere Vertiefung der Analyse stellt die Feinanalyse einer Ausgabe der BILD-ZEITUNG vom 16.10.2015 dar. Sie kann den ‚Kurswechsel‘, der auch in der BILD-ZEITUNG im Fluchtdiskurs vollzogen wurde, nachvollziehbar machen. Die Feinanalyse wird durch die Zusammenfassung einer Strukturanalyse kontextualisiert, die sich – wie auch die Analysen von TAZ, FAZ und SZ – auf den Zeitraum zwischen dem 1. August und dem 31. Oktober 2015 und dem 13. November und 20. November 2015 bezieht.

Die Verschiebung des Sagbarkeitsfeldes mithilfe der Strategien von Denormalisierung und Normalisierung wird anschließend mit den vorangegangenen Ergebnissen konfrontiert und einem Zwischenfazit zugeführt.

„Das Kontingent ist voll“. Eine Feinanalyse eines FAZ-Artikels

von Carolin Naumann und Margarete Jäger

Im Herbst 2015 streitet sich die Große Koalition heftig darüber, wie mit der Fluchtbewegung nach Deutschland umgegangen werden soll. Einige Mitglieder der CSU fordern eine Lösung durch die Einführung einer Obergrenze. Kanzlerin Angela Merkel weigert sich jedoch, eine solche Grenze einzuführen. Deshalb wird vermehrt über eine Kontingentlösung in Europa diskutiert. Kontingente werden als mögliche Lösung gesehen, die Flüchtlingszahl zu begrenzen, ohne aber eine strikte Obergrenze einzuführen.

Der Artikel „Das Kontingent ist voll“ erschien am 26.11.2015 in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG. Der Autor des Artikels, Jasper von Altenbockum, ist ein FAZ-Redakteur, der zur damaligen Zeit sehr häufig und eindringlich den Fluchtdiskurs in der FAZ kommentiert.⁵⁴ Insofern ist davon auszugehen, dass er das Sagbarkeitsfeld dieses Diskurses in der FAZ mitbestimmte. Die Analyse der Textsorte eines Kommentars ermöglicht es zudem, die Bewertungen der Konzepte, die im Bereich von Migration und Flucht in der FAZ politisch diskutiert werden, herauszuarbeiten. Vor dem Hintergrund der voranstehenden Strukturanalyse zum Fluchtdiskurs der FAZ lässt sich dieser Kommentar als ein typischer Artikel einordnen.⁵⁵

⁵⁴Vgl. dazu auch die Analyse von Christina Tacke in diesem Band.

⁵⁵Auch wenn der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung außerhalb unseres ‚eigentlichen‘ Untersuchungszeitraums liegt, kann die Analyse von Christiane Tacke, deren Ergebnisse in diesem Band nachzulesen sind, zeigen, dass die Themen und Unterthemen, die im Kommentar angesprochen werden für den FAZ-Diskurs zu dieser Zeit typisch sind. Der genaue Wortlaut ist zeilengetreu im Anhang nachzulesen. Die folgenden Ziffern nach den Zitaten beziehen sich auf die Zeilennummern.

Textoberfläche

Überschrift und Hervorhebungen

Der Artikel ist grafisch unauffällig, d.h. er wird weder durch Fotos oder Graphiken begleitet. Seine Überschrift „Das Kontingent ist voll“ (Z.1) nimmt die Debatte der Bundesregierung um Flüchtlingskontingente auf und konfrontiert die Leser_innen direkt mit Auffassung des Autors, der in einer Kontingentlösung offenbar keine Lösung sieht. Dies wird auch durch das ausgeklügelte Zitat, das in der Mitte des Kommentars hervorgehoben wird, verstärkt: „Kontingente alleine lösen nichts. Es müsste hinzukommen, was niemand bislang will: ‚Abschottung‘“ (Z. 99-102). In Verbindung mit dem Titel deutet sich hier bereits an, auf welche zentrale Aussage der Kommentar hinsteuert. Es geht um die Reduzierung von Flüchtlingen mittels Kontingenten. Damit ist aber auch klar: Kontingente dienen nicht dem Schutz der Geflüchteten, sondern dem Schutz vor Geflüchteten. Doch der Hinweis, dass die Abschottung „bislang“ niemand wolle, verweist darauf, dass hier offenbar noch argumentative Arbeit zu leisten sei. Dazu will der Kommentar beitragen, weshalb er auch zugesteht, dass die Kontingentlösung das Problem „alleine“ nicht lösen werde.

Angesprochene Themen und Diskurse⁵⁶

Neben dem Hauptthema der Debatte um Flüchtlingskontingente und der notwendigen Abschottung Deutschlands durch Dublin II, werden weitere Unterthemen aufgegriffen, die für den Fluchtdiskurs in Herbst 2015 relevant sind.

Thematisiert wird der *EU-Türkei-Deal*, der eine wichtige Rolle bei der Abschottung Deutschlands spielen würde. Wenn die Türkei Flüchtlinge zurückhalte, würde die Balkanroute als Fluchtroute geschlossen. (Vgl. Z. 21-26.)

Ebenfalls werden die „Schlepper“ (Z. 60) angesprochen. Das Abkommen mit der Türkei würde Schlepper nicht daran hindern, über andere Routen weiter Menschen in die EU zu befördern. (Vgl. Z. 56-68.)

Auch wird die *Stellung von Deutschland innerhalb der EU* diskutiert. Nach den Anschlägen von Paris habe sich diese noch einmal verschlechtert. Hier findet eine Verschränkung von Terrorismus und Flucht statt, mit der plausibilisiert wird, dass durch Flüchtlinge Terrorismus in die Gesellschaften getragen werden könne. Auf diese Weise wird das Argument, dass die Gesellschaft vor Flüchtlin-

⁵⁶Eine zeilengetreue Reproduktion des Artikels findet sich im Anhang.

gen geschützt werden müsse, noch einmal untermauert. Auch das im Fluchtdiskurs immer wieder angesprochene Unterthema der Obergrenze wird aufgenommen, wenn konstatiert wird, dass eine Kontingentierung von Flüchtlingen die faktische Einführung einer Obergrenze bedeute.

Aufbau des Artikels in Sinneinheiten

1-20 *Einleitung*: Die Debatte der Bundesregierung um Flüchtlingskontingente in Deutschland werde so geführt, als sei das „Problem“ (Z. 6) damit schon gelöst. Kontingente gehörten jedoch schon immer zur deutschen Flüchtlingspolitik. Zum einen für die jüdischen Emigranten aus der Sowjetunion und zum anderen seit zwei Jahren auch für Flüchtlinge aus Syrien. Jedoch haben diese Kontingente nicht zu einer „Begrenzung des Zuzugs“ (Z. 19/20) geführt.

21-34 *EU-Türkei-Deal*: Der Hinweis der Bundesregierung auf die Türkei sei „richtig“. (Z. 22/23) Ein Abkommen mit der Türkei könne die Balkanroute abriegeln, wenn diese Flüchtlinge zurückhalte und im Gegenzug dafür diese Leistung finanzielle Unterstützung erhalte.

35-57 *Geringe Beteiligung anderer EU-Mitgliedsstaaten an der Debatte um Flüchtlingskontingente*: Nach den Anschlägen von Paris beteiligen sich immer weniger EU-Mitgliedsstaaten an der Debatte um Flüchtlingskontingente. Deutschland stehe mit der Frage um Kontingente im europäischen Raum ziemlich allein da.

58-76 *Schlepperwesen und Ausweitung der Kontingente auf nordafrikanische Staaten*: Trotz eines Abkommens mit der Türkei würden sich Schlepper Wege einfallen lassen, um Flüchtlinge illegal nach Deutschland und in die EU zu bringen. Der EU-Türkei-Deal würde deshalb allein nicht ausreichen, um sich vor geflüchteten Menschen zu schützen. Die EU müsse mit nordafrikanischen Staaten ähnliche Verträge wie mit der Türkei abschließen.

77-105 *Kontingente allein lösen nichts*: Selbst wenn „der Riegel [...] rund um die EU geschlossen werden könnte“ (Z. 77-80), wäre damit illegale Einwanderung nicht verhindert, da das deutsche Asylrecht weiterhin Flüchtlinge anziehe. Aber: Wenn Dublin II wieder gelte, wäre Deutschland (wieder) auf dem Landweg unerreichbar.

106-131 *Abschottung*: Insofern wäre mit einer Kontingentlösung indirekt eine Obergrenze eingeführt. Wieviele Flüchtlinge nach Deutschland kommen dürfen, wäre dann politisch zu entscheiden. Doch diese Entscheidung setze voraus, zu akzeptieren, „dass Abschottung kein Frevel ist“. (Z.120/121) Zu befürchten sei, dass die deutsche Politik zu schwach für „eine solche harte Haltung“ (Z.126) sei.

132-149 *Realitätsverlust der Bundesregierung*: Die Debatte um Kontingente könne aber dennoch helfen, die Bundesregierung dazu zu bewegen wieder rea-

listisch zu handeln. Angela Merkel habe keinen Plan zur Lösung der „Flüchtlingskrise“. Durch die Debatte könne wieder Ordnung in staatliches Handeln einkehren.

Aus diesen Sinneinheiten ergibt sich folgende Argumentationsweise:

In der Einleitung wird unterstellt, dass Flüchtlingskontingente nicht verhindern werden, dass weitere Flüchtlinge ins Land kommen, da Kontingente nichts Neues seien, sondern bereits Bestandteil der deutschen Asylpolitik. Am Beispiel des Türkeiabkommens wird dann durchgespielt, dass das Ziel, keine weiteren Flüchtlinge aufzunehmen, von der Größe der Kontingente abhängt – was durch die mangelnde Bereitschaft anderer europäischer Länder, sich daran zu beteiligen, in Frage gestellt sei. Und da Deutschland kaum Druck auf die europäischen Partner ausüben könne, habe Deutschland die Hauptlast zu tragen. Außerdem spiele eine Vereinbarung mit der Türkei Schleppern in die Hände und die Fluchtrouten über das Mittelmeer seien auch immer noch offen. Somit müssten ähnliche Vereinbarungen auch mit nordafrikanischen Ländern getroffen werden, um die Anzahl Flüchtlinge zu reduzieren.

Nach Ausbreitung dieses Szenarios, das verdeutlicht, dass eine Kontingentlösung (allein) zur „Eindämmung“ der Fluchtbewegung nicht geeignet sei, wird eine argumentative Kehrtwendung vollzogen: Es wird unterstellt, dass es wider Erwarten mittels Kontingente doch gelänge, „den Riegel [...] rund um die EU“ zu schließen. Auch dann habe es Deutschland aber weiter mit illegaler Einwanderung zu tun, weil das deutsche Asylrecht ein „Magnet“ für die Flüchtenden sei, der nur abgeschwächt werden könne, wenn die alten Regelungen wieder gelten und allein zusätzlich Kontingentflüchtlinge aufgenommen würden.

Insofern werde damit faktisch eine Obergrenze eingeführt, über die moralisch und politisch debattiert werden müsse und die festlege, wie viele Flüchtlinge ins Land kommen können. Eine solche Festlegung jedoch könne aber nur dann getroffen werden, wenn akzeptiert werde, dass Abschottung prinzipiell in Ordnung sei. Von einer solchen Haltung sei die Bundesregierung aber noch weit entfernt.

Dennoch sei die Debatte um Kontingente ein Fortschritt, weil sie die Bundesregierung auf den richtigen Pfad bringe, auf dem das Vertrauen der Bevölkerung wieder hergestellt werden und „wieder Ordnung und Souveränität in staatliches Handeln“ zurückkehren könne.

Sprachliche und rhetorische Mittel

Argumentationsweise: Ziele und Zwischenziele

Eine zentrale Aussage des Textes ist, dass mit Kontingenten allein die Flüchtlingszahlen in Deutschland nicht gesenkt werden können, sondern dass dies nur durch eine Abschottung von Deutschland geschehen könne. Dabei wird stillschweigend unterstellt, dass Flüchtlinge für die deutsche Gesellschaft ein massives Problem oder gar eine Bedrohung darstellen, die abgewehrt werden müsse.

Diese zentrale Aussage und die darin enthaltene Unterstellung wird mit verschiedenen Argumenten vorgetragen.

Es wird in Anspielung auf die Regelung von Dublin II kritisiert, dass „geltendes Recht“ nicht angewendet werde. (Vgl. Z. 3-10.) Diese Kritik mit dem Verweis auf eine Kontingentlösung aus den 1990er Jahren bekräftigt, als jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion einreisen konnten. Dies zeige, dass Kontingentlösungen schon immer zur deutschen Flüchtlingspolitik gehörten, aber auch, dass diese allein die Menschen nicht am Kommen hindern würden. (Vgl. Z. 14-19.) Die Argumentation legt nahe, dass es also eine Regelung über die Kontingente hinaus geben müsse: die Abschottung von Deutschland.⁵⁷

Als weiteres Argument für eine Abschottung Deutschlands wird das EU-Türkei-Abkommen angeführt, welches die Türkei zwar dazu befähige, die Geflüchteten zu stoppen, um so die Balkanroute zu schließen bzw. für „Ruhe“ auf dieser Route zu sorgen. Damit aber würden andere Fluchtrouten keineswegs geschlossen, also kämen weiterhin Flüchtlinge nach Europa und Deutschland. Es sei denn: Deutschland schottet sich ab.

Argumentiert wird auch, dass je kleiner die ausgehandelten Kontingente seien, desto stärker werde wiederum der Einfluss der Schlepper. Diese würden dann die Menschen auf illegalem Weg in die EU befördern. Hieraus wird aber nicht geschlussfolgert, dass legale Einreisemöglichkeiten geschaffen werden. Die EU müsse sich ganz im Gegenteil stärker mit den nordafrikanischen Staaten verbünden, um sich auch auf dieser Seite durch Abkommen wie mit der Türkei vor Flüchtlingen zu „schützen“ und abzuschotten. (Vgl. Z. 58-76.)

Ein weiteres zentrales Argument für eine Abschottung von Deutschland wird in der Sogwirkung „deutscher Willkommenskultur“ (Z.48/49) und im deutschen Asylrecht gesehen. Letzteres sei ein „Magnet“ (Z. 83) für Geflüchtete.

⁵⁷ Dass es sich bei der Kontingentlösung der 1990er um Migranten und nicht um Flüchtlinge nach der Genfer Konvention handelte, wird allerdings nicht erwähnt. Eine Erwähnung hätte aber deutlich werden lassen, dass dieser Vergleich fragwürdig ist, denn die jüdischen Emigrant_innen wurden als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Deutschland aufgenommen. (Vgl. <http://www.bamf.de/DE/Migration/JuedischeZuwanderer/Voraussetzungen/voraussetzungen-node.html/> (Abruf: 21.07.2016))

Dagegen fordert von Altenbockum die erneute Anwendung von Dublin II, d.h. Menschen, die aus ‚sicheren Drittstaaten‘ kommen, wieder in diese abzuschieben und Schutzbedürftige in die Staaten zurückzuschicken, in denen sie in Europa ankommen. So wäre Deutschland auf dem Landweg unerreichbar für geflüchtete Menschen.(Vgl. Z. 88-105.)

Ein weiteres Argument lautet: Wenn Dublin II wieder eingeführt würde, dann hätte Deutschland mit der Kontingentlösung faktisch eine Obergrenze geschaffen, weil dann nur noch die Kontingentflüchtlinge nach Deutschland kommen können.

Der Artikel plädiert somit für eine nationale Lösung, die vor allem die Verantwortung für die Aufnahme der Geflüchteten in südeuropäische Staaten legt. Dies müsse sich die Bundesregierung jedoch erst eingestehen, denn im Klartext hieße das Abschottung und für diese politische Maßnahme sei Deutschland zu weich. Die Aufnahme von Geflüchteten wird hier als Schwäche ausgelegt, die Abschottung dagegen als nationale Stärke. Aber Deutschland sähe Abschottung als Verstoß gegen moralische Vorstellungen und nicht als etwas Akzeptables an, als etwas Notwendiges und moralisch nicht Verwerfliches. (Vgl. Z. 106-123.) Dennoch sei die Bundesregierung mit ihrer Kontingentlösung auf einem guten Weg.

Kollektivsymbolik

Die Argumentation wird durch den Einsatz von Kollektivsymbolen unterstützt. Dabei spielen die Haus-Symbolik und Natur-Symbolik eine zentrale Rolle.

Die Türkei wird als „Tor zur Balkanroute“ (Z. 23-24) bezeichnet und damit als ein Land, das kollektivsymbolisch im Außen angesiedelt ist, während die EU (und damit auch Deutschland) das zum Tor zugehörige Haus und damit den Innenbereich darstellen, der dem Außen durch ein Tor verschlossen bleibt. Interessant ist dabei, dass obwohl die Türkei sich im Außen befindet, sie dennoch die Situation im Innern des Hauses beeinflussen kann, da sie mit der Zurückhaltung von Flüchtlingen das Tor auf und zu machen kann.

Eine weitere Kollektivsymbolik kommt zum Einsatz, wenn es um die Belastung der Türkei durch Flüchtlinge geht, die durch ein Abkommen mit der EU auftreten können. Diese Belastungen sollen durch finanzielle Hilfen gelindert werden. (Vgl. 26-30.) Hier wird ein Kollektivsymbol aus dem medizinischen Bereich aufgeführt. Flüchtlinge werden als Belastung, als Krankheit oder Gebrechen konnotiert, das dem Körper der Türkei zu schaffen mache. Der Arzt ist in diesem Fall Europa, das die Krankheit der Türkei lindern könne.

Auch die Bezeichnung vom „Sog deutscher Willkommenskultur“ (Z. 48-49) arbeitet mit einem Natursymbol, in dem die Willkommenskultur quasi automatisch

Flüchtende nach Deutschland bringe, indem sie Menschen dazu ermutige, sich auf die Flucht zu begeben und nach Deutschland zu kommen. Damit kann ihr sogar der Status einer Fluchtursache zukommen.

Dazu passt dann die Rede vom „Flüchtlingsstrom“ (Z. 52), womit auch hier eine Vorstellung von einer Bedrohung durch Flüchtlinge aufgebaut wird, die als un-aufhaltsamer Strom auf Deutschland zufließen und vor denen es sich abzuriegeln und zu schützen gelte. Gekoppelt mit der Sogwirkung im Innen verdoppelt sich das Bild der Bedrohung.

Die Rede vom Riegel, der um Deutschland und Europa gelegt werden müsse, schließt an die Haus-Symbolik an. Der Riegel ist eine Vorrichtung für Fenster und Türen, mit dem hier symbolisch das Haus Europa bzw. Deutschland verschlossen werden kann. Er kann aber auch als militärisches Symbol verstanden werden, als eine militärische Stellung, mit der Gegner daran gehindert werden sollen, das eigene Gebiet einzudringen. Auch dadurch wird das zentrale Argument bedient, dass es um eine Abschottung von Deutschland gehen muss.

Schließlich aber könne das Eindringen von außen durch den Magnet des deutschen Asylrechts nicht verhindert werden. (Vgl. Z. 75-82) Damit wird das Asylrecht zu einem physikalischen Körper stilisiert, dem Naturkräfte innewohnen, gegen die man sich abschirmen müsse.

Auf diese Weise stellt Jasper von Altenbockum das Asylrecht selbst zur Disposition, es sei ein Anreiz für Menschen, die aus anderen Ländern flüchten müssen. Damit wird der Kern des Asylrechts abgelehnt, der darin zu sehen ist, dass es Menschen schützt, die vor einer existenziellen Bedrohung fliehen müssen. Aber diese Perspektive wird in der gesamten Argumentation des Kommentars ausgeblendet. Nicht die Not der Menschen steht im Mittelpunkt, sondern die Sorge davor, dass sie Schutz in Deutschland finden könnten. Darin zeigt sich nicht zuletzt eine zynische Haltung gegenüber Flüchtlingen in Deutschland. Auffällig an allen verwendeten Kollektivsymbolen ist außerdem, dass den Menschen jegliche Subjektivität abgesprochen wird und diese durch Objektivierungen ersetzt wird. So werden beispielsweise Aufnahmeländer als „Abnehmer“ bezeichnet, ganz so, als handele es sich bei den Menschen um Waren oder Güter: „Deutschland hat aber nicht nur gegenüber der Türkei, sondern auch gegenüber den möglichen Abnehmern des Kontingents in der EU einen schweren Stand“. (Z. 35-39)

Implikate

Der Artikel arbeitet durchgängig mit zwei Implikaten. Zum einen wird impliziert, dass es politisch nicht um das Schutzbedürfnis der Geflüchteten geht, sondern dass die deutsche Gesellschaft vor den Flüchtenden geschützt werden müsse. Damit lassen sich jedoch humanitäre Aspekte ausblenden. (Vgl. Z. 3-10.)

Ebenfalls durchgängig wird impliziert, dass die deutsche Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die Bundesregierung und speziell in die Kanzlerin habe. Vielmehr übe die Bevölkerung starke Kritik an den chaotischen Zuständen im Land und der Vertrauensverlust in die Regierung wird als Folge dessen gesehen. (Vgl. Z. 132-146.) Damit wird der deutschen Bevölkerung unterstellt, sie vertrete die gleiche Position wie der Autor. Dieser wiederum bestärkt seine eigene Position mit dem Implikat, die gesamte Bevölkerung sehe dies alles so wie er.

Akteurinnen und Akteure

Die Türkei wird durchweg als ein positiver Akteur dargestellt, insofern sie sich indirekt an einer Abschottung Deutschlands beteiligt. Damit wird der EU-Türkei-Deal als legitim erachtet. (Vgl. Z. 21-30.) Auch EU-Mitgliedsstaaten, die sich gegen eine Kontingentlösung stellen, werden als positive Akteure in den Artikel mit einbezogen. (Vgl. Z. 39-45.)

Die EU müsse sich mit Jordanien, dem Libanon und weiteren nordafrikanischen Staaten zusammenschließen, um ähnliche Verträge abzuschließen. Der Einbezug weiterer Staaten bestärkt die Forderung nach Abschottung. (Vgl. Z. 70-76.) Jasper von Altenbockum schlägt damit eine Vorverlagerung des Migrationsregimes vor die europäischen Außengrenzen vor und befürwortet eine Verteilung der dort ankommenden Geflüchteten in die südlichen Staaten der EU.

Negative bewertete Akteure sind die Schlepper, die Flüchtlinge auf illegalem Wege in die EU und Deutschland befördern. (Vgl. Z. 65-70.)

Doch auch die Bundesregierung ist ein negativer Akteur. Sie nehme in der Debatte um Kontingente eine schwache Haltung ein, da sie offenbar Abschottung als Frevel ansehe. (Vgl. Z. 118-127.) Besonders negativ wird Angela Merkel gesehen, der ein verlorener Realitätssinn nachgesagt wird.

Ironisierungen und Anspielungen

Bereits die Überschrift „Das Kontingent ist voll“ (Z. 1) kann als Anspielung auf die Asyldebatte in den 1990er Jahren gelesen werden. Damals kursierte in vielen Medien der Slogan „Das Boot ist voll“. In der damaligen Asyldebatte wurde auch mit diesem Slogan ein Feindbild aufgebaut. (Vgl. z.B. Jäger, M. 1993, 73-92.) Insofern kann die Überschrift „Das Kontingent ist voll“ auch als Warnung vor ähnlichen Zuständen wie in den 1990er Jahren verstanden werden und als Appell, schnell eine Lösung durch Abschottung anzugehen.

Schweden wird in dem Kommentar eine positiv konnotierte antiliberalen Position zugeschrieben. Denn selbst die ansonsten „moralische Großmacht“ (Z. 40-41) hätte nach den Anschlägen von Paris genug von einer liberalen Flüchtlingspolitik und würde sich aus der EU-Debatte um Flüchtlingskontingent zurückziehen. Hier wird mit einem gewissen Spott auf Schweden geblickt und das Scheitern einer liberalen Flüchtlingspolitik nach den Anschlägen von Paris als Beweis dafür angeführt, dass es sich abzuschotten gelte. Wenn sich selbst die Schweden aus solch einer Debatte heraushalten, müsse man die Alarmsignale wahrnehmen, denn für Deutschland gelte schon lange, dass die Kontingente voll seien.

Zusammenfassung der Analyse

Das zentrale Bild, das der Artikel „Das Kontingent ist voll“ vermittelt, ist, dass Flüchtlinge die deutsche Gesellschaft gefährden und sich diese gegenüber Asylsuchenden abschotten müsse. Flüchtlinge werden als Gefahr angesehen, die den inneren Frieden der Gesellschaft bedrohen. Deutschland und die EU müssten sich vor dieser Gefahr schützen. Völlig ausgeblendet wird dabei, dass diese Menschen vor Krieg oder Verfolgung fliehen und nach der Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht auf Asyl haben.

Die Argumentation wird durch etliche Kollektivsymbole unterstrichen, mit denen eine bedrohliche Lage herausgestellt wird. So zeigen Kollektivsymboliken, wie der „Flüchtlingsstrom“ (Z. 54) oder „der Sog deutscher Willkommenskultur“ (Z. 48-49) das Bedrohliche, das von „Außen“ an die Gesellschaft herangetragen werde und vor dem es sich zu schützen gelte. Durch die Verschränkung Flucht und Terrorismus wird der Eindruck einer enormen Gefährdung noch einmal verstärkt. Auch der Hinweis, dass andere EU-Staaten kein Interesse an einer gemeinschaftlichen Lösung sehen, baut politischen Druck auf. Deutschland müsse eine nationale Lösung suchen und sich ebenso wie diese Länder vor Flüchtlinge abschotten.

Statt auf Fluchtursachen einzugehen, nimmt der Autor die Schlepper ins Visier, ganz so als seien diese die Ursache dafür, dass Menschen aus ihren Heimatländern fliehen. Positiv wird gesehen, dass die Debatte um Kontingente eine Diskussion anstoßen könne, an deren Schlusspunkt nur die Einsicht stehen könne, dass das deutsche Asylrecht seine Attraktivität für Flüchtlinge einbüßen und sich Deutschland gegen Flüchtende abschotten müsse.

Von den Obergrenzen einer Willkommenskultur in Deutschland: Eine Feinanalyse einer BILD-ZEITUNGS-Ausgabe

von Sonja Marzock und Margarete Jäger

Im Sommer 2016 beteiligte sich die BILD-ZEITUNG mit der breit angelegten Kampagne „Wir helfen“ an der Debatte um Flucht und Migration in Deutschland. Augenscheinlich sollte damit eine positive Stimmung gegenüber Geflüchteten hergestellt bzw. unterstützt werden. Diese Kampagne stellte eine überraschende Wendung in der ideologischen Ausrichtung der Springer-Presse dar, die sich zuvor eher mit restriktiven Forderungen gegenüber Einwanderung positioniert hatte. Eine Analyse der BILD-ZEITUNG in dieser Zeit zeigt aber, dass nicht nur eine neue Willkommenskultur gefeiert wurde, sondern dass immer auch Berichte zu lesen waren, in denen das deutsche Asylsystem als zu liberal kritisiert wurde. Diese waren durchaus dazu geeignet, Ressentiments gegenüber Geflüchteten aufzubauen und zu verstärken. Dies war z.B. dann der Fall, wenn über ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ berichtet wurde, die in das deutsche Sozialsystem einwandern würden.

Dennoch ist festzuhalten, dass in BILD ein emotionalisiertes BILD von schutzsuchenden syrischen ‚Kriegsflüchtlinge‘ verbreitet wurde, das suggerierte, dass viele Menschen genau jetzt ‚unsere‘ Hilfe brauchen und diese durch BILD und ihre Leser_innen auch bekommen. Durch Berichte aus Unterkünften oder von Firmen, die Geflüchteten eine Ausbildung ermöglichen, wurde verdeutlicht, dass eine Integration von einigen tausend Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland funktionieren kann und dies auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gewünscht ist. Darüber hinaus wurde durch Kommentare zu den Handlungen des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad Mitleid gegenüber der syrischen Zivilbevölkerung erzeugt und damit die Aufnahme der vielen tausend Menschen legitimiert.⁵⁸ Der BILD-Reporter Paul Ronzheimer begibt sich sogar als Investigativjournalist auf die ‚Reise‘ über das Mittelmeer und freundet sich dabei mit dem syrische Studenten Feras an. Ronzheimer fragt als temporärer Flüchtling und Journalist in seinem Artikel: „Warum machen die das mit uns an den Grenzen?“ Er zeigt sich solidarisch gegenüber den Geflüchteten, mit denen er sich auf eine lebensgefährliche Fahrt begibt und fordert die deutsche Regierung auf, das Sterben an den europäischen Außengrenzen zu beenden. Mit dieser ungewöhnlichen Aktion erzeugte BILD Aufmerksamkeit. Dennoch ist kritisch anzu-

⁵⁸ In den Berichten über syrische Geflüchtete werden diese auch namentlich genannt. Auf diese Weise erhalten die Personen eine Identität, die andere Geflüchteten jedoch nicht erhalten.

merken, dass bei aller Solidarität und Identifikation in seinem Bericht die betroffenen Menschen nicht direkt zu Wort kommen. So kann der Eindruck entstehen, dass sie ihre Situation nicht seriös beurteilen können. Dabei betont auch Paul Ronzheimer mehrmals, dass Feras fachliche Kompetenzen in Deutschland gebraucht würden.

Mit dieser Ausrichtung ihrer Berichterstattung trug die BILD-ZEITUNG nicht zuletzt dazu bei, ein Gegengewicht gegenüber den gleichfalls vorhandenen rassistischen Stimmungen in Teilen der Bevölkerung zu schaffen und damit eine negativ aufgeladene emotionale Situation in Deutschland wieder zurückzudrängen. Denn seit Anfang 2015 war diese von Pegida-Märschen und brennenden Flüchtlingsunterkünften geprägt. Durch die Kampagne der BILD wurde ein Ausgleich hergestellt, der die gewalttätigen Ausschreitungen in den Hintergrund rücken ließ. Die rassistischen Ausschreitungen in Heidenau wurden kritisiert und als nicht rechtens dargestellt. Dies geschah allerdings auf eine spezifische Weise: die Ausschreitungen werden als ein Randphänomen angesehen, das zudem nur im Osten der Republik existiere. Dort gebe es eine Minorität an Personen, die mit Teilen der extremen Rechten sympathisiere und somit kein wirkliches Problem darstellten. Damit positioniert sich BILD zwar gegen rassistische Diskriminierung, ohne aber die damit verbundenen rassistischen Weltbilder anzusprechen oder gar aufzubrechen. Es geht um Einzeltäter_innen in Ostdeutschland, denen eine insgesamt positive Stimmung innerhalb der Restbevölkerung, also der sogenannten politischen ‚Mitte‘ gegenüber gestellt wird.

Im weiteren Verlauf der Berichterstattung driftet die BILD-Berichterstattung zu Migration und Flucht im Herbst allerdings in Richtung eines zunehmenden Verständnisses für die ‚Sorgen und Ängste‘ der Bevölkerung gegenüber weiteren Fluchtbewegungen ab. Diese ‚Ängste‘ müssten ernst genommen werden und dürften nicht als ‚rechts‘ oder fremdenfeindlich diffamiert werden. Mit solchen Einschätzungen werden jedoch rassistische Ressentiments marginalisiert. BILD berichtet über kleine Gemeinden, die am stärksten unter der ‚Krise‘ zu ‚leiden‘ hätten und wo infolgedessen nicht mehr an die deutsche Restbevölkerung gedacht werde. Auch der Streit um eine Obergrenze zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer spiegelt aus BILD-Sicht eine ‚Angst‘ vor Überfremdung in der Bevölkerung wider. Dabei trägt BILD durch eine ständige Wiederholung von Seehofers Äußerungen sowie der Kritik an Angela Merkel, die bis hin zur Forderung nach ihrer Absetzung reichte, zu dieser vermeintlichen oder tatsächlichen ‚Angst‘ bei.

Auch wird den Geflüchteten schon mal mangelnder Intellekt unterstellt, wenn ihnen Zitate zugeordnet werden wie: „Sie sind endlich in „Almaniya“ (sic!), in Deutschland – ihrem Traumland“. (Bromse, BILD, 07.09.2015) Auch ihre Darstellung auf Fotos unterstützt diese Lesweise. Sie werden oft in schmutziger Kleidung gezeigt, sie werden dargestellt als zwar erschöpft, aber glücklich und demütig. Viele werden als Fans der Kanzlerin oder der Bundesliga charakterisiert. Damit wird einerseits ihr positiver Bezug zur deutschen Nation und Kultur unterstrichen, andererseits erscheinen sie dadurch aber auch als ‚schlichte Gemüter‘.

Auf der anderen Seite werden Geflüchtete aus Osteuropa und afrikanischen Staaten, die sich nicht im Krieg befinden, als ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ abgewertet. Die dortigen Zustände werden von BILD nicht als Fluchtgrund anerkannt. Ihnen wird unterstellt, das deutsche Sozialsystem auszunutzen, und es wird ihre Abschiebung gefordert. Auch findet hier häufig eine Verknüpfung mit Kriminalität statt. All dies ist dazu geeignet, in Teilen der Bevölkerung ‚Ängste‘ um den eigenen Lebensstandard zu erzeugen. Die Einteilung in asylberechtigte und negativ-konnotierte Geflüchtete aus anderen Krisengebieten, stellt eine Legitimationsgrundlage dafür dar, dass nicht alle Menschen in Deutschland bleiben könnten. Diskriminierung und Verfolgung als Fluchtgrund gelten in der BILD nur für Geflüchtete aus Kriegsgebieten.

Von Beginn des ‚Sommermärchens‘ einer deutschen Willkommenskultur an, über das BILD in der „Wir helfen - Refugees Welcome“ Kampagne berichtet, wird diese in Konfrontation zu den übrigen EU-Staaten gesehen. Bei ihnen handelt es sich um die „Drückeberger Europas“, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Besonders Polen und Ungarn stehen hier in der Kritik. BILD teilt die Auffassung der deutschen Regierung, dass die Verteilung der Geflüchteten auf die europäischen Staaten ungerecht sei und dazu führe, dass Deutschland die ‚Krise‘ in Europa alleine bewältigen müsse. Vor allem Ungarns Ministerpräsident Orbán gilt in BILD als das personifizierte Böse. Er verfolge eine protektionistische Flüchtlingspolitik und wolle Ungarn abschotten. Damit wird die Schuld an der Misere einem Staat und dann auch noch einem Mann zugeschrieben; die Verantwortung der *europäischen* Politik bleibt ausgeblendet.

Auch bei der Thematisierung von ‚Schleuserorganisationen‘ geht es BILD darum, die Verantwortung für die Krise auf andere zu verlagern. Durchgängig wird berichtet, dass sich ‚Schlepper‘ und ‚Schleuser‘ an dem Leid der Geflüchteten bereicherten. Sie gelten als Profiteure und Produzenten der ‚Krise‘. Das fehlende gemeinsame europäische Asylsystem kann in dieser Sicht ausgeblendet werden. Vielmehr wird suggeriert, dass das Problem der Flucht durch eine Ausschaltung dieser Organisationen gelöst wäre. Neben der Kriminalisierung der Schleuser wird betont, dass es sich um Personen handelt, die nicht aus der deutschen Bevölkerung kommen, dass somit kriminelle Aktivitäten im ‚Außenbereich‘ existieren, vor denen Deutschland und Europa geschützt werden müssten.

Nachdem am 14. September 2016 die Grenzen faktisch wieder geschlossen wurden, nimmt in BILD die Kritik am ‚Kurs‘ der Kanzlerin zu, und die ‚Flüchtlingskrise‘ wird zu einer ‚Regierungskrise‘. Der ‚falsche‘ Kurs der Kanzlerin stürze sowohl Deutschland, als auch die Kanzlerin selbst in eine Krise. Zudem werden wieder die ‚besorgten Bürger_innen‘ ins Feld geführt und deren Ängste beschrieben. Dabei ist der Islam genauso oft Thema, wie die Forderung, dass Geflüchtete sich an eine sogenannte ‚deutsche Leitkultur‘ zu halten hätten. (Vgl. BILD-ZEITUNG, 30.09.2015.) Vielfach wird davon ausgegangen, dass Geflüchtete, die aus dem arabischsprachigen Raum kommen, aus ‚unzivilisierten‘ Ländern kämen, deren Werte den Grundsätzen der westlichen Welt diametral gegenüber stünden. Damit wird ein Fokus auf vermeintlich kulturelle Differenzen gelegt und die Angst vor einem ‚Clash of Civilisations‘ geschürt. Vor allem jungen muslimischen Männern wird eine latente Gewaltaffinität unterstellt, die sich durch

den Frust und Langeweile in den Unterküften einstelle.⁵⁹ Auch wird oft unterstellt, dass diese Personen in islamistische Organisationen abrutschen könnten und somit ein allgemeines Sicherheitsrisiko darstellten.⁶⁰ Auch wenn diese Zuschreibungen nur durch Implikate vermittelt werden, so ist davon auszugehen, dass die Botschaften ankommt, weil sie in eine diskursive Situation hineingeschrieben werden, in der eine latente Gewaltbereitschaft gegenüber solchen unerwünschten Gruppen von Geflüchteten besteht.

Die folgende Feinanalyse einer Ausgabe der BILD kann und soll den Prozess verdeutlichen, wie der Fluchtdiskurs in der BILD-ZEITUNG sich in die restriktive Richtung verlagert hat.

„Ein ganz normaler Flüchtlings-Tag“ in der BILD-ZEITUNG. Eine Feinanalyse

Am 16.10.2015 macht die BILD-ZEITUNG ihre Ausgabe mit der Schlagzeile auf: „Ein ganz normaler Flüchtlings-Tag“. Die Artikel, die sich in dieser Ausgabe finden, sollen im Folgenden unter diskursanalytischen Gesichtspunkten analysiert werden. Sie enthält Artikel, deren Aussagen für den Fluchtdiskurs in der BILD-ZEITUNG insgesamt typisch sind.⁶¹ Insofern trifft die in der Titelschlagzeile angesprochene Normalität auch für die Berichterstattung der BILD in dieser Ausgabe zu.

Institutioneller Rahmen

Bekanntlich ist die BILD-ZEITUNG ein einflussreiches, relativ konservativ ausgerichtetes Massenblatt, das große Teile der Bevölkerung zu erreichen sucht und erreicht. Darüber hinaus hat sie aber auch großen Einfluss auf den mediopolitischen Diskurs insgesamt und ist in der Lage, Themen zu setzen.⁶²

⁵⁹ Vgl. die Schlagzeile in BILD, 02.10.15: „Dramatisch überfüllt. Frust schlägt in Gewalt um. Schon wieder Massen-Schlägerei“, „Krise in Flüchtlingsheimen“. Und in derselben Ausgabe: „Lagerkoller! Warum die Situation in vielen Flüchtlingsheimen immer kritischer wird“. (BILD, 02.10.2015 [a])

⁶⁰ Vgl. BILD, 16.11.15: „Asylbewerberheime. Sind unter den Flüchtlingen auch ISIS-Terroristen?“.

⁶¹ Die Auswahl der Ausgabe für eine Feinanalyse geschah vor dem Hintergrund einer Strukturanalyse aller BILD-Zeitungen zum Thema Flucht und Migration in der Zeit vom 01.08.15 bis zum 31.10.15. Des Weiteren wurden Artikel in der Woche vom 13.11.15 bis zum 20.11.15 in die Analyse eingearbeitet, da untersucht werden sollte, ob sich nach den Terroranschlägen vom 14.11.15 in Paris der Fluchtdiskurs in der BILD-Zeitung verschiebt.

Dass die Thematik ‚Migration und Flucht‘ für die BILD-ZEITUNG von großer Relevanz ist, wird daran deutlich, dass die Artikel in der Ausgabe – sofern sie namentlich gekennzeichnet sind – von Personen verfasst wurde, die der Leitungsebene der BILD angehören: Béla Anda als damaliger stellvertretender Chefredakteur, Julian Reichelt als Chefredakteur von BILD.DE, Rolf Kleine als leitender Redakteur für Politik sowie Rolf Schuler als Leiter der Parlamentsredaktion von BILD.

Anlass der Titelstory sind die anhaltenden Fluchtbewegungen aus Österreich in Richtung Bayern, die zu diesem Zeitpunkt täglich stattfinden.

⁶² Vgl. zum Potential der Themenbesetzung die Analyse von Brigitta Huhnke, in der sie die intermedialen Abhängigkeiten zwischen BILD am Sonntag und dem SPIEGEL untersucht hat. (Huhnke 1993, 213-266)

Grafische Darstellung und Anordnung von Artikeln

Freitag, 18. Oktober 2015 8.00 €

Bild
UNABHÄNGIG · ÜBERPARTeilICH
www.bild.de

Wieder über 9000 Flüchtlinge über deutsche Grenze!
Wieder Krisen-Gipfel!
Wieder muss sich die Kanzlerin verteidigen!
Wieder Seehofer-Attacken!
Wieder ertrinken Menschen im Mittelmeer!

Erstmal zu Penny
Penny
2.99
Penny
18.10.2015

EIN GANZ NORMALER FLÜCHTLINGS-TAG!

Postbus führt Rabatt-Karten ein
Der Postbus bietet ab sofort eine Rabattkarte nach dem Vorbild der BahnCard an Kunden, die eine sogenannte Postbus-Karte für 25 Euro kaufen und erhalten. Das gilt für alle Unternehmen mit 25 bis 50 Mitarbeitern. Die Karte ist allerdings keine BahnCard, die Karte hat eine Laufzeit von zwölf Monaten, verlässt sich nicht auf die BahnCard.

Die Winterlinde ist der Baum des Jahres 2016
Bis zu 2000 bis 3000 Jahre alt werden, langgestreckt und in vielen Dimensionen und Farben. Die Winterlinde ist der Baum des Jahres 2016. Sie ist ein Holzbaum, der in Deutschland und in vielen anderen Ländern heimisch ist. Die Winterlinde ist ein Baum, der in Deutschland und in vielen anderen Ländern heimisch ist.

Biskys Kunst von der Straße
Kunst kommt nicht von oben, sondern von unten. Das sagt der Künstler Bisky. Er ist ein Künstler, der in Deutschland und in vielen anderen Ländern heimisch ist.

AFGHANISTAN Doch kein Rückzug!
Die US-Truppen und die Bundeswehr haben in Afghanistan keine Rückzug angedeutet. Die US-Truppen und die Bundeswehr haben in Afghanistan keine Rückzug angedeutet.

Der GOLF-SUV kommt!
Volvo SUV
JETZT
Audi
Audi

Das Foto über der Titelschlagzeile zeigt Geflüchtete, die – nachdem sie die Grenze überschritten haben – von einem Polizeiwagen nach Passau geleitet werden. In das Foto hinein montiert sind fünf weitere Schlagzeilen, mit denen die Thematiken angekündigt werden, die im Innenteil von BILD angesprochen werden.

Die Aufmachung der Titelseite entspricht BILD-ZEITUNGSstandard: Links oben befindet sich das rote Logo der Zeitung. Daneben sind die angesprochenen kleine-

ren Schlagzeilen montiert, die jeweils mit roten Pfeilen versetzt sind. Dabei verweist das gleichfalls rot gedruckte Adverb „wieder“ darauf, dass hier von einem andauernden Prozess die Rede ist, von dem die Hauptschlagzeile behauptet, dass es sich dabei mittlerweile um eine „Normalität“ handle. Im Einzelnen geht es um die hohe Anzahl von Geflüchteten (über 9.000), um den Krisen-Gipfel, um die Haltung von Angela Merkel und die Attacken von Horst Seehofer sowie um die weiterhin im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlinge.

Die weiße, fett gedruckte Überschrift, „Ein ganz normaler Flüchtlingstag“ ist mit einem schwarzen Schlagschatten versehen, wodurch sie noch einmal besonders hervorgehoben wird.

Zwischen den fünf kleineren Schlagzeilen und der Hauptschlagzeile befindet sich das Foto der Geflüchteten. Sie laufen auf einer Straße neben einer Wiese und es ist kein Ende dieser Menschenkette zu erkennen. Der Himmel ist dunkelgrau verhangen. Dadurch entsteht der Eindruck einer beklommenen und düsteren Situation. Die Hauptschlagzeile ist in die Wiese montiert und die weiteren sind im Himmel zu sehen.

Die Äußerungen beziehen sich auf die gegenteiligen Meinungen der beiden. Darunter befindet sich – rot unterstrichen – die Frage: „Ist Seehofer der gefährlichste Freund, den Merkel je hatte?“ Wenn man die fettgedruckten Worte hintereinander liest, so dominiert die Position von Horst Seehofer: Wir werden scheitern, der Schalter muss umgelegt werden, wir brauchen Taten!

Unter diesem Bericht kommen Bürgermeister_innen zu Wort, die ihre Probleme schildern, außerdem befindet sich auf der Seite ein Kommentar von Julian Reichelt mit dem Titel: „Das Morden stoppen!“ sowie ein Interview mit Frank-Walter Steinmeier. Der Titel ist ein Zitat von Steinmeier: „Wir müssen daran arbeiten, dass weniger Flüchtlinge zu uns kommen.“

Weitere kleinere Meldungen auf der Seite beschäftigen sich mit der Türkei, die für die Grenzsicherung „3 Milliarden Euro“ haben will, sowie mit dem Bundestag, der das Asyl-Gesetz verschärft. Letzteres ist mit einer rot gefärbten Überschrift versehen und mit einem schwarzen Hintergrund hervorgehoben.

Aus diesen einzelnen Bestandteilen ergibt sich als Gesamtaussage dieser Seite, dass es in erster Linie um eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen, wenn nicht sogar um eine Abschottung von Deutschland gehen muss, wenn die Probleme bewältigt werden sollen.



Tragischer Unfall bei der Rettung Küstenwache rammt Flüchtlingsboot

Das Boot, ein Kanu mit drei unbewussten Leuten, lief auf die Küste zu. Die Küstenwache rammte es mit dem Bug. Die Flüchtlinge wurden verletzt. Ein Mann starb. Die Küstenwache ist ein Patrouillenboot der Bundeswehr. Die Flüchtlinge sind aus Syrien und Libanon. Die Küstenwache ist ein Patrouillenboot der Bundeswehr. Die Flüchtlinge sind aus Syrien und Libanon.

Das Boot, ein Kanu mit drei unbewussten Leuten, lief auf die Küste zu. Die Küstenwache rammte es mit dem Bug. Die Flüchtlinge wurden verletzt. Ein Mann starb. Die Küstenwache ist ein Patrouillenboot der Bundeswehr. Die Flüchtlinge sind aus Syrien und Libanon.

Das Boot, ein Kanu mit drei unbewussten Leuten, lief auf die Küste zu. Die Küstenwache rammte es mit dem Bug. Die Flüchtlinge wurden verletzt. Ein Mann starb. Die Küstenwache ist ein Patrouillenboot der Bundeswehr. Die Flüchtlinge sind aus Syrien und Libanon.

Prügelei in Asylbewerberheim

Chinesen - In einem Asylbewerberheim in Düsseldorf (NRW) gab es eine Prügelei zwischen Flüchtlingen. Die Polizei wurde alarmiert, als die Prügelei ausbrach. Die Flüchtlinge wurden verletzt. Die Polizei hat die Täter festgenommen.

Das tun Moscheen für Flüchtlinge

Berlin - Im Bild: Ingeborg, eine syrische Flüchtlingin, die von einem Mann in einem Boot gerettet wurde. Die Flüchtlinge sind aus Syrien und Libanon. Die Moscheen sind ein wichtiger Ort für die Flüchtlinge. Sie bieten ihnen einen Ort, an dem sie sich treffen und beten können. Die Moscheen sind ein wichtiger Ort für die Flüchtlinge. Sie bieten ihnen einen Ort, an dem sie sich treffen und beten können.

Berlin - Im Bild: Ingeborg, eine syrische Flüchtlingin, die von einem Mann in einem Boot gerettet wurde. Die Flüchtlinge sind aus Syrien und Libanon. Die Moscheen sind ein wichtiger Ort für die Flüchtlinge. Sie bieten ihnen einen Ort, an dem sie sich treffen und beten können. Die Moscheen sind ein wichtiger Ort für die Flüchtlinge. Sie bieten ihnen einen Ort, an dem sie sich treffen und beten können.

WELPENGEBER WELTBÜCHER
Yourfone spendet 50 000 SIM-Karten

Welpengründer spenden Bücher. Yourfone spendet 50 000 SIM-Karten. Die Spenden sind für Flüchtlinge. Die Spenden sind für Flüchtlinge.

NISSAN
Innovation. Fuel efficiency.

ECHTE PUBLIKUMSLIEBLINGE!
DIE KOMPAKTEN VON NISSAN.

NEW NISSAN MICRA
1.6i 16V, 107 kW (145 PS), 1700 cm³

NEW NISSAN MICRA
1.6i 16V, 107 kW (145 PS), 1700 cm³

NEW NISSAN MICRA
1.6i 16V, 107 kW (145 PS), 1700 cm³

NISSAN MICRA
MONATLICHE RATE SCHON AB € 79,-

NISSAN MICRA: DIE KOMPAKTEN VON NISSAN.

Diese Aussage wird jedoch in Frage gestellt, durch den Eyecatcher auf der gegenüber liegenden dritten Seite. Ein großes Foto zeigt einen Taucher in Griechenland, der ein lebloses Mädchen aus dem Wasser trägt. Unter dem Foto ist die Schlagzeile abgedruckt: „Tragischer Unfall bei der Rettung. Küstenwache rammt Flüchtlingsboot.“ Der erste Satz ist rot eingefärbt, der zweite ist in fetter weißer Schrift geschrieben und rot unterstrichen. Weitere Fotos zeigen das Schiff der Küstenwache und die Trümmern des Bootes, in dem die Geflüchteten offenbar saßen. Weitere Überschriften auf dieser Seite thematisieren Hilfsbereitschaft: „Das tun Moscheen für Flüchtlinge“, und „Refugees Welcome: Yourfo-

ne spendet 50000 SIM-Karten“, aber auch Konflikte: „Prügelei in Asylbewerberheim“.

Auf der dritten Seite wird also die harte Aussage der zweiten Seite insofern abgemildert, als dass auf die Tragik von Flucht und die Hilfestellungen der deutschen Gesellschaft hingewiesen wird. Dennoch bleibt die Hauptaussage, dass die Anzahl der Flüchtlinge reduziert werden muss, dass es ‚so nicht weitergehen kann‘.

Die grafische Aufmachung der Seiten ist typisch für BILD. Selbst im Politikteil, bzw. auf den Seiten, auf denen politische Themen besprochen werden, überwiegen Fotos und Schlagzeilen, die das wichtigste mit wenig Leseaufwand zusammenfassen. So dominieren in dem Artikel über den Streit der Kanzlerin mit dem CSU-Chef die Äußerungen Horst Seehofers, auch wenn der Artikel sich vornehmlich mit der Stellung von Angela Merkel in der CDU/CSU beschäftigt. Auch das Interview mit Außenminister Steinmeier thematisiert, anders als es die Überschrift vermuten lässt, vor allem eine Dienstreise des Ministers „in den Iran, nach Saudi-Arabien und Jordanien“. Es wird durch grafische Hervorhebungen eine inhaltliche Stoßrichtung vermittelt, die mit den Inhalten der Artikel dann nicht unbedingt übereinstimmt. Die Aussagen werden vor allem durch Fotos und Hervorhebungen formuliert.

Da sich auf einer Seite mindestens sechs bis acht Berichte und Artikel befinden, wirken die Seiten überladen und andere Informationen über tagespolitische Ereignisse gehen unter.⁶³

Sprachlich-rhetorische Mittel und Argumentationsstrategien

Die Titelschlagzeile: „Ein ganz normaler Flüchtlings-Tag!“ bezieht sich nicht direkt auf die Situation der Menschen, die nach Europa flüchten. In Verbindung mit den kleineren Schlagzeilen kann dieser „Flüchtlings-Tag“ nur auf die prekäre Lage in Deutschland hinweisen, die laut BILD durch die Fluchtbewegungen entstanden ist. Einzig die letzte der fünf kleineren Schlagzeilen enthält einen Bezug auf Geflüchtete, die im Mittelmeer ertrinken. Doch im Zusammenhang mit den zuvor genannten Problemen kann das Ertrinken von Flüchtlingen auch als eine Zumutung gelesen werden, die die Fluchtbewegungen für das humanitäre Gewissen der Bevölkerung darstellen.

Die unter den Schlagzeilen befindlichen Zeilen wiederholen die Thematiken der kleineren Schlagzeilen und verweisen gleichzeitig auf Artikel im Innenteil: BILD sieht „Europa im Ausnahmezustand“.

⁶³ So wird auf Seite 2 über die Kritik der Wirtschaft an der Ökostrom-Umlage berichtet. Außerdem wird eine Razzia bei VW gemeldet, und eine weitere Meldung beschäftigt sich mit dem Umbau des Baukonzerns Bilfinger.

Es sind die fünf kleineren Schlagzeilen, die auf einen andauernden Zustand von Denormalität hinweisen: „Wieder über 9000 Flüchtlinge über deutsche Grenze! Wieder Krisen-Gipfel! Wieder muss sich die Kanzlerin verteidigen! Wieder Seehofer Attacken!“ und als letztes: „Wieder ertrinken Menschen im Mittelmeer!“ Durch die rhetorische Figur einer Anapher wird aber nicht nur auf die andauernde Denormalität in Deutschland hingewiesen, die Anordnung der Schlagzeilen macht darüber hinaus deutlich, dass sich die Politik (der Bundesregierung) im Kreis drehe.

Das ist eine düstere Prognose, die durch das Titelfoto verstärkt wird. Es zeigt sich, dass das Handeln und der Zustand der Bundesregierung hier *das* zentrale Thema ist.

1. Die erneute Schließung der Grenze hat keine positiven Auswirkungen auf eine Begrenzung der Einwanderung.
2. Auch Krisen-Gipfel können keine Ergebnisse erzielen, die zu einer Entlastung der Situation in Deutschland beitragen.
3. Die Kanzlerin steht unter Druck und muss ihre eigene Agenda des „Wir schaffen das!“ verteidigen.
4. Denn sie wird von der CSU, also auch ihrem eigenen Lager, attackiert.
5. Es ändert sich nichts: Weiterhin ertrinken Flüchtlinge im Mittelmeer.

Die Kritik an der Kanzlerin wird hervorgehoben. Sie sei dafür verantwortlich, dass weiterhin tausende Menschen in Deutschland ankommen. Diese Aussage verwundert nicht. Denn in den Wochen zuvor hat BILD immer wieder deutlich gemacht, dass die deutsche Regierung und Bevölkerung an ihre „Grenzen der Machbarkeit“ bezüglich der Versorgung der Geflüchteten gelangt sei.

Im Innenteil der Ausgabe lassen sich unterschiedliche Argumentationsstrategien auffinden, mit denen diese Sichtweise unterstützt wird.

In dem Kommentar von Julian Reichelt mit dem Titel „Das Morden stoppen!“ verlangt dieser, dass der Afghanistan-Einsatz verlängert werden müsse, und dass auch in Syrien militärisch interveniert werden müsse. Ansonsten drohe „uns“ die nächste „Flüchtlingswelle“. Das bisherige Konzept „Bloß nicht einmischen“ habe „Hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben“ und werde „noch Millionen mehr zu uns treiben“. Und weiter:

„Die Kriege von heute sind die Flüchtlingskrisen von morgen. Es ist unsere Wahl und sie ist historisch. Entweder kommen wir zum Krieg und stoppen das Morden. Oder die Opfer des Krieges kommen zu uns.“

Der Chefredakteur der Onlineausgabe der BILD verteidigt damit nicht nur die militärische Intervention der Bundeswehr in Afghanistan, sondern fordert eine solche auch in Syrien. Damit verfolgt er jedoch keineswegs humanitäre Motive in der Weise, dass er den Menschen in Syrien helfen will. Seine Forderung erwächst vielmehr aus anderen Motiven: Wenn ‚wir‘ nicht intervenieren, kommen

weitere Kriegsoffer in „großen Wellen“ zu ‚uns‘. Nicht die Betroffenen des Bürgerkrieges leiden unter ihm, sondern ‚wir‘, die deutsche Gesellschaft, sind die eigentlich Betroffenen. ‚Wir‘ müssen durch eine militärische Intervention dafür sorgen, dass diese Menschen nicht nach Europa kommen. Implizit verharmlost Reichelt den seit vier Jahren tobenden Krieg in Syrien, wenn schreibt:

„Man kann Menschen nur einem gewissen Maß an Gewalt aussetzen, bis sie aufbrechen und für sich und ihre Kinder eine bessere Zukunft suchen – und zwar bei uns.“

Dies lässt sich auch so verstehen, als hätten die Menschen in Syrien den Bürgerkrieg satt und suchten nun nach Möglichkeiten nach Europa zu gehen, um dort besser zu leben. Julian Reichelt warnt davor, dass Deutschland von „Wellen“ von Geflüchteten überrollt werden würde, wenn nicht endlich von deutscher Seite interveniert werde. Der Titel „Das Morden stoppen!“ verkommt hier zu einem Lippenbekenntnis. Der Gehalt des Artikels hat nichts mit dem Titel gemein.

Auch das nebenstehende Interview mit Frank-Walter Steinmeier, das im Vorfeld seiner Reise in den Iran, nach Saudi-Arabien und Jordanien in seiner Funktion als Außenminister geführt wurde, zielt ebenfalls argumentativ darauf ab, dass das Flüchtlingsaufkommen reduziert werden soll. Dies macht der Titel deutlich, der als Zitat Steinmeiers gekennzeichnet ist. Was im Interview erst am Ende zur Sprache kommt und auch als langfristige Aufgabe definiert wird, wird dadurch an den Anfang gestellt und damit als zentrale Aussage von Steinmeier insinuiert: „Wir müssen daran arbeiten, dass weniger Flüchtlinge zu uns kommen.“ Dabei ist diese Äußerung von ihm eine Teilantwort auf die vorletzte Frage des Interviews: „Keine schnelle Lösung im Syrien-Konflikt - das heißt auch, dass weitere Flüchtlingsströme zu uns kommen. Wie lange halten wir das aus?“⁶⁴ Darauf antwortet Steinmeier: „Auch wenn in diesem Jahr vielleicht eine Million Flüchtlinge zu uns kommen sollten, werden wir das hinbekommen.“ Unterstrichen sind die beiden letzten Sätze: „Über mehrere Jahre wird das aber nicht gehen. Auch deswegen müssen wir daran arbeiten, dass weniger kommen.“

Diese Äußerung Steinmeiers ist jedoch nur ein Aspekt des Interviews – dazu noch einer, die als mittel- bis langfristiges Ziel formuliert wird. Ansonsten berichtet das Interview von seinen diplomatischen Absichten in der Region. Steinmeier betont z.B., dass „eine Lösung ohne Russland nicht möglich ist – und gegen Russland schon gar nicht!“ Anknüpfend an den Kommentar von Julian Reichelt und bezüglich der Situation in Syrien wird der Außenminister danach befragt, ob es sein kann, „dass wir uns dafür eines Tages schämen werden so wie für unser Nichtstun bei den Massakern in Ruanda und Srebrenica?“ Steinmeier hält dem sein „Verständnis von Außenpolitik“ entgegen, das darin bestehe, „dass man einen Versuch unternimmt, einen Konflikt zu entschärfen – und wenn der scheitert, dann noch einen. Und noch einen...“.

⁶⁴ Interessant ist, dass hier der Bürgerkrieg als „Konflikt“ bezeichnet wird. Das lässt sich zwar damit erklären, dass zuvor von den machtpolitischen Konstellationen im mittleren Osten und die Rolle von Russland die Rede war. Aus der Sicht dieser Akteure lässt sich der Bürgerkrieg auch als ein „Konflikt“ zwischen Russland und Europa begreifen. Dennoch wird in der Frage direkt der Bezug zu den Flüchtlingen hergestellt, die ja vor dem Bürgerkrieg flüchten.

Ein Zitat wird dazu genutzt, die von BILD offenbar gewünschte Aussage zu verfestigen, dass in Deutschland keine weiteren bzw. viel weniger Geflüchtete aufgenommen werden können. „Daran arbeiten, dass weniger kommen“ kann heißen, dass die Grenzen bewacht werden sollten und dass Menschen ohne Bleibeperspektive schneller abgeschoben werden müssten. Eine solche Strategie, bei der ein Zitat einer Autorität aus dem Zusammenhang gerissen wird, ist ein häufig angewendetes Mittel nicht nur in der BILD. Sie ermöglicht, eine Aussage zu transportieren, ohne restlos mit ihr identifiziert zu werden. Der Gehalt der Aussage bleibt dabei jedoch der gleiche.

Im darunter positionierten Artikel von Ralf Schuler wird eine vermeintliche Regierungskrise konstruiert und als ein „Fernduell“ zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer inszeniert, „bei dem es um Deutschland ging“. Als gegensätzliche Positionen werden darin ausgemacht, dass Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht habe, dass es bis „zum Ende der Flüchtlingskrise [...] noch dauern [kann]“, während Horst Seehofer ohne eine „Begrenzung der Zuwanderung“ die „staatliche Gemeinschaft in Deutschland und Europa grandios scheitern“ sieht. Deutschland sei „Weihnachten am Ende“, selbst dann, wenn täglich nur noch 5.000 Flüchtlinge kämen. Seehofers Forderungen bringt Ralf Schuler auf den Punkt: „Grenzen schließen, Abschiebungen verstärken, Deutschland dichtmachen“. Dabei sieht er die Kanzlerin machtpolitisch unter einem enormen Druck. Es werde „offen darüber spekuliert, wie es mit ihr weitergeht“. Damit verlagert er jedoch die Perspektive auf einen Machtkampf innerhalb der Unionsfraktion und blendet aus, dass es um die Bewältigung von humanitären Anforderungen geht, vor denen die Fluchtbewegungen Deutschland und Europa stellen.

Diese werden jedoch in dem nebenstehenden Artikel angesprochen. Unter der Überschrift „Das sind unsere größten Probleme“ kommen „7 Bürgermeister“ zu Wort: Dabei wird das Verhältnis von Einwohnerzahl und den aufzunehmenden Flüchtlingen jeweils genannt und damit die Belastung für die jeweilige Kommune verdeutlicht. Die Probleme werden vor allem bei der Unterbringung, der Finanzierung und Integration, aber auch beim Informationsfluss gesehen.

Die Montage der Zitate verdeutlicht, dass zuallererst die Kommunen von der ‚Krise‘ betroffen seien. Dabei findet eine latente Verschränkung mit dem Sozialdiskurs statt, wenn zum Beispiel ein Bürgermeister äußert: „2016 fehlt in meiner Gemeinde möglicherweise Geld für wichtige andere Dinge.“ Oder wenn darauf hingewiesen wird, dass „der Einzelhandel [...] bis zu 70 Prozent Einbußen [habe], da Kunden aus nah und fern ausblieben.“ Hier werden die Interessen der Bewohner_innen gegen die der Flüchtlinge in Stellung gebracht.

Links unten auf der Seite findet sich die Meldung: „Bundestag verschärft Asyl-Gesetz“. Deutschland könne nun Flüchtlinge „aus dem Westbalkan künftig schneller abschieben!“ Die Gesetzesverschärfungen lesen sich wie eine Einlösung von Seehofers Forderungen: Es werde alles getan, um den Flüchtlingen Deutschland als unattraktiv darzustellen. Sie können „bis zu 6 Monate in Erstaufnahmestellen“ bleiben, statt wie bisher drei Monate. Sie erhalten nur noch Sachleistungen, statt wie bisher „Taschengeld“. Schließlich wird darauf hin-

gewiesen, dass „abgelehnte Asylbewerber, die ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen“, nur noch „eingeschränkte Leistungen“ erhielten. Letztere Information suggeriert, dass Geflüchtete, wenn es um Sanktionen geht, genauso behandelt werden wie bspw. Hartz-IV Bezieher_innen. Auch hier schwingt mit – wie bei einigen Äußerungen der Bürgermeister_innen auch –, dass es bei Deutschen zu Sozialneid kommen könne, dem mit diesen Maßnahmen entgegen gewirkt werde. Gleichzeitig wird damit Stimmung gegen so genannte ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ gemacht, denen durch die Verschärfung des Asyl-Gesetzes begegnet werde.

Schließlich berichtet BILD noch darüber, dass die Türkei von Europa 3 Milliarden Euro dafür verlange, ihre Grenzen zu Europa besser gegen Flüchtlinge zu schützen. Auch diese Information passt zum Gesamtbild, in dem es um die Abwehr von Flüchtlingen geht, wofür Europa zahlen soll.

In den Artikeln auf der gegenüberliegenden Seite 3 geht es weniger um „Deutschland“, sondern mehr um das Leid und die Bedürftigkeit von Geflüchteten – um den „ganz normalen“ Flüchtlingsalltag. Der Hauptartikel berichtet über einen tragischen „Unfall bei der Rettung“ von Flüchtlingen vor der Insel Lesbos. Er ist mit einem großen Bild aufgemacht. In der Bildüberschrift heißt es: „Sie starb so knapp vor dem rettenden Land“. Auch der erste Satz lässt eine emotionale Ausrichtung des Berichtes vermuten: „Sie war der Rettung schon so nah!“ Und es geht weiter: „Wir sehen: ein kleines Flüchtlingsmädchen [...]. Ihr linker Arm hängt leblos herab, so als wolle sie das Wasser berühren. Auch die Schwimmweste hat sie nicht bewahren können vor dem Tod in den Fluten.“ Dabei hätte das Kind es fast geschafft: „Hunderte Kilometer weit waren das Mädchen und ihre Familie schon gekommen [...].“ Sie seien vor den Bomben des Bürgerkriegs in Syrien geflohen und in ein mit „knapp 40 Passagieren auf ein winziges Holzboot gestiegen“. Beim Versuch der Rettung „kollidierten die Schiffe, das Holzboot zerbrach, die Flüchtlinge versanken binnen Sekunden in den Fluten des Mittelmeers“. Dabei starben „zwei Frauen, ein Baby, ein Mann und drei Kinder“.

Der Artikel weckt Mitleid. Dazu trägt sicherlich bei, dass auch Kinder zu Tode gekommen sind. Und er zeigt den Leser_innen, dass sich an den Küsten Europas weiterhin Dramen abspielen.

Durch diesen Bericht wird ein gewisses Gegengewicht zu den Aussagen auf Seite 2 hergestellt, indem auf die Notlage der Geflüchteten hingewiesen wird. Vor diesem Hintergrund können die nach Deutschland Geflüchteten froh sein, dass sie hier versorgt werden, während die Lage in anderen EU-Staaten wie beispielsweise in Griechenland noch dramatischer ist. Am Schluss des Artikels wird auf die Anzahl von 445.000 Flüchtlingen hingewiesen, die in Griechenland seit Anfang des Jahres angekommen sind und nach „Westeuropa“ weiterreisten. Die Anzahl der Menschen, die auf ihrer Flucht im Mittelmeer ertranken und die somit nicht in Griechenland angekommen sind, wird allerdings nicht genannt. Das ist vor dem Hintergrund der Trauer um dieses „eine Flüchtlingsmädchen“ eigentlich erstaunlich. Es offenbart aber die Perspektive, die BILD hier einnimmt:

Es kommen sehr viele Flüchtlinge, die – wie in anderen Artikeln ausgeführt – in Deutschland eine Krisensituation auslösen.⁶⁵

Neben diesem Artikel befindet sich ein weiterer Artikel mit der Überschrift: „Das tun Moscheen für Flüchtlinge“. Im Lead kommt der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland zu Wort „Als Muslime sind wir stolz und dankbar, Teil der Willkommenskultur zu sein. Denn auch der Islam gebietet Barmherzigkeit und Schutz für Hilfesuchende.“ Dass Aiman Mazyek dies ausdrücklich betont, verweist auf einen schwelenden antimuslimischen Rassismus in Deutschland, dem er damit begegnen will. Danach werden fünf Moscheen vorgestellt, die in Deutschland muslimische Geflüchtete versorgen oder ihnen bei Behördengängen helfen. Bei allen steht die Frage im Vordergrund, ob die Moscheen den Flüchtlingen Schlafplätze anbieten oder nicht. Diese Frage ist verwunderlich, da damit ein Anspruch formuliert wird, der gegenüber den christlichen Kirchen nicht artikuliert wird. Auch wenn dieser Anspruch von der Vertreter_innen der Moscheen selbst formuliert wird, werden dadurch die muslimischen Vereinigungen in Deutschland abgewertet. Es stellt sich der Eindruck her, dass zwar viele Geflüchtete aus muslimisch geprägten Staaten ankommen, aber von ihren Glaubensbrüdern und –schwestern außer Kaffee und Sachspenden und seelischem Beistand nichts zu erwarten hätten. Zitate wie: „In den Moscheen nehmen wir keine Flüchtlinge auf, sie dienen dem Gebet“ aus der Omar Moschee in Frankfurt können die islamischen Gemeinden als dogmatisch und unsolidarisch darstellen. Eine passende Überschrift für den Bericht wäre: ‚Moscheen wollen keine Flüchtlinge aufnehmen‘, denn der tatsächliche Titel „Das tun Moscheen für Flüchtlinge“ wird durch seinen Inhalt konterkariert. Im Gegensatz zu der Willkommenskultur in Deutschland erscheint die Unterstützung der Moscheen eher als marginal. Dies wird in der unter dem Artikel gesetzten Meldung dann auch demonstriert: Dort heißt es „Refugees welcome: Yourfone spenden 50000 SIM-Karten“.

Die Harmonie der Willkommenskultur wird allerdings durch einen kleinen Artikel weiter getrübt. Dort wird von einer „Prügelei“ in einem Asylbewerberheim berichtet. Was den Streit verursacht hat, sei „bislang unbekannt“.

Zum Einsatz Symbolen, insbesondere Kollektivsymbolen

Naturkatastrophen

Wie andere Medien auch, vermittelt die BILD-ZEITUNG ihre Aussagen auch durch den Einsatz von Symbolen. Ein auffälliges und sich ständig wiederholendes Kol-

⁶⁵ Dies kommt auch in der Wahl der Überschrift zum Ausdruck. Es heißt dort: „Küstenwache rammt Flüchtlingsboot“. Und nicht ‚Wieder ertrinken Flüchtlinge im Mittelmeer‘.

lektivsymbol ist das der ‚Welle‘ bzw. des ‚Stroms‘. Beide Symbole entstammen aus dem Bereich der Natur. Als „Flüchtlingswelle“ bzw. „Flüchtlingsstrom“ werden die Fluchtbewegungen als quasi naturhaft imaginiert. Dies hat enorme Effekte, da die Symbole bestimmte Logiken und Konsequenzen nahelegen, die nicht ausgesprochen aber dennoch immer mitgedacht werden. In dem Kommentar von Julian Reichelt fungiert die Welle als eine Gefahr, die Deutschland in die Krise stürzen kann. Eine Welle ist bekanntlich so beschaffen, dass immer eine große Menge an Wasser auf einmal an das Land schwappt, und danach das Wasser wieder zurückgeht. Dadurch kann sie großes Chaos und Zerstörungen auf dem Land hinterlassen. Deshalb muss man sich vor ihr schützen, beispielsweise durch ein verschärftes Asyl-Gesetz, das dann quasi als Wellenbrecher fungiert. Von einer Welle kann sich jede und jeder ein Bild machen. Jede/r weiß, was diese Wassermassen bewirken können. Reichelt koppelt dieses Symbol gar mit der Forderung einer (militärischen) Intervention in Syrien. Diese sei richtig und wichtig, damit die „Welle der Opfer“ des Krieges nicht zu uns komme.

Ähnlich verhält es sich mit der Rede von den „Flüchtlingsströmen“. Auch dabei wird eine Symbolik genutzt, die die Lage dramatisiert und in die Nähe von Naturkatastrophen rückt. So fragen Julian Reichelt und Béla Anda Außenminister Steinmeier, ob weitere „Flüchtlingsströme“ kämen. Der Strom suggeriert hier als Kollektivsymbol eine Masse an Wasser die immer in Bewegung ist und weder Anfang noch Ende hat. Die beiden Autoren implizieren mit ihren Fragen, dass weiterhin täglich tausende Geflüchtete nach Deutschland kommen werden und aus der Welle des Sommers ein nicht endender Strom geworden sei.

Symbole aus dem Bereich der Technik

Anders verhält es sich mit dem Symbol des „Schalters“, das von Angela Merkel in die Debatte gebracht wird. BILD zitiert die Kanzlerin aus ihrer Regierungserklärung: „Es gibt ihn nicht, den Schalter, den wir einfach umlegen können“.

Damit bemüht sie ein Bild aus der Technik. Unter einem Schalter stellen wir uns eine Regelungstechnik vor, mit dem man Apparate an- bzw. ausschalten kann. Sie symbolisieren somit ein hohes Maß an Steuerungsfähigkeit.

Mittels eines Schalters kann also eine Veränderung herbeigeführt werden. Wenn es nun in der Frage der Fluchtbewegung diesen Schalter nicht gibt, ist dies ein Hinweis darauf, dass diese nicht lenk- und steuerbar sind. Insofern ist die Aussage von Angela Merkel indirekt eine Bestätigung der naturhaften Ereignisse in Verbindung mit Migration und Flucht.

Auch die Rede vom „Kurs“, den die Kanzlerin halte – oder auch nicht – bemüht ein Symbol aus dem Bereich der Technik. Wer den Kurs bestimmt und hält, hat Einfluss auf das Geschehen. BILD fragt, was geschähe, wenn die Kanzlerin

weiterhin ihren Kurs hält und nicht einlenkt, bzw. die „Kurve nicht kriegt?“ Das bedeutet: Hier wird der Kurs als einer gedacht, der in eine Richtung weist, die in eine Krise münden kann. Deshalb müsse die Kanzlerin „umlenken“ und die „Kurve kriegen“, damit sie an das richtige Ziel gelange. Angela Merkel wird hier also als eine Politikerin insinuiert, deren Kurs auf eine Krise zusteuert, die eine Gefahr für Deutschland darstellt.

Symbole aus dem militärischen Sektor

Mit dem „Fernduell“, das zwischen Merkel und Seehofer stattfindet, wird die politische Auseinandersetzung mit militärischen Konnotationen versehen. Dazu passt, dass der Kanzlerin fehlende „Rückendeckung“ bescheinigt wird. „Noch nie hatte sie öffentliche Rückendeckung aus den eigenen Reihen nötig.“

Normalismus als Regulationstechnik

„Ein ganz normaler Flüchtlings-Tag“ – so lautet die Titelschlagzeile der analysierten Ausgabe von BILD. Der unbefangene Leser bzw. die Leserin könnte meinen, dass im Innenteil Berichte darüber zu lesen seien, wie es den Geflüchteten in Deutschland geht und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind. Durch das Titelfoto wird allerdings auf eine offensichtliche Nicht-Normalität hingewiesen. Wie intensiv diese Nicht-Normalität ist, wird durch die Wiederholungen in den weiteren Schlagzeilen auf der Titelseite vermittelt: „Wieder über 9000 Flüchtlinge...; wieder Krisen-Gipfel! [...]“. Indem BILD diese Nicht-Normalität als vermeintliche *neue* Normalität ausweist, kritisiert sie diese und eröffnet damit einen Handlungsdruck, der darauf abzielt, wieder die *alte* Normalität zu installieren. Das Foto auf der Titelseite korrespondiert insofern mit der Titelschlagzeile. Beide zusammen transportieren die Einsicht in die Notwendigkeit, dass dieser Zustand ein Ende haben muss. Mittels welcher Strategien dies geschehen soll, bleibt offen. Auf jeden Fall ist aber die Bundesregierung in der Verantwortung. Sie kann die Gesetze verschärfen, sodass weniger Menschen einwandern können und auf Dauer weniger Geflüchtete bleiben.

Angesichts der gewaltsamen Übergriffe auf Flüchtlinge und ihrer Unterkünfte, die sich 2015 verfünffachten, ist aber auch eine andere Adressierung denkbar. (Vgl. Heißler, tagesschau.de, 13.01.2016.) Die Leser_innen könnten sich selbst aufgefordert sehen, einzugreifen.

Fazit

In der analysierten Ausgabe der BILD-ZEITUNG wird Deutschland eine düstere Zukunft prognostiziert. Befürchtet wird, dass die Gesellschaft und Politik der Naturgewalt der „Flüchtlingswelle“ nichts entgegenzusetzen hat. So findet sich nicht nur eine Reihe von Aussagen, die besagen, dass die Fluchtbewegungen nach Deutschland auch weiterhin nicht abbrechen werden. Hinzu kommen Schilderungen, nach denen die Geflüchteten versorgt und integriert werden müssten, was die deutsche Gesellschaft vor enorme – auch finanzielle – Probleme stelle. Unterstellt wird auch, dass diese Anstrengungen zu Lasten oder auf Kosten der einheimischen Bevölkerung gehen (können). Die Fluchtbewegungen haben aus Sicht von BILD eine ernst zu nehmende Krise innerhalb der Regierungsparteien ausgelöst. Um die Krise nicht noch weiter zu verschärfen, wird auch die Beteiligung an militärischen Interventionen in Syrien gefordert, da der dortige Bürgerkrieg ständige weitere Flüchtlinge ‚produziere‘.

Bezogen auf die Titelschlagseite, die ankündigt, dass BILD über einen „ganz normalen Flüchtlings-Tag“ berichtet, muss festgestellt werden, dass sich die Artikel nur zu einem geringen Anteil mit der Normalität der Geflüchteten befassen, die eine lebensgefährliche und traumatische Flucht und Vergangenheit erlebt haben. Vielmehr geht es um die „Normalität“ des Nicht-Normalen in Deutschland. Es wird davon ausgegangen, dass sich Deutschland, vor allem in Gestalt der Kanzlerin, an die nicht normalen Verhältnisse angepasst habe. Diese nicht normale Normalität müsse wieder normalisiert werden. Dafür sei es notwendig, dass nicht mehr so viele Menschen nach Deutschland kommen. Insofern wird die Position von Horst Seehofer unterstützt, der als Gegenspieler von Merkel angesehen wird.

Auffällig ist, dass BILD diese Aussagen häufig nicht selber tätigt, sondern andere für sich sprechen lässt. Dies ist nur bei der Forderung nach militärischer Intervention in Syrien nicht der Fall. Dadurch kann Kritik an der BILD-ZEITUNG selbst unterbunden werden.

Vor dem Hintergrund der Kampagne „Wir helfen“, die im Sommer 2015 von BILD ins Leben gerufen wurde, lässt sich somit ein Kurswechsel von BILD erkennen. Bei der „Wir helfen“-Kampagne ging es um die Normalisierung einer Willkommenskultur in Deutschland. Sie sollte eine Gegenbewegung und einen Gegendiskurs zu dem vorherrschenden Bild der brennenden Flüchtlingsunterkünfte schaffen. In dieser Ausgabe ist jedoch zu erkennen, dass BILD dies im Oktober 2015 anders sieht und vermittelt, dass die ‚Aufnahmekapazitäten‘ in Deutschland erschöpft seien. Dennoch sind auch in der analysierten Ausgabe Diskursfragmente enthalten, die eine emphatische Sicht auf Geflüchtete und ihre Probleme erlauben. Dies gilt vor allem für den Artikel über ein ertrunkenes Mädchen in Griechenland. Damit erhält sich BILD in gewisser Weise ein kleines Gegengewicht gegen die ansonsten eher restriktiven politischen Forderungen.

Denormalisierungen, Verschiebungen, Brüche. Ein Zwischenfazit

Die Verschränkung des Fluchtdiskurses mit dem Terrorismusdiskurs nach den Anschlägen im November 2015 in Paris war dazu geeignet, eine Gefährdungslage durch die Anwesenheit von Geflüchteten zu konstruieren. Wo vorher schon eine Denormalisierung von Flucht, bzw. vom Ankommen der Geflüchteten vollzogen wurde, wo gesagt wurde, aufgrund von unterschiedlichen Positionen innerhalb der deutschen Gesellschaft zum Thema Flucht und Asyl würden Geflüchtete den inneren Frieden stören, trat nun eine neue Qualität der Bedrohung und damit ein erneuter Denormalisierungsschub auf.

Diese Situation, - produziert durch den mediopolitischen Diskurs - sollte nun wiederum normalisiert werden. Wie die Feinanalyse eines FAZ-Artikels zeigt, änderte sich die Perspektive. Nicht mehr Flüchtlinge galten als bedroht und schutzbedürftig, sondern die Staaten, in die sie fliehen. Jasper von Altenbockum argumentiert genau aus dieser Perspektive, aus der Perspektive des Staates, der sich selbst vor Flüchtlingen schützen müsse. Dieser Schutz könne nur durch Abschottungspolitik und in Folge eine Reduktion der Flüchtlingszahlen gewährleistet werden. Die heute, im Januar 2017, prophetisch klingende Forderung nach einer Übertragung des Türkei-EU-Abkommens auf nordafrikanische Länder wurde laut. Auch die Überlagerung der Debatte um Fluchtursachen durch die um sogenannte Schlepper verweist auf eine Problemverschiebung. In dieser Perspektive ist nicht problematisch, dass Menschen wegen Verfolgung, Krieg, Armut und Hunger flüchten müssen, sondern, dass sie ankommen könnten. Entsprechend wird mit der Debatte um Obergrenzen das Recht auf Asyl in Deutschland in Frage gestellt. Die Forderung nach einer Obergrenze für ein Menschen- und Grundrecht bedeutet aber nichts anderes als die Abschaffung eines Menschen- und Grundrechtes, denn ebendiese gelten für alle Menschen und nicht nur für eine bestimmte Zahl. Insofern war die Debatte um Obergrenzen eine Debatte um die Abschaffung von Artikel 16 des Grundgesetzes. Und nicht nur gesetzliche Änderungen wurden gefordert, sondern auch solche, die politische Kultur betreffend. Nicht nur, so meinte es Jasper von Altenbockum, das Asylrecht sei ein Magnet, sondern auch die Willkommenskultur verursache einen Sog. Die Willkommenskultur, die im Juli und August 2015 selbst aus konservativen Positionen heraus den rassistischen Übergriffen positiv entgegengestellt wurde, wird hier, und das ist eine symptomatische Aussage, selbst zum Problem. Die geforderte Abschottung bezieht sich nicht nur auf den gesetzlichen Rahmen sondern auch auf die innere Haltung.

Was in den bürgerlichen Medien als sukzessiver Umschwung zu beobachten war, vollzieht sich auch im Boulevard. Im Sommer 2015 findet in der BILD eine

Kampagne „Wir helfen - Refugees Welcome“ statt. Diese bezieht sich aber vor allem auf syrische Geflüchtete. Solche aus Osteuropa und afrikanischen Staaten gelten bereits im Sommer 2015 nicht als ‚legitime Flüchtlinge‘. Das Ergebnis der sukzessiven Verschiebung der Kategorisierungen in den bürgerlichen Medien, wird von der BILD so vorweg genommen. Dennoch hält BILD eine ‚Willkommenskultur‘ hoch und verurteilt zunächst rassistische Positionen scharf. Es finden sich Forderungen nach legalen Einreisemöglichkeiten für Menschen aus Syrien. Mitte September ändert sich diese Ausrichtung. In der BILD-ZEITUNG wird nun eine kulturelle Differenz betont und damit eine Unvereinbarkeit zwischen Flüchtlingen und der deutschen Mehrheitsbevölkerung suggeriert. Vor allem muslimische Männer geraten in den Negativfokus der BILD. Nun wird eine Reduktion der Zahlen der Geflüchteten gefordert und es werden Schwierigkeiten und Kosten der ‚Integration‘ betont. Die diskursive Verschiebung der bürgerlichen Medien wird so auch in der BILD vollzogen. In letzterer wirkt diese Verschiebung drastischer. Es handelt sich hier nicht so sehr um eine schleichende Verschiebung der Diskursposition, sondern vielmehr um einen tatsächlichen, harten Bruch.

Ereignisse. Der weitere Verlauf des Fluchtdiskurses 2016

Nachdem bereits im November mit den Anschlägen in Paris der Fluchtdiskurs mit dem Islam- und dem Terrorismusdiskurs verschränkt wurde, erlebte der Fluchtdiskurs nach den Silvesterereignissen in Köln eine weitere Wende. Vor allem die Verschränkung mit dem Geschlechterdiskurs war hier vorherrschend. Im Frühjahr nahmen die Debatten um Fluchtrouten wieder einen zentralen Platz in der Berichterstattung ein. Debattiert wurde über das Abkommen zwischen der EU und der Türkei vom 20. März 2016, das die Überquerung der europäischen Außengrenzen in Griechenland behindern sollte. Nur wenige Wochen nach dem Einsetzen des EU-Türkei-Abkommens kenterte in der Nacht zum 18. April 2016 ein Flüchtlingsboot auf dem Mittelmeer zwischen Libyen und der italienischen Insel Lampedusa. Hierbei starben 469 Menschen. Die Berichterstattung darüber war äußerst karg. Wir deuten dies als einen Hinweis darauf, dass der Fluchtdiskurs zu diesem Zeitpunkt ‚gesättigt‘ war. Das Thema Flucht verschwand von den ersten Seiten der Tageszeitungen, die es fast ein Jahr lang beherrschte. Die drei angesprochenen Ereignisse werden folgend ergänzenden Diskursanalysen unterzogen. Sie zeigen, wie diese Sättigung zustande kam.

Die Silvesternacht2015 in Köln. Eine Ereignisanalyse

von Janne Schorer und Felix Schneider⁶⁶

Einleitung

In der Nacht vom 31.12.2015 auf den 01.01.2016 kam es in einigen Städten Deutschlands während der Silvesterfeierlichkeiten in Menschenmengen zu sexualisierten Übergriffen in Verbindung mit Taschendiebstahl. Besonders viele Betroffene gab es in Köln, weshalb sich die folgende Debatte hauptsächlich auf die Ereignisse dort konzentrierte. Zunächst berichtete die lokale Presse und ab dem 05.01.2016 stieg die überregionale Presse bundesweit ein. Zeitweise berichteten auch internationale Medien von den Übergriffen.

Das Ereignis wurde sehr bald in den Fluchtdiskurs eingebettet. Dieser verschränkte sich so auch mit dem Geschlechterdiskurs und dem Sicherheitsdiskurs. Im Nachhinein wurden die Ereignisse häufig als Wendepunkt in der Debatte um geflohene Menschen gewertet. (Vgl. dpa, SPIEGEL, 25.10.2016.)

Da die Berichterstattung in den ersten fünf Tagen nach Silvester größtenteils lokal blieb, untersucht dieser Beitrag zunächst die Ereigniskonstruktion von den Online-Zeitungen EXPRESS und KÖLNER STADTANZEIGER (KSTA) für diesen Zeitraum. Da diese am 05.01.2016 als abgeschlossen betrachtet werden kann, wird darauf folgend geprüft, wie die Übergriffe in der Silvesternacht nach Klärung der Faktenlage interpretiert wurden. Dazu wurden alle Kommentare untersucht, die zwischen dem 05.01.2016 und dem 11.03.2016 in den Zeitungen FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ), SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (SZ) und Die TAGESZEITUNG(TAZ) erschienen sind⁶⁷.

⁶⁶ Herzlich bedanken wollen wir uns auch bei Jessica Brandewinder, die Vorarbeiten für diese Analyse erarbeitete.

⁶⁷ Nachdem am 11.03.2016 bekannt wurde, dass der Presserat die Ziffer 12.1 des Pressekodex beibehalten wird, ist auch dieser Diskurs vorerst als gesättigt zu betrachten.

Ereigniskonstruktion in lokalen Medien

Am Neujahrstag 2016 berichtete der KÖLNER STADTANZEIGER (KSTA) unter Berufung auf Mitteilungen der Polizei von einer friedlichen Silvesterfeier in Köln, bei der es zwar zu einer Räumung des Bahnhofsvorplatzes gekommen war, die Polizei aber zu jeder Zeit volle Kontrolle über die Situation gehabt habe. (Vgl. Grosch, KSTA, 01.01.2016.) Einen Tag später wird deutlich, dass diese Äußerungen nicht ganz der Wahrheit entsprechen konnten. Sowohl der KSTA, als auch das Kölner Boulevardblatt EXPRESS veröffentlichten Artikel über vermehrte und teils massive sexualisierte Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht. Beide Zeitungen berufen sich auf soziale Netzwerke und Berichte von Betroffenen. Der EXPRESS spekuliert zudem darüber, wer die Täter⁶⁸ seien und verdächtigt unter Berufung auf die Polizei „eine Gruppe junger Nordafrikaner“ (Meyer, EXPRESS, 02.01.2016), schließt jedoch Geflüchtete als Tatverdächtige mit Verweis auf die gleiche Quelle gleichzeitig eindeutig aus. Im KSTA wird ein mögliches Fehlverhalten der Polizei thematisiert. (Vgl. Grosch, KSTA, 02.01.2016.) In den folgenden Tagen verdichten sich die Informationen darüber, was zu Silvester in Köln auf dem Bahnhofsvorplatz und im Hauptbahnhof vorgefallen ist und in der Berichterstattung werden vor allem Verknüpfungen zum Flucht- und Asyldiskurs, sowie zum Sicherheitsdiskurs weiter vertieft. Am 03.01.2016 veröffentlicht die Online-Redaktion des KSTA drei Artikel zu den Ereignissen, in denen es vorrangig darum geht, wer die Täter sein könnten. So wird über fünf Taschendiebe berichtet, die im Kölner Hauptbahnhof verhaftet wurden und möglicherweise auch mit den Übergriffen an Silvester in Verbindung stünden. (Vgl. Grosch, KSTA, 03.01.2016.) Bis zu diesem Zeitpunkt haben „mehr als 30 Opfer [...] Anzeige bei der Polizei erstattet“ und es wird eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, die „von mehr als 40 verschiedenen Tätern“ ausgeht. (Stinauer, KSTA, 03.01.2016) Erneut wird von „Männern nordafrikanischen Aussehens“ gesprochen und „Gerüchte [...] wonach es sich bei den Tätern um Flüchtlinge handeln soll“ mit Verweis auf die Polizei zurückgewiesen. (Stinauer, KSTA, 03.01.2016) Es wird vor allem die Polizei häufig mit der Äußerung zitiert, dass die Täter „Aufenthaltsbescheinigungen für Asylverfahren“ (Meyer, EXPRESS, 04.01.2016) bei sich trugen, doch „dass es sich bei den Tätern um Flüchtlinge gehandelt haben soll [...], sei definitiv nicht der Fall“. (Meyer, EXPRESS, 02.01.2015) Durch die Herausstellung von Menschen mit Aufenthaltsbescheinigungen auf der einen und Flüchtlingen auf der anderen Seite wird implizit eine Unterscheidung vorgenommen, mit der seit dem Spätsommer 2015 in Deutschland Flüchtlingsgruppen voneinander abgegrenzt werden: Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, werden als legitim wahrgenommen, während beispielsweise Diskriminierung, wie sie Roma in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und vielen weiteren Ländern widerfährt, als illegitimer Fluchtgrund gewertet wird. Diesen Menschen wird unterstellt, sie würden den Sozialstaat ausnutzen wollen und würden nicht wirklich verfolgt. (Vgl. Jä-

⁶⁸ Auf eine geschlechterneutrale Sprache wird hier verzichtet, da sexualisierte Gewalt fast ausschließlich von Männern begangen wird und es darüber hinaus keine Hinweise darauf gibt, dass es in der Silvesternacht in Köln auch Täterinnen gab oder sich lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen unter den Tätern befanden.

ger, M. u.a. 2016, 11f.)Im weiteren Verlauf des Diskurses wurde diese Aussage in Verbindung mit den Silvesterereignissen allerdings nicht dominant.

Eine Verknüpfung zum Sicherheitsdiskurs findet dadurch statt, dass über die Arbeit der Polizei berichtet wird, welche „von der Wucht der Ereignisse [...] überrascht zu sein“ scheint und in der fraglichen Nacht als überfordert oder anderweitig beschäftigt beschrieben wird. (Stinauer, KSTA, 03.01.2016 [a]) Einen Rechtfertigungsversuch dafür nimmt der KSTA vor, indem er von Personalproblemen bei der Polizei berichtet. Es findet auch hier eine Verschränkung zum Fluchtdiskurs statt, wenn der Personalmangel der Polizei dadurch begründet wird, dass vor allem die Bundespolizei vorrangig damit beschäftigt sei, „die Flüchtlingsströme zu kanalisieren“. (Stinauer, KSTA, 03.01.2016 [a])Hier fällt vor allem die Wortwahl ins Auge, wenn die Fluchtbewegungen mit einem Kollektivsymbol der Naturgewalt belegt werden. (Vgl. Jäger, S. 2012, 59.)In diesem Fall stellt der *Strom* die geflohenen Menschen als eine gewaltige und subjektlose Masse dar und die Bundespolizei als menschliche Kraft, die eingreift, um dieses Phänomen in geregelte Bahnen zu lenken, damit die Zivilgesellschaft weiterhin unbeschadet leben kann. Indirekt wird hier angedeutet, dass es ohne die sogenannte Flüchtlingskrise in Köln nicht zu Ausschreitungen in diesem Maße hätte kommen können, da die Beamt_innen der Bundespolizei vor Ort in der Lage gewesen wären, die Täter zu stoppen, wenn sie nicht zur gleichen Zeit an den Grenzen eingesetzt gewesen wären, um Geflohene aufzunehmen und zu kontrollieren. Die Verschränkung zum Sicherheitsdiskurs verfestigt sich in den folgenden Tagen, wenn die Frage nach einem speziellen Sicherheitskonzept für die Karnevalszeit aufkommt. (Vgl. Stinauer, KSTA, 05.01.2016.)

Am 4.1.2016 nimmt die Informationsdichte insofern weiter zu, als dass die Zahl der Betroffenen, die sich bei der Polizei meldeten, stieg und sich auch erste Politiker_innen zu den Vorfällen äußerten. In den Online-Ausgaben von KSTA und EXPRESS finden sich an diesem Tag insgesamt sieben Artikel zu den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht. Vermehrt werden Berichte von Augenzeug_innen abgedruckt, die zu einer starken emotionalen Aufladung des Themas führen.

Die Täter werden als „nordafrikanische Banden“ identifiziert, „die mit Drogengeschäften und Raubzügen [Köln] seit 2014 heimsuchen“. (Meyer, EXPRESS, 04.01.2016) Hier liegt zum einen die Implikation vor, dass alle Täter, deren Zahl teilweise auf bis zu 1000 Menschen geschätzt wird, nordafrikanischer Abstammung seien, obwohl entsprechende Papiere nur bei zwei Menschen gefunden wurden. Diese Verschränkung des Einwanderungsdiskurses mit dem Kriminalitätsdiskurs ist aber durchaus üblich, wie Jäger et al. in einer Untersuchung des deutschen Mediendiskurses über Straftaten herausstellen: „Ausländer werden häufig mit sogenannter Organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht, die sich in Deutschland ausbreite.“ (Jäger, M. u.a., 1998, 163)

Zum anderen ist die Verwendung des Wortes „heimsuchen“ interessant. Der Vergleich mit einer Heimsuchung, verstanden als schwerer Schicksalsschlag, hat durchaus eine Konnotation übernatürlicher Kräfte, da das Wort aus biblischen Kontexten bekannt ist, wo es als Prüfung oder Strafe Gottes gesehen

wird.⁶⁹ Die Erwähnung von „Banden“ ruft die Vorstellung auf, dass es sich dabei um polizeibekanntes Gruppen handele, gegen die die Polizei aber scheinbar machtlos sei. (Vgl. Meyer, EXPRESS, 04.01.2016.) Damit wird insgesamt ein Bild von gewohnheitsmäßig kriminellen Migrant_innen konstruiert, das durch die Verwendung von Begriffen wie *Heimsuchung* denormalisiert wird.

Überhaupt kommt es in Verbindung mit der Rekonstruktion der Silvesterereignisse in Köln zu massiven Denormalisierungen. Es wird von einer „völlig neuen Dimension der Gewalt“ gesprochen. (Hauser, KSTA, 04.01.2016) Augenzeug_innen berichten, dass sie etwas Schlimmeres in ihrem Leben noch nicht erlebt und auch bei Polizist_innen keinen Schutz gefunden hätten. (Vgl. Christ, KSTA, 04.01.2016.)

Am 05.01.2016, also fünf Tage nach den massiven sexualisierten Übergriffen erlangte das Ereignis dann bundesweite Aufmerksamkeit. Politiker_innen und Prominente äußern sich und auch die überregionale Presse berichtete nun. In den untersuchten Lokalzeitungen erscheinen online an diesem Tag 27 Artikel zum Thema.

Die bekannte Zahl der Betroffenen steigt auf 90. Es findet ein von Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker einberufenes Krisentreffen mit Vertretern der Polizei, der Bundespolizei und der Stadt Köln statt und Politiker_innen der Bundesebene nehmen Stellung zu den Ereignissen in der Silvesternacht. Die Berichterstattung in den Online-Redaktionen des KSTA und des EXPRESS zeichnen sich an diesem Tag hauptsächlich dadurch aus, dass viel zitiert und nicht kommentiert wird. Es erscheinen allerdings auch einige Hintergrundartikel, wie Expert_innengespräche mit einer Anwältin für Familien- und Sozialrecht, sowie Opferschutzrecht (vgl. Schölgens, KSTA, 05.01.2016) und einem Kriminologen (vgl. Klask, KSTA, 05.01.2016 [a]) oder ein ausführlicher Bericht über das Asylrecht und zu der Frage, wann „straffällige Asylbewerber“ (Klask, KSTA, 05.01.2016) abgeschoben werden könnten. Besonders dieser zuletzt erwähnte Artikel illustriert die Einbettung der Ereignisse der Silvesternacht in Köln in den Fluchtdiskurs.

Die Mehrzahl der untersuchten Artikel unterstellt, dass es sich bei den Tätern ausschließlich um Migranten handelt. Auch die zitierten Politiker_innen tragen diese Sichtweise mit. Zu einem Zeitpunkt zu dem die Polizei noch keine konkreten Hinweise auf die Täter hat (vgl. O.A., EXPRESS, 05.01.2016), wird Thomas de Maizière zitiert, der von einer „großen Zahl von Personen, offensichtlich mit Migrationshintergrund“ (Geyer, KSTA, 05.01.2016) spricht. Auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bezieht sich auf Asylsuchende. Der KSTA zitiert sie mit den Worten: „[Wenn jedoch] die Voraussetzungen gegeben sind, müssen kriminelle Straftäter dann auch abgeschoben werden.“ (Geyer, KSTA, 05.01.2016) In Zusammenhang mit dieser eindeutigen Ethnisierung der Täter, die anhand ihres Aussehens als nordafrikanisch oder arabisch eingeordnet werden, wird auch der den Taten zugrundeliegende Sexismus ethnisiert. (Vgl. dpa, KSTA, 05.01.2016.) Hier begegnet uns ein Deutungsmuster, das schon lange in der Diskursverschränkung zwischen Einwanderungs- und Geschlechterdiskurs zu finden

⁶⁹ vgl.: Duden: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Heimsuchung>

ist. Dabei werden Einwanderern, vornehmlich Muslimen, sexistische Verhaltensmuster zugeschrieben. Dies geht mit der Ansicht einher, dass „sexistische Haltungen [...] fester Bestandteil einer Kultur“ seien. (Jäger, M., 1996, 158) Gleichzeitig werden sexistische Handlungen in der Gesellschaft, der sich die sprechende Person zugehörig fühlt, heruntergespielt oder geleugnet. Im KStA äußert sich diese Sichtweise, wenn auf die Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz Julia Klöckner Bezug genommen wird: „Sie ignoriere natürlich nicht, dass es auch Übergriffe auf Frauen von deutschen Männern gebe, aber dieses Massenphänomen wie in Köln hat eine andere Dimension und neue Qualität.“ (Geyer, KStA, 05.01.2016) Hier werden zum einen die Taten eindeutig Männern zugeschrieben, die als nicht deutsch markiert werden und zum anderen wird der Sexismus deutscher Männer dadurch ‚normalisiert‘ und verharmlost. Noch konkreter werden Ethnisierungen von Sexismus in einem Zitat der CDU-Politikerin Kristina Schröder vorgenommen, das im EXPRESS abgedruckt und von den Journalist_innen nicht weiter kommentiert wurde: „Sie wurden lang tabuisiert, aber wir müssen uns mit gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in muslimischer Kultur auseinandersetzen.“ (dpa, EXPRESS, 05.01.2016) Auch hier wird die „muslimische Kultur“ als ausschlaggebend für die Übergriffe betrachtet und die Möglichkeit, dass sich unter den Tätern auch christlich geprägte Menschen befunden haben könnten, wird erst gar nicht in Betracht gezogen. Eine weitere Ethnisierung findet darüber hinaus statt, wenn von dem vermeintlich arabischen oder nordafrikanischen Aussehen der Täter auf eine Religionszugehörigkeit zum Islam geschlossen wird. Dass diese Argumentationsfigur auch aus dem Geschlechterdiskurs heraus bemüht wird, zeigt die Reaktion Alice Schwarzers, die im KStA als „Deutschlands Feministin Nummer 1“ vorgestellt wird und die Täter als „Flüchtlinge oder Migranten von gestern und ihre Söhne“ beschreibt, die Krieg spielen wollten, um „Helden zu sein, wie ihre Brüder in den Bürgerkriegen von Nordafrika und Nahost“. (Boldt, KStA, 05.01.2016) Neben der Ethnisierung der Tatverdächtigen werden hier mit dem Kollektivsymbol des Spielens die Menschen mit Kindern gleichgesetzt, die aus dem Antrieb Spaß haben zu wollen handeln und die die Konsequenzen ihres Handelns nicht genau abschätzen können oder ihnen im Moment des Spiels nicht allzu große Bedeutung beimessen. Es handelt sich hierbei um eine Abwertung und Entmündigung von den angesprochenen ‚Flüchtlingen und Migranten‘.

Abgesehen von der Ethnisierung von Sexismus, wird eine Einbettung der Ereignisse in den Geschlechterdiskurs aber nur oberflächlich vorgenommen. Häufig wird betont, dass Gewalt an Frauen nicht zu akzeptieren sei, und die Taten werden verurteilt. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zielen zumeist auf eine juristische Ebene, es heißt, die Täter müssten hart und konsequent bestraft werden. (Vgl. Merting, EXPRESS, 05.01.2016.)

Auffällig ist auch die Thematisierung des in der Gesellschaft unterstellten Rassismus. Oft wird explizit betont, dass die Taten der Silvesternacht nicht für rassistische Hetze instrumentalisiert und Geflüchtete nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürften. (Vgl. dpa, KStA, 05.01.2016.) Dabei wird aber übersehen, dass durch diese explizite Betonung rassistische Ressentiments auch begünstigt werden können, zumal viele der untersuchten Artikel implizierten, dass es sich bei allen Tätern um Migranten handele. Dieser Zusammenhang wird

trotz Äußerungen der Polizei hergestellt, die oft im gleichen Zusammenhang zitiert werden und nach denen es zu den jeweiligen Zeitpunkten kaum Erkenntnisse über die Täter gebe. (O.A., EXPRESS, 05.01.2016) Besonders sticht ins Auge, dass die Journalist_innen zunächst die Sorge formulieren, die Ereignisse könnten von Rechtspopulist_innen ausgenutzt werden, um dann direkt im Anschluss daran bspw. Frauke Petry zu zitieren, die erklärte, dass „der sogenannte Rechtsstaat am Ende [sei] und damit auch der Schutz von Frauenrechten in unserem Land“. (Geyer, KSTA, 05.01.2016)

Wie schon zuvor kommt es zu Verschränkungen mit dem Sicherheitsdiskurs. Vor allem Vertreter_innen der Polizei werden mit der Forderung präsentiert, dass in Zukunft ein besseres, möglicherweise restriktiveres Sicherheitskonzept in Köln angewandt werden solle. Es wird über eine Ausweitung der Videoüberwachung vor allem am Hauptbahnhof nachgedacht. (Vgl. red., KSTA, 05.01.2016.) Gleichzeitig wird gefordert, dass harte Strafen für die Täter von Köln gefunden werden sollen, was auch als adäquates Mittel zur Abschreckung vieler weiterer Straftaten betrachtet wird. (Vgl. Stinauer, KSTA, 05.01.2016.)

Da der Diskurs ab diesem Tag in breitem Maße von der überregionalen Presse aufgenommen wurde, kann die Ereigniskonstruktion in den lokalen Medien nun als abgeschlossen betrachtet werden. In der darauffolgenden Zeit taten sich keine weiteren Fakten auf, die für berichtenswert erachtet wurden und es fanden keine weiteren Diskursverschränkungen als die bereits angesprochenen statt. Für die Analyse des Diskurses ist es nun wichtig zu betrachten, wie sich das Sagbarkeitsfeld bundesweit darstellt. Dazu werden im Folgenden alle in der FAZ, SZ und TAZ veröffentlichten Kommentare untersucht, die bis zum 11.03.2016 erschienen sind.

Analyse der Kommentare in FAZ, SZ und TAZ

In der Zeit vom 6.01.2016 bis zum 11.03.2016 sind in den Zeitungen FAZ, SZ und TAZ insgesamt 59 Kommentare erschienen, die sich mit der Silvesternacht in Köln auseinandersetzen. Am häufigsten werden die Ereignisse in den Fluchtdiskurs eingebettet und die Silvesternacht in Köln wird dann oft als Indiz angeführt, dass der bisherige Kurs der Bundesregierung in der sogenannten Flüchtlingspolitik und die ‚Willkommenskultur‘ gescheitert seien. Dies wird in der Regel als Tatsache dargestellt, ohne dass weitere Forderungen daraus abgeleitet werden. (Vgl. von Altenbockum, FAZ, 15.01.2016.) Geschieht dies doch, so ergeben sich unterschiedliche Schlussfolgerungen aus dieser Ansicht. Migrant_innen im Allgemeinen werden oft dazu aufgefordert, „unser Wertesystem [zu] respektieren“. (Bubrowski, FAZ, 07.01.2016) Andernfalls drohe ihnen die sofortige Abschiebung. Es wird so eine Verschärfung der Asylgesetzgebung als notwendig erachtet. Außerdem zeichnen vor allem zu Beginn der Debatte viele Journalist_innen Schreckensszenarien von Geflüchteten, die plötzlich die Beherrschung

verlieren würden. Helene Bubrowski behauptet in der FAZ vom 07.01.2016, „dass es jederzeit und an jedem Ort spontan zu Eskalationen kommen kann, dass junge Männer außer Rand und Band auf Frauen losgehen können“. (Bubrowski, FAZ, 07.01.2016) Hier liegt eine starke Denormalisierung der Sicherheitssituation vor, die sich dazu eignet, Angst und Panik in der Bevölkerung auszulösen und damit auch Ressentiments gegenüber ganzer Bevölkerungsgruppen hervorzurufen oder zu verfestigen. In der FAZ vom 17.1.2016 fordert Markus Wehner einen Aufnahmestopp von geflohenen Menschen. Er wertet die an der Grenze abgewiesenen Menschen als Erfolg und schürt Ängste indem er betont, dass „unter den vielen jungen Männern auch welche sind, die [...] eine Kalaschnikow besser bedienen können als jeder deutsche Schutzpolizist“. (Wehner, FAZ, 17.01.2016) Damit legt er nahe, dass jeder geflohene Mensch, der in Deutschland lebt, eine potentielle Gefahr für das Leben der übrigen Bürger_innen darstellt.

Andere stellen sich auf die Seite der Geflohenen. Rieke Havertz etwa schreibt in der TAZ vom 16.01.2016, dass „umfassende Hilfe bei und der Wille zur Integration das Richtige, das Wichtige“ seien und bleiben würden. (Havertz, TAZ, 16.01.2016) Auch in der FAZ tauchen solche Positionen auf. Am 17.01.2016 fordert Jaqueline Vogt, ebenfalls aus der Annahme heraus, dass die Ereignisse in Köln einen Wendepunkt in der Flüchtlingsdebatte darstellen, Integration nun zügig und effektiv voranzubringen und dafür beispielsweise Kitas und Schulen angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. (Vgl. Vogt, FAZ, 17.01.2016.) Nur wenige Journalist_innen stellen sich auf die Seite von Angela Merkel und argumentieren, sie könne die Grenzen nicht einfach wieder schließen, ohne ihre Überzeugungen, die sich im bisherigen Verlauf des Fluchtdiskurses manifestiert haben, zu verraten. (Vgl. Zastrow, FAZ, 10.01.2016.) Es finden sich auch einige Argumentationen gegen eine Verschärfung der Asylgesetze. „Das Problem [werde] aber einmal mehr an die Außengrenzen der EU oder Europas“ verlagert, wenn mehr Abschiebungen stattfänden oder Menschen schon an der Grenze abgewiesen würden. (Leonhard, TAZ, 19.01.2016) Auch aus einer anderen Perspektive wird gegen eine Verschärfung des Asylrechts argumentiert: „das geplante Ausweisungsverschärfungsgesetz [...] ist ein ‚Machen-wir-schellmal-was‘-Gesetz. [...] es bringt nichts“. (Prantl, SZ, 28.01.2016) Heribert Prantl beispielsweise sagt, dass das bestehende Asylrecht stark genug sei und nur einer stringenteren Anwendung bedürfe. Er ist also für Abschiebungen, hält aber dafür eine Gesetzesänderung nicht für notwendig.

Eine weitere Verschränkung der Kölner Silvesterereignisse findet mit dem Diskurs zur extremen Rechten statt. Diese, so die allgemeine Annahme, sehe sich durch die Ereignisse in Köln in ihren Vorurteilen gegenüber Geflohenen bestätigt (vgl. Bax, TAZ, 06.01.2016) und häufig wird die Sorge geäußert, dass die AfD und Pegida dadurch einen starken Zulauf bekommen könnten. (Vgl. Kutter, TAZ, 13.01.2016.) Die Reaktionen auf diese Annahmen sind ebenfalls verschieden. Viele Journalist_innen kritisieren Presse und Medien dafür, dass die Herkunft der Täter nur zögerlich benannt werde. Damit könnten sich scheinbar die Vorbehalte der extremen Rechten, dass alle Medien in ein sogenanntes Schweigekartell verstrickt seien, nur bestätigen. (Vgl. Hanfeld, FAZ, 07.01.2016.) Sie sprechen sich also indirekt dafür aus, die Herkunft der Täter zukünftig (wieder) of-

fensiv zu benennen, „[d]ass Pegida und AfD sich [dadurch] eventuell [...] bestätigt sehen [...] lässt sich nicht ändern“. (Bubrowski, FAZ, 07.01.2016) Eine andere, aber seltener vorzufindende Auffassung ruft dazu auf, vorsichtig dabei zu sein, das Vokabular der extremen Rechten zu übernehmen, da ihnen damit zu mehr Popularität verholfen würde. (Vgl. Kruse, TAZ, 08.01.2016.) Eine weitere Position wendet sich gegen die Bundeskanzlerin und gibt ihrer vermeintlich liberalen Haltung gegenüber geflohenen Menschen die Schuld an dem Erfolg der extremen Rechten. (Vgl. Bannas, FAZ, 20.01.2016.) Dies ist insofern interessant, weil damit die Positionen von AfD und Pegida normalisiert werden. Denn es wird impliziert, dass es verständlich und normal wäre, dass Fremdenfeindlichkeit in großem Ausmaß in der Bevölkerung vorhanden wäre und die Regierung diese zügeln könnte, wenn sie eine stark restriktive Asylpolitik umsetze.

Andere Positionen lassen sich bei einer Verknüpfung der Silvesterereignisse mit dem EU-Diskurs ausmachen. Die sogenannte Flüchtlingskrise, in die die Ereignisse eingebettet werden, wird als Zerreißprobe für die EU gedeutet und Angela Merkel als einsame Kämpferin für Humanität dargestellt. (Vgl. Zastrow, FAZ, 10.01.2016.) Hier werden ihr als Gegenspieler_innen nicht Rechtspopulist_innen in Form von AfD und Pegida entgegengestellt, sondern antidemokratische Mächte in Gestalt osteuropäischer Regierungen und russischer Propaganda. (Vgl. Schuller, FAZ, 14.02.2016.)

Auch in den überregionalen Zeitungen werden die Ereignisse von Silvester in den Geschlechterdiskurs eingebettet. Wie schon in den Lokalzeitungen kommt es dabei häufig zu einer Ethnisierung von Sexismus. Sonja Zekri schreibt in der SZ vom 07.01.2016, dass sexualisierte Gewalt in der Öffentlichkeit „[f]ür den Nahen Osten“ kein neues Phänomen darstelle „und nirgends weniger als in Ägypten“. (Zekri, SZ, 07.01.2016) Gründe dafür werden in einer „tief sitzenden Aggressivität gegen Frauen, in der sexuelle Frustration und männliche[n] Allmachtsvorstellungen“ vermutet. (Zekri, SZ, 07.01.2016) Es wird hier undifferenziert einer ganzen Landesbevölkerung Sexismus und Frauenfeindlichkeit unterstellt. Hierzu gibt es einige Gegenstimmen. Lalon Sander etwa wirft in der TAZ der deutschen Mehrheitsbevölkerung und den Medien „rassistische Gleichsetzung von Aussehen, Nationalität und Religionszugehörigkeit“ vor. (Sander, TAZ, 20.01.2016) Diese Position findet sich auch im Rassismus-Diskurs, mit der gegen den Mainstream gerichtete Ansichten artikuliert werden. (Vgl. Yaghoobifarah, TAZ, 19.01.2016.)

Das gilt auch für die Einbettung der Ereignisse in den Geschlechterdiskurs, wenn feministische Diskurspositionen zur Geltung gebracht werden. Der Tenor dieser Beiträge ist, dass gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen in jeder Gesellschaft und auch in der deutschen, nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft etabliert sind. Beklagt wird, dass sexualisierte Übergriffe in der öffentlichen Debatte nur verhandelt werden, „[s]obald die Täter eben nicht mehr [...] potenzielle[...] Väter, Ehemänner, Brüder oder Söhne sind, sondern die bösen Männer of Color“. (Yaghoobifarah, TAZ, 08.01.2016)

Diese Position wird von anderer Seite kritisiert und es wird argumentiert, dass bspw. in der Initiative #ausnahmslos die Hauptsorge, dass feministische Anlie-

gen von Populist_innen instrumentalisiert würden zwar berechtigt sei, aber viel zu prominent platziert werde. (Vgl. Scheer, FAZ, 13.01.2016.) Dadurch werde einer „Auseinandersetzung mit den speziellen Fragen, die sich mit Blick auf die speziellen Tätergruppen“ von Köln nicht genügend Raum eingeräumt. (Scheer, FAZ, 13.01.2016) Zu diesem Zeitpunkt herrscht jedoch die Auffassung vor, dass die Täter hauptsächlich Menschen aus Nordafrika seien. (Vgl. Müller, FAZ, 08.01.2016.) Diese Behauptung wird nicht in Frage gestellt und als gegeben vorausgesetzt. Auf weitere Ermittlungsarbeit der Polizei wird nicht eingegangen.

Eine weitere Verknüpfung zum Rassismus-Diskurs findet sich, wenn über die Debatte an sich gesprochen wird. Dann werden häufig gegenhegemoniale Positionen geäußert. Die Debatte wird als hysterisch und maßlos wahrgenommen, „in der Themen wie Machokultur, Flüchtlinge, Polizeiversagen und No-go-Areas wild durcheinander gewürfelt werden“. (Boek, TAZ, 30.01.2016) Es gebe keine gemäßigten Aussagen in Diskussionen über die Ereignisse in Köln, sondern Hass und Furcht würden genutzt, um eine fremdenfeindliche, rassistische Stimmung zu verbreiten. (Vgl. Drobinski, SZ, 13.01.2016.)

An etlichen Stellen werden Presse und andere Medien kritisiert. Die Gründe dafür unterscheiden sich allerdings voneinander. Zum einen werfen Journalist_innen ihnen Rassismus vor, da undifferenzierte Urteile über ganze Bevölkerungsgruppen gefällt werden. (Vgl. Sander, TAZ, 20.01.2016.) Zum anderen heißt es, die Medien verschwiegen gezielt die Herkunft der Täter, um die Entstehung rassistischer Ressentiments in der Bevölkerung zu verhindern. (Vgl. Hanfeld, FAZ, 09.01.2016.) Daher ist es auch wenig überraschend, dass die Entscheidung des deutschen Presserats, Ziffer 12.1 des Pressekodex zu erhalten, unterschiedlich bewertet wird. Michael Hanfeld vertritt in der FAZ die Meinung, dass es überflüssig sei, zu regeln, wann die Herkunft von Tätern benannt werden soll, da die Leser_innen sich ihr Urteil selber bilden könnten und Journalist_innen dazu uneingeschränkt wahrhaftig berichten müssten. (Vgl. Hanfeld, FAZ, 11.03.2016.) In der SZ widerspricht ihm Karoline Meta Beisel mit dem Argument, dass der Pressekodex Medien dazu auffordere, zwischen wesentlichem und unwesentlichem zu unterscheiden und so zu einer vernünftigen, ausgewogenen Berichterstattung zu kommen. (Vgl. Beisel, SZ, 11.03.2016.)

Betrachtet man die Debatte im Analysezeitraum, so fällt auf, dass im Verlauf des Januars die Kommentare, die sich explizit mit der Kölner Silvesternacht auseinandersetzen, abnehmen. Ab Ende Januar wird auf die Ereignisse immer öfter nur noch als Symbol für eine Entwicklung verwiesen. Sie stehen für einen Wendepunkt in verschiedenen Feldern: In der Willkommenskultur (vgl. Leonhard, TAZ, 19.01.2016), in der Popularität von Angela Merkel (vgl. Bannas, FAZ, 20.01.2016), in dem Zusammenhalt der EU (vgl. Schuller, FAZ, 14.02.2016) und noch einigen mehr.

Fazit

Es lässt sich feststellen, dass die Ereignisse in Köln ein diskursives Ereignis darstellen. Die aufgetretenen Schwierigkeiten in Ermittlung und Berichterstattung um die Vorkommnisse am Kölner Hauptbahnhof wurden zum asylpolitischen Kalkül der Bundesregierung umgedeutet und die Silvesternacht 2015/16 wirksam zum Argument für einen ‚Kurswechsel‘ dieser Politik erklärt. Die vermeintliche Ethnie und der Geflüchtetenstatus der Täter rückten ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit, und es verschränkte sich die Debatte um eine bundesdeutsche ‚Willkommenskultur‘ mit dem Diskurs um ‚Ausländerkriminalität‘. Im Kontext einer sich seit Sommer 2015 zuspitzenden Asyldebatte geriet die ‚Kölner Silvesternacht‘ so zu einem äußerst folgenreichen diskursiven Ereignis, welches das Sagbarkeitsfeld für rassistische Ausgrenzungs- und restriktiv-normalistische Sicherheitsrhetorik entscheidend erweiterte: Die Forderungen nach Aufnahme-, ‚Obergrenzen‘, weiteren Verschärfungen des Asylrechts, besserer Grenzsicherung und einer schnelleren Abschiebung straffällig gewordener Migrant_innen werden immer lauter und bereiten den Boden für die Durchsetzung des Asylpakets II als weiteren Schritt zur faktischen Abschaffung des Asylrechts.

Die Straftaten selbst – sexualisierte Gewalt gegen Frauen – eigneten sich zudem für eine Intensivierung der bereits vorhandenen Verschränkung des Frauen- bzw. Geschlechterdiskurses mit dem Diskurs um Migration, insbesondere aus muslimisch charakterisierten Ländern. Effekte dieser Verschränkung sind rassistische und antimuslimische Implikate. Eine dezidierte Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt, etwa in Zusammenhang mit dem reformbedürftigen deutschen Sexualstrafrecht, mit Rape Culture oder Street Harassment fand nur marginal und lediglich in einschlägig feministischen Medien statt.

Für rechte Kräfte wie Pegida und die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) erwies sich die Deutung des Ereignisses als wohlfeile Begründung rassistischer Politik. Der Thüringer Landeschef Björn Höcke verwies etwa darauf, dass mit Silvester „die Angstträume in unserem Land“ größer geworden wären. Die unkritische Übernahme rechtspopulistischer Begrifflichkeiten im Mediendiskurs sowie durch die parlamentarische Linke in Person der LINKEN-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknechts („Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt“) dürfte zudem die Wahlerfolge der AfD in den Folgemonaten begünstigt haben.

Kritisiert und doch legitimiert. Das Türkei-EU-Abkommen. Eine Ereignisanalyse

von Xenia Shkolina

Die steigende Anzahl von Flüchtlingen ist in der deutschen Öffentlichkeit im Sommer/Herbst 2015 als eine Krise wahrgenommen worden, die gemeinhin als ‚Flüchtlingskrise‘ bezeichnet wurde. Vor allem rechtspopulistische Politiker_innen nutzten die so genannte Krise, um Ängste innerhalb der Bevölkerung zu schüren. Sie beteiligten sich an der Produktion eines Bedrohungsszenarios, das im Resultat dazu führte, dass von Teilen der Bevölkerung ein Ausweg aus dieser Krise vor allem darin gesehen wurde, die Flüchtlingszahlen reduzieren zu wollen. Ein besonders makaberes Beispiel für eine kompromisslose Reduktion der Flüchtlingszahlen stellt das EU-Türkei-Abkommen dar, dessen mediale Verarbeitung im Folgenden analysiert wird.

Am 7. März 2016 tagten Vertreter_innen von EU und Türkei, um die Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit in Bezug auf die ‚Migrations- und Flüchtlingskrise‘ zu formulieren. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören folgende Punkte:

- *„Rückführung aller neuen irregulären Migranten, die von der Türkei auf die griechischen Inseln gelangen;*
- *beschleunigte Umsetzung des Fahrplans zur Visaliberalisierung;*
- *beschleunigte Auszahlung der 3 Mrd. € und Entscheidung über zusätzliche Finanzmittel für die Flüchtlingsfazilität für Syrer;*
- *Vorbereitung der Entscheidung über die Eröffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen;*
- *möglicherweise Einrichtung humanitärer Sicherheitszonen in Syrien;*
- *Neuansiedlung eines Syrerers aus der Türkei in der EU für jeden in die Türkei zurückgeführten Syrer.“ (Europäischer Rat 2016)*

Trotz dieser enormen Komplexität und der damit verbundenen moralischen Verantwortung gegenüber Menschenleben einigte man sich bereits nach 13 Tagen auf einen Kompromiss. Am 17. März war in der FAZ zu lesen: Dem Abkommen stehe nicht mehr viel im Wege, es müssten lediglich einige Anpassungen sowohl seitens Griechenlands als auch der Türkei vorgenommen werden. (Vgl. Kafsack/Stabenow, FAZ, 17.03.2016.) Griechenland müsse nur noch die Türkei

als sicheren Drittstaat anerkennen, obwohl die Menschenrechtslage in der Türkei dies aktuell offensichtlich nicht zulasse.

Dies geht u.a. aus einem Bericht von Amnesty International hervor. Danach hat sich die Menschenrechtslage in der Türkei sogar verschlechtert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde weiter reduziert. Es gibt zahllose Verfahren und Scheinverhandlungen gegen politisch aktive Bürger_innen und Journalist_innen. Auch das Gesetz der Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt oder in der Praxis schlicht verweigert. Staatliche Gewaltanwendungen bei Demonstrationen nahmen zu. Sicherheitskräfte setzten bei Demonstrationen auch tödliche Gewalt ein, und die schlechte Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei ist seit langem kein Geheimnis mehr. (Vgl. Amnesty International 2016.)

In Deutschland gab es ein großes mediales Interesse an dem Abkommen mit der Türkei, das teilweise heftig kritisiert wurde. Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Analyse des Mediendiskurses zu diesem Abkommen dargestellt.⁷⁰ Insgesamt wird das Abkommen kritisch gesehen. Dabei unterscheiden sich allerdings die kritisierten Inhalte.

Allgemeine Tendenzen der Berichterstattung

Die FAZ rückte vor allem die Forderungen der Türkei in den Vordergrund, die als „problematisch“ angesehen wurden. In einem Artikel von 17. März heißt es:

„Problematisch erscheinen besonders die von der Türkei im Gegenzug zur geplanten Flüchtlingsvereinbarung vorgetragene Wünsche zur Eröffnung neuer Verhandlungskapitel in den Beitrittsverhandlungen sowie zu raschen Visaliberalisierung für Reisen ihrer Staatsbürger.“ (Bannas/Stabenow, FAZ, 17.03.2016)

In weiteren Artikeln wird ähnlich argumentiert und die Forderungshaltung der Türkei hervorgehoben: „Die Interessen der Türkei sind [...]“ (Kornelius, SZ, 18.03.2016) und „die von Ankara geforderten [...]“ und „Die Türkei will [...]“ (Brössler/Kirchner, SZ, 17.03.2016) usw. Mit solchen Formulierungen wird die Türkei als *der* zentrale Akteur dargestellt. Es wird das Interesse der Türkei betont; das Interesse der EU – eine Reduzierung der Flüchtlinge – gerät so in den Hintergrund. Damit wird suggeriert, es sei die türkische Regierung, die das Heft der Verhandlungen in der Hand habe und dass das Abkommen vor allem die türkische Seite begünstige. Aus Sicht der Autor_innen stellt dies, auch vor dem Hintergrund ihrer Kritik in den vergangenen Jahren an einem potenziellen Beitritt der Türkei in die EU, ein Problem dar.

⁷⁰ Dabei wurde die Berichterstattung von vier Tageszeitungen berücksichtigt: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (SZ), FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ), die TAGESZEITUNG (TAZ) und die BILD-ZEITUNG (BILD). Das Untersuchungsdossier umfasst 69 Zeitungsartikel und Kommentare, die in der Zeit vom 10. März bis 10. April erschienen sind.

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG argumentiert dagegen besonders aus der Perspektive von Menschenrechtsorganisationen und ihrer Anliegen. „Viele praktische und rechtliche Fragen sind noch zu klären. Derweil kritisieren Politiker aller Lager und vor allem Menschenrechtler den Deal weiterhin vehement“. (Kirchner, SZ, 14.03.2016) Solche Assoziationen werden aber auch durch Berichte aus der FAZ weiter untermauert. Dort ist z.B. von „einer der größten logistischen Herausforderung“ in der Geschichte der Europäischen Union die Rede. (Gutschker, FAZ, 20.03.2016) Als eine überspitzte Darstellung der Flüchtlinge als ‚Güter‘ lässt sich auch ein Zitat von Dr. Willy Marth lesen: „Die Länderbotschaften in Griechenland sind sicherlich in der Lage, alle Zuwanderer zu registrieren und hinsichtlich Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge zu sortieren.“ (Marth, FAZ, 23.03.2016)

In der TAZ steht die Lage der Flüchtlinge innerhalb der griechischen Erstaufnahmelager im Fokus.

„Die Menschen werden mit Nahrungsmitteln und Decken von unterschiedlichen NGOs und von Privatpersonen versorgt. Doch die hygienischen Bedingungen sind schlecht: zu wenige Duschen und Toiletten sind für die Menschenmassen verfügbar.“ (Mavropoulos, TAZ, 21.03.2016)

Auch die Sicht der NGOs wird zustimmend thematisiert:

„‘Eine Schande für Europa‘ nennt die Menschenrechtsorganisation ‚Pro Asyl‘ das, worauf sich die Teilnehmer des EU-Gipfels in Brüssel geeinigt haben, ‚eine moralische und rechtliche Bankrotterklärung‘. Das sei ‚eine Kehrtwende in der Geschichte der Europäischen Union‘. Dem ist nichts hinzuzufügen.“ (Gaus, TAZ, 19.03.2016)

In einem Kommentar in der BILD wird vor allem kritisiert, dass die Vereinbarung „voller Fußangeln“ steckt und ausgerechnet „die chronisch unfähige griechische Regierung“ das „Asylverfahren für tausende Flüchtlinge in Windeseile durchziehen und den Rücktransport organisieren“ soll. (Hoeren, BILD, 19.03.2016)

Auch wenn in diesen Artikel auf die Situation der Geflüchteten hingewiesen wird, lassen die Formulierungen eher an Unternehmen denken, die mit der Logistik von Gütern beschäftigt sind. Dass es um Menschen und Menschenrechte geht, gerät dadurch in den Hintergrund, und es wird in Verbindung mit der Kritik an der Türkei vor allem deren Agieren herausgestellt.

Diskursverschränkungen

Im Rahmen der Berichte über das EU-Türkei-Abkommen findet eine starke Verschränkung mit dem Griechenland-Diskurs statt, die nicht nur von BILD vorgenommen wird. Auch in der FAZ kommt Griechenland eine besondere Rolle zu.

Dies liegt zum einen daran, dass Griechenland für das Abkommen die Türkei als ‚sicheren Drittstaat‘ anerkennen müsste. Athen habe die Türkei zwar nicht explizit als solchen anerkannt, „aber in einem neuem Gesetz dargelegt, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um Anträge abzuweisen. Das reicht nach europäischem Recht aus“. (Gutschker, FAZ, 10.04.2016)

Durch die Verknüpfung mit Griechenland werden aber auch Vorurteile aktiviert, die während der Euro-Krise gegenüber Griechenland eine große Rolle spielten.⁷¹ Es wird den griechische Behörden „chronische Unfähigkeit“ (Hoeren, BILD, 19.03.2016) attestiert und insbesondere eine „Überforderung der griechischen Asylbehörde“, die durch „die Entsendung von mehreren tausend Sachbearbeitern aus EU-Staaten gelöst werden soll“ (Martens, FAZ, 05.04.2016). Weiter wird auf „die wirklichen Schwierigkeiten bei der nun eingeleiteten Rückführung“ hingewiesen, welche noch bevorstehen – „jedenfalls dann, wenn Europäer und vor allem die Griechen sich an ihr eigenes und das europäische Recht sowie die internationalen Konventionen für den Umgang mit Flüchtlingen halten wollen.“ (Martens, FAZ, 05.04.2016)

BILD berichtet, dass die hygienischen Bedingungen und die Versorgung in Idomeni schlecht seien, die griechische Regierung aber eine Räumung des Lagers ablehne. Es werde zwar geplant, neue Lager zu bauen, es gebe aber große Schwierigkeiten. Die sparsame Hilfe der EU wird auch den Griechen angelastet: „Tatsache ist: Die Griechen müssten diese Hilfe anfordern – haben sie lange Zeit aber nicht.“ (Ronzheimer/Spyropoulou, BILD, 12.03.2016) Damit wird die Verantwortung vor allem den Griechen zugewiesen – andere europäische Staaten geraten diesbezüglich nicht in den Blick.

Eine weitere Verschränkung ist die mit haushaltsökonomischen Fragen der EU, wobei Deutschland ein besonderer Stellenwert zugeschrieben wird. Es wird befürchtet, dass Deutschland die finanzielle Hauptverantwortung tragen werde. Wenn die Staaten der Europäischen Union den nationalen Beitrag nicht zahlen würden oder könnten, „so dürfte am Ende wohl Deutschland einen Großteil der 3 Milliarden allein zahlen müssen [...]“, so wird ein EU-Diplomat in der FAZ zitiert. (Kafsack, FAZ, 17.03.2016)

Vor allem in der TAZ wird das EU-Türkei-Abkommen mit dem Menschenrechtsdiskurs verknüpft. Die Situation der Flüchtlinge in den Lagern auf den griechischen Inseln wird drastisch geschildert und kritisiert:

„Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sowie die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen reduzieren nach dem Türkei-EU-Abkommen ihre Hilfeleistungen in den Aufnahmelagern auf den griechischen Inseln. Der Grund hierfür liegt darin, dass der rechtliche Schutz von Flüchtlingen beim EU-Türkei-Abkommen nicht gewährleistet ist. Wenn Leute abgeschoben würden, die in der Türkei keinen Schutz genießen, gebe es völkerrechtliche Probleme, so die Hilfsorganisation.“ (Mavropoulos, TAZ, 23.03.2016)

⁷¹ Vgl. zur Verarbeitung der „Griechenlandkrise“ im Mediendiskurs auch die Beiträge in kultuR-Revolution 39 (2015) von Link (9-16), Thiele / Vowe (17-33), Jäger / Wamper / Zimmer (34-43) und Knobloch (50-55)

Und der Koordinator von ‚Ärzte ohne Grenzen‘ wird zitiert:

„Die neu ankommenden Flüchtlinge werden in den Auffanglagern der Inseln festgehalten, die Hotspots werden zu Gefängnissen“. (Mavropoulos, TAZ, 23.03.2016)

Es geht auch um die Berichte von Menschenrechtsorganisationen, die aufzeigen, dass die Türkei mehrere Tausend syrische Flüchtlinge in deren Heimat abgeschoben hat, darunter Frauen und Kinder. Als aktuelles Beispiel wird in TAZ der Fall von drei Kindern geschildert, welche ohne deren Eltern nach Syrien abgeschoben wurden. (Vgl. O. A., TAZ, 02.04.2016.) Christian Rath relativiert diese Vorgänge wie folgt:

„Zwar wird immer wieder berichtet, dass Flüchtlinge zurückgeschickt werden – die Regel ist das aber nicht, wie die knapp drei Millionen Syrer in der Türkei belegen. Zudem sollen anerkannte Flüchtlinge künftig mit EU-Geldern besser in die türkische Gesellschaft integriert werden.“ (Rath, TAZ, 16.03.2016)

Pakt oder Deal?

In der SZ wird darauf hingewiesen, dass die Benennung des EU-Türkei-Abkommens bereits auf eine Positionierung zu diesem hinweise. Die Befürworter_innen würden gerne von einem „Abkommen“ oder vom „Flüchtlingspakt“ sprechen, die Gegner_innen lieber von einem „Deal“ (Ulrich, SZ, 4.4.2016). Diese Beobachtung ist durchaus zutreffend. In der FAZ wird hauptsächlich von einem Abkommen gesprochen, es werden kaum andere Synonyme dafür genutzt. In der SZ und in der BILD kommen beide Begriffe im gleichen Maße vor - was vermuten lässt, dass dort kein einheitliches Meinungsbild vorliegt. In der TAZ wird ausschließlich von einem „Deal“ gesprochen.

Ähnliches gilt auch für die Begriffe „Rückführung“ und „Abschiebung“. Auch diese sinnähnlichen Wortpaare weisen indirekt auf grundsätzliche inhaltliche Positionen der Autor_innen hin.

Das alternativlose Abkommen

Trotz Kritik am Abkommen wird aber keine strikte Ablehnung formuliert. Aufgrund der „realen“ Zustände wird es als alternativlos angesehen. Deutlich wird dies in einem Artikel von Daniel Deckers unter dem Titel „Humanitärer Korridor“:

„Doch wenn es eine Chance gibt, zumindest die Bedingung der Möglichkeit zu schaffen, Migrationsströme so zu kontrollieren, dass Asyl- und andere Schutzbedürftige zu ihrem Recht kommen, andere Migranten aber nicht Rechte in Anspruch nehmen können, die ihnen nicht zustehen, dann besteht sie darin, diese Unterscheidung an den Außengrenzen der Europäische Union zu treffen.“ (Deckers, FAZ, 04.04.2016)

Die bekannte Unterscheidung von Flüchtlingen, die zu Recht Asyl beantragen und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist, wird hier reproduziert und mit dem Argument versehen, dass diese Migrationskontrolle vor den EU-Außengrenzen stattzufinden habe. Gleichzeitig wird damit unterstellt, dass nur syrische Geflüchtete tatsächlich schutzbedürftig seien, weil es ja um diese Personengruppe im Abkommen ausschließlich geht. Geflüchtete aus anderen Ländern – so das Implikat – haben kein Recht, in der EU Asyl in Anspruch zu nehmen. Auch Stefan Kornelius betont die Alternativlosigkeit des Abkommens in der SZ:

„Entweder nimmt Europa, nimmt Deutschland Menschen bedingungslos auf, überprüft und versorgt sie, und schickt sie gegebenenfalls eines Tages wieder zurück. Oder es schottet sich ab, im Zweifel mit Gewalt, weil es um den Zusammenhalt seiner eigenen Gesellschaft fürchtet oder um die nicht mehr zu kontrollierende Sogwirkung der Migration. Irgendwo dazwischen liegt der von Angela Merkel propagierte Deal mit Bargeldunterstützung, wie er nun mit der Türkei praktiziert wird. Auch diese Varianten des Umgangs mit Flüchtlingen sind angreifbar. Bislang hat sich aber noch keiner mit einem besseren Vorschlag gemeldet.“ (Kornelius, SZ, 05.04.2016)

Stefan Ulrich geht auf rechtliche Fragen ein:

„Ein Kernstück des Aktionsplans ist es, Flüchtlinge, die über die Türkei nach Griechenland kommen, in die Türkei zurückschicken. Juristen und Menschenrechtler bezweifeln aber, dass ein solches Vorgehen rechtmäßig ist.“ (Ulrich, SZ, 18.03.2016)

Diese Kritik wird aber nicht zu Ende gedacht. Im Gegenteil. Stefan Kornelius meint: „Die Flüchtlinge zwingen die Türkei und die EU“, ihre Meinungsverschiedenheiten in anderen politischen Themen zurückzustellen. Und die Frage, ob Europa und Deutschland zu einem solchen Vorgehen befugt sind, beantwortet er auch:

„Aber: Darf Europa das? Dürfen die Deutschen das, wo doch die Türkei zunehmend unberechenbar und ihr Präsident immer autoritärer bis antidemokratischer agiert? Die Antwort liegt in der Gegenfrage: Gibt es eine Alternative? Nein, die gibt es nicht, denn weder kann und mag Europa (und Deutschland in seiner Mitte) all die Menschen aufnehmen, die auf sein Territorium drängen. Noch will es die Zustände ertragen, die es aus Lampedusa oder Idomeni auf den Bildschirm serviert bekommt.“ (Kornelius, SZ, 18.03.2016)

Mit einer solchen relativierenden Argumentation kann das Abkommen kritisiert und trotzdem akzeptiert werden, weil es dazu angeblich keine Alternative gibt.⁷²

⁷² Zu den Effekten von Relativierungen und Ja-aber-Argumentationen vgl. Jäger/Zimmermann, 2010, 27f.

Bezogen auf die Zielsetzung der Vereinbarung zitiert die FAZ aus offiziellen Pressemitteilungen der Bundesregierung: „Ziel sei es, den Menschenschmugglern das Handwerk zu legen und Flüchtlingen die riskante Überfahrt nach Griechenland zu verleiden.“ (Kafsack/Stabenow, FAZ, 19.03.2016) Dieses Ziel wird im Mediendiskurs jedoch umgedeutet. Dass unter „verleiden“ Abschreckung zu verstehen ist, wird in der TAZ angesprochen: „Die Flüchtlinge sollen so abgeschreckt werden, mithilfe von Schleppern über die Ägäis illegal in die EU einzureisen“. (Mavropoulos, TAZ, 21.03.2016) Ausgeblendet wird allerdings, dass es für diese Menschen keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt. Die abschreckende Wirkung gilt in erster Linie den Flüchtlingen und nicht den ‚Schleppern‘. In der SZ vom 21. März wird formuliert: „Das Ziel ist klar: eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Aber es gibt eine Menge Hürden.“ (Mühlauer, SZ, 21.03.2016) Diese werden vor allem in der Situation in Griechenland gesehen. Dass die Bundesregierung dieses Ziel nicht ausspricht, wird nicht kritisiert. Noch einen Schritt weiter geht die FAZ, wenn sie bereits in der Überschrift eines Artikels festhält: „Auf den griechischen Inseln baut Europa ein neues Asylsystem auf, um die Außengrenze zu schützen. Hier und da hakt es noch, aber die Richtung stimmt.“ (Gutschker, FAZ, 10.04.2016) Hier geht es nicht mehr um lebensgefährliche Fluchtrouten, vor denen Flüchtlinge geschützt werden sollen, sondern darum, Europa vor Flüchtlingen zu schützen.

Kategorisierungen der Geflüchteten

Auffallend ist auch die Differenzierung der Geflüchteten in zwei Kategorien: Migranten_innen und Flüchtlinge. Unter Flüchtlingen werden meist syrische Flüchtlinge gefasst, während als Migranten_innen vor allem die Menschen bezeichnet werden, die z.B. aus Pakistan und Afghanistan fliehen. Diese Differenzierung weist auf eine Verschiebung im Diskurs hin, die bereits 2015 ihren Anfang nahm und offenbar durch das EU-Türkei-Abkommen weiter manifestiert wurde. 2015 galten Flüchtlinge aus den Balkanstaaten als ‚Migranten‘ und wurden mit dieser Bezeichnung von den Flüchtlingen aus Syrien, Pakistan, Afghanistan, Eritrea etc. abgegrenzt. Letzteren wurde damit ein realer Fluchtgrund zugesprochen. Die Bezeichnungen der Personen in Verbindung mit dem Abkommen legen jedoch nahe: Es kommen *Migranten* auf den griechischen Inseln an, die in die Türkei zurückgeschickt werden sollen. Dafür können dann aus der Türkei *Flüchtlinge* in die EU einreisen:

„Ohne größere Zwischenfälle haben die Europäische Union und die Türkei mit der Verwirklichung ihres Plans zur Bewältigung der Flüchtlingskrise begonnen. So wurde eine erste Gruppe von 202, nach griechischen Behördenangaben vornehmlich aus Pakistan und Bangladesch stammende *Migranten* von Griechenland per Schiff in die Türkei zurückgeschickt. Von dort flogen dagegen 43 syrische *Flüchtlinge* nach Deutschland und Finnland.“ (Stabenow/Martens, FAZ, 05.04.2016 Hervorh. d. V.)

Doch es gibt auch Kritik an solchen Kategorisierungen. Theodora Mavropoulos berichtet von Erfahrungen auf der griechischen Insel Lesbos:

„Im Camp Moria wird die Spannung immer unerträglicher. Immer wieder bricht Streit zwischen den Flüchtlingen unterschiedlicher Nationalitäten aus. ‚Warum seid ihr denn hier? Warum?‘ faucht Hanna einen Mann aus dem Iran an. Sie hätten Krieg in ihrer Heimat, er wolle sich nur ein schönes Leben machen, ruft sie. Der junge Mann, der mit seinem Onkel nach Griechenland geflüchtet ist, verstummt. Er sei im Iran gefoltert worden, sagt er leise, und wendet sich ab.“ (Mavropoulos, TAZ, 04.04.2016)

Einen Tag später bekräftigt sie noch einmal ihre Kritik an der Kategorisierung und Behandlung der Geflüchteten:

„Die Flüchtlinge werden im Camp wie Strafgefangene hinter hohen Zäunen mit Stacheldraht gehalten und dann in ein vermeintlich sicheres Land deportiert. Ihnen wird ihr Flüchtlingsstatus aberkannt, nur weil die EU darüber urteilt, welche Nationalität diesen Status bekommen darf und welche nicht.“ (Mavropoulos, TAZ, 05.04.2016)

Es tauchen weitere Wortpaare in der Berichterstattung auf; die diese Unterscheidung bekräftigen: legal-illegal und regulär-irregulär. Damit wird die ‚Unrechtmäßigkeit‘ der sogenannten ‚Migranten‘ untermauert:

„Für einen noch nicht klar begrenzten Zeitraum soll die Türkei sämtliche irregulär auf die griechischen Inseln gelangten Flüchtlinge zurücknehmen und die EU – im Verhältnis eins zu eins – legal in der Türkei lebende Syrer aufnehmen.“ (Kafsack/Stabenow, FAZ, 19.03.2016)

Doch auch hier gibt es Kritik: „Illegale Flüchtlinge werden die Männer, Frauen und Kinder jetzt genannt, denen es gelungen ist, sich auf griechische Inseln durchzuschlagen. Eine Bezeichnung, die an Menschenverachtung wirklich kaum zu übertreiben ist.“ (Gaus, TAZ, 19.03.2016)

Türkei-EU-Beitritt

Problematisiert werden auch die in den Rahmenbedingungen für das Abkommen formulierten Visa-Liberalisierungen für türkische Bürger_innen und die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel zum EU-Beitritt.

„Problematischer erschien die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel. So verknüpfte Zypern diesen türkischen Wunsch mit der eigenen Forderung nach einer Lösung für die – in einen griechisch- und einen türkischsprachigen Teil – gespaltene Mittelmeerinsel.“ (Stabenow, FAZ, 18.03.2016)

Stabenow wendet sich hier nicht grundsätzlich gegen solche Essentials, sondern macht darauf aufmerksam, dass die formulierten Begehrlichkeiten der türki-

schen Regierung, Begehrlichkeiten anderer Länder zur Folge haben könnten. In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Willy Marth:

„Die Flüchtlingspolitik unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel überzeugt nicht. Sie will die Türkei als Außengrenze nutzen, wodurch die Europäische Union in vielerlei Weise erpressbar wird.“ (Marth, FAZ, 26.03.2016)

Die EU mache sich abhängig von der Türkei. Dabei klang die Kritik an einem möglichen EU-Beitritt der Türkei in der FAZ zwei Jahre zuvor noch ganz anders. Damals lag die Betonung auf kulturellen und religiösen Unterschieden, die zwischen der Türkei und der EU bestünden. In einem Artikel von Reinhard Müller aus dem Jahr 2014 heißt es:

„Die lustvoll geführte Debatte über einen förmlichen EU-Beitritt der Türkei vernebelt nur, dass dieses Land längst mehr als einen Fuß vor allem in Deutschland hat. [...] Es sollte aber nicht zuletzt im Interesse der hier *wahrhaft integrierten Türken* liegen, nicht jeden ins Land zu lassen. Freizügigkeit setzt eben ein *Mindestmaß an Gemeinsamkeiten* voraus. Hier war schon die EU-Osterweiterung zu großzügig. Es ist leicht, Rechtsvorschriften zu übernehmen oder anzupassen. *Schwerer ist es, sie zu leben*. Es ist einfach, auf Tests hin zu lernen. *Schwerer ist es zu begreifen, worum es wirklich geht*.“ (Müller, FAZ, 11.07.2014, Hervh.d.V.)

Müller spricht hier von fehlenden Gemeinsamkeiten zwischen türkischen und deutschen Bürger_innen. Im Jahr 2016 scheinen diese Punkte in den Hintergrund zu geraten und man geht von einer schicksalhaften Verbindung aus. Es wird gar eine Parallele zu Rom und Byzanz gezogen, welche historisch untrennbar miteinander verknüpft waren:

„Gleichwohl muss man nicht bis ins Jahr 330 nach Christus zurückgehen, um zu verstehen, dass Rom und Byzanz vulgo Brüssel und Ankara schicksalhaft miteinander verbunden sind.“ (Kornelius, SZ, 18.03.2016)

In der BILD-ZEITUNG wird hingegen Kritik formuliert:

„Ganz zu schweigen von den möglichen Folgen der Visa-Freiheit. Wenn am Ende syrische Flüchtlinge ausbleiben, aber dafür Türken mit Visa vor dem irrlichternden Präsidenten Erdoğan in die EU flüchten, wäre nichts gewonnen.“ (Hoeren, BILD, 19.03.2016)

Hier wird die Türkei als ein Land gesehen, das selbst weitere Flüchtlinge hervorbringen könne – womit die Zielsetzung des Abkommens konterkariert werde. Dass türkische Staatsbürger_innen auch ohne Visum vor der Politik des „irrlichternden Präsidenten Erdoğan“ fliehen könnten, scheint nicht vorstellbar zu sein. Die Perspektive der Menschenrechte jedenfalls kommt in der BILD innerhalb dieser Debatte nicht vor. Damit wird in diesem Artikel der Kern der Genfer Flüchtlingskonvention, nach der Verfolgte ein Recht auf Schutz haben sollen, offensichtlich negiert.

Die Rolle der Helfenden

In der ‚Flüchtlingskrise‘ werden medial stets das zivilgesellschaftliche Engagement und die Arbeit der NGOs positiv hervorgehoben. Es hieß, dass die Staaten ohne diese Unterstützung die Krise nicht hätten bewältigen können. In Verbindung mit der Kommentierung des EU-Türkei-Abkommens fallen deshalb abwertende Charakterisierungen von Helfenden als „Lobbyorganisationen“ und „Asyl-Lobbyisten“ besonders auf. So schrieb Michael Martens in einem Artikel von 5. April 2016:

„Die Binsenweisheit, dass der Teufel im Detail steckt, gilt also auch für das europäisch-türkische Flüchtlingsabkommen. Das ist keinesfalls ein 'schmutziger Deal', wie Lobbyorganisationen dieser Tage oft behaupten. Es könnte jedoch dazu werden, wenn die europäischen Standards in Griechenland übergangen werden sollen.“ (Martens, FAZ, 05.04.2016)

Die Organisationen, die Kritik am Abkommen geübt haben, waren Pro Asyl, Amnesty International und andere NGOs. In einem weiteren Artikel heißt es:

„Immer noch setzen Flüchtlinge in Booten über, die Aufnahmezentren füllten sich, sie wurden umzäunt, Hilfsorganisationen zogen sich entrüstet zurück, Asyl-Lobbyisten kündigten Musterklagen vor dem Menschenrechtsgerichtshof an.“ (Gutschker, FAZ, 10.04.2016)

Auch hier sind Aktivist_innen und NGOs in den Lagern auf den griechischen Inseln angesprochen. Das Bild der Helfenden scheint sich somit mit dem EU-Türkei-Abkommen zu wandeln. Ihnen wird sogar zugeschrieben, Flüchtlinge zur Gewalt angestachelt zu haben:

„Dort [Idomeni, d.V.] harren noch immer 12000 Menschen aus. Aktivisten versuchten sie am Wochenende erneut zum gewaltsamen Grenzübertritt nach Mazedonien zu motivieren, scheiterten damit aber an der Polizei- und an einigen Syrern, die sich der Aktion nicht anschließen wollten.“ (Schlötzer, SZ, 29.03.2016)

Kollektivsymbolik

In der Berichterstattung über das EU-Türkei-Abkommen spielt der Einsatz von Kollektivsymbolen eine große Rolle.⁷³ Wir haben es mit einem „Flüchtlings-

⁷³ Mit Kollektivsymbolen werden meist Unterscheidungen zwischen dem ‚Eigenen‘ und dem ‚Fremden‘ vorgenommen. Das Eigene wird dabei als abgrenz- und steuerbar codiert z.B. als Haus, Flugzeug, Schiff. Für die Außenwelt werden Symbole verwendet, bei denen dies nicht der Fall ist: Ströme, Fluten, Gifte, etc. (vgl. Jäger/Jäger, 2007, 42).

strom“ (Kafsack/Stabenow, FAZ, 19.03.2016 und Brössler/Kirchner, SZ, 19.03.2016) zu tun. Man spricht auch darüber, dass die Menschen auf Deutschlands Territorium „drängen“. Häufig spricht man auch in kritischer Absicht von einer Festung:

„Die Flüchtlingsfrage dient als Vorwand dafür, die Festung Europa auszubauen. Eine Festung, in der Kapital und Waren keine Grenzen kennen, während Menschen, die vor Krieg, Hunger und Umweltkatastrophen fliehen, auf Kriegsflotten und Stacheldrahtzäune stoßen.“ (Chondros, TAZ, 09.04.2016)

In Verbindung mit dem EU-Türkei-Abkommen kommen aber auch noch weitere Symbolkomplexe zum Einsatz. Das Abkommen wird als ein Patient codiert, der in einer Notaufnahme gelandet ist:

„Das Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei ist jetzt drei Wochen alt und schon tausende Tode gestorben. Der Patient lag gleich am nächsten Tag in der Notaufnahme, nachdem ein griechischer Beamte festgestellt hatte, dass sich die Vereinbarung nicht in 24 Stunden umsetzen lasse. [...] Der Patient schien klinisch tot zu sein.“ (Gutschker, FAZ, 10.04.2016)

Diese Körpersymbolik wird nicht nur auf die Europäische Union und die Türkei bezogen, sondern auch auf das Abkommen selbst. Das Abkommen wird als ein Kind beider Parteien angenommen. Dadurch gehört die Türkei zur Innenwelt von Europa, die von einem Störenfried, in diesem Fall einem griechischen Beamten, lebensgefährlich angegriffen wird.

In einem Artikel der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG wird das Abkommen hingegen nicht als Patient, sondern als lindernde Medizin dargestellt:

„Jetzt ist er gekommen, der Tag, der Linderung in die Flüchtlingskrise bringen soll, wenn nicht gar die Lösung. Der Flüchtlingspakt zwischen der Europäischen Union und der Türkei greift, die große Verschiebung von Flüchtlingen soll beginnen.“ (Szymanski, SZ, 04.04.2016)

Hier ist die EU als ein Körper zu verstehen, die Flucht als Krankheit und das Abkommen als Linderung, die den kranken Körper retten soll. Weiterhin wird das Abkommen mit Symbole aus dem Bereich der Technik codiert:

„Sie [Politiker, d.V.] reden wie Techniker, die an diesem Montag eine hochkomplizierte Maschine mit wundersamer Wirkung zum Laufen bringen müssen.“ (Szymanski, SZ, 04.04.2016)

Durch diesen Symboleinsatz werden auch in der Berichterstattung zum Abkommen zwischen der Türkei und der EU Bedrohungsszenarien aufgebaut, die durch die Fluchtbewegungen entstünden. Während die EU als zu schützendes Innen dargestellt wird, werden Flüchtlinge als Katastrophen oder Krankheiten codiert. Dabei werden – ebenfalls kollektivsymbolisch – durchaus Einbruchstellen im Inneren festgestellt. Vor allem ist hier Griechenland zu nennen, dies ist wohl dem Fluchtdiskurs vorausgegangen Griechenlanddiskurs und der Verknüpfung der beiden geschuldet. Das Abkommen selbst wird als Medizin codiert, als Möglichkeit der Heilung. Teils unterliegen diese Bildlichkeiten aber auch der Kritik.

Auslassungen

Die Analyse der Berichterstattung zum EU-Türkei-Abkommen zeigt aber auch charakteristische Auslassungen. So werden die wirtschaftlichen Interessen der EU nicht benannt. Es kommt nicht zur Sprache, dass eine Vorverlagerung des Migrationsregimes auch dazu dient, die Kosten, die der Wirtschaft durch Grenzkontrollen innerhalb der EU entstehen, abzuwehren. Auch hat die Berichterstattung über das Abkommen die Tatsache in den Hintergrund gestellt, dass deutsche und europäische Politiker_innen weltweit Despoten und Warlords hofieren, um weitere Migrations-Abkommen zu treffen. So wurde kaum darüber berichtet, dass Wirtschaftsminister Gabriel zur gleichen Zeit, in der das Türkei-EU-Abkommen verhandelt wurde, afrikanischen Ländern mit der Kürzung von Entwicklungshilfen drohte, wenn diese ihre Bürger_innen, die in Deutschland kein Bleiberecht bekommen, nicht zurücknehmen.

Auch das Schicksal der Flüchtlinge, die nicht aus Syrien kommen und also wieder in die Türkei abgeschoben werden, wurde ausgeblendet. Und der Druck der EU auf Griechenland, die Türkei als einen ‚sicheren Drittstaat‘ zu definieren, damit das Abkommen reibungslos funktionieren kann und nicht, weil es sich um einen ‚sicheren Drittstaat‘ handelt, wurde gleichfalls nicht kritisch reflektiert, obwohl es sich dabei doch um ein rechtlich höchst fragwürdiges Vorgehen handelte. Es scheint, dass sich der Mediendiskurs den ‚neuen politischen Realitäten‘ unterworfen hat.

Fazit

Auch wenn das EU-Türkei-Abkommen von den Medien kritisch gesehen wird, so trägt die Berichterstattung über sein Zustandekommen doch zu seiner Legitimierung bei. Dies geschieht vor allem dadurch, dass die zuvor bereits vorgenommene Kategorisierung der Flüchtlinge in legitime und illegitime zugespitzt wird. Es wurde nicht mehr diskutiert, ob letztere abgeschoben werden sollen, sondern wie dies am besten zu gewährleisten sei. Diese Sichtweise wurde von den hier untersuchten Medien weitgehend übernommen. In Anbetracht fehlender legaler Einreisemöglichkeiten waren jedoch alle in der EU ankommenden Flüchtlinge – mit Ausnahme der Syrer_innen – als illegal einzustufen. Auf diese Weise standen nicht mehr die Bedingungen in den Herkunftsländern im Fokus der Betrachtung, sondern der Akt des Grenzübertritts nach Europa. Begrifflich wurden die ‚illegal‘ Einreisenden oftmals als *Migranten* gefasst, während diejenigen, die eine ‚legale‘ Einreisemöglichkeit erhalten, – Syrer_innen, die keinen Versuch einer ‚illegalen‘ Einreise unternommen hatten – als *Flüchtlinge* bezeich-

net wurden. Das Türkei-EU-Abkommen wurde medial auf einer Negativfolie gerechtfertigt, die diejenigen diskreditierte, die nicht ‚legal‘ einreisen.

In Verbindung mit dieser Ausdifferenzierung der Kategorien für Geflüchtete wurden auch die Unterstützer_innen der Flüchtlinge sowie in der Flüchtlingsbewegung aktive NGOs in einen negativen Zusammenhang gestellt.

Ein ganz normales „Bootsunglück“. Eine Ereignisanalyse

von Lara Wedekind

Das Ereignis

Wenige Wochen nach dem Einsetzen des EU-Türkei-Abkommens am 20. März 2016 kenterte in der Nacht zum 18. April 2016 ein Flüchtlingsboot auf dem Mittelmeer zwischen Libyen und der italienischen Insel Lampedusa. Etwa 200 Menschen waren auf Booten von der libyschen Stadt Tobruk in Richtung Italien aufgebrochen. Nach einiger Zeit auf See wurden sie von ‚Schleppern‘ aufgefordert auf ein größeres Schiff umzusteigen, das bereits völlig überfüllt war und während des Umstiegs kenterte. Der internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge starben hierbei 469 Menschen. Nachdem sie zwei Tage auf See trieben, wurden 41 Überlebende von einem Frachtschiff gerettet und auf die griechische Halbinsel Peloponnes gebracht: 37 Männer, drei Frauen und ein Kind.

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Strukturanalyse der medialen Berichte zu diesem Vorkommnis dargestellt.⁷⁴ Dabei werden herausgearbeiteten Aussagen thematisch gegliedert.

⁷⁴ Aufgrund der sehr geringen Berichterstattung beschränkt sich das Untersuchungsdossier auf 32 Artikel, die sowohl als Print- als auch als Onlinequellen erschienen sind. Die analysierten Artikel stammen aus unterschiedlichen regionalen und überregionalen Zeitungen und Nachrichtenportalen. Darunter befinden sich die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, die TAGESZEITUNG, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, BILD, FRANKFURTER RUNDSCHAU, TAGESSPIEGEL, SPIEGEL ONLINE, das HANDELSBLATT, NEUES DEUTSCHLAND, die TAGESSCHAU, FRANKFURTER NEUE PRESSE, AACHENER NACHRICHTEN, BERLINER ZEITUNG, KÖLNER EXPRESS und das WIRTSCHAFTSBLATT. Der weitaus größte Teil der Artikel sind der Textsorte ‚Nachrichten‘ zuzuordnen. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG veröffentlichte im Rahmen einer Kolumne von Carolin Emcke einen Kommentar. In den Printmedien wurden die Nachrichten meist dem Ressort ‚Politik‘ zugeordnet. Die TAGESZEITUNG positionierte einen Bericht in der Rubrik ‚Ausland‘.

Informationslage und Auffälligkeiten der Berichterstattung

Neben der geringen medialen Präsenz des Kenterns fällt auf, dass die Berichterstattung zumindest in den ersten Tagen von großer Unsicherheit geprägt ist. Diese drückt sich durch eine überwiegende Beschreibung des Ereignisses im Konjunktiv aus. So handle es sich lediglich um eine der schlimmsten Tragödien, wenn sich die Berichte bestätigen *sollten*. Die IOM spricht von einem „Mysterium“ (DPA, SZ, 20.4.2016), während ein Bericht der BERLINER ZEITUNG das Ereignis als „nebulös“ beschreibt. (O.A., BERLINER ZEITUNG, 19.4.2016) Der TAGESSPIEGEL unterteilt, „[...] erneut viele Menschen ertrunken“. Doch auch er relativiert die Aussage im Folgenden, wenn betont wird, dass diese Angaben noch nicht bestätigt seien. (Vgl. Meier / Scheffer, DER TAGESSPIEGEL, 18.4.2016.) In der BILD beschäftigt man sich mit einem „vermeintlichen Drama“ und fragt: „Hat es das Unglück in dieser Form vielleicht gar nicht gegeben?“ (Link, BILD.DE, 19.4.2016) So zeichnet die Berichterstattung ein äußerst fragliches Bild des Ereignisses, dass sogar bei der BILD-ZEITUNG so weit geht, dass den Überlebenden unterstellt wird, ihre Schilderungen entsprächen nicht der Wahrheit.

Während in den wenigsten Berichten die sehr geringe Informationslage über den Tod hunderter Menschen thematisiert wird, nimmt Carolin Emcke in ihrer Kolumne in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG darauf Bezug. (Vgl. Emcke, SZ, 23.4.2016.) In dem Kommentar „Versunken“ stellt sie die detaillierte Informationslage bezüglich des Untergangs der Titanic der des aktuellen Boots kenterns gegenüber. So schreibt sie, der Untergang der Titanic geschah „zu einer Zeit, als es noch keine Satellitenüberwachung gab, kein Twitter oder Facebook, keine digitalen Archive – und doch: Was wissen wir nicht alles über diese Katastrophe.“ (Emcke, SZ, 23.4.2016) Bezüglich des aktuellen Ereignisses formuliert sie: „Die Opfer gab es erst einmal nur in Möglichkeitsform“. Die Namen der Toten seien nicht bekannt, genauso wenig, „wie viel Tee oder Kaffee sie mitführten auf ihrer Flucht nach Europa“.

Eine weitere Problematisierung der Informationslage findet sich in der Reportage von Andrea Bachstein in der SZ. Sie nimmt auf bisherige Berichterstattungen solcher Ereignisse Bezug und konstatiert: „Aus ersten Hinweisen werden meist binnen Stunden Gewissheit.“ (Bachstein, SZ, 23.4.2016) Das Nichtwissen der Grenzschutzagentur Frontex sowie der griechischen Küstenwache beschreibt sie als „ungewöhnlich“. Ebenso wie den Umgang mit Informationen.

„Sie mäanderten von Somalia und Ägypten nach Europa, trafen auf andere, ebenfalls unvollständige Informationen. Ohne Überlebende wüsste man vielleicht nichts von der jüngsten Tragödie, das Meer hätte sie verschluckt.“ (Bachstein, SZ, 23.4.2016)

Damit stellt sie im Unterschied zur BILD die Berichte der Überlebenden als gültiges Wissen dar.

In nahezu allen Artikeln findet eine historische Einordnung des Ereignisses statt. Die Zahl der Opfer wird häufig in Bezug zu einem Boots kentern im April 2015

gesetzt. So wird betont, dass die „Katastrophe“ auf den Tag genau ein Jahr nach dem bisher größten ‚Flüchtlingsunglück‘ geschah.(Vgl. Braun, TAZ, 19.4.2016.) In diesem Zusammenhang wird auch die Bergung des Wracks von vor einem Jahr angesprochen. So wird zum Beispiel in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG geschildert, dass Spezialkräfte versuchten, dieses aus fast 400 Metern Tiefe zu bergen. (Vgl. O.A., SZ, 20. April 2016.)

Das ‚Bootsunglück‘ als unabwendbarer Schicksalsschlag

Vielfach wird das Boots kentern und somit der Tod hunderter von Menschen als ein unabwendbarer Schicksalsschlag eingeordnet. Auf diese Weise findet quasi eine Normalisierung des Ereignisses statt und die Verantwortung Europas wird ausgeblendet.

So wird das Kentern als „Tragödie“ oder „Katastrophe“ bezeichnet. Durch Metaphern dieser Art kommt dem Ereignis der Status eines schlimmen Schicksalsschlags zu, und es wird zugleich suggeriert, dass dagegen nichts hätte unternommen werden können. In Verbindung mit der Abschottungspolitik der EU und dem EU-Türkei-Abkommen wird mit einer solchen Einordnung eine Entkontextualisierung vorgenommen, indem das Ereignis unabhängig von vorangegangenen politischen Handlungen betrachtet wird. Es wird zwar an das Versprechen der EU erinnert, „alles dafür zu tun, um weitere Tragödien dieser Art zu verhindern“. Das aktuelle Boots kentern allerdings zeige aber, dass sich „dramatische Ereignisse dieser Art vermutlich nicht ausschließen lassen“. (Haase, FRANKFURTER NEUE PRESSE, 19.4.2016)

Als Gründe für das Ereignis werden die Wetterlage sowie auch die Schließung der Balkanroute angeführt. So schildert man zum Beispiel in der FRANKFURTER NEUE PRESSE:

„Bei gutem Wetter wagen derzeit viele Flüchtlinge die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer von Nordafrika nach Italien. Immer wieder kommt es dabei zu Katastrophen, wenn voll besetzte Schiffe auf hoher See kentern.“ (O.A., FRANKFURTER NEUE PRESSE, 21.4.2016)

Der erste Satz ist insofern korrekt, als es tatsächlich nur möglich ist, die Überfahrt bei weitestgehend ruhigem Wetter zu wagen. Im zweiten Satz wird allerdings konstatiert, dass sich solche Katastrophen immer wieder ereignen. Dies suggeriert ein quasi natürliches Ereignis. Und dies blendet einen konkreten Handlungsbedarf aus. In anderen Darstellungen wird eine fatalistische Sichtweise vermittelt. So lautet die Überschrift in den AACHENER NACHRICHTEN: „Einige Staaten der EU glauben durch Ausweitung des Militäreinsatzes vor der Küste Libyens Flüchtlingskatastrophen reduzieren zu können“ (Haase, AACHENER NACHRICHTEN, 19.4.2016), während das HANDELSBLATT die Situation der Flücht-

lingskrise als „festgefahren“ bezeichnet. (Krieger, HANDELSBLATT, 20.4.2016) Auch findet sich die Äußerung des italienischen Außenministers „europäische Kriegsschiffe wären auch dann hilflos gewesen, hätte es eine Ausweitung des Mandats schon gegeben“. (O.A., FR-ONLINE.DE, 18.4.2016)

Teilweise wird sich auf Warnungen bezüglich der Schließung der Balkan-Route bezogen. So zitiert die TAZ den SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Castellucci: Es sei „eine Schande, dass es bis heute kein europäisches Seenotrettungsprogramm gibt, mit dem das Massensterben verhindert werden kann“. (Braun, TAZ, 19.4.2016) Angesichts der Schließung der Balkanroute sei es absehbar gewesen, dass die Flüchtlinge wieder den Weg über das Meer suchen würden. Hier wird die Schließung der Balkan-Route als Grund für ein vermehrtes Flüchtlingsaufkommen auf der südlichen Route des Mittelmeeres angeführt und sogar erwähnt, dass dies absehbar gewesen sei. Allerdings folgt als Kritik in diesem Zusammenhang ausschließlich, dass es noch kein europäisches Seenotrettungsprogramm gibt. Dass es vor allem die fehlenden legalen Einwanderungsmöglichkeiten sind, die Menschen auf diesen gefährlichen Weg bringt, bleibt unerwähnt.

In Verbindung mit dem Boots kentern bleibt das EU-Türkei-Abkommen nahezu unerwähnt. Es wird lediglich in zwei Berichten (BERLINER ZEITUNG und HANDELSBLATT) als Grund für die steigende Anzahl von Flüchtenden auf der südlichen Mittelmeerroute genannt. So wird in der BERLINER ZEITUNG konstatiert, dass seit seiner Umsetzung die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge in Griechenland drastisch gesunken sei und die meisten Flüchtlinge nun versuchten, von Nordafrika mit Booten bis nach Italien zu gelangen. (Vgl. O.A., BZ, 19.4.2016.) Zudem zitiert die AACHENER ZEITUNG die Kritik von ‚Pro Asyl‘, die die „Entwicklung mit großer Sorge“ sehe. Der EU-Türkei-Deal treibe „Flüchtlinge in die Hände von Schleppern“. (Haase, AACHENER NACHRICHTEN, 19.04.2016)

Der TAGESSPIEGEL hingegen schreibt, die Zahl der Ankommenden in Griechenland sei seit Umsetzung des Abkommens signifikant gesunken, während von einer generellen Verlagerung des „Flüchtlingsandrangs“ noch nicht gesprochen werden könne. (Vgl. O.A., TAGESSPIEGEL.DE, 18.4.2016.) Auch dies trägt zur Normalisierung der Geschehnisse bei.

Kategorisierung Geflüchteter

In nahezu allen Artikeln fällt die Bezeichnung der Geflüchteten auf. Vermehrt werden die Personen als „Migranten“ bezeichnet, während weiterhin die Begriffe „Flüchtlingsschiff“ und „Flüchtlingskatastrophe“ verwendet werden. Dies ist insofern bedeutsam, weil der Begriff der Migration allein die Verlagerung des eigenen Wohnortes in ein anderes Land bzw. an einen anderen Ort umfasst. Dies kann freiwillig und ohne existenzielle Bedrohungen im Herkunftsland ge-

schehen. Der Begriff des Flüchtlings hingegen schließt weitere Rechte mit ein, angefangen mit dem Recht auf Asyl, das eine Verfolgung aufgrund unterschiedlicher Merkmale im jeweiligen Herkunftsland voraussetzt. Wenn die BILD-ZEITUNG zum Beispiel von „Armutsmigranten“ (BILD, 19.4.2016) spricht, wird die existenzielle Bedrohung von Flüchtenden, die diese gefährliche Route auf sich nehmen, nicht ersichtlich bzw. verdeckt. Auch die dringend erforderliche humanitäre Hilfe durch europäische Staaten wird damit de-thematisiert.

Dies muss im Zusammenhang mit der im Fluchtdiskurs vorgenommenen Trennung zwischen ‚Wirtschaftsflüchtlingen‘ sowie ‚politischen Flüchtlingen‘ gesehen werden, die zu einer Unterscheidung zwischen ‚berechtigten‘ bzw. ‚unberechtigten‘ Flüchtenden führt. Die vermehrte Verwendung des Begriffs ‚Migrant‘ für Flüchtende kann einen ähnlichen Effekt erzielen, wie die euphemistische Bezeichnung des ‚Wirtschaftsflüchtlings‘, die den Fluchtdiskurs seit Sommer 2015 prägt. Hier wird suggeriert, dass die Flucht aus ‚wirtschaftlichen Gründen‘ geschehe, aus Hoffnungen auf den Bezug von Sozialleistungen. Die Dringlichkeit humanitärer Hilfe wird so durch abschwächende Begrifflichkeiten negiert.

Das Problem ist: Die Flüchtlinge erreichen Europa.

Eine wesentliche Aussage in den Artikeln zum Boots kentern ist, dass das Problem vor allem darin gesehen wird, dass die Flüchtlinge in Europa ankommen. Dieses Problem gelte es zu lösen.

Von Seiten der EU werden unterschiedliche Pläne erläutert, wie zum Beispiel die Ausweitung des ‚Sophia-Mandats‘. Dieses umfasse bislang lediglich den Militäreinsatz außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer. Eine Erweiterung sei allerdings davon abhängig, ob sich in Libyen eine Einheitsregierung durchsetze. Dass dies noch nicht geschehen sei, dafür wird der Bürgerkrieg in Libyen verantwortlich gemacht. (Vgl. O.A., FAZ, 18.4.2016.) Dies ist ein weiterer Punkt, an dem eine De-Thematisierung grundlegender Faktoren für die enorme Anzahl flüchtender Menschen vorgenommen wird.

Die FRANKFURTER RUNDSCHAU berichtet, dass Frankreich ein Waffenembargo fordere, mit dem illegale Waffentransporte an die Terrormiliz „Islamischer Staat“ verhindert werden solle. So wird der Terrordiskurs ins Spiel gebracht. Diese Forderung sei allerdings zurückgewiesen worden. Als weitere Vorhaben der EU werden die Unterstützung Libyens in Bereichen der Polizeiarbeit, der Terrorbekämpfung, des Menschensmuggels sowie des Grenzschutzes angeführt. (Vgl. O. A., FRANKFURTER RUNDSCHAU, 18.4.2016.)

Das HANDELSBLATT sieht als mögliche Lösung des „Flüchtlingsdramas“, dass die EU in Libyen „einen Ansprechpartner an der Südküste des Mittelmeers“ erhält,

wenn „es gelingt, die [...] Einheitsregierung[...] zu stärken und demokratische Strukturen in dem Land zu verankern“. Dann könne man das Flüchtlingsproblem „gezielt angehen“ ebenso wie die „Bekämpfung von Menschenhandel, Schlepperbanden und Terror“. (Krieger, HANDELSBLATT, 20.4.2016) An keiner Stelle wird dabei problematisiert, dass es sich bei solchen europäischen Reaktionen einzig um Pläne handelt, mit denen die Grenzen für Flüchtlinge vorverlagert werden. Als Problem wird einzig gesehen, dass die Flüchtlinge nach Europa gelangen. Und dies soll in Form eines erweiterten EU-Mandats verhindert werden. Dass es sich hierbei um eine militärische Intervention in ein anderes Land handelt, wird weder kritisiert, noch überhaupt angesprochen. Insofern findet hier eine verdeckte Verschränkung mit dem Militärdiskurs statt. Durch die Betonung, dass gegen „Menschenhandel, Schlepperbanden und Terror“ vorgegangen werden soll, erscheint die Erweiterung des Mandats als humanitärer Akt.

Kritik an diesem Vorhaben nehmen die AACHENER NACHRICHTEN auf, in dem sie die Grünen im Europaparlament zitieren. Deren politische Sprecherin habe betont, die Pläne widersprächen menschenrechtlichen Standards und seien realitätsfern. Es sei kaum möglich, Rechte und Schutz von Flüchtlingen in einem Land zu gewährleisten, das immer noch von „lokalen Milizen, muslimischen Gruppen und anderen Clans“ kontrolliert werde. (Haase, AACHENER NACHRICHTEN, 19.4.2016) Als weitere Kritik an dieser ‚Lösungsstrategie‘ wird auch die Meinung von freiwilligen Helfern in Italien angeführt. Sie fordern eine „gesamteuropäische Lösung der Flüchtlingskrise“ und „nicht nur Ad-hoc Maßnahmen dort, wo es gerade brennt“. Hinsichtlich der Absichtserklärungen der EU-Staaten sei diese allerdings nicht in Sicht. (Vgl. Krieger, HANDELSBLATT , 20.4.2016.)

„Schlepper“ als das Hauptproblem

Eine weitere zentrale Aussage in Verbindung mit dem Ereignis ist die Betonung der Täterrolle von ‚Schlepperbanden‘. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU erwähnt, dass Kriegsschiffe aus Deutschland und anderen EU-Staaten seit Beginn ihres Einsatzes im vergangenen Jahr bereits rund 13.000 Menschen gerettet und in die EU gebracht hätten. Der „ursprünglich geplante Kampf gegen kriminelle Schlepperbanden“ sei hingegen kaum vorangekommen. Als Grund hierfür wird angeführt, dass es bislang kein Mandat für Einsätze innerhalb der libyschen Hoheitsgewässer gäbe. (O.A., FR-ONLINE.DE, 18.04.2016) Auch hier wird betont, dass eine Vorverlegung der Grenzen in Form von Kriegseinsätzen eine erfolgreiche Lösung darstelle, um ‚kriminellen Schlepperbanden‘ das Handwerk zu legen.

Auch die FRANKFURTER NEUE PRESSE verknüpft die Annahme: „Ereignisse dieser Art“ ließen sich „vermutlich nicht ausschließen“ mit dem Handeln von „Schleppern“. Zu einfach sei es noch immer „für Migranten, bei Schleppern in Libyen

oder Ägypten ein Ticket für einen Platz in einem Boot in Richtung Italien zu kaufen“. (Haase, FRANKFURTER NEUE PRESSE, 19.4.2016) So wird vermittelt, es bestehe kein weiterer Handlungsbedarf von Seiten der EU als ein Vorgehen gegen ‚Schlepper‘. Solange diese weiterhin Flüchtende auf Booten auf das Mittelmeer bringen, sei Europa nicht fähig, etwas gegen den Tod Hunderter von Menschen zu tun. Somit wird insinuiert, dass allein der Kampf gegen ‚Schlepperbanden‘ das Problem der Toten im Mittelmeer lösen könne. Dies wird durch die Darstellung von Plänen zur Erweiterung des Kriegsmandats konkretisiert. Gleichzeitig werden die Gründe der Flucht, wie etwa lebensbedrohliche Bedingungen in den Herkunftsländern und die mittlerweile geschlossenen alternativen Fluchtrouten, de-thematisiert. Die Autor_innen nehmen so die Perspektive von EU-Staaten ein und implizieren die Anwesenheit von Geflüchteten als Problem. Die Perspektive der Geflüchteten selbst, vor Bedrohungen zu fliehen, spielt keine Rolle. Im Gegenteil: Durch die Verwendung des Begriffs „Ticket“ werden die lebensgefährlichen Fluchtrouten über das Mittelmeer in den Kontext von ‚normalen‘ Schiffsreisen gesetzt, so als seien die Flüchtlinge ganz normale Tourist_innen, die sich Europa ansehen wollten.

Neben der Bestimmung von ‚Schleppern‘ als Hauptverursacher_innen der vielen Toten findet in der TAZ gar eine Externalisierung der Schuldzuweisung an ‚Schlepper‘ statt. Dort wird die Haltung eines „rechtspopulistisch-fremdenfeindlichen“ Politikers aus Italien erwähnt, der die Schuldigen des ‚Unglücks‘ ausgemacht habe. Diesem zufolge sei diese Katastrophe den „Menschhändler[n]“ und den „angeblich guten Politiker[n] [anzulasten], die Komplizen der Invasion sind“. (Braun, TAZ, 19.4.2016) Hier wird suggeriert, dass solche Schuldzuweisungen ausschließlich an den politischen Rändern geäußert würden. Das gilt zumindest nicht für die ‚Schlepper‘, die im Fluchtdiskurs durchaus hegemonial als verantwortlich für die Tod von Flüchtlingen gemacht werden.

Fazit

Überwiegend wird in der Berichterstattung über das Bootskentern, bei dem hunderte Menschen den Tod fanden, dieses Ereignis normalisiert. Es scheint, als habe man sich damit abgefunden bzw. müsse man sich damit abfinden, dass immer wieder Menschen aus Verzweiflung den Weg über das Mittelmeer nach Europa suchen und dort den Tod finden. Während solche Todesmeldungen 2015 und davor zumeist Erschrecken und Empörung hervorriefen, scheint sich 2016 nur noch eine resignierende Kenntnisnahme abzuzeichnen. Hunderte von Toten scheinen zu einer hinzunehmenden Realität geworden zu sein.

Ein weiterer zentraler Punkt in der Berichterstattung ist die Problematisierung des Ankommens der Flüchtlinge in Europa und die damit einhergehende implizite Annahme, die Vorverlagerung des Migrationsregimes sei die einzige ‚Lösung‘ der Fluchtbewegungen. Kaum thematisiert werden dagegen die Fluchtursachen

und die Abschottungspolitik Europas, die noch mehr Tote fordern. Eine solche Externalisierung der Probleme zeigt sich deutlich darin, dass meist insinuiert wird, es seien allein die ‚Schlepperbanden‘, die dies zu verantworten hätten und die es zu bekämpfen gelte. Ein vorverlagertes militärisches Grenzregime, das dafür sorgen soll, dass Menschen dort bleiben, wo sie sind, lässt wenig Hoffnung zu auf die so dringend erforderliche Bekämpfung der Fluchtursachen sowie die Öffnung sicherer Wege nach Europa.

Nachdem das EU-Türkei-Abkommen und somit die Absage an menschenrechtliche Prinzipien durchgesetzt wurde, konstatierte Innenminister de Maiziere: „Auch wenn wir jetzt einige Wochen ein paar harte Bilder aushalten müssen, unser Ansatz ist richtig.“ (O. A., ZEIT, 8.4.2016) Ein paar Wochen später ging das Bild eines ertrunkenen Flüchtlingskindes durch die Medien, das es wohl zugunsten eines vor Flucht ‚sicheren‘ Europas auszuhalten gilt.

Von einer Willkommenskultur zu einer Abschiebekultur. Eine synoptische Analyse zum Fluchtdiskurs 2015/2016

Nach den Verschiebungen im Sagbarkeitsfeld des Fluchtdiskurses 2015 fanden 2016 einige Ereignisse statt, die weiterhin Einfluss auf den Diskursverlauf nahmen. Die Verschiebungen, die sich 2015 vollzogen und die Aussagen zu Flucht und Migration manifestierten sich 2016. Bezüglich der Silvesternacht in Köln kann darüber hinaus von einer Umkehrung vorheriger Standards gesprochen werden. Nach den Silvesterereignissen wurden Sicherheitsbehörden und Medien innerhalb der Berichterstattung dafür kritisiert, die zugeschriebene Herkunft der Täter *nicht* benannt zu haben. Implizit gefordert wurde so eine Abkehr vom Pressekodex des Presserats. Hier heißt es in der Richtlinie 12.1 zur Berichterstattung über Straftaten:

„In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“⁷⁵

Die Verschränkung zwischen Fluchtdiskurs und Islamdiskurs wurde verstärkt. Wo bereits zuvor diese Diskursverschränkung in Bezug auf die Anschläge im November 2015 in Paris vorzufinden war, zeitigte sie hier in der hinzukommenden Verschränkung mit dem Geschlechterdiskurs alarmistische Effekte. Die Täter sexualisierter Übergriffe wurden als Flüchtlinge muslimischen Glaubens beschrieben, genauer gesagt, die Taten wurden ihnen qua vermuteter Herkunft zugeschrieben. Mit dieser Zuschreibung, die v.a. durch äußerliche Beobachtungen abgeleitet wurde, wurde vermittelt, dass massenhaft junge muslimische Männer nach Deutschland flüchteten und von diesen eine massive Bedrohung für hier lebende Frauen ausgehe. Massive Denormalisierungen waren die Folge. Hinzu kam eine Verschränkung mit dem Kriminalitätsdiskurs. Die Täter seien zudem in Banden organisiert.

So konnten als Problemlösungsstrategie für sexualisierte Gewalt verstärkte und erleichterte Abschiebungen gefordert werden. Diese Diskursverschränkungen fanden ihre institutionelle Umsetzung in der Verschärfung des Sexualstrafrechts mit dem die Ausweisungsnorm um den Tatbestand der sexuellen Nötigung abermals erweitert worden ist.

⁷⁵ <http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/>

Die eingesetzte Debatte um Abschiebungen fand sich dann auch in der Berichterstattung zum Abkommen zwischen der Türkei und der EU wieder. Hier wurde nicht mehr diskutiert, ob abgeschoben werden sollte, sondern wie dies am besten zu gewährleisten sei. Und auch der Kriminalitätsdiskurs wurde quasi durch die Hintertür ‚mitgenommen‘. Die Kategorisierung der Geflüchteten in legitime und illegitime Flüchtlinge fand eine weitere Zuspitzung. All die, die ‚illegal‘ in die EU einreisen (und das waren in Anbetracht fehlender legaler Einreisemöglichkeiten eben alle in der EU ankommenden Flüchtlinge) wurden mit dem Stigma des kriminellen Akts der illegalen Einreise belegt und ‚legal‘ einreisenden Flüchtlingen gegenübergestellt. Die Frage der Kategorisierung verlagerte sich so weg von den Bedingungen in Herkunftsländern hin zum Akt des Grenzübertretts. Begrifflich gefasst wurde dies oftmals mit den Kategorien der Migranten (für die, die „illegal“ einreisen und in die Türkei abzuschicken seien) und Flüchtlingen, die zumindest theoretisch⁷⁶ eine ‚legale‘ Einreisemöglichkeit erhalten, vorausgesetzt sie sind aus Syrien und haben keinen Versuch der ‚illegalen‘ Einreise unternommen. So wurde das Türkei-EU-Abkommen auch medial mit der zuvor formulierten Forderung nach legalen und damit sicheren Einreisemöglichkeiten gerechtfertigt. Dies geschah aber vor allem auf der Negativfolie des Arguments, der Diskreditierung derer, die nicht ‚legal‘ einreisen. Auch andere, bereits 2015 angelegte zentrale Aussagen des Fluchtdiskurses kulminierten in der Berichterstattung über das Abkommen. Neben der weiteren Ausdifferenzierung der Kategorien für Geflüchtete fand auch eine Diskreditierung der Helfenden statt, bis hin zu Diffamierungen von Menschenrechtsorganisationen und Aktivist_innen. Kritik am Abkommen wurde allenfalls in der TAZ formuliert.

Am 3. Oktober 2013 sank ein Kutter mit etwa 545 Flüchtlingen vor Lampedusa. 155 Menschen wurden gerettet, schätzungsweise 390 Menschen ertranken. Dieses Ereignis sorgte europaweit für wochenlange Schlagzeilen und eine massive Debatte. In der Nacht auf den 18. April 2016 kenterte ein Schiff mit Flüchtlingen vor Lampedusa. 41 Menschen überlebten. 469 Menschen starben. Bundesweit wurde dieses Ereignis lediglich in 32 Artikeln erwähnt. Diese ausgebliebene Aufmerksamkeit weist zum einen auf eine Normalisierung der Debatte hin und so auch auf eine Normalisierung des Sterbens im Mittelmeer. Das ‚Unglück‘, das nur wenige Wochen nach dem Inkrafttreten des Türkei-EU-Abkommens stattfand, wurde in der deutschen Presse als ‚unabwendbar‘ beschrieben. Die mangelnde Aufmerksamkeit verweist aber auch auf eine Sättigung des Fluchtdiskurses. Mit dem Türkei-Deal und der Ankündigung, ähnliche Abkommen mit Nordafrikanische Staaten schließen zu wollen, wurde die Debatte um Flucht befriedet. Die Vorverlagerung des Migrationsregimes vor die EU-Außengrenzen, die mit den Ereignissen um den Arabischen Frühling ins Wanken geriet, wurde als zentraler Lösungsansatz verhandelt. Und diese Vorverlagerung als Lösung zu präsentieren, verweist eben auch auf eine bestimmte Lesart des Problems. Als Problem gilt 2016 wieder das Ankommen von Geflüchteten dort, wo ihnen Schutz gewährt werden *könnte und müsste*. Als Problem gilt nicht die Tatsache, dass weltweit 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind, flüchten mussten. (Vgl. O.A. Zeit-Online, 20.6.2016.) Das ist jeder 113. Mensch. Und als

⁷⁶ Bis zum 12. Oktober 2016 konnten lediglich 1843 syrische Flüchtlinge aus der Türkei in die EU einreisen. (Vgl. Menkens / Leubecher, WELT-ONLINE, 14.10.2016)

Problem gilt nicht, dass nur ein Bruchteil dieser Menschen den Schutz findet, der ihnen zusteht.

Abschließende Worte

Spätestens seit den 1980er Jahren ist der Einwanderungsdiskurs in Deutschland ein Problemdiskurs. Eine Problematisierung, die Vorgänge sind nicht selbstverständlich, möglicherweise nicht ‚normal‘ und sicher nicht naturgegeben. Dabei ist zu bedenken, dass das was in Gesellschaften als Problem wahrgenommen wird, als Last, als denormale Situation empfunden wird, immer Ergebnis (auch) diskursiver Prozesse ist. So ist es ein Ergebnis diskursiver Prozesse, dass noch heute der Untergang der Titanic im kollektiven Gedächtnis zu finden ist und die zahlreichen Katastrophen auf dem Mittelmeer mit zahllosen, namenlosen Toten nicht. Was in einer Gesellschaft als Problem verstanden wird, sagt deshalb viel mehr über die Gesellschaft aus als über das, was als problematisch markiert wird.

In Deutschland gilt Migration und Flucht als problematisch; wohlgermerkt als problematisch für Deutschland, nicht für die Flüchtenden. Auch dieser Blickwinkel ist nicht ‚natürlich‘.

Es ist strittig, ob wir es 2015 mit einer ‚tatsächlichen‘ Krise zu tun hatten – genauso strittig es ist, mit was für einer. Einige sprachen von einer Innenministerkrise, viele von einer Flüchtlingskrise, manche auch von einer Normalismuskrisis, weitere von einer administrativen Krise und andere von gar keiner Krise. Wir haben herausgearbeitet, dass wir es in jedem Fall mit einer diskursiven Krise zu tun hatten. Das, was passierte, wurde als krisenhaft beschrieben. Diskursiv wurde der Notstand ausgerufen, Katastrophisches beschrieben und prognostiziert, es wurde also massiv denormalisiert. Neben konkreten Zuschreibungen an Geflüchtete, ist es diese Denormalisierung von Flucht und Migration, die Bewertung von Flucht und Migration als etwas gleich einer Naturkatastrophe, einer Krankheit erscheinen lässt – und zwar nicht als eine Katastrophe für die Flüchtenden mit den notwendigen Konsequenzen, sondern als eine Katastrophe für die Zielländer. Dieser Blick, diese Perspektive ist es, die geeignet ist, Abwehr und Rassismus zu evozieren.

De-Normalisierungen rufen dazu auf, wieder Situationen herzustellen, die normal sind. Keinesfalls ist dies die ‚alte‘ Normalität. Wie schon in den 1990er Jahren hieß die Beruhigung der diskursiven Krise nicht, dass Gesetzesverschärfungen wieder zurückgenommen wurden. Insofern gibt es keine Rückkehr zur Normalität, es gab und gibt Aushandlungen einer je ‚neuen‘ Normalität. Für 2016 hieß das, dass die Gesetze erneut verschärft wurden, dass Rechte abgebaut wurden, dass Restriktionen gegen Geflüchtete zunahmten. Auch die Verschiebungen im Sagbarkeitsfeld zu Flucht und Migration sind mit dieser Normalisierung nicht verschwunden. Wir müssen feststellen, dass Aussagen, die noch vor fünf Jahren als extrem rechts oder rassistisch bewertet wurden, heute zum Sag-

barkeitsfeld des mediopolitischen Diskurses gehören. Die neue Normalität bezüglich Flucht und Migration ist restriktiver als die alte und die alte war bereits restriktiv.

Neben den massiven Denormalisierungen im Fluchtdiskurs gab es auch 2015/2016 direkte Zuschreibungen an Geflüchtete. Sie seien nicht nützlich, eine Gefahr für den inneren Frieden, für den europäischen Zusammenhalt, eine Gefahr für Frauen, eine Konkurrenz für Arme, eine terroristische Gefahr, sie seien nicht demokratietauglich, sie würden durch ihre Anwesenheit Rassismus provozieren, Auf diese Weise wurden im aktuellen Fluchtdiskurs bekannt Diskursverschränkungen des Migrationsdiskurs mit all ihren negativen Effekten reaktiviert.

Wir können aber auch beobachten, dass der aktuelle Fluchtdiskurs – auch im Unterschied zu den 1990er Jahren – explizit rassistische Zuschreibungen nicht mehr braucht. In den Vordergrund gerückt sind kulturalistische Anrufungen, die oftmals einhergehen mit ‚progressiven‘ Argumenten – sei es das der Geschlechtergerechtigkeit oder das der offenen Gesellschaft. Diese Argumente werden *gegen* Geflüchtete gewendet, ihnen wird unterstellt, sie würden diese Werte nicht teilen. So wird das Ideal der offenen Gesellschaft gegen Minderheiten gerichtet. Damit verkehrt sich aber auch die offene Gesellschaft in ihr Gegenteil. Die Nutzung progressiver Argumente gegen Migrant_innen ist ebenfalls nicht ‚neu‘. Angeknüpft wird hier an die Debatten um das Kopftuch, um die Mohammed-Karikaturen und um das Burka-Verbot. Gleichzeitig konnten wir auch beobachten, dass der aktuelle Fluchtdiskurs Geflüchtete bildlich anders inszenierte als in den 1990er Jahren. Sie erschienen nicht oder nur selten als amorphe Masse. Es fanden sich auch Bilder von konkreten Menschen, die nicht in der Masse untergehen. Sprachlich kamen aber auch 2015 / 2016 Kollektivsymbole zu Einsatz, die das Gegenteil vermitteln. Die Flüchtlingsflut, der Strom, das Drängen und der Ansturm beherrschten die journalistischen Federn. Auch die Problemlösungsstrategien ähneln denen der 1990er Jahre. Einzig die Begrifflichkeiten sind andere. Während damals explizit über die Änderung und Beschränkung des Asylrechts verhandelt wurde, um die Krise zu normalisieren, geht es heute um die Frage nach Obergrenzen – was nichts anderes bedeutet als damals.

Wir haben uns in den hier vorgestellten Analysen Verschiebungen und Eingenungen des Sagbarkeitsfeldes festgestellt und die Mechanismen dieses ‚Rechtsrucks‘ beschrieben. Zusammengefasst müssen wir von verschiedenen Übergängen sprechen: Von der Betonung der Not der Geflüchteten hin zur Konstatierung der Not der Staaten wegen der Geflüchteten, von der Notwendigkeit des Schutzes der Geflüchteten hin zum Schutz vor den Geflüchteten, von der Aussetzung von Dublin II zur Debatte um die Aussetzung des Menschenrechts auf Asyl, von der Forderung nach einer ‚gerechten‘ Verteilung der Geflüchteten in Europa hin zur Vorverlagerung des Migrationsregimes, von der Willkommenskultur hin zur Abschiebekultur, von der Ablehnung von Restriktionen hin zu der Befürwortung von Obergrenzen, von der Verurteilung des Rassismus hin zu seiner Indienstnahme, von der Kritik hin zum Pragmatismus, von dem Lob der Helfenden hin zu ihrer Diskreditierung als ‚Gutmenschen‘ oder aber als ‚kriminelle Aufwiegler‘, von den Flüchtlingen zu irregulären Migrantinnen.

Die Mechanismen dieser Verschiebungen waren die Kategorisierungen von Geflüchteten in Gruppen, denen verschiedene Rechte zugestanden wurden und die sukzessive Eingliederung von immer mehr vormals als legitime Geflüchtete in die Gruppe der illegitim Geflüchteten. Kaum jemand blieb übrig in der Gruppe der legitim Geflüchteten. Die Entrechtung der illegitim Geflüchteten wurde mit dem Argument vermittelt, dies komme den legitim Geflüchteten zu Gute, von denen diskursiv kaum welche mehr übriggeblieben sind.

Ein weiterer zentraler Mechanismus stellt die binäre Vermittlung von Realität dar. Dies bezog sich nicht nur auf die Binarität Merkel versus Seehofer, sondern auch auf die Debatte um Kontingente versus Obergrenzen und Nützlichkeit versus Kulturalismus. All diesen binären Konstruktionen ist gemeinsam, dass sie suggerieren, dass keine dritte oder gar eine vierte, fünfte Position möglich sei. Und die Positionen, zwischen denen gewählt werden konnte erwiesen sich beileibe nicht als progressiv. Denn entschieden werden konnte sich zwischen einer neoliberalen, auf Verwertbarkeit setzenden Position mit flexibler Migrationsabwehr oder einer kulturalistischen Denkart mit starren Grenzziehungen. Was den Diskurs vor allem auszeichnete, war ein Ausbleiben einer progressiven, antirassistischen Position. So konnte es geschehen, dass in der Logik des kleineren Übels selbst vormals progressive Positionen diesem binären Modell der Wirklichkeit folgten. Der Binarismus des Diskurses führte zu einer massiven Verknappung der Aussagen. Das ist es wohl, was wir als ‚Rechtsruck‘ erlebten. Hinzu allerdings kam eine weitere Position, die einer hoffähig gewordenen extrem rechten Partei.

Eberhard Seidel schrieb im September 2015, dass man in Deutschland anders „als in der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden oder Finnland“ heute „erfreulich resistent gegenüber Parteien wie der NPD und Zusammenschlüssen wie der Pegida-Bewegung oder Parteien wie die AfD“ sei. (Seidel, TAZ, 12.9.2015)

Ein Jahr später müssen wir feststellen, dass die AfD in zehn deutschen Landtagen sitzt, gewählt mit bis zu 24,3 Prozent der Stimmen. Die extreme Rechte konnte massiv profitieren von den Ereignissen 2015 und 2016 rund um das Thema Flucht. Eine gängige Erklärung im medialen Diskurs ist, dass das Ankommen der Geflüchteten in Deutschland zum Erstarken rassistischer Parteien geführt hat. Wir widersprechen dieser These und stellen fest, dass Rassismus anscheinend nicht von der Anwesenheit oder Zahl von Migrant_innen abhängt, oder von Menschen, die als solche markiert werden. Nicht das Ankommen von Migrant_innen hat Rassismus und rassistische Parteien salonfähiger gemacht, sondern die diskursive Denormalisierungen von Migration. Nehmen wir es ernst, dass Diskurse Macht transportieren, weil sie Handlungsvorgaben für Subjekte liefern, müssen wir auch ernst nehmen, dass der denormalisierende, rassistisch aufgeladene mediopolitische Diskurs 2015/2016 zu Flucht und Migration rassistische Effekte hatte und hat und so Spielräume für extrem rechte Akteur_innen lieferte. Hier liegt die Mitverantwortung deutscher Leitmedien am Erstarken rassistischer Positionen und Parteien. Diese Verantwortung auf die ableiten zu wollen, die die Betroffenen von Rassismus sind, ist gelinde gesagt, unredlich. Rassismus braucht ebenso wenig Migrant_innen wie Antisemitismus

Jüdinnen und Juden braucht. Beide allerdings brauchen Schriften, Bildlichkeiten, Verbreitung. Beide brauchen den Diskurs. Innerhalb des Fluchtdiskurses wurden Problemmarkierungen der extremen Rechten oftmals mitgetragen und darüber hinaus extrem rechte Rhetoriken geteilt. Reinhard Müller etwa schrieb im November 2016 in der FAZ:

„Wer es nach Deutschland geschafft hat, der hat es geschafft. Künstliche Debatten über Gesetzesverschärfungen und Integrationskataloge vernebeln das Grundübel: Wenn im offenen Deutschland ohnehin jeder bleiben darf, sind sowohl ein Asyl für Verfolgte als auch eine Einwanderungsregelung überflüssig. Dann geht es allenfalls noch um Schutz – für Deutsche.“ (Müller, FAZ, 07.11.2016)

Nicht nur, dass er hier eine klassische Strohmann-Argumentation aufbringt (Deutschland ist nicht das offene Land, das er beschreibt), er beschreibt ein Szenario, in dem Flüchtlinge eine Bedrohung für Deutsche darstellen würden, die wiederum vor Flüchtlingen geschützt werden müssten. Nicht nur dieses Zitat macht eine Radikalisierung des Fluchtdiskurses deutlich. Heute ist sagbar, was noch vor zwei Jahren als rechtsextreme Position der Kritik ausgemacht worden wäre.

Das liegt auch, aber nicht nur am weitgehenden Ausbleiben der Kritik. Kritische Positionen sind 2015 in eine Defensive geraten. Anzeichen dafür sind die in dieser Studie aufgeführte präventive Abgrenzung zum ‚Gutmenschentum‘, der sukzessive Übergang von der Kritik zum Pragmatismus. Man könnte sagen, auch progressive Positionen haben sich mit dem Verbleib in diesem mediopolitischen Diskurs mit ihm nach rechts bewegt.

Literatur und Dossiers

Literatur

- Amnesty International (2016). Amnesty Report 2016, Türkei.
<https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/tuerkei?destination=node%2F3031%3Fpage%3D1>. (Abruf: 25.05.2016).
- Bade, K. J. (2013). *Als Deutschland zum Einwanderungsland wurde*. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-11/einwanderung-anwerbestopp>. (Abruf: 25.05.2016).
- Carius, B. (2004). Im „berechtigten Eigeninteresse“. Die Konstruktion nationaler Identität im Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (2001) und in der daran anschließenden Printmedien-Berichterstattung, in: S. Jäger & F. Januschek (Hrsg.), *Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität*, S. 105-131, Münster: Unrast (Edition DISS).
- DIK – Deutsche Islamkonferenz (2012). *Was hat die DIK in ihrer ersten Phase erreicht?*
http://www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_092/nn_1915142/SharedDocs/FAQ/DE/DIK/040-erste-phase-dik.html (Abruf: 12.1.2017)
- DISS (Hrsg.) (1992): Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, Duisburg: DISS.
- Disselnkötter, A. & Parr, R. (1994). Kollektivsymbolsystem – Didaktisch aufbereitet (mit Grafiken von Dorothea Hein). *kultuRRvolution*, 30, S. 52-65.
- Europäischer Rat (2016). Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit der Türkei, 07.03.2016. <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2016/03/07/>(Abruf: 25.05.2016).
- Gerhard, U. (1992). Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu ‚Asylantenfluten‘ werden – zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen. In S. Jäger & F. Januschek (Hrsg.), *Der Diskurs des Rassismus, Osnabrück (= Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie)*, 46, S.163-178.
- Gössner, R. (2003). Im Namen der Sicherheit. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11, S. 1292-1296.
- Foucault, M. (1988). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt: Suhrkamp, 3. Auflage
- Friedrich, S. (2011a). Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Einleitung. In Friedrich, S. (Hrsg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“*, S. 8-38. Münster: Edition Assemblage.
- Friedrich, S. (Hrsg.). (2011b). *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“*. Münster: Edition Assemblage.
- Friedrich, S. & Schultes, H. (2011). Von ‚Musterbeispielen‘ und ‚Integrationsverweigerern‘. Repräsentationen von Migrant_innen in der ‚Sarrazindebatte‘. In Friedrich, S. (Hrsg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft*.

- Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“, S. 77-95. Münster: Edition Assemblage.*
- Friedrich, S. (2012). Die diskursive Erschaffung des ‚nutzlosen Anderen‘. Zur Verschränkung von Einwanderungs- und Unterschichtendiskurs. In M. Jäger & H. Kauffmann (Hrsg.), *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, S. 96-111. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Friedrich, S. & Pierdicca, M. (2014). Migration und Verwertung. Rassismus als Instrument zur Segmentierung des Arbeitsmarktes. In H. Tölle & P. Schreiner (Hrsg.), *Migration und Arbeit in Europa*, S. 125-138. Köln: PapyRossa.
- Hanisch, A / Jäger, M. (2011). Das Stigma „Gutmensch“. DISS-Journal 22, <http://www.diss-duisburg.de/2011/11/das-stigma-gutmensch/> (Abruf: 12.01.2017).
- Heitmeyer, W., Müller, J. & Schröder, H. (1997). *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Herbert, U. (2001). *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München: Beck.
- Hofmann, A. (2009). „Kinder kann kriegen, wer damit fertig wird.“<http://www.stern.de/panorama/thilo-sarrazin-kinder-kann-kriegen-wer-damit-fertig-wird-700617.html> (Abruf: 2.5.2014)
- Huhnke, B. (1993). Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen „BILD AM SONNTAG“ und „DER SPIEGEL“, in: Jäger, S. / Link, J. (Hrsg.): *Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien*, S. 213-266, Duisburg: DISS.
- Jäger, M. (1993). BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien, in: Forschungsinstitut der FES (Hrsg.): *Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortung von Politik und Medien*, S. 73-92. Bonn.
- Jäger, M. (1996). *Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs*. Duisburg: DISS.
- Jäger, M. (2015): Skandal und doch normal. Verschiebungen und Kontinuitäten rassistischer Deutungsmuster im deutschen Einwanderungsdiskurs, in: Sebastian Friedrich, Regina Wamper und Jens Zimmermann (Hrsg.): *Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Rassismus. Neonazismus und Staat*, Münster: Unrast (Editions DISS), S. 30-48.
- Jäger, M., Cleve, G., Ruth, I. & Jäger, S. (1998). *Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten*. Duisburg: DISS.
- Jäger, M. u.a.: (2016). Verengungen, Verschiebungen und Auslassungen. Vorläufige Anmerkungen zum Fluchtdiskurs 2015/2016 in den Medien. in: DISS-Journal 31.
- Jäger, M. & Jäger S. (1999). *Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens*. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Jäger, M. / Jäger, S. (2007). *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, M. & Kauffmann, H. (Hrsg.). (2002). *Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland*. Duisburg: DISS.
- Jäger, M. & Kauffmann, H. (Hrsg.). (2012). *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Jäger, M., Wamper, R., Zimmer C.: (2015). Von Schuljungen, Halbstarke und Eurorebellen. Der Griechenland-Diskurs in der Süddeutschen Zeitung, *kultuRRevolution* 69 (2015), S. 34-43.
- Jäger, S. (1992): *BrandSätze. Rassismus im Alltag*, Duisburg: DISS.

- Jäger, S. (2007): Der Karikaturenstreit im „Rechts-Mitte-Links“-Diskurs deutscher Print-Medien. In S. Jäger & D. Halm (Hrsg.), *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*, S. 11-49. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Jäger, S. (2012). Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster: Unrast (Edition DISS).
- Jäger, S. & Halm, D. (Hrsg.). (2007). *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Jäger, S./Zimmermann, J.(2010). Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Karakayali, S. (o.J.). *Sechs bis acht Kommunisten, getarnt in Monteursmänteln*. <http://www.kanak-attak.de/ka/text/fordstreik.html> (Abruf: 23.7.2016).
- Kauffmann, H. (2012a). Kinder-Flüchtling(s)-Rechte: Eine unendliche Geschichte politischen Versagens. In M. Jäger & H. Kauffmann (Hrsg.) *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, S. 36-40. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Kauffmann, H. (2012b). Der Fall Gazale Salame und Ahmed Siala aus Hildesheim. Ein Lehrstück zum Institutionellen Rassismus. In M. Jäger & H. Kauffmann (Hrsg.), *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, S. 41-47. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Knobloch, C.: (2015). Sparen, retten, reformieren. Worthülsen und Imagekämpfe im deutschen Griechenlanddiskurs, *kultuRRevolution* 69 (2015), S. 50-55.
- Lanz, S. (2007). *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*. Bielefeld: transcript.
- Link, J. (1982). Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. *kultuRRevolution* 1, S, 6-21.
- Link, J. (1982a). Zum Gebrauch des Diskurs-Begriffs, *kultuRRevolution* 1, S. 71.
- Link, J. (1983). Was ist und was bringt Diskurstaktik, *kultuRRevolution* 2, S. 60-66.
- Link, Jürgen (1996): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Link, J. (2007). Ein übersehener Aspekt des Karikaturenstreits. Zur Archäologie der „Bombenköpfe“. In S. Jäger & D. Halm (Hrsg.), *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*, S. 151-165. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Link, J. (2011). Sarrazins Deutschland. Ein Streifzug durch ein protonormalistisches Manifest. In Friedrich (Hrsg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“*, S. 182-199. Münster: Edition Assemblage.
- Link J. (2012). *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*. Konstanz: Konstanz University Press.
- Link, J. (2015): Die deutschen Mainstreammedien und Griechenland: Arbeit an der Normalisierung einer „nicht normalen“ Regierung, *kultuRRevolution* 69 (2015), S. 9-16.
- Link, J.(2016): Die Massenflucht zwischen Denormalisierung, Normalisierung und transnormalistischen Alternativen, *DISS-Journal* 31 (2016), S. 7-8.
- Link, J. & Link-Heer, U. (1994).Kollektivsymbolik und Orientierungswissen. Das Beispiel des „Technisch-Medizinischen Vehikel-Körpers“, *Der Deutschunterricht* 4, S. 44-55.
- Lynen van Berg, H. & Roth, R. (Hrsg.). (2003). *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus, wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Macpherson, W. (1999). *The Stephen Lawrence Inquiry*. London.

- Meinhardt, R. (1984). Pollaken, Itaker, Kanaken – zur Leidensgeschichte der Fremden in Deutschland. In R. Meinhardt (Hrsg.), *Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden*, S. 9-21. Reinbek: rororo.
- Menkens, Sabine /Leubecher, Marcel (2016). Zahlen bei Flüchtlingsaustausch „lächerlich gering“, 14.10.2016, WELT-
ONLINE, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158757457/Zahlen-bei-Fluechtlingsaustausch-laecherlich-gering.html> (Abruf: 12.1.2017).
- Müller, Reinhard (2016). Wenn jeder bleibt, 7.11.2016, FAZ,
<http://www.FAZ.net/aktuell/politik/einwanderungsgesetz-wenn-jeder-bleibt-14516975.html> (Abruf: 12.1.2017)
- Mut gegen rechte Gewalt (2016b). *Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle*.
<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> (Abruf: 23.7.2016).
- Pieper, T. (2008). *Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Prantl, H. (2015). *Das Jahrhundert-Problem*.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-jahrhundert-problem-1.2609060> (Abruf: 23.7.2016).
- O.A. Merkel warnt vor Rechtsterrorismus, Zeit-Online,
05.09.2015, <http://www.zeit.de/politik/2015-09/angela-merkel-fluechtlinge-steuern> (Abruf 13.11.2015).
- O.A. „Können keine Zugbrücke gegen Flüchtlinge hochziehen“, WELT-ONLINE, 08.10.2015,
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article147377567/Koennen-keine-Zugbruecke-gegen-Fluechtlinge-hochziehen.html> (Abruf: 15.12.2016).
- O.A. 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, 20.6.2016. Zeit-Online,
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-06/fluechtlingskrise-un-statistik-65-millionen> (Abruf: 12.1.2016).
- Onkelbach, C. (2014). *Flüchtlinge könnten den deutschen Arbeitsmarkt entlasten*.
<http://www.derwesten.de/wirtschaft/fluechtlinge-koennten-den-arbeitsmarkt-entlasten-id9947909.html>(Abruf: 03.08.2016).
- Pro Asyl (2003). Mitgliederrundbrief vom 14. Februar 2003.
- Räthzel, N. (1997). *Gegenbilder. Nationale Identität durch Konstruktion des Anderen*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Räthzel, N. (2012). 30 Jahre Rassismusforschung. Begriffe, Erklärungen, Methoden, Perspektiven. In M. Jäger & H. Kauffmann (Hrsg.), *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, S. 190-220. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Riedelsheimer, A. (2012). Institutioneller Rassismus in der deutschen Flüchtlingspolitik. In M. Jäger & H. Kauffmann (Hrsg.), *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, S. 27-35. Münster: Unrast (Edition DISS).
- Roth, R. (unter Mitarbeit von A. Benack). (2002). *Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Sarrazin, T. (2010). *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: DVA.
- Schwennicke, C. (2014). Sie kommen, *Cicero*, Dezember 2014, S. 3.
- Schwennicke, C. (2016). Rückkehr der Tatsachen, *Cicero*, Februar 2016, S. 3.
- Shooman, Y. (2010). Selbst- und Fremdbilder in der medialen Rezeption der Deutschen Islam Konferenz. Eine Fallstudie zu den Tageszeitungen FAZ und DIE WELT. *WISO Diskurs*, August 2010, S. 43-48.

- Shooman, Y. (2012). Vom äußeren Feind zum Anderen im Inneren. Antimuslimischer Rassismus im Kontext europäischer Migrationsgesellschaften. In M. Jäger & H. Kauffmann (Hrsg.), *Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*, S. 159-171. Münster: Unrast (Edition DISS).
- tagesschau (2016). *De Maizière spricht von Schande für Deutschland*. <http://www.tagesschau.de/inland/gewalt-gegen-fluechtlinge-101.html> (Abruf: 23.7.2016).
- Terkessidis, M. (2012). Mit Interkultur gegen Rassismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2, S. 63-71.
- Thiele, M., Vowe, R. (2015): "Pleite, Beleidigt und Dreist – Müssen wir diese Griechen retten?" Griechenland in Talkshows des Deutschen Fernsehens, *kultuRRRevolution* 69 (2015), S. 17-33.
- Tsianos, V. & Pieper, M. (2011). Postliberale Assemblagen. Rassismus in Zeiten der Gleichheit. In S. Friedrich (Hrsg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“*, S. 114-132. Münster: Edition Assemblage.
- Wichert, F. (1994). *Das Grundrecht auf Asyl. Eine diskursanalytische Untersuchung der Debatten im deutschen Bundestag*. Duisburg: Magisterarbeit.
- Zeit Online (2015). *Merkel warnt vor Rechtsterrorismus*. <http://www.zeit.de/politik/2015-09/angela-merkel-fluechtlinge-steuern> (Abruf: 13.11.2015).

Dossiers

Strukturanalyse TAZ

- am Orde, Sabine: Infame Scharfmacherei, TAZ, 16. November 2015.
- Asmuth, Gereon: Im Strudel der Überforderung, in TAZ, 24. August 2015.
- Asmuth, Georg: Deutschland macht dicht, in: TAZ, 14. September 2015.
- Asmuth, Gereon: Graf Zahl und die Angstmacher, TAZ, 6. Oktober 2015.
- Asmuth, Gereon: Nö, TAZ, 16. Oktober 2015.
- Asmuth, Gereon: Mit oder ohne Erdoğan, TAZ, 20. Oktober 2015.
- Balmer, Rudolf: Eskalation der Abschreckung, in TAZ, 06. August 2015.
- Bax, Daniel: Angst vor dem Schläfer, in: TAZ, 2. September 2015.
- Bax, Daniel: Ausflug in den Populismus, TAZ, 17. August 2015.
- Bax, Daniel: Packen wir's an! TAZ, 19. August 2015.
- Bax, Daniel: Asyl nur für Christen? TAZ, 22. August 2015.
- Bax, Daniel: Europa schottet sich ab, TAZ, 26. August 2015.
- Bax, Daniel: Der Lobbyist der Woche, TAZ, 29. August 2015.
- Bax, Daniel: Zwischen den Interessen zerrieben, TAZ, 18. September 2015.
- Bax, Daniel: Anwältin der Nächstenliebe, TAZ, 9. Oktober 2015.

Bax, Daniel: Radikalisierung im Feuilleton, TAZ, 19. Oktober 2015.

Beucker, Pascal: Einer hat zugestochen. Das Messer geführt haben viele, TAZ, 19. Oktober 2015.

Biermann, Sybille: Das falsche Wort, TAZ, 15. September 2015.

Bonse, Eric: Wehleidige Klagen, TAZ, 20. August 2015.

Bonse, Eric: Zurück zum alten Zustand, TAZ, 25. September 2015.

Bonse, Eric: Niemand hat die Absicht, Lager zu bauen, TAZ, 26. Oktober 2015.

dpa/ap: Tausende Flüchtlinge im Regen, TAZ, 20. Oktober 2015.

Dribbusch, Barbara: Die Bilderflut trägt, TAZ, 04. August 2015.

Dribbusch, Barbara: Gegen den linken Größenwahn, TAZ, 9. Oktober 2015.

Engelen-Kefer, Ursula: Der Faktor Flüchtling, TAZ, 1. Oktober 2015.

Fanizadeh, Andreas: Den kulturellen Reden müssen in der Politik Taten folgen, TAZ, 01. September 2015.

Fokken, Ulrike: Der Sommer der Offenbarung, TAZ, 27. August 2015.

Gaus, Bettina: Den Letzten beißen die Hunde, TAZ, 4. September 2015.

Gaus, Bettina: Flüchtlinge in der Nebenrolle, TAZ, 5. Oktober 2015.

Gerner, Martin: Fluchtursache Afghanistan, TAZ, 10. September 2015.

Gottschlich, Jürgen: Europas neuer Türsteher, TAZ, 24. September 2015.

Gottschlich, Jürgen: Der neue Freund in Brüssel, TAZ, 7. Oktober 2015.

Gottschlich, Jürgen: Geschenke für die Drecksarbeit, TAZ, 17. Oktober 2015.

Greffrath, Mathias: Die große Wanderung, TAZ, 02. September 2015.

Hahn, Dorothea: Vom Zaungast zum Akteur, TAZ, 11. September 2015.

Harvertz, Rieke: Absurde Kehrtwende, TAZ, 14. September 2015.

Herrmann, Ulrike: Der Kapitalismus ist keine Torte, TAZ, 21. August 2015.

Herrmann, Ulrike: Schäuble hilft den Populisten, TAZ, 16. September 2015.

Herrmann, Ulrike: Kein Soli für die Rechten, TAZ, 12. Oktober 2015.

Herrmann, Ulrike / Reeh, Martin: Kann Merkel Flüchtlinge? TAZ, 15. September 2015.

Hillenbrand, Klaus: Abschreckung mit Zeltplanen, TAZ, 14. August 2015.

Hillenbrand, Klaus: Das letzte Glied der Kette, TAZ, 31. August 2015.

Hillenbrand, Klaus: Bürger, Biedermänner und Brandstifter, TAZ, 15. Oktober 2015.

Jakob, Christian: Der bessere CSUler, TAZ, 1. August 2015.

Jakob, Christian: . Der mörderische Weg über Libyen, TAZ, 7. August 2015.

Johnson, Dominic: Vorreiter Afrika, TAZ, 24. August 2015.

Kappert, Ines: Tückische Erleichterung, TAZ, 12. August 2015.

Kappert, Ines: Ab in die Turnhalle, du Spast! TAZ, 24. September 2015.

Kaul, Martin: Schickt Sonderzüge, jetzt! TAZ, 03. September 2015.

Kiefer, Michael: Phantom Generation Allah, TAZ, 17. November 2015.

Kniewel, Jan-Niklas: Assad darf nicht profitieren, TAZ, 17. November 2015.

Kretschmar, Daniél: Keine Angst, TAZ, 15. Oktober 2015.

Kretschmar, Daniél: Unsere Grenze, TAZ, 22. Oktober 2015.

Kühl, Stefan: An- oder wegschubsen, TAZ, 28. August 2015.

Litschko, Konrad: Die ganz falsche Hoffnung, TAZ, 27. Oktober 2015.

Maas-Albert, Kirsten: Anreize für den Flüchtlingsstopp, TAZ, 13. November 2015.
Maier, Anja: Überforderte Kommunen, TAZ, 15. August 2015.
Maier, Anja: Mehr davon, Frau Merkel! TAZ, 25. August 2015.
Maier, Anja: Cheffinnensache, TAZ, 8. Oktober 2015.
Mertins, Silke: Putins Machspiel mit dem Westen, TAZ, 22. Oktober 2015.
Michel, Jörg: Gegen den Trend nach rechts, TAZ, 21. Oktober 2015.
Misik, Robert: Regierungsspitze mit Ablaufdatum, TAZ, 28. September 2015.
Müller, Stefan: Die Illusion der ethnisch reinen Nationen, TAZ, 10. Oktober 2015.
O.A.: Das Drama nach dem Happy End, in TAZ, 13. August 2015.
O.A.: Zelten in Deutschland, TAZ, 14. August 2015.
O.A.: Unattraktives Deutschland, TAZ, 17. August 2015.
O.A.: Agentur: Flucht über Ägäis und Balkan, TAZ, 18. August 2015.
O.A.: Agentur: De Maizière hart an der Grenze, TAZ, 21. August 2015.
O.A.: Verfehlt Umgang mit Migration, TAZ, 26. August 2015.
O.A.: Mitten in Europa verreckt, TAZ, 28. August 2015.
O.A.: Agentur: Dieser Zug endet hier, TAZ, 01. September 2015.
O.A.: Agentur: Europas Rangierbahnhof, TAZ, 4. September 2015.
O.A.: Gut angekommen, TAZ, 7. September 2015.
O.A.: Agentur: 6 Milliarden für die Flüchtlinge, TAZ, 8. September 2015.
O.A.: Agentur: Flüchtlingsheim in Brand gesetzt, TAZ, 8. September 2015.
O.A.: Tausende auf Fähren nach Piräus, in TAZ, 9. September 2015.
O.A.: Agentur: Dänemark stoppt Zugverkehr, in TAZ, 10. September 2015.
O.A.: Stop and Go auf Europas Gleisen, TAZ, 11. September 2015.
O.A.: Agentur: Europa kontrolliert wieder, TAZ, 15. September 2015.
O.A.: Ungarn rechts liegen lassen, TAZ, 16. September 2015.
O.A.: Agentur: Flüchtlingsverteilung in Europa, TAZ, 23. September 2015.
O.A.: Rechte Gewalt ohne Ende, TAZ, 28. September 2015.
Pauli, Ralf: Is there anybody out there? TAZ, 23. Oktober 2015.
Pickert, Bernd: An den Ursachen vorbei, TAZ, 25. September 2015.
Rath, Christian: Gegendemos statt Verbote, TAZ, 26. August 2015.
Rath, Christian: Nur hohl, TAZ, 20. November 2015.
Rathfelder, Erich: Es trifft vor allem Roma, TAZ, 13. August 2015.
Rathfelder, Erich: Zurück zur Vision, TAZ, 28. August 2015.
Rathfelder, Erich: Die Südflanke der EU bröckelt, TAZ, 21. September 2015.
Rathfelder, Erich: Wo es brodelt, TAZ, 29. Oktober 2015.
Reeh, Martin: Am Ende gewinnt Deutschland, TAZ, 07. September 2015.
Reeh, Martin: Nervöse Sozialdemokraten, TAZ, 13. Oktober 2015.
Reeh, Martin / Hecht, Patricia: Sichere Herkunft? TAZ 9. September 2015.
Reuter, Timo: Refugees, danke! TAZ, 6. Oktober 2015.
rtr: Sondertreffen wegen Balkan-Chaos, TAZ, 22. Oktober 2015.
Rüttenauer, Andreas: Die Gunst der Stunde, TAZ, 2. September 2015.
Schulte, Ulrich: Kanzlerin, bitte kommen! TAZ, 25. August 2015.

Schulte, Ulrich: Vom Unwort Fehlanreiz, TAZ, 26. September 2015.
 Schulte, Ulrich: Mit leeren Händen, TAZ, 29. September 2015.
 Schulte, Ulrich: SPD fordert Milliarden für Flüchtlinge, 27. Oktober 2015.
 Schulz, Adrian: Erschöpft und hilfebedürftig, TAZ, 30. September 2015.
 Schulze, Tobias: Carepaket mit Wermutstropfen, TAZ, 08. September 2015.
 Seeßlen, Georg: Europa, die Killerin, TAZ, 09. September 2015.
 Seidel, Eberhard: Das Glas ist halb voll, TAZ, 12. September 2015.
 Sezgin, Hilal: Richtig. Gut. TAZ, 30. September 2015.
 Tjarks, Anjes: Für einen neuen Patriotismus, TAZ, 14. September 2015.
 Trojanow, Ilija: Allianz der Heuchler, TAZ, 7. Oktober 2015.
 Vogel, Sonja: Menschliche Wracks, TAZ, 01. September 2015.
 Wallaschek, Stefan: Wohlfühl-Patriotismus, TAZ, 17. September 2015.
 Wallraff, Lukas: Absurd bis zynisch, TAZ, 20. August 2015.
 Wallraff, Lukas: Schaffen wir das? TAZ, 7. September 2015.
 Wallraff, Lukas: Schluss mit dem Gefeielsche! TAZ, 17. September 2015.
 Wallraff, Lukas: Was wir schaffen, TAZ 1. Oktober 2015.
 Walther, Rudolf: Über ein kastriertes Grundrecht, TAZ, 24. Oktober 2015.
 Walther, Rudolf: Demokratie geht anders, TAZ, 20.11.2015.
 Werning, Heiko; Bax, Daniel: Nur ein freundliches Gesicht, TAZ, 9.10.2015.
 Wiedemann, Charlotte: Colour matters, TAZ, 16. September 2015.
 Wierth, Alke: Der Durst ist Politik, TAZ, 10. August 2015.
 Wrusch, Paul: McKinsey, TAZ, 26. September 2015.

Strukturanalyse FAZ

von Altenbockum, Jasper: Wo ist die Grenze, FAZ, 19. August 2015.
 von Altenbockum, Jasper: In einer neuen Epoche, FAZ, 20. August 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Pack und Politik, FAZ, 25. August 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Blamage für Sachsen, FAZ, 29. August 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Hell und Dunkel, FAZ, 30. August 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Wir schaffen das, FAZ, 01. September 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Ein nationaler Kraftakt, FAZ, 08. September 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Ein Fall für die Armee, FAZ, 16. September 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Überholspur im Asylrecht, FAZ, 19. September 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Im Asyl-Dilemma, FAZ, 22. September 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Der Staat der SPD, FAZ, 13. Oktober 2015.
 von Altenbockum, Jasper: Jedwede Unterstützung, FAZ, 16. November 2015.
 Bannas, Günter: Einfache Antworten helfen nicht, FAZ, 20. Oktober 2015.

Bannas, Günter / Geinitz, Christian: Schäuble: Kosten für Flüchtlinge überlasten die Haushalte nicht, FAZ, 26. August 2015.

Blasius, Rainer: Flüchtlinge schützen, FAZ, 24. August 2015.

Böge, Friederika: Scherbenhaufen Kundus, FAZ, 07. Oktober 2015.

Buchsteiner, Jochen: Mit Kopf und Herz, FAZ, 07. September 2015.

Burger, Reiner: Helden der Leitkultur, FAZ, 01. Oktober 2015.

Busse, Nikolas: Schutz in Deutschland, FAZ, 01. August 2015.

Busse, Nikolas: Der zerbrochene Konsens, FAZ, 14. September 2015.

Busse, Nikolas: Gegen die Schlepper, FAZ, 15. September 2015.

Busse, Nikolas: Riskante Operation, FAZ, 16. September 2015.

Busse, Nikolas: Magnet Deutschland, FAZ, 13. November 2015.

Busse, Nikolas: Ausnahmezustand, FAZ, 19. November 2015.

N.N. und Carstens, Peter: Operation Abschreckung, FAZ, 09. August 2015.

Carstens, Peter: Calais, FAZ, 09. August 2015.

Carstens, Peter: Wo ist denn bloß die Bundeswehr? FAZ, 13. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Episch, FAZ, 11. August 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Zielland, FAZ, 17. August 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Auf die Dauer zu viel, FAZ, 21. August 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Solidarität üben, FAZ, 24. August 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Gemeinschaftsaufgabe, FAZ, 28. August 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Tragödien, FAZ, 29. August 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Chaos in Europa, FAZ, 02. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Alle in der Pflicht, FAZ, 03. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Schuld und Flüchtlinge, FAZ, 05. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Das größte Problem der EU, FAZ, 10. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Syrische Ursachen, FAZ, 15. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Ein Fall für die Armee? FAZ, 16. September 2015.

Frankenberger, Klaus-Dieter: Der große Strom, FAZ, 24. Oktober 2015.

Frasch, Timo: Machen und Tun, FAZ, 22. August 2015.

Göbel, Heike: Geht wirklich alles? FAZ, 09. September 2015.

Göbel, Heike: Flüchtlinge für die Rente? FAZ, 22. September 2015 .

Hanfeld, Michael: Links und Rechts, FAZ, 26. August 2015.

Hauser, Jan: Flüchtiger Vorschlag, FAZ, 14. August 2015.

Hauser, Jan: Flüchtlinge in der Stadt, FAZ, 28. August 2015.

Kohler, Berthold: Wozu Einwanderung? FAZ, 04. August 2015.

Kohler, Berthold: Alles ganz anders? FAZ, 09. September 2015.

Kohler, Berthold: Kein Eiserner Vorhang, FAZ, 15. September 2015.

Kohler, Berthold: Applaus aus Moskau, FAZ, 25. September 2015.

Kohler, Berthold: Wollt ihr das? FAZ, 05. Oktober 2015.

Leithäuser, Johannes: Verfassungsschutz sieht Gefahr von Anschlägen auf Asylbewerber, FAZ, 01. August 2015.

Locke, Stefan: Schutzzone um Notquartier für Asylbewerber in Heidenau, FAZ, 24. August 2015.

Lohse, Eckart / Staib, Julian / Löwenstein, Stephan: Wien wehrt sich gegen Vorwurf der „Durchschleusung“ von Flüchtlingen, FAZ, 18. August 2015.

Lohse, Eckart, Küpper, Mechthild und Soldt, Rüdiger: 2015 „bis zu 700 000“ Asylsuchende in Deutschland, FAZ, 19. August 2015.

Lohse, Eckart: Europa über Zustrom von Flüchtlingen beunruhigt, FAZ, 21. August 2015.

Löwenstein, Stephan: Ungarn macht die Route dicht, FAZ, 30. August 2015.

Martens, Michael: Warum sie zu uns wollen, FAZ, 08. August 2015.

Michael Martens: Heilige Schrift, FAZ, 13. September 2015.

Müller, Reinhard: Gemeinwesen in Gefahr, FAZ, 02. September 2015.

Müller, Reinhard: Deutschland muss Deutschland bleiben, FAZ, 12. September 2015.

Müller, Reinhard: Ein schlechtes Omen, FAZ, 30. September 2015.

Müller, Reinhard: Was für ein Land, FAZ, 12. Oktober 2015.

Müller, Reinhard: Regierung am Hang, FAZ, 13. November 2015.

Müller, Reinhard: Unverständnis, FAZ, 14. November 2015.

Müller, Reinhard: Keine Absage, FAZ, 19. November 2015.

Psotta, Michael: Flüchtlinge ins Büro?, FAZ, 11. September 2015.

Pennekamp, Johannes: Faktor Flüchtlinge, FAZ, 25. August 2015.

Schäfer, Albert: Alles andere wäre verantwortungslos, FAZ, 10. Oktober 2015.

Schäfers, Manfred: Die Flüchtlinge, das Land und das Geld, FAZ, 03. August 2015.

Schäfers, Manfred: Im Zeichen des Terrors, FAZ, 16. November 2015.

Smolka, Klaus Max: Ohne Diffamierung, FAZ, 12. September 2015.

Staib, Julian: Scheindebatte, FAZ, 10. August 2015.

Staib, Julian / Martens, Michael: m Juli 7000 Asylanträge von Albanern, FAZ, 10. August 2015.

Staib, Julian / Schmoll, Heike: Merkel: Flüchtlinge werden uns mehr beschäftigen als Griechenland, FAZ, 17. August 2015.

Steltzner, Holger: Merkels Kehrtwenden, FAZ, 15. September 2015.

Steltzner, Holger: Was schaffen wir? FAZ, 21. September 2015.

Strabenow, Michael: Juncker, „fassungslos“ über Lage der Flüchtlinge in Calais, FAZ, 06. August 2015.

Veser, Reinhard: Entlastung, FAZ, 14. August 2015.

Veser, Reinhard: Zäune in Europa, FAZ, 19. September 2015.

Veser, Reinhard / Stabenow, Michael: Mazedonien fordert von der EU Hilfe in der Flüchtlingskrise, FAZ, 08. August 2015.

Zastrow, Volker: Deutschland schafft sich ab, FAZ, 06. September 2015.

Strukturanalyse SZ

Beise, Marc: Arbeitgeber, auf die Barrikaden! SZ, 01. August 2015.

Bielicki, Jan: An der Grenze der Solidarität, SZ, 02. September 2015.

Bielicki, Jan: Zahl der Flüchtlinge auf Höchststand, SZ, 19. August 2015.

Bielicki, Jan / Braun, Stefan: Nothelfer Deutschland, SZ, 07. September 2015.

Bovensiepen, Nina: München leuchtet, SZ, 03. September 2015.

Braun, Stefan: Grausam verknotet, SZ, 21. Oktober 2015.

Braun, Stefan / Fried, Nico: Merkels schwerste Prüfung, SZ, 05. September 2015.

Braun, Stefan / Kahlweit, Cathrin: Deutschland ist ein Land der Hoffnung, SZ, 01. September 2015.

Braun, Stefan / Schneider, Jens: Länder halten die Maiziere für planlos, SZ, 17. September 2015.

Brössler, Daniel: Sisyphus und die Solidarität, SZ, 17. September 2015.

Drobinski, Matthias: Wie weit reicht der Glaube? SZ, 22. September 2015.

Fried, Nico: "Ich sage wieder: Wir schaffen das", SZ, 16. September 2015.

Fried, Nico: Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist, SZ, 27. August 2015.

Fried, Nico / Bielicki, Jan: Schulden für Flüchtlinge, SZ, 12. September 2015.

Fried, Nico / Kirchner, Thomas: Krisengipfel im Kanzleramt, SZ, 15. September 2015.

Gammelin, Cathrin: Arrogante Ignoranten, SZ, 07. September 2015.

Gammelin, Cerstin / Fried, Nico / Kahlweit, Cathrin: EU-Flüchtlingskrise eint Berlin und Paris, SZ, 25. August 2015.

Hassel, Florian: Ein zu lukratives Geschäft, SZ, 28. August 2015.

Hickmann, Christoph: SPD: Merkel muss ihr Schweigen brechen, SZ, 24. August 2015.

Kahlweit, Cathrin: Asyl-Rassismus, SZ, 21. August 2015.

Kampf, Lena / Mascolo, Georg: Gewalt gegen Flüchtlinge alarmiert BKA, SZ, 22. Oktober 2015.

Käppner, Joachim: Helfer brauchen Hilfe, SZ, 03. August 2015.

Kirchner, Thomas / Rossmann, Robert: Erdoğan zögert bei Flüchtlingspakt mit EU, SZ, 6. Oktober 2015.

Knoblauch, Charlotte: Neue deutsche Werte, SZ, 24. September 2015.

Kornelius, Stefan: Ein Igel namens Europa, SZ, 13. November 2015.

Kornelius, Stefan: Europa als Bittsteller, SZ, 14. Oktober 2015.

Kornelius, Stefan: Europas Problem, SZ, 04. September 2015.

Kornelius, Stefan: Flüchtlingspolitik beginnt mit Außenpolitik, SZ, 25. August 2015.

Kornelius, Stefan: Wir schaffen es doch nicht, SZ, 14. September 2015.

Kornelius, Stefan / Krüger, Paul-Anton: Europa jagt die Drahtzieher des Terrors, SZ, 17. November 2015.

Kostrzewa, Anne: Frei von Hass, SZ, 01. August 2015.

Kreye, Adrian: Die Wucht der Bilder- Ein Foto kann Kriege beenden – oder anfachen, SZ, 04. September 2015.

Kuhr, Daniela: Seehofers Triumph, SZ, 15. September 2015.

Münkler, Herfried: Angst in der Mitte, SZ, 29. August 2015.

Pantel, Nadia: Flüchtlinge sterben im Lastwagen, SZ, 28. August 2015.

Piper, Nikolaus: Was auf dem Spiel steht, SZ, 20. November 2015.

Prantl, Heribert: Ein Apfel, ein Ei, eine Rückfahrkarte, SZ, 18. September 2015.

Prantl, Heribert: Ein Notfall? SZ, 30. Oktober 2015.

Prantl, Heribert: Ein Sicherheits- und Schutzabstand, SZ, 25. August 2015.

Prantl, Heribert: Regierung plant schärferes Asylrecht, SZ, 18. September 2015.

Schäfer, Ulrich: Bündnis für Flüchtlinge, SZ, 28. August 2015 .
Ulrich, Stefan: Paradies mit Fehlern, SZ, 02. Oktober 2015.
Ulrich, Stefan: Retter im Dilemma, SZ, 07. August 2015.
Von Bullion, Constanze: Es gäbe jetzt Geld dafür, SZ, 25. August 2015.
Wetzel, Heribert: Wirres aus Warschau, SZ, 17. November 2015.
Zoch, Annette / Bielicki, Jan / Gammelin, Cerstin: Angriff auf die Freiheit, SZ, 16. November 2015.

Feinanalyse BILD

Bromse, Julia: Willkommen. Am Wochenende kamen über 20000 Flüchtlinge nach Deutschland, BILD-ZEITUNG, 07. September 2015.
Heißler, Julian: Deutlich mehr Anschläge auf Asylbewerberheime, tagesschau-de, 13. Januar 2016, <https://www.tagesschau.de/inland/anschlaege-asylunterkuenfte-bka-101.html> (Abruf: 5.1.2017).
O.A.: Gabriel lässt Grundgesetz auf arabisch drucken: „Wer zu uns kommt, muss Spielregeln kennen“, BILD-ZEITUNG, 30. September 2015.
O.A.: Krise in Flüchtlingsheimen, BILD-ZEITUNG, 02. Oktober 2015.
O.A. [a]: Lagerkoller! Warum die Situation in vielen Flüchtlingsheimen immer kritischer wird, BILD-ZEITUNG, 02. Oktober 2015.
O.A.: Asylbewerberheime. Sind unter den Flüchtlingen auch ISIS-Terroristen? BILD-ZEITUNG, 16. November 2015.

Feinanalyse FAZ

Von Altenbockum: Das Kontingent ist voll, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 26. November 2015.

Ereignisanalyse: Silvesternacht

Bannas, Günter: Merkels Kanzlerjahr, FAZ, 20. Januar 2016.
Bax, Daniel: Und wenn es Deutsche wären? TAZ: 06. Januar 2016.
Beisel, Karoline Meta: Wahres und Wesentliches, SZ, 11 März 2016.
Boek, Julia: Kopfsache Bauchgegend; Das diffuse Gefühl der Angst, TAZ, 30. Januar 2016.

Boldt, Martin: Silvesternacht in Köln. Alice Schwarzer spricht nach Übergriffen auf Frauen von „Terror“, KStA, 05. Januar 2016.

Bubrowski, Helene: Die Freiheit der Frauen, FAZ, 07. Januar 2016.

Christ, Tobias; Filon, Jenny: Überforderte Polizei, aggressive Täter. Zeugen schildern schreckliche Silvesternacht im Hbf Köln, KStA, 04. Januar 2016.

dpa: Kölner Silvesternacht. Das sagen Politiker zu den sexuellen Übergriffen, EXPRESS, 05. Januar 2016.

dpa: Nach Übergriffen an Silvester. Stadt Köln will Sicherheitsvorkehrungen verschärfen, KStA, 05. Januar 2016.

dpa: De Maizière nennt Kölner Silvesternacht „Wendepunkt“, SPIEGEL, 25. Oktober 2016.

Drobinski, Matthias: Köln, sz, 13. Januar 2016.

Geyer, Steven: Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof. Merkel verlangt „harte Antwort des Rechtsstaats“, KStA, 05. Januar 2016.

Grosch, Janine: Bilanz von Polizei und Feuerwehr zur Silvesternacht. Vor dem Kölner Dom drohte eine Massenpanik, KStA, 01. Januar 2016..

Grosch, Janine: Sexuelle Belästigung in der Silvesternacht. Frauen im Kölner Hauptbahnhof massiv bedrängt, KStA, 02. Januar 2016.

Grosch, Janine: Taten in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof. Fünf Verdächtige nach sexuellen Übergriffen festgenommen, KStA, 03. Januar 2016.

Hanfeld, Michael: Domplatte putzen. Für ARD und ZDF ist die Silvesternacht von Köln weit weg, FAZ, 07. Januar 2016.

Hanfeld, Michael: Regieführung. Wer zu der Gewalt in Köln im Rundfunk gefragt ist und wer nicht, FAZ, 09. Januar 2016.

Hanfeld, Michael: Urteilsfähig. Taugt der Pressekodex noch für wahrhaftige Berichterstattung? FAZ, 11. März 2016.

Hauser, Claudia u.a.: Frauen am Kölner Hauptbahnhof belästigt. Übergriffe gingen von einer Gruppe von 1000 Männern aus, KStA, 04. Januar 2016.

Havertz, Rieke: Sind die US-Republikaner noch integrierbar? Taz, 16. Januar 2016.

Klask, Fabian u.a.: Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Silvesternacht. Noch kein Täter vom Kölner Hauptbahnhof identifiziert, KStA, 05. Januar 2016.

Klask, Fabian [a]: Silvester am Kölner Hauptbahnhof. Kriminologe sieht Ereignisse als „überraschendes Phänomen“, KStA, 05. Januar 2016.

Kruse, Jörn: Achtung! „Schweigekartelle“! Willkommen in der wunderbaren Welt der Verschwörungstheorien powered by H.-P. Friedrich, TAZ, 08. Januar 2016.

Kutter, Kaija: Übergriffe nicht bagatellisieren, TAZ, 13. Januar 2016.

Leonhard, Ralf: Hinweisschild Unwillkommen, TAZ, 19. Januar 2016.

Merting, Chris: Krisen-Gipfel. Kölner Polizei kündigt mehr Video-Überwachung an – auch an Karneval, EXPRESS, 05. Januar 2016.

Meyer, Oliver: Silvester Sexuelle Übergriffe am Kölner Hbf. Was wir bisher über die Täter wissen, EXPRESS, 02. Januar 2016.

Meyer, Oliver u.a.: Sexuelle Übergriffe. Polizist: So brutal war das Chaos am Kölner Hbf an Silvester, EXPRESS, 04. Januar 2016.

Müller, Reinhard: Wer eine Gefahr darstellt, FAZ, 08. Januar 2016.

o.A.: Kölner HBF. Wer sind die Täter? Droht ihnen die Abschiebung? EXPRESS, 05. Januar 2016.

Prantl, Heribert: Und das Strafrecht, das hat Zähne, SZ, 28. Januar 2016.

red: Sexuelle Übergriffe am Hauptbahnhof. So will Köln jetzt gegen die Täter der Silvesternacht vorgehen, KStA, 05. Januar 2016.

Sander, Lalou: Die Erfindung des Nordafrikaners. TAZ, 20. Januar 2016.

Scheer, Ursula: Ausnahmslos, FAZ, 13. Januar 2016.

Schölgens, Gesa: Gewalttätige Attacken. Wie Frauen sich gegen sexuelle Übergriffe wehren können, KStA, 05. Januar 2016.

Schuller, Konrad: Polen schlafwandelt an die Klippe, FAZ, 14. Februar 2016.

Stinauer, Tim: Sexuelle Belästigung in der Silvesternacht in Köln. Polizei geht von 40 verschiedenen Tätern aus, KStA, 03. Januar 2016.

Stinauer, Tim [a]: Sexuelle Übergriffe in der Silvesternacht. Bundespolizei am Hauptbahnhof nicht mehr Herr der Lage, KStA, 03. Januar 2016.

Stinauer, Tim: Nach den sexuellen Übergriffen am Hauptbahnhof. Kripo-Gewerkschaft fordert „Sicherheitskonferenz“ in Köln, KStA, 05. Januar 2016.

Vogt, Jaqueline: Kein guter Anfang, FAZ, 17. Januar 2016.

von Altenbockum, Jasper: Kein Wendepunkt, FAZ, 15. Januar 2016.

Wehner, Markus: Der Kanzlerin läuft die Zeit davon, FAZ, 17. Januar 2016.

Yaghoobifarah, Hengameh: Auf dem Radar der Race-Detective; Weiße Personen finden es voll rassistisch, Kartoffel genannt zu werden. Wissen die, was Rassismus bedeutet? TAZ, 19. Februar 2016.

Yaghoobifarah, Hengameh: Willkommen in der Hölle, Ladys; SEXUALISIERTE GEWALT. Seit der Kölner Silvesternacht wird einer sexismusfreien Zeit hinterhergetrauert. Die hat es in Deutschland nie gegeben, TAZ, 08. Januar 2016.

Zastrow, Volker: Mehr nicht. Die Kölner Schreckensnacht und der Flüchtlingsstrom: Wie darf man sich die Perspektive der Bundeskanzlerin denken? Was ist von Angela Merkel zu erwarten? FAZ, 10. Januar 2016.

Zekri, Sonja: Verfolgt vom Mob, SZ, 07. Januar 2016.

Ereignisanalyse: Das EU-Türkei-Abkommen

Bannas, Günter/Stabenow, Michael: Merkel beschwört gesamteuropäische Lösung der Flüchtlingskrise, FAZ, 17. März 2016.

Brössler, Daniel/Kirchner, Thomas: Der große Hindernislauf, SZ, 17. März 2016.

Chondros, Giorgos: Zynismus hat keine Zukunft, TAZ, 09. April 2016.

Deckers, Daniel: Humanitärer Korridor, FAZ, 4. April 2016.

Gaus, Bettina: Europa, deine Schande, TAZ, 19. März 2016.

Gutschker, Thomas: Die Operation Asyl beginnt, FAZ, 20. März 2016.

Gutschker, Thomas: Das Abkommen mit Ankara wirkt, FAZ, 10. April 2016.

Hoeren, Dirk: Problematischer Pakt, BILD, 19. März 2016.

Kafsack, Hendrik: Deutschland zahlt, FAZ, 17. März 2016.

Kafsack, Hendrik/ Stabenow, Michael: Brüsseler Tauschgeschäfte, FAZ, 17. März 2016.

Kafsack, Hendrik/ Stabenow, Michael: Eine Einigung und ihr Preis, FAZ, 19. März 2016.

Kirchner, Thomas: Die Tücken stecken im Detail, SZ, 14. März 2016.

Kornelius, Stefan: Gleichschritt der Gegenfüßler, SZ, 18. März 2016.

Kornelius, Stefan: Europas Lösung, SZ, 5. April 2016.

Martens, Michael: Nun beginnt eine Ganz andere Geschichte, FAZ, 5. April 2016.

Marth, Willy: Immer noch keine überzeugende Flüchtlingspolitik, FAZ, 10. März 2016.

Mavropoulos, Theodora: Einer für dich, einer für mich, TAZ, 21. März 2016.

Mavropoulos, Theodora: Weil Flüchtlinge zu Häftlingen werden, TAZ, 23. März 2016.

Mavropoulos, Theodora: Die Furcht vor der Fahrt zurück, TAZ, 04. April 2016.

Mavropoulos, Theodora: Uninformiert abtransportiert, TAZ, 05. April 2016.

Mühlauer, Alexander: Es fehlt an fast allem, SZ, 21. März 2016.

Müller, Reinhard: Test für Deutschland, FAZ, 11. Juli 2014.

Ohne Autor: Agentur: Massenhafte Abschiebung nach Syrien, TAZ, 02. April 2016.

Rath, Christian: Die Türkei als sicherer Drittstaat?, TAZ, 16. März 2016.

Ronzheimer, Paul/ Spyropoulou, Liana: Das Drama der Flüchtlinge von Idomeni, BILD, 12. März 2016.

Schlötzer, Christiane: Mehr ein Deal als eine Vereinbarung, SZ, 29. März 2016.

Stabenow, Michael: Tausche Flüchtling gegen Flüchtling, FAZ, 11. März 2016.

Stabenow, Michael: „Vorsichtig optimistisch – mit Betonung auf Vorsichtig“, FAZ, 18. März 2016.

Stabenow, Michael/ Martens, Michael: Mehr als 200 Flüchtlinge in der Türkei zurückgebracht, FAZ, 5. April 2016.

Szymanski, Mike: Die Unwillkommenen, SZ, 4. April 2016.

Ulrich, Stefan: Unsicheres Drittland, SZ, 18. März 2016.

Ulrich, Stefan: Flucht ist Völkerrecht, SZ, 04. April 2016.

Ereignisanalyse: Ein Bootsunglück

Bachstein, Andrea: Das Rätsel um das verschwundene Flüchtlingsboot, SUEDEDEUTSCHE.DE, 22. April 2016: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-vom-meer-verschluckt-1.2961849> (Abruf 7.1.2017).

Bachstein, Andrea: Vom Meer verschluckt, SZ, 23. April 2016.

Braun, Michael: Neue Tragödie im Mittelmeer? TAZ, 19. April 2016.

DPA: Rätsel um Flüchtlingstragödie, SZ, 20. April 2016.

Ehrhardt, Christoph, Christian Meier, Michael Stabenow & Julian Staib: Route der Hoffnungslosen, FAZ, 19. April 2016.

Emcke, Carolin: Versunken, SZ, 23. April 2016.

Haase, Ansgar (DPA): Tragödien im Mittelmeer: EU beschließt Hilfsangebote für Libyen, in FRANKFURTER NEUE PRESSE, 19. April 2016.

Haase, Ansgar: Erneut eine Tragödie im Mittelmeer, AACHENER NACHRICHTEN, 19. April 2016.

Hagen, Kevin /dpa / Reuters: Auch UNHCR spricht von Hunderten Toten im Mittelmeer, SPIEGEL.DE, 20. April 2016: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-mittelmeer-unhcr-spricht-von-hunderterten-toten-a-1088360.html> (Abruf 7.1.2017).

- Kleinjung, Tilmann: UNHCR spricht von 500 Toten nach Schiffsun­glück, tagesschau.de, 20. April 2016: <https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-italien-mittelmeer-103.html> (Abruf 7.1.2017).
- Krieger, Regina: Déjà-vu im Mittelmeer, HANDELSBLATT.COM, 20. April 2016: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingskrise-in-italien-deja-vu-im-mittelmeer/13470798.html> (Abruf 7.1.2017).
- Link, Albert: Die rätsel­hafte Schiffskatastrophe, BILD.DE, 19. April 2016: <http://www.bild.de/politik/ausland/fluechtlingskrise/die-raetselhafte-schiffskatastrophe-im-mittelmeer-45437716.bild.html> (Abruf 7.1.2017).
- Meier, Albrecht & Ulrike Scheffer: Somalia meldet Hunderte Tote auf dem Mittelmeer, TAGESSPIEGEL.DE, 18. April 2016: <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-europa-somalia-meldet-hunderte-tote-auf-dem-mittelmeer/13463972.html> (Abruf 7.1.2017).
- Meier, Christian: Beim Umsteigen gekentert, in FAZ, 22. April 2016.
- O. A.: Abermals Bootsung­lück mit Hunderten toten Flüchtlingen; Flücht­lingskrise, WIRTSCHAFTSBLATT, 19. April 2016.
- O. A.: Augenzeugen bestätigen Flücht­lingskatastrophe im Mittelmeer, SUEDEUTSCHE.DE, 20. April 2016: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/fluechtlinge-augenzeugen-bestaetigen-fluechtlingskatastrophe-im-mittelmeer-1.2959317> (Abruf 7.1.2017).
- O. A.: De Maizière: Wir müssen „ein paar Wochen harte Bilder aushalten“, ZEIT.DE, 8. April 2016: <http://www.zeit.de/news/2016-04/08/deutschland-de-maizire-wir-muessen-ein-paar-wochen-harte-bilder-aushalten-08085803> (Abruf 7.1.2017).
- O. A.: Hunderte Flücht­linge sollen im Mittelmeer ertrun­ken sein, HANDELSBLATT.COM, 18. April 2016: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingskatastrophe-hunderte-fluechtlinge-sollen-im-mittelmeer-ertrun-ken-sein/13463212.html> (Abruf 7.1.2017).
- O. A.: Hunderte Tote im Mittelmeer, SZ, 21. April 2016.
- O. A.: 400 Tote auf dem Mittelmeer; Mit vier Schiffen aus Libyen wollten die Flücht­linge Italien erreichen, in KÖLNER EXPRESS, 19. April 2016.
- O. A.: Flücht­lingstragödie im Mittelmeer befürchtet, SZ, 19. April 2016.
- O. A.: Flücht­lingstragödie im Mittelmeer: 500 Tote befürchtet, FRANKFURTER NEUE PRESSE, 21. April 2016: <http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Fluechtlingstragoedie-im-Mittelmeer-500-Tote-befuerchtet;art46560,1970311> (Abruf: 7.1.2017).
- O. A.: Hunderte Tote bei Bootsung­lück. Die Flücht­linge wollten von Ägypten nach Italien; schon wieder sterben Menschen im Mittelmeer, BZ, 19. April 2016.
- O. A.: Hunderte Tote Flücht­linge bei Bootsung­lück im Mittelmeer, TAGESSPIEGEL.DE, 18. April 2016: www.tagesspiegel.de/politik/italien-spricht-von-katastrophe-hunderte-tote-fluechtlinge-bei-bootsunglueck-im-mittelmeer/13462136.html (Abruf 7.1.2017).
- O.A.: Italien spricht von „Tragödie“ im Mittelmeer, FAZ, 19. April 2016.
- O. A.: Neue Tragödie bestätigt – 500 Tote befürchtet, HANDELSBLATT.COM, 20. April 2016: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-im-mittelmeer-neue-tragoedie-bestaetigt-500-tote-befuerchtet/13477292.html> (Abruf 7.1.2017).
- O. A.: Offenbar Hunderte Flücht­linge im Mittelmeer ertrun­ken, FAZ.NET, 18. April 2016: www.FAZ.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlinge-im-mittelmeer-bei-ueberfahrt-nach-italien-ertrun-ken-14185066.html (Abruf 7.1.2017).
- O. A.: Rätsel um Untergang von Flücht­lingsboot, SZ, 19. April 2016.
- O. A.: Tragödien auf See: EU überlegt Ausweitung von Militäreinsatz, FR-ONLINE.DE, 18. April 2016: <http://www.fr-online.de/newsticker/tragoedien-auf-see-eu-ueberlegt-ausweitung-von-militaereinsatz,26577320,34102030.html> (Abruf: 7.1.2017).

- O. A.: UN rechnet mit 500 Ertrunkenen bei Bootsunglück, NEUES-DEUTSCHLAND.DE, 20. April 2016: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1009281.un-rechnet-mit-ertrunkenen-bei-bootsunglueck.html> (Abruf 7.1.2017).
- O. A.: UNHCR geht von bis zu 500 Toten im Mittelmeer aus, TAGESSPIEGEL.DE, 20. April 2016: <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlingsdrama-unhcr-geht-von-bis-zu-500-toten-im-mittelmeer-aus/13476794.html> (Abruf 7.1.2017).
- O A.: UNHCR: Zeugen für Untergang, SZ, 21. April 2016.

Anhang

Der Artikel „Das Kontingent ist voll“ im Wortlaut

Abschnitt 1

1 Das Kontingent ist voll
2 Von Jasper von Altenbockum
3 Über Flüchtlingskontingente wird
4 in Deutschland seit einigen Ta-
5 gen so gesprochen, als sei damit das
6 Problem schon gelöst, als habe sich da-
7 mit die lästige Frage erledigt, warum
8 geltendes Recht nicht angewendet, un-
9 geregelter Zuzug von Ausländern
10 nicht verhindert wird. Warum aber
11 sollten Tausende Migranten nicht
12 mehr nach Deutschland kommen,
13 wenn Kontingente ausgehandelt wur-
14 den? Kontingente gehören schon seit
15 Jahren zur deutschen Flüchtlingspoli-
16 tik – für jüdische Emigranten aus der
17 Sowjetunion, in den vergangenen
18 zwei Jahren auch für Flüchtlinge aus
19 Syrien. Hat das zu einer Begrenzung
20 des Zuzugs geführt?

Abschnitt 2

21 Die Antwort der Bundesregierung
22 verweist auf die Türkei. Das ist rich-
23 tig, denn die Türkei ist das Tor zur Bal-
24 kanroute. Hält die Türkei Flüchtlinge
25 zurück, herrscht auf dieser Route

26 Ruhe. Die Gegenleistung ist Geld, ist
27 Unterstützung für Flüchtlingslager
28 und ist eben auch Flüchtlingskon-
29 tingent, das die Belastung der Türkei
30 zusätzlich lindern soll. Alles hängt da-
31 von ab, wie groß dieses Kontingent
32 sein sollte, um in den Verhandlungen
33 über den „Aktionsplan“ eine sinnvolle
34 Rolle spielen zu können.

Abschnitt 3

35 Deutschland hat aber nicht nur ge-
36 gegenüber der Türkei, sondern auch ge-
37 gegenüber den möglichen Abnehmern
38 des Kontingents in der EU einen
39 schweren Stand. Frankreich ist mehr
40 als skeptisch. Selbst Schweden, die mo-
41 ralische Großmacht, hat genug. Mehre-
42 re andere EU-Staaten haben nach den
43 Anschlägen von Paris ihr Angebot zu-
44 rückgezogen, sich an die vereinbarte
45 Verteilung von Flüchtlingen zu halten.
46 Zwar ist der fixe Anteil an einem Kon-
47 tingent etwas anderes als eine unwäg-
48 bare Quote, deren Inhalt der Sog deut-
49 scher Willkommenskultur diktiert.
50 Die Bereitschaft, sich an einem Kontin-
51 gent zu beteiligen, wird in der EU aber
52 gewiss nicht größer sein als die Bereit-
53 schaft, einen Teil des bisherigen
54 Flüchtlingsstroms aufzunehmen. Die
55 „europäische Lösung“, die Berlin vor
56 Augen hat, wird also zum großen Teil
57 eine deutsche Lösung sein.

Abschnitt 4

58 Je weniger Beteiligung, desto klei-
59 ner das Kontingent. Je kleiner aber das
60 Kontingent, desto schwächer die Wir-

61 kung auf die Flüchtlinge, desto besser
62 für die Schlepper, desto höher die For-
63 derungen der Türkei. Abgesehen da-
64 von, wird ein Abkommen mit der Tür-
65 kei nicht reichen. Kommen Flüchtlin-
66 ge nicht mehr über die Balkanroute,
67 kommen sie über das Mittelmeer, viel-
68 leicht auch über Osteuropa, über alle
69 Wege, die sich Schlepper ausdenken
70 werden. Die EU müsste also mit nord-
71 afrikanischen Staaten, aber auch mit
72 Staaten wie Jordanien und dem Liba-
73 non, die mindestens ebenso an der
74 Flüchtlingskrise zu tragen haben, ähn-
75 liche Verträge – und Kontingente – ver-
76 einbaren wie mit der Türkei.

Abschnitt 5

77 Selbst wenn dieser Riegel aus Rück-
78 führungsabkommen, Flüchtlingshilfe
79 und Kontingenten rund um die EU ge-
80 schlossen werden könnte, hätte es
81 Deutschland wahrscheinlich immer
82 noch mit illegaler Einwanderung zu
83 tun – das deutsche Asyl bleibt ein Ma-
84 gnet mit besonderer Anziehungskraft.
85 Gälten dann aber nicht all die schönen
86 Vorschriften wieder, die jetzt außer
87 Kraft gesetzt, übergangen oder igno-
88 riert werden? Es gälte doch „Dublin“
89 wieder, wonach Schutzbedürftige in
90 dem Staat Schutz suchen müssen, in
91 dem sie in die EU kommen. Es gälte
92 auch die Regel wieder, dass Asylbewer-
93 ber, die aus sicheren Drittstaaten kom-
94 men, dorthin zurückgeschickt werden
95 müssen – also zum Beispiel nach Öster-
96 reich. Deutschland wäre, wenn das al-
97 les wieder gilt, wieder dort angekom-
98 men, wo es sich in den neunziger Jah-

99 Kontingente allein lösen
100 nichts. Es müsste hinzu-
101 kommen, was niemand
102 bislang will: Abschottung.

Abschnitt 6

103 ren eingerichtet hatte: auf dem Land-
104 weg rechtlich so gut wie unerreichbar
105 für die Flüchtlinge dieser Welt.
106 Somit hätte Deutschland mit einer
107 Kontingentlösung durchaus eine
108 „Obergrenze“ eingeführt – es kämen
109 nämlich nicht viel mehr als ebendiese
110 Kontingentflüchtlinge ins Land. Wie
111 viele das sein sollen, wäre Gegenstand
112 politischer Debatten, wäre also immer
113 noch eine Frage moralischer und hu-
114 manitärer Ansprüche, wäre Sache der
115 Regierungen in Bund und Ländern,
116 die sich in Parlamenten dafür rechtfer-
117 tigen müssten – auch das ein Fort-
118 schritt. Die Festlegung einer Zahl wäre
119 aber nur möglich, wenn gleichzeitig ak-
120 zeptiert werden würde, dass Abschot-
121 tung kein Frevel ist und Staatsgrenzen
122 nicht die Erfindung von Barbaren
123 sind. Die deutsche Politik hat in den
124 vergangenen Monaten nicht gerade
125 den Beweis dafür angetreten, dass sie
126 eine solche harte Haltung bald schon
127 einnehmen wollte. Für den Fall, dass
128 der Türkei-Plan scheitert, lässt das
129 nichts Gutes ahnen. Aber auch mit Tür-
130 kei-Plan steht Deutschland diese Be-
131 währungsprobe noch bevor.

Abschnitt 7

132 Dennoch zeugt schon die theoreti-

133 sche Kontingentlösung von der Rück-
134 kehr des Realitätssinns nach Berlin.
135 Sie gibt nicht nur den Koalitionspartei-
136 en das Gefühl, dass hinter der Politik
137 der Kanzlerin tatsächlich der Plan
138 steckt, von dem sie behauptet, sie
139 habe ihn. Auch für den Rest des Lan-
140 des sind Kontingente ein Mittel, wie-
141 der darauf zu vertrauen, dass nach ei-
142 nem chaotischen Jahr, nach dem Aus-
143 flug auf einem deutschen Sonderweg
144 endlich wieder Ordnung und Souverä-
145 nität in staatliches Handeln zurück-
146 kehren. Es wird höchste Zeit. Für die-
147 ses Jahr – eigentlich auch schon für
148 das nächste – gilt nämlich längst: Das
149 Kontingent ist voll.

Herausgeberinnen, Autorinnen und Autoren

Margarete Jäger ist Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung.

Sonja Marzock studierte Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Durch ein Praktikum im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung kam sie mit Foucault's Diskursanalysen in Berührung. Im Rahmen ihrer Abschlussarbeit entstand eine Diskursanalyse zu den Themen Flucht und Migration im Spätsommer/Herbst 2015 in der BILD-ZEITUNG. Zurzeit studiert sie im Bereich "Gender Studies" an der Ruhr Universität Bochum.

Carolin Naumann studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen.

Felix Schneider, M.A. aus Köln, studierte Germanistik in Köln und Chemnitz. Mitglied der Diskurswerkstatt des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung sowie der Deutschen Gesellschaft für kognitive Linguistik. Arbeitsschwerpunkte: Linguistische Diskursanalyse und kognitive Semantik, Rassismus und Antisemitismus.

Janne Sandra Schorer, geboren 1991, studiert Politikwissenschaften in Duisburg. Ihre Themenschwerpunkte sind poststrukturalistische Theorie und Geschlechterverhältnisse.

Ksenia Shkolina, geb. 1989 in Slawgorod, Russland, lebt seit fünf Jahren in Deutschland. Sie studierte in Russland Sprach- und Übersetzungswissenschaften. In Deutschland absolvierte sie ein B.A.-Studium in Politikwissenschaften. Derzeit befindet sie sich in einem Master-Studiengang der Politikwissenschaft in Aachen.

Christina Tacke studiert im Master Soziologie an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Studienschwerpunkte im Bachelor waren Migration und Transnationalisierung. Im Master setzt sie sich mit sozialer Ungleichheit, insbesondere Rechtsradikalismus und Gender Studies, auseinander.

Eva-Maria Thom, 1990 in Münster geboren, ist Referendarin an einem Gymnasium und unterrichtet die Fächer Biologie und Sozialwissenschaften. Darüber hinaus studiert sie den Master of Arts Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal.

Regina Wamper ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung. Sie arbeitet diskursanalytisch zu den Themen Extreme Rechte, Rassismus und Antifeminismus.

Lara Wedekind, Jahrgang 1991, studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen. Ihr Forschungsschwerpunkt sind Gesellschaftsdiagnosen.

SUPPORT your critical RESEARCHERS!

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder _____ €.

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____ €.

Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Telefon / E-Mail:

Konto IBAN:

Konto BIC:

Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an: DISS, Siegstraße 15, 47051 Duisburg.